

DAS ARGUMENT 118

Umwelt - Politik (II)

Knut Krusewitz Konservative Umweltpolitik der Gewerkschaften?	797
Karin Gauer Strategien zur Sozialisierung der Umweltkosten	809
<u>Zur Diskussion gestellt</u>	
M. Massarrat Ist die Erde endlich? Kritik der Thesen des Club of Rome	819
<u>Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (1)</u>	
Rolf Czeskleba-Dupont: Ökologische Kritik 1962-1976 * * *	830
Über Ideologieforschung in Großbritannien. Interview mit Stuart Hall	846
<u>Stalinismus-Forschung</u>	
Volker Gransow und Michael Krätke Zwei Stalinismus-Debatten in der KP Großbritanniens	856
<u>Spontaneismus</u>	
Eberhard Göbel und Beate Guthke Alternative Lebensformen als gesellschaftliche Alternative?	865
Replik Heinz-Jürgen Axt: Zu den Europawahlen	871
<u>KongreßBankkündigungen und -berichte</u>	
1. Europäische Umweltkonferenz; Gießener Gespräche zur Literaturwissenschaft	876
<u>Besprechungen</u>	
Bürgerliche Wissenschafts- und Sozialphilosophie; Gesprächsanalyse; Heine; Kunstgeschichte; Industriesoziologie; Braverman; Psychotherapie; Gesellschaftsformationen; Gramsci; Ökologische Kritik; Grundgesetz	879
<u>Inhaltsverzeichnis 1979</u>	937
<u>Zeitschriftenschau</u>	III
<u>Über die Autoren</u>	XI

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Rolf Nemitz

Redaktionssekretariat: August Soppe

Verlag, Redaktion und Anzeigen:

Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33, Telefon 030 / 8 31 49 15

Auslieferung:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030 / 4 61 90 61

Besprechungen

Philosophie

<i>Feyerabend, Paul K.</i> : Der wissenschaftstheoretische Realismus und die Autorität der Wissenschaften (<i>K. Bayertz</i>).....	879
<i>v. Weizsäcker, Carl Friedrich</i> : Der Garten des Menschlichen. Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie (<i>K. Bayertz</i>).....	880
<i>Richtscheid, Hans</i> : Die Philosophie in der Welt der Macher (<i>A. Kolberg</i>).....	881
<i>Gebler, Arnold</i> : Gesamtausgabe. Band 1: Philosophische Schriften I. Band 7: Einblicke (<i>W. Rügemer</i>).....	882
<i>Willms, Bernard</i> : Offensives Denken. Philosophie und Politik (<i>D. Hirschfeld</i>).....	883

(Fortsetzung auf S. XIII)

ISSN 004-1157

Das Argument erscheint 1979 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,— DM + Versandkosten. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zuerst wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ 10070000; Bank für Gemeinwirtschaft 11 14 40 1300, BLZ 100 101 11; Postcheckkonto Berlin West 5745-108. — Satz: Schmidt & Schmidt, Berlin. Herstellung: Oktoberdruck, Berlin. 1. — 9. Tausend November 1979

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält Prospekte des Luchterhand-Verlages und des Pahl-Rugenstein-Verlages, sowie einen 74-Blatt-Kalender und eine Broschüre des Argument-Verlages.

Zum vorliegenden Heft

Je explosiver sich die Umweltprobleme zusammenballen, desto gefährlicher wird die Mischung aus Verwirrung und Versagen in den Versuchen ihrer Bewältigung: eine technokratisch verkürzte Krisenpolitik, eine disziplinär zersplitterte Umweltforschung, eine zerstrittene Ökologiebewegung, in der die Tendenz stark ist, ökologiepolitische Konzepte zum Ersatz für gesellschaftliche Umwälzungen zu nehmen. Mit dem Druck zu einer planvollen Entwicklung des Naturverhältnisses der Gesellschaft wächst die Notwendigkeit wissenschaftlicher Fundierung der Umweltpolitik, verstärkter Rationalität in der Auseinandersetzung um Problemlösungen. Das *Argument* sieht seine Aufgabe darin, hierzu einen Beitrag zu leisten, und dies regelmäßiger als bislang.

In diesem Heft geht es vor allem um die zentralen Adressaten kritischer Umweltpolitik: die Gewerkschaften als ihre gewichtigste Kraft, der Staat als wichtigste Instanz, über die vermittelt umweltpolitische Reformen durchgesetzt werden müssen. — Seit den Veröffentlichungen des Club of Rome ist die Frage nach den Begrenzungen der Rohstoffressourcen in der Welt stark umkämpft; der zur Diskussion gestellte Beitrag von M. Massarat bestreitet die These natürlicher Beschränkungen und verweist auf ihre politisch-ideologische Funktion vor dem Hintergrund einer unübersehbaren Militarisierung der internationalen Rohstoffversorgung («Eingreiftruppe» der USA, Diskussion über den »Aktionsrahmen« der NATO etc.)

Wir beginnen mit einer *Kommentierten Bibliographie: Umweltfragen*, die in den kommenden Heften fortgesetzt wird. Vorgesehen sind bislang die Themen: Energie und Umwelt, Umweltbelastung durch die Chemie, Alternativen der Landwirtschaft in der BRD, Umweltpolitik; Einzelbibliographien zur Diskussion über die Rohstoffressourcen und über die Technologieentwicklung sollen folgen.

Ein Argument-Sonderband »Alternative Umweltpolitik«: (AS 56) ist für 1980 geplant. Ziel ist es, Vertreter unterschiedlicher und oft gegeneinander abgeschotteter Positionen zu produktivem Streit zusammenzubringen. Die Diskussion soll die Gründe für die Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Positionen, aber auch die Gemeinsamkeiten in der alternativen und umweltpolitischen und -wissenschaftlichen Debatte begreifbar machen.

Als Argument-Sonderband 40 sind sieben »Theorien über Ideologie« des Projekts Ideologie-Theorie erschienen. Eines der Kapitel stammt von Stuart Hall. Das Interview mit Hall in diesem Heft ist geeignet, den Stellenwert der Ideologieforschung für die Entwicklung des Marxismus deutlich zu machen.

V. Gransow und M. Krätke untersuchen die Bedeutung der Stalinismus-Diskussion in der britischen KP für ihre innerparteiliche Demokratisierung. Wie ist der Diskussionsstand in der westdeutschen sozialistischen Bewegung? — *Das Argument* hat in der Rubrik *Stalinismus-Forschung* — entsprechend dem allgemeinen Forschungsstand — bislang zwei Arten von Beiträgen gebracht: einerseits historische Analysen des Stalinismus als bestimmter Epoche der sowjetischen Geschichte; andererseits Entwürfe zu einer Theorie des Stalinismus. Für die nächste Zukunft sind zwei die Rubrik vorläufig abschließende Beiträge geplant: zunächst soll die Perspektive durch einen Überblick über die vorhandenen Forschungsansätze erweitert werden; sodann werden die Theorieentwürfe und die den historischen Detailuntersuchungen impliziten Theorien auf ihre Brauchbarkeit für eine wissenschaftliche Stalinismus-Erklärung hin geprüft.

Die in Heft 115 angekündigte Bearbeitung der *Arbeitsmarktforschung* muß auf Grund von Planungsschwierigkeiten einstweilen ausgesetzt werden.

Verlagsmitteilungen

Diesem Heft liegt eine Abo-Rechnung (mit Zahlkarte) für die Zeitschrift bei. Wir haben einige Prämienangebote gemacht, um den Vorteil des Abonnements zu erhöhen.

Wir planen für 1980 wieder ein *Rezensions-Beiheft*. Es ist nicht automatisch im Abonnement enthalten, kann aber von Abonnenten verbilligt bestellt werden. Gleiches gilt für das *Beiheft* '79, das ca. 100 Rezensionen enthält. Wir halten die Rezensionenbeihfte für eine wertvolle Ergänzung der Zeitschrift und für ein unentbehrliches Arbeitsmittel aller in den Gesellschaftswissenschaften Tätigen oder mit gesellschaftswissenschaftlichen und philosophischen Problemen in ihrer Disziplin Befassten.

Argument-Sonderbände 1980

Mit über 15 Bänden ist das Programm unser bisher umfangreichstes. Ein Auswahl-Abonnement (das zur Abnahme von nur 3 Bänden zum erheblich ermäßigten Preis verpflichtet) oder ein Gesamt-Abonnement (portofrei zum Abo-Preis) ist damit noch lohnender geworden. Wir lassen im übrigen die Abo-Preise trotz gestiegener Kosten unverändert.

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

Programm 1980

- | | |
|-------|---|
| AS 45 | FRAUEN — Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation. Herausgegeben von Frigga Haug |
| AS 46 | GULLIVER 7 — Literatur und Politik in Irland. Sean O'Casey zum 100. Geburtstag |
| AS 47 | MATERIALISTISCHE KULTURTHEORIE — Theoretische Grundlagen und Beiträge zur Erforschung der Alltagskultur. Herausgegeben von W.F. Haug und K. Maase |
| AS 48 | JAHRBUCH FÜR KRITISCHE MEDIZIN 5 |
| AS 49 | FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE 6: THERAPIE. Herausgegeben von Klaus Holzkamp |
| AS 50 | DIE AKTUALITÄT BRECHTS — Versuche, Brecht für die Gegenwart neu zu gewinnen. Mit Beiträgen von Claas, Haug, Hermand, Knopf, Pierwoss, Mittenzwei u.a. |
| AS 51 | SOZIALLIBERALISMUS ODER RECHTER POPULISMUS? Hegemonie und Politik in der Bundesrepublik Deutschland |
| AS 52 | ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK 2: POLITIK UND STAATSFINANZEN. Politische Durchsetzungsbedingungen Alternativer Wirtschaftspolitik: Wirkungsweise und Probleme der Finanzierung expansiver Staatshaushalte |
| AS 53 | JAHRBUCH FÜR KRITISCHE MEDIZIN 6 |
| AS 54 | MATERIALISTISCHE WISSENSCHAFTSTHEORIE am Beispiel der Evolutionstheorie |
| AS 55 | GEWERKSCHAFTEN UND AUTOMATIONSARBEIT. Projekt Automation und Qualifikation, Bd. 5 |
| AS 56 | ALTERNATIVE UMWELTPOLITIK — Probleme, Aufgaben, Fronten in der Umweltdebatte |
| AS 57 | GULLIVER 8 — Commonwealth und Dritte Welt |
| AS 58 | SCHULE UND ERZIEHUNG VIII: Die Wertfrage in der Erziehung |
| AS 59 | FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE 7: IDEOLOGIE. Schwerpunkte: Kritische Psychologie und Philosophie: Ideologie: Formationsspezifische Erkenntnisbeschränkung. Herausgegeben von Klaus Holzkamp |
| AS 60 | PROJEKT IDEOLOGIE-THEORIE 2: FASCHISMUS UND IDEOLOGIE. Materialstudien |
| AS 61 | INTERNATIONALE SOZIALISMUS-DISKUSSION. Beiträge von der Cavtat-Konferenz 1979: »Die subjektiven Kräfte des Sozialismus« |

Aus dem Programm 1979 erscheinen verspätet (Frühjahr 1980):

AS 42 MUSIK 50er JAHRE. Herausgegeben von Dietrich Stern

AS 43 AUTOMATIONSARBEIT: EMPIRIE. Projekt Automation und Qualifikation, Bd. 4

Auswahl-Abo: mind. 3 Bände des laufenden Jahrgangs. Abo-Preis pro Band: 12,80 (statt 15,50), f. Stud. 11,— (statt 12,80) zzgl. 1,50 Versandkosten.

GULLIVER bzw. FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE - Abo: jeweils 2 Bände im Jahr zu Abo-Preisen.

Knut Krusewitz

Konservative Umweltpolitik der Gewerkschaften?

1. Fragestellung.

Vertretern der etablierten Umweltforschung (Küppers u. a., 1978) und der ökologiepolitisch argumentierenden »undogmatischen« Linken (Brandes u. a., 1977), bürgerlichen wie materialistischen Interpreten gewerkschaftlicher Umweltpolitik gilt inzwischen als bewiesen, daß »die Rolle der Gewerkschaften in der Umweltpolitik nur als in hohem Maße konservativ klassifiziert werden kann« (Ewringmann/Zimmermann, 1978, 83). Umwelt-Technokraten wie die zuletzt zitierten (beide sind u. a. Mitarbeiter im Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, über dessen fortschrittliche Rolle in der Umweltpolitik uns allerdings so wenig bekannt wurde wie über die seiner Mitarbeiter), wollen genau wie Volkhard Brandes, der sich im Gegensatz zu Ewringmann gegen die Charakterisierung als Umwelt-Technokrat verwahren würde, in der Umweltprogramm- und -praxis der Gewerkschaften nur Systemkonservierendes entdeckt haben. Die »Thesen des DGB-Umweltprogramms«, urteilen Ewringmann und Zimmermann, sind »weitgehend verbale Bekundungen mit nur sehr eingeschränkten Durchsetzungsintentionen«. Sie halten sogar für nachweisbar, »daß umweltpolitische Bemühungen von den Gewerkschaften als potentiell progressive Träger einer solchen Politik schon theoretisch kaum zu erwarten sind und auch praktisch kaum realisiert werden können«. Logische Begründung:

»Ähnlich wie in vielen Konsumbereichen zwischen Produzent und Verbraucher findet sich auch zwischen Industrie und Gewerkschaften eine ausgesprochene Interessenidentität, die zu relativ gleichartigen Reaktionen auf politische Inputs« — gemeint sind Umweltschutzgesetze — »führt; somit bleiben die Gewerkschaften als progressive umweltpolitische Akteure weitgehend außer Betracht.« (82)

Selbst ein wohlwollender Interpret ihrer Literaturbewältigung wird nicht übersehen können, daß die Gewerkschaftskenner Ewringmann und Zimmermann ihre Analyse der Umweltpolitik der Gewerkschaften nur aus einer Quelle geschöpft haben, dem DGB-Umweltprogramm von 1974. Und selbst daraus wurden nur einige Thesen referiert, nicht etwa das Umweltprogramm selber.

Interessanter als die bescheidenen, überdies höchst ungenauen Ergebnisse ihrer Gewerkschaftsanalyse bleibt die Ermittlungsmethode. Sie darf als repräsentativ gelten für eine ganze Reihe inner- und außergewerkschaftlicher Kritiker der vom DGB und den großen Industriegewerkschaften vertretenen Umweltpolitik (SB/JUSO, 1977, Mehte, 1978). Beispielhaft für den gewerkschaftskritischen Argumentationsstil »undogmatischer« Linker in der Ökologiedebatte ist die Form, in der Volkhard Brandes über »Gewerkschaften und Ökologiebewegung« auf dem SB/JUSO-Kongreß zum Thema »Sozialistische Umweltpolitik?« referierte:

»Die Gewerkschaften bejahen zwar den Umweltschutz« stellte Brandes fest, »entwickeln jedoch bislang — von Appellen an Regierung und Unrernehmer abgesehen — kaum auf Durchsetzung abzielende Aktivitäten.« Das erinnert an »eingeschränkte Durchsetzungsintentionen«. Über die Ursachen mangelnder Durchsetzungsaktivitäten weiß Brandes zu berichten: »Die Gewerkschaften sind heute in ihrem Selbstverständnis und in ihrem Handeln nicht mehr Gegner des bestehenden Gesellschaftssystems, sondern eine der tragenden Säulen. Das bedeutet, daß

sie bereit sind, die Durchführung übergreifender gesellschaftlicher Aufgaben wie den 'Umweltschutz' arbeitsteilig an die 'zuständigen' staatlichen Institutionen zu delegieren und sich selbst außerhalb ihres engeren Vertretungsbereichs (Lohn- und Arbeitsplatzinteressen) weitgehend auf verbale Forderungen zu beschränken.« (Brandes, 1977, 49)

Zu welchem Urteil wäre Brandes wohl gekommen, wenn er sorgfältiger gearbeitet hätte? Dann hätte er zur Kenntnis nehmen müssen, daß sich die Gewerkschaften umweltpolitisch keineswegs »weitgehend auf verbale Forderungen« beschränken, sondern seit 1975 eine ganz spezifische Umweltpolitik begründet und praktisch durchgesetzt haben (s.w.u.). Bedeutet dies schon, daß die Gewerkschaften deshalb Gegner des bestehenden Gesellschaftssystems wurden?

Die aus technokratischer und ökokratischer Kritikperspektive dargebotene Gewerkschaftsanalyse beschränkt indes nicht nur durch ihre diagnostische Treffsicherheit. Ähnlich beeindruckend erscheinen ihre Resultate, wenn gefragt wird, warum unsere »Systemlogiker« mit keiner Silbe auf den Umwelt- als *machtpolitischen* Zusammenhang eingegangen sind, der den Gewerkschaften zu Beginn ihrer Umweltdebatte (1971/72) *vorangesetzt* war und der den Charakter der innergewerkschaftlichen Diskussion nachhaltig beeinflußt hat. Von Kennern der internationalen Kapital- und Umweltpolitik wie Brandes, Ewingmann und Zimmermann darf doch angenommen werden, daß ihnen die macht- und umweltpolitische Rolle der NATO (1969), der OECD (1970), der EG (1971) sowie der SPD/FDP-Regierung (1971) bei der Formulierung, Organisation und Absicherung monopolkapitalistischer Umweltinteressen nicht verborgen blieb (Füllbach 1977; Bungarten 1978). Wenn dies unterstellt werden darf, hätte man von ihnen erwarten können, daß sie ihr jeweiliges Publikum Jahre später darüber aufklären, welche Bedeutung die Tatsache hatte, daß die innergewerkschaftliche Umweltdebatte erst zu einem Zeitpunkt begann, als die international organisierten Hauptverursacher der Umweltkrise *ihre* Umweltinteressen — historisch betrachtet: wieder einmal — benannt, vereinheitlicht und machtpolitisch abgesichert hatten. Über dies Thema mir bewußtseinsveränderndem Inhalt haben sich die Gewerkschafts-, Kapital- und Umweltkenner verschämt ausgeschwiegen. Warum eigentlich? Zu welchen kritischen Einsichten über den Charakter gewerkschaftlicher Umweltpolitik kämen Gewerkschaftshistoriker hierzulande und anderswo, wenn sie ihre umweltwissenschaftliche Kritik nicht nur »logisch« wie Milton Friedman (1977), sondern auch »historisch« wie Gerhard Kade (1971ff.) begründen lernten? Solche Fragen zu stellen meint bereits, ein gewerkschafts-solidarisches Erkenntnisinteresse anzumahnen zu dürfen. Über den Rahmen, innerhalb dessen sich ein wissenschaftlich begründetes und zugleich gewerkschafts- wie arbeitnehmerorientiertes kritisches Umweltforschungsinteresse entwickeln könnte, haben vor geraumer Zeit drei Gewerkschafter bemerkenswerte Vorstellungen entwickelt: Wolfgang Lecher, Referent im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI), Werner Vitt, Vorstandsmitglied des Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik und des SPD-Bundesvorstandes und Gerd Albracht, Leiter der Abteilung Umweltschutz beim Hauptvorstand der IG Chemie. Ihre Überlegungen, Standpunkte und Forderungen bieten vor allem deshalb Anlaß, mit der Aufarbeitung der langjährigen umweltpolitischen Gewerkschaftsdebatte zu beginnen, weil sie als Ergebnis einer gewerkschaftspraktischen Problemsicht der Umweltproblematik reflektiert dargeboten werden.

2. Aktueller Stand der gewerkschaftlichen Umweltdébatte

Die genannten Gewerkschaftsvertreter beziehen sich thematisch auf scheinbar völlig zusammenhanglose Aspekte der Umweltproblematik. Lecher versucht in seinem Rechenschaftsbericht über die »Gewerkschaften und die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel — ein Lehrstück« (1977) die gewerkschaftspolitisch bedeutsame Frage zu klären. »ob durch solche Kommissionen überhaupt politischer Druck zugunsten einer fortschrittlichen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik« — ergänzen wir: Umweltpolitik — »erzeugt werden kann und ob solche Kommissionen tatsächlich der geeignete Ort zur Austragung gewerkschaftspolitischer Konflikte sind« (188). — Albracht begründet in seinem Aufsatz »Erst Giftunfälle machten die Gefahren deutlich. Gewerkschaften wollen ein EG-weites Umwelt- und Chemikaliengesetz« (1979) die Forderungen der Gewerkschaften nach einem »Frühwarnsystem für die Prüfung und Anmeldung von Chemikalien als Vorstufe zu weltweiten Arbeitsschutznormen und zur Erhaltung einer gesunden Umwelt«. — Vitt schließlich fordert die Vertreter einer »engagierten, der humanen Entwicklung verpflichteten Wissenschaft« in seinem Beitrag zu den Römerberggesprächen, der als »Praxisrelevanz von Kapitalismuskritik« veröffentlicht wurde (1979), auf. »eine ökologisch orientierte marxistische politische Ökonomie zu entwickeln, die auch eine politische Ökonomie der Arbeitskraft beinhaltet«. Begreift man diese Analysen als verschiedene Aspekte eines thematischen Zusammenhangs, des gewerkschaftlichen Theorie-Praxisverständnisses von Umweltpolitik, dann ließe sich sagen: Lecher versucht u. a. das herrschende wissenschaftliche und politische Krisen- und Regulierungsverständnis der Umweltproblematik darzustellen, um davon kritisch ein gewerkschaftliches abzuleiten; Albracht liefert eindrucksvolle empirische Belege für die wissenschaftliche und politische Interessendivergenz zwischen Gewerkschaften einerseits und Kapital und Staat andererseits (sogar der *Spiegel* zeigte sich von den Belegen beeindruckt, 1979). Und Vitt leitet aus der widersprüchlich verlaufenen Erfahrung der Gewerkschaften mit staatlicher Forschungs-, Technologie- und Strukturpolitik, wozu auch die Umweltpolitik gerechnet wird, die Forderung nach einer Theorie ab, die den Zusammenhang von Natur, Gesellschaft und Arbeit wissenschaftlich »praxisorientiert« begründet, d. h. als veränderbar nachweist. Gerade die Ausführungen von Lecher sind hervorragend geeignet, der Vittschen Forderung Nachdruck zu verleihen. Deshalb mag die Präsentation seiner wichtigsten Überlegungen nützlich sein. Lecher identifiziert sich zunächst mit der Beurteilung der Kommission,

»daß nichts mehr so sein wird wie es war. Niedrigere wirtschaftliche Wachstumsraten, höhere (Sockel-)Arbeitslosigkeit und ein beschleunigter Strukturwandel werden gegenüber den sechziger und frühen siebziger Jahren das ökonomische und soziale Bild der BRD in den nächsten Jahren und Jahrzehnten prägen.« (187)

Daraus schlossen die Kommissionsmitglieder, daß der Wachstumsprozeß in Zukunft »an politisch gesetzten Rahmenbedingungen« orientiert werden müsse, worunter sie verstanden wissen wollen: »ein rohstoffpolitisches Konzept, die Berücksichtigung der Umwelt, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, eine gerechtere Verteilung und ein Ausbau der Infrastruktur« (183). Was bei Lecher »politisch gesetzte Rahmenbedingungen«, d. h. »stärkere gesellschaftliche Inpflichtnahme des technischen Wandels« (185) genannt wird, versteht Vitt als »langsam sichtbar werdende Problemfelder von Ökonomie und Ökologie, von Ökonomie und Technik und von Ökonomie und Subjekt«. Wo

Lecher allerdings die Rettungsanker zur Bewältigung der Zukunftsprobleme bereits ausgeworfen sieht, bleibt Vitt skeptisch. Bei Lecher liest man:

»Den flankierenden Maßnahmen zur Gewinnung und Absicherung eines langfristig wirksamen strukturpolitischen Konzepts werden [...] die Forschungs- und Technologiepolitik, die sektorale und regionale Raumordnungspolitik und die Umweltpolitik gerechnet. Eine Schlüsselrolle kommt dabei zweifellos dem Ausbau einer aktiven Forschungspolitik zur Entwicklung von Technologien für eine sinnvolle und wünschenswerte Gestaltung des Wandels zu.«

Deshalb habe sich die Gewerkschaftsgruppe in der Kommission »für einen soweit wie möglich detaillierten Kriterienkatalog einer solchen Politik« eingesetzt (ebd.). Über den »Kriterienkatalog« wird notiert:

»Es soll besonders Gewicht gelegt werden auf die Entwicklung von energie-, kapital- und rohstoffsparenden sowie umweltfreundlichen und menschengerechten (in Hinblick auf Arbeitsbedingungen und Verbrauch) Technologien, Produkten und Dienstleistungen.« (ebd.)

Genau auf diese Formel läßt sich das bis vor kurzem vorherrschende umweltpolitische Gewerkschaftsverständnis bringen, obwohl Lecher zu bedenken gibt, daß die »zu dieser Konzeption ins Gutachten« der Kommission »eingebrachten Vorschläge der Gewerkschaftsgruppe« geradezu »exemplarisch dem Zwang zum Kompromiß bzw. 'Konsens'« unterlagen (ebd.). Dieser Zwang zum Kompromiß wurde vermittelt durch den Auftrag, den die Bundesregierung 1971 den Kommissionsmitgliedern vorgegeben hatte. Danach sollte die Kommission in einem Gutachten

»aufzeigen, welche wirtschafts-, sozial- und bildungspolitischen Möglichkeiten bestehen, um *im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung* den technischen und sozialen Wandel in der deutschen Wirtschaft zu fördern und im Interesse der Bevölkerung zu gestalten. Infolge dieser engen ordnungspolitischen Rahmensetzung des Auftrags blieb in der Kommission die Fragestellung einer Neuordnung der Wirtschaft *unter Einschluß der Eigentumsfrage* (Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen) von vornherein ausgeklammert.« (173)

Hier ist nicht der Ort darüber zu grübeln, warum dem Kommissionsvorsitzenden Karl Martin Bolte in seiner Bewertung der Kommissionsarbeit der Widerspruch von Freiheit der Wissenschaft und politisch restringierter wissenschaftlicher Fragestellung nicht zum Problem geriet (1977). Es genügt, das Resultat zur Kenntnis zu nehmen: Wer über die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien nicht einmal wissenschaftlich nachdenken mag, darf im Ausbau einer aktiven Forschungspolitik in der Tat den Schlüssel zur Lösung aller naturalen und ökonomischen Zukunftsprobleme vermuten. Trotz aller Warntafeln, die über die Strategien technischer Oberflächenkorrekturen seit Jahren aufgestellt worden sind (Hujer 1974; Schmitz u. a. 1976).

Vitt bleibt den technisch-ökonomischen Vereinnahmungsargumenten der Umweltproblematik gegenüber reserviert:

»Fast im Gegensatz zu den [...] skizzierten Forschungsansätzen, setze ich die Schwerpunkte einer Kapitalismuskritik bei der alltäglichen Praxis des arbeitenden Menschen, nicht so sehr bei der Technologie-, Struktur-, Bildungspolitik usw. — so bedeutungsvoll diese Politiken auch sein mögen.«

Im Verfolg dieses Ansatzes begründet er die Notwendigkeit, »eine ökologisch orientierte marxistische politische Ökonomie zu entwickeln«.

3. Zum Prozeß der gewerkschaftlichen Problemidentifizierung

Vitts Aufforderung soll hier so verstanden werden, daß zunächst die Umweltdebatte innerhalb der Gewerkschaften nach thematischen, methodischen und theoretischen

Beiträgen befragt wird, die einerseits bestimmte Grundlagen bieten können für die Erarbeitung einer praxisorientierten politischen Ökonomie und die andererseits eine differenziertere Problemstruktur innergewerkschaftlicher Umweltpositionen vermitteln als die »Systemlogiker« glauben machen wollen (oder können).

1971: Mit der Entsendung von vier DGB-Vertretern in die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel beginnt eine intensiv und systematisch geführte Gewerkschaftsdebatte über den Themenzusammenhang von Wachstums-, Struktur-, Technologie- und Umweltpolitik (Lecher 1977).

1972: Vierte internationale Arbeitstagung der IG Metall in Oberhausen (11.-14. April), deren Themenstellung — »Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens« — sämtliche naturalen und sozialen Problemfelder beinhaltet, die erst Jahre später von der Bürgerinitiativ-, Ökologie- und Alternativbewegung entdeckt und publikumswirksam aufbereitet werden: Qualitatives oder quantitatives Wachstum; soziale Kosten der Umweltzerstörung; Umweltschutz und Gesundheit; Umweltverschmutzung als weltweites Problem; Bewahrung der Biosphäre; Planung der Zukunft in sozialistischen Ländern; Planung und Finanzierung der Zukunft in kapitalistischen Ländern; Humanisierung der Arbeit; Zukunft der Gewerkschaften.

Eine Lektüre der Oberhausener Tagungsreferate und Arbeitsgruppenprotokolle zur Umweltproblematik, die in drei (von insgesamt zehn Tagungs-)Bänden als »Umwelt« (1973), »Qualitatives Wachstum« (1973) und »Zukunft der Gewerkschaften« (1974) veröffentlicht wurden, lohnt heute noch. Sie kann nicht nur den schwierigen innergewerkschaftlichen Prozeß natur-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher und gewerkschaftspolitischer Problemaneignung und -identifizierung erweisen, sondern überdies wichtige analytische Hinweise zum Verständnis seines widersprüchlichen Charakters geben, der den Fortgang der gewerkschaftlichen Umweltdiskussion sowie die Herausbildung eines spezifischen Bewältigungskonzepts der Umweltproblematik entscheidend geprägt hat. Diese Widerspruchsstruktur des umweltpolitischen Denk-, Argumentations- und Regulierungsstils muß als Ausdruck höchst unterschiedlicher sozialer, politischer und wissenschaftlicher Interessen innerhalb der Gewerkschaften an der Lösung der Umweltkrise begriffen werden. Daß sie die Umweltdebatte der Gewerkschaften von Anfang an beherrschte, belegen die Zusammenfassungen der Referate und Arbeitsgruppendifkussionen, die Peter Menke-Glückert (Umwelt), Gerhard Kade (Qualitatives Wachstum) und Eugen Kogon (Zukunft der Gewerkschaften) vorgelegt haben. Untersucht man die Beiträge dieser Autoren zur Problemidentifizierung und -lösung, dann lassen sich zwei Begründungszusammenhänge nachweisen: Eine Gruppe von Referaten und Diskussionsbeiträgen zielte auf die Frage nach der Bewältigung von Aufgaben, die sich mit der Forderung nach einer neuen Umweltpolitik unter den gegebenen Produktionsverhältnissen stellen; eine andere versuchte Interpretationsschemata für die komplexe Frage nach der Umweltproblematik auf den verschiedenen Ebenen einer politischen Ökonomie zu liefern. Beide Perspektiven, sowohl die aufgeklärt-technokratische wie die einer Kritik der politischen Ökonomie, lassen sich in der Umwelt-Programmatik und -Politik der Gewerkschaften nachweisen.

1972: Der ordentliche Bundeskongreß des DGB in Berlin (25.6.-1.7.) verabschiedete die »Leitsätze zum Umweltprogramm«. Das dort vertretene Umweltverständnis unterschied sich zwar von dem, das von der NATO über den Bundesverband der Deutschen Industrie bis zur SPD/FDP-Regierung vorherrschte, durch eine problemadäquate Fra-

gestellung. »Der DGB geht auf Grund seiner geschichtlichen Erfahrungen davon aus, daß zwischen einer humanen Arbeitswelt, einer humanen Gesellschaft und einer menschenwürdigen Umwelt ein unauflösbarer Zusammenhang besteht.« (1972, 589) Andererseits sind Widersprüche bereits in der Umweltprogrammatik sowie zwischen gewerkschaftspolitischen Umwelt-Ansprüchen und der von ihr beeinflussten Umwelt-Realität unübersehbar. So verweist das richtige Argument vom unauflösbaren Zusammenhang von Natur, Arbeit und Gesellschaft in die Richtung *direkter* Eingriffe in den Bereich, wo sich dieser Zusammenhang materiell und gesellschaftlich herstellt: den Produktionsbereich. Dieser Konsequenz weicht der DGB in seinen »Prinzipien einer Umweltpolitik aus gewerkschaftlicher Sicht« aber aus; gefordert werden *indirekte*, staatliche Eingriffsformen.

»Der DGB hat sich wiederholt für eine gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung und für eine Investitionslenkung ausgesprochen. Gerade die Umweltplanung muß ein Beispiel einer solchen gesellschaftlichen [sic!] Planung sein.« So weit, so gut. Dann heißt es aber weiter: »Allgemeine Investitionen und spezielle Umweltschutzinvestitionen müssen in Gesamtwirtschafts-, Regional- und Branchenstrukturplänen erfaßt und kontrolliert werden. Es widerspricht dem Grundanliegen des Umweltschurzes, daß größere Investitionen ohne Einbeziehung in umfassende Infrastrukturpläne, Raumordnungspläne und Umweltschutzpläne [...] vorgenommen werden.«

Durch einen unbemerkten Übergang vom gesellschaftlichen zum staatlichen Planungstyp reduzierte der DGB die gesellschaftlichen Dimensionen der Umweltproblematik (Zusammenhangsargument) auf ihre staatlichen und gewerkschaftlichen (Strukturpolitik). Damit gründete er seine umweltplanerischen Hoffnungen weniger auf einen Wandel der Gesellschaftsstruktur als vielmehr auf einen Staat als entwicklungskorrigierende und -gestaltende Institution, dessen Reformunfähigkeit damals allerdings kaum vorhersehbar war. Umweltplanung sollte danach (als integraler Bestandteil der strukturpolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften, Kuda 1979) als Instrument des Sozialstaats fungieren, eines Staates, der seine Aufgabe u. a. in der vermehrten Bereitstellung des Kollektivgutes »Umwelt-Qualität« zu sehen hatte.

Der gewerkschaftstheoretische Widerspruch zwischen der Einsicht in den gesamtgesellschaftlichen Eingriffszwang in die Produktionssphäre und dem strukturpolitischen Zurückweichen auf die Position indirekter staatlicher Rahmenplanung mußte sich spätestens dann als gewerkschaftspraktischer zeigen, als die umweltplanerische Reformunfähigkeit des Staates ins öffentliche Bewußtsein trat. Was Karin Gauer (in diesem Heft) als Paradigma-Wechsel in der Umweltpolitik nachweist, bezeichnet auch sein Dilemma gewerkschaftlicher Umweltpolitik. In den »Leitsätzen« hieß es noch:

»Keinesfalls dürfen die Unternehmer die Möglichkeit besitzen, sowohl die Kosten für den Umweltschutz auf die Preise zu überwälzen als auch gleichzeitig Subventionen und Finanz- und Steueranreize in Anspruch zu nehmen. Der Umweltschutz darf nicht zu einer neuen Gewinnquelle für Unternehmer werden.« (591)

Genau dies geschah aber, als die Gewerkschaften sich stark machten für die Etatisierung des »Programms für Zukunftsinvestitionen der Bundesregierung vom Frühjahr 1977« (Tofaute 1978). Allerdings ist dieser Widerspruch weder Ausdruck der »Interesidentität zwischen Industrie und Gewerkschaften« (Ewringmann/Zimmermann) noch Ausdruck prinzipieller gewerkschaftspolitischer System-Affirmation (Brandes). Er ist vielmehr das Ergebnis einer innergewerkschaftlichen Diskussion über die Frage, wie die Auswirkungen der vom Kapital seit Beginn der Wirtschaftskrise (1974ff.) systema-

tisch betriebenen Kampagne, die auf die Formel »Arbeitsplätze oder Umweltschutz« gebracht worden war, aufgefangen werden können. Die gewerkschaftliche Abwehrtaktik bestand in einer politischen Umkehrung der Kapital-Erpressung: »Umweltschutz durch Arbeitsplätze«. Der ideologische Widerspruch zwischen Kapital und Gewerkschaften wurde von der SPD/FDP-Regierung zwischen 1975 und 1976 umweltpolitisch aufgehoben durch ihr Programm der Zukunftsinvestitionen, die zu einem überwiegenden Teil aus Umweltschutzinvestitionen bestehen. Kritik an dieser Regulierungskonzeption der Gewerkschaften ist nur sinnvoll, wenn ihnen Widersprüche zur eigenen Umweltprogrammatisierung nachgewiesen werden, etwa den, daß sie einer falschen Finanzierungs-, Subventionierungs- und Überwälzungskonzeption das Wort geredet haben — wider besseres Wissen.

1972: Die »Gewerkschaftlichen Monatshefte« widmeten der Umweltproblematik zwei Ausgaben (Hefte 9 + 10). In der zentralen Themenstellung der Redaktion spiegelt sich die Diskussionsstruktur innerhalb der Gewerkschaften wider: »Umweltschutz und Ursachen der Umweltgefährdung: Erscheinungsform des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise oder notwendige Folge technisch-industriellen Wachstums in Ost und West?« Diese Umweltdiskussion sollte einerseits die innergewerkschaftliche Meinungsbildung vertiefen und andererseits kontroverse Positionen verdeutlichen. Ähnlich wie anlässlich der erwähnten IGM-Tagung werden von Vertretern unterschiedlicher Wissenschafts- und Gewerkschaftspositionen Versuche unternommen, Erscheinungsformen, Ursachen und Lösungsmöglichkeiten der Umweltkrise zu begründen. Kontrovers diskutiert werden vor allem die Ursachen und Lösungskonzepte. Karl William Kapp, den die Ökologiebewegung kürzlich entdeckt haben will (1979!), hat die umweltökonomische Urteilsfindung der Gewerkschaften zweifellos am nachhaltigsten beeinflusst. Die Ursachen der Gefährdung des globalen ökologischen Gleichgewichts als notwendiger Bedingung der gesellschaftlichen Reproduktion sah er in der Art, wie moderne Techniken und Produktionsfaktoren ohne Berücksichtigung ihrer zerstörenden Wirkung auf ökologische Kreislaufsysteme angewandt werden. »Umweltziele, d.h. die Aufrechterhaltung lebensnotwendiger ökologischer Gleichgewichte sind dem Marktsystem nicht immanent; sie müssen daher von außen, d.h. von der Gesellschaft in das Wirtschaftssystem eingebaut werden.« Im Unterschied zu bürgerlichen Ökonomen, die das gesamte Umweltproblem als Zurechnungsproblem sehen wollen (Verursacher-Logik), zielen Kapps Bewältigungsvorschläge auf eine »gesamtwirtschaftliche Umweltpolitik«, deren Entwicklung der Staat fördern soll durch eine »bewußte gesellschaftliche Lenkung der Wissenschaft und Forschungspolitik zum Zwecke der systematischen Entwicklung von Technologien, die weniger umweltbelastend als die bisher zur Anwendung gebrachten Techniken sind«. (Diese Konzeption hat sich, worauf Lechers Darstellung verweist, die Gewerkschaftsgruppe in der Kommission zu eigen gemacht.) Horst Hochgreve, wirtschafts- und strukturpolitischer Referent beim DGB-Landesbezirk Hessen, wollte als zentrale Ursache der Umweltgefährdung die »materielle Interessiertheit« des Menschen entdeckt haben, die sich in Marktwirtschaften als »Profitmotivation« äußere und in »Zentralverwaltungswirtschaften« als »Lohn-, Prämien- und Gewinninteressen«. Danach seien in jeder Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung materielle Interessen vorhanden, die dem »Gesamtinteresse einer intakten Umwelt entgegenstehen«. Lassen wir dahingestellt, ob eine intakte Umwelt ein Gesamtinteresse hat, bleiben Hochgreves Lösungsvorschläge interessant. Obwohl er für

ausgemacht hält, daß die Finanzierung von umweltrelevanten Investitionen »nur in einer Phase stetigen wirtschaftlichen Wachstums möglich sein« soll, was auf privatkapitalistische Finanzierung deutet, hängen »Umweltschutz und eine gezielte regionale und sektorale Strukturpolitik eng zusammen«, was auf staatliche Finanzierung deutet. Wie auch immer: Hochgreve meinte, es wäre »fatal, hinsichtlich der Finanzierung in Resignation zu verfallen«. Irgend jemand würde sich schon zur Finanzierung des Umweltschutzes (zwischen 1970 und 1980 immerhin 110 Mrd. DM) bereit erklären.

Gerhard Kade und ich versuchten die Krisenursachen als Resultat einer historisch-gesellschaftlich widersprüchlich entwickelten Organisationsform des »Stoffwechselprozesses« zwischen Natur und Gesellschaft nachzuweisen. Diese Wahl der ursachenanalytischen Fragestellung unterscheidet sich von der in der Gewerkschaftsliteratur vorherrschenden vor allem dadurch, daß die Umweltkrise nicht nur als ökologisches, sondern auch als gesamt-naturales Krisenphänomen verstanden und untersucht wird, nicht nur als ökonomisches, sondern auch als polit-ökonomisches, nicht nur als wissenschafts- und forschungspolitisches, sondern auch als dialektisches, nicht nur als strukturpolitisches, sondern auch als gesamtgesellschaftliches.

Eine Reihe von leitenden Gewerkschaftsfunktionären berichteten aus ihrer Umweltp Praxis. Eine Durchmusterung ihrer praktischen Erfahrungen läßt die Behauptung von der umweltpolitischen Abstinenz oder einseitigen Parteinahme für Kapitalverwertungsinteressen geradezu lächerlich erscheinen. Dies gilt übrigens auch für das beliebte Verwirrspiel mit der umweltbewußten Basis der Gewerkschaften und ihrer vorgeblich ständig Umwelt-Verrat übenden Führung. Was Gewerkschaftsfunktionäre 1972 über umweltpolitische Kontroversen in ihren Organisationsbereichen schrieben, könnte 1979 auch in der Zeitschrift des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umwelt, in »bbu-aktuell«, stehen. Über die Gründe unterschiedlicher Publizität durch die Massenmedien soll hier nicht geurteilt werden.

1973: Arbeitskonferenz zum Thema »Sicherheit am Arbeitsplatz und Unfallschutz«, die im Rahmen des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Bremen und der Arbeiterkammer Bremen organisiert wurde (4.-6. Mai in Bremen). Diskussion und Ergebnisse der Tagung wurden von der Europäischen Verlagsanstalt in der Reihe »Theorie und Praxis der Gewerkschaften« als »Industriearbeit und Gesundheitsverschleiß« publiziert (1974). Die Bedeutung dieser Arbeitskonferenz darf man u. a. darin sehen, daß ihre Teilnehmer (Wissenschaftler, Betriebsräte, Vertrauensleute, andere Gewerkschafter) eindrucksvolles empirisches Material zum Themenzusammenhang von Arbeits»umwelt«, technischem Fortschritt und Gesundheit vorlegten. Die Tagungsergebnisse sind ein hervorragender Beweis für die Berechtigung der umweltpolitischen Grundposition der Gewerkschaften, wonach Arbeits- und Lebensumwelt der Werkätigen nur als Einheit begriffen und verändert werden können.

1973: Abschluß des »Lohnrahmentarifvertrags II« für Nordwürttemberg/Nordbaden nach zweiwöchigem Schwerpunktstreik. »Die Durchsetzung grundsätzlicher Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen war das gewerkschaftliche Ziel dieser Auseinandersetzung«, urteilte Franz Steinkühler in seinem Beitrag zur Gesamtbeurteilung des Kampfes um den LRTV II, die von der EVA unter dem Titel »Werktage sollen besser werden« herausgegeben wurde (1977, ²1978). Den ökokratischen Gewerkschaftskritikern, denen der »Wachstumsfetischismus« der Gewerkschaften als ausgemachte Sache gilt, möchte man besonders die Kapitel über »Der Kampf um menschliche Arbeits-

bedingungen und die Öffentlichkeit« sowie »Humanität und Klassegegensatz« zur Lektüre empfehlen. Von gewerkschaftspolitischem Interesse sind die Aufsätze von Franz Steinkühler und Hans Mayr, weil sie sich mit der auch umweltpolitisch interessanten Frage beschäftigen, ob die »verschärfte Abwehrhaltung des organisierten Unternehmertums gegen wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Reformforderungen der Gewerkschaften« *tarifpolitisch* überwunden werden kann.

1974: Diese Frage wurde während der DGB-Konferenz zum Thema »Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe« in München (16.-17. Mai) systematischer erörtert. Unter umweltpolitischen Gesichtspunkten sind vor allem die Beiträge von Hans Mayr (»Humanisierung der Arbeit durch Tarifpolitik«), Werner Vitt (»Humanisierung der Arbeit durch Mitbestimmung«) sowie Michael Schumann (»Bestandsaufnahme, Analyse und Entwicklungstrends im Produktionsbereich«) von Interesse. Die Protokolle dieser Konferenz wurden von der EVA ebenfalls in der Reihe »Theorie und Praxis der Gewerkschaften« veröffentlicht (1974). Mayr und Vitt setzen in ihren Beiträgen neue gewerkschaftspolitische Akzente: Adressat »strukturpolitischer« Forderungen der Gewerkschaften ist nicht mehr der Gesetzgeber, sondern das Kapital.

»Wer meint, daß die Humanisierung der Arbeitswelt nur über den Gesetzgeber zu erreichen ist, der übersieht zweierlei: Zum ersten jene starken Kräfte, die Gesetzesvorhaben entscheidend beeinflussen, und zwar nicht im Sinne der Arbeitnehmer. Zum anderen, daß es die ureigenste Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer zu ihren Gunsten zu verändern, und zwar unter Ausnutzung aller uns zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten im Rahmen der Tarifautonomie. Wir können nicht darauf warten, daß unsere Probleme von anderen gelöst werden, sondern müssen selbst aktiv werden, selbst gestalten und selbst kontrollieren.« (165)

Und bei Vitt liest man zur »Durchsetzungsintention«:

»Die Gewerkschaft als autonome gesellschaftspolitische Organisation muß zur Erreichung dieses Ziels [»Eingriffe in die privatwirtschaftliche Investitionsautonomie und den privatwirtschaftlichen Konkurrenzmechanismus«] eine exakte Bestimmung des möglichen Handlungsrahmens vornehmen und die eigenen Kräfte planvoll zum Einsatz bringen. Nur so können die Herausforderungen des vorherrschenden ökonomischen Herrschaftssystems im Sinne einer Humanisierung der Arbeit gemeistert werden.« (153f.)

Schumann lieferte gleichsam die theoretische Begründung für dies neue Selbstverständnis der Gewerkschaften: Wird

»Arbeit entsprechend der Tradition der Arbeiterbewegung begriffen als gemeinschaftlich solidarische Auseinandersetzung mit der Natur, so sind darin die Bedingungen für eine Humanisierung programmatisch fixiert: Hertschaft der lebendigen Arbeit über das tote Kapital. Solange nicht diese Dimension struktureller Veränderung in das Konzept mit einbezogen wird, sollte man allenfalls von Chancen zur Verbesserung der Arbeitssituation sprechen«. Der »Kampf um eine Verbesserung der aktuellen Arbeits- und Lebenssituation« müsse deshalb so geführt werden, daß er »die Perspektive für gesellschaftliche Strukturveränderungen eröffnet« (53f.).

Schumanns Bestandsaufnahme der betrieblichen Realität, der auf der Konferenz nicht widersprochen wurde, bezeichnete überdies eine wichtige Differenz zur bürgerlichen und radikal-ökologischen Industrie- und Technikkritik, weil er soziale — ergänzen wir: ökologische — Folgen des technischen Fortschritts nicht »der« Technik, »der« Wissenschaft oder »der« Industrie anlastet, sondern dem »Kapitalinteresse als Strukturierungsprinzip«, das sich ungebrochen »gegen alle anderen Zielsetzungen bisher durchzusetzen vermocht hat«.

1974: Im Mai veröffentlicht der DGB sein »Umweltprogramm«, das sich von den »Leitsätzen« dadurch unterscheidet, daß seine Verfasser eine Systematik der Krisenphä-

nomene («ökologische» Krisenerscheinungen) vorlegen und sie einem Komplex gesellschaftlicher Ursachen (ökonomische, soziale, politische) zuordnen. Der Unterschied zur herrschenden Umweltprogrammatik ist noch deutlicher als in den »Leitsätzen« herausgearbeitet worden.

»Soll der Umweltschutz in optimaler Weise den Gesundheits- und Entfaltungsinteressen der Arbeitnehmer Rechnung tragen, so wird das weder von selbst« — etwa durch den Markt- und Preisautomatismus — »noch allein durch die hoheitliche Hand des Staates geschehen. Dafür wird es vielmehr der organisierten Durchsetzungskraft der Arbeitnehmer bedürfen.« (12) Denn: »Die Herrschaft des Prinzips privater Gewinnerzielung hat nicht nur« die »Entstehung des Umweltproblems begünstigt. Sie erschwert ebenfalls seine Beherrschung oder gar seine Beseitigung. Denn ungeachtet staatlicher Umweltgesetze wirken die ökonomischen Gesetze weiter, die den einzelnen Unrnehmer nötigen, sich um Konkurrenzvorteile und Kostenentlastung zu bemühen.« (12f.)

Daraus werden Forderungen nach einer präventiven Umweltpolitik abgeleitet:

»Der Anspruch der Arbeitnehmer auf humane Arbeits- und Lebensbedingungen kann nur dann erfüllt werden, wenn qualifiziertes Wachstum unter Sicherung des ökologischen Gleichgewichts erfolgt. Dies Ziel verbietet es, die Umweltpolitik allein dem arbeitsteiligen Markt als Koordinator und einem lediglich reagierenden Staat zu überlassen. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist vielmehr der Ausbau gesamtwirtschaftlicher Planung und Steuerung. An die Stelle eines lediglich auf Bedrohung und Zerstörung reagierenden Umweltschutzes muß eine vorausschauende Umweltgestaltung treten. Dies erfordert die Entwicklung und den Einsatz wirksamer Planungsmethoden und Instrumente. Die Vorstellung, daß die Mittel zur Finanzierung umweltschützender Maßnahmen nur durch weiteres Wirtschaftswachstum aufgebracht werden können, ist falsch. Unkontrolliertes Wachstum erzeugt und verschärft gerade jene Umweltschäden, die es zu verhindern bzw. zu beseitigen gilt.« (35)

Solche diagnostischen und therapeutischen Einsichten wird man bei Ewringmann, Zimmermann, den Mitgliedern des Umwelt-Sachverständigenrats oder den Verfassern der SPD-»Thesen sozialdemokratischer Umweltpolitik« (1975) vergebens suchen. Daß die »Marktwirtschaft zur Lösung der anstehenden Probleme nicht mehr in der Lage ist«, weil »verschiedene Krisen nicht nur negative Auswirkungen und Randerscheinungen, sondern geradezu Bedingungen zum Funktionieren dieses Systems« darstellen, wurde in der ökologiepolitischen Debatte erst fünf Jahre nach Veröffentlichung des DGB-Umweltprogramms von einer relevanten Umweltschutz-Organisation öffentlichkeitswirksam behauptet (BBU 1979).

Der ursachenanalytische Fortschritt in der gewerkschaftlichen Umweltdebatte wird wissenschaftlich indes genau dort verspielt, wo die gewerkschaftspolitischen Früchte der theoretischen Einsichten geerntet werden müßten: in den »Grundzügen der gewerkschaftlichen Umweltpolitik« (20-25). Las man im diagnostischen Teil des Programms (12-20), daß ungeachtet staatlicher Umweltgesetze die ökonomischen Gesetze weiter wirkten, die die Beherrschung oder Beseitigung des Umweltproblems verhindern, liest man in den »Grundzügen«, »daß Fortschritte im Umweltschutz gegenwärtig wesentlich nur auf Grund staatlicher Maßnahmen erreicht werden können«. Deshalb sei es »Aufgabe der Gewerkschaften, auf die staatliche Umweltpolitik durch kritische Mitarbeit Einfluß zu nehmen« (21). Diese Inkonsistenz in der Gesamtargumentation bietet Gewerkschaftskritikern nicht nur unnötig Anlaß, durch Nachweis logischer Widersprüche das *gesamte* Umweltprogramm zu disqualifizieren, sondern sie leistet einer widersprüchlichen Umweltpolitik Vorschub. Man kann sich nicht einerseits zurecht auf die »gesamtwirtschaftliche Rationalität« (32) berufen, der das »Geschäft mit der Umwelt« (17) diametral entgegensteht und andererseits durch »kritische Mitarbeit« die staatliche

Umweltpolitik in der Form beeinflussen, daß dies Geschäft mit der Umwelt unter dem Firmenzeichen »Zukunftsinvestitionen« marktfähig gemacht wird. Zur Erinnerung: »Die Produktion 'umweltschützender Anlagen' setzt einen entsprechenden neuen Wirtschaftszweig voraus. Dieser jedoch kann sich nur dann optimal entwickeln, wenn möglichst viel Umwelt verschmutzt wird.« (17f.) Daß er sich auch durch staatliche und gewerkschaftliche Mithilfe entwickeln kann, sollte Gewerkschafter nachdenklich machen, die nicht vergessen haben, daß »das 'Geschäft mit der Umwelt' eine Lösung des Umweltproblems ist, die von der Mehrzahl der Bevölkerung zu bezahlen ist« (17).

4. Was bleibt vom Konservatismus-Vorwurf?

Fassen wir Gegeneinwände zur Behauptung zusammen, derzufolge eine fortschrittliche Umweltpolitik von den Gewerkschaften weder theoretisch noch praktisch zu erwarten sei. Von ihrer Stichhaltigkeit sollte abhängen, ob sie bereits Hinweise liefern auf den Rahmen, innerhalb dessen die von Werner Vitt geforderte Erarbeitung einer praxisorientierten politischen Ökonomie beginnen kann.

I. Zur Methode: Die gewerkschaftliche Umweltdiskussion unterscheidet sich von der herrschenden durch die Entwicklung einer problemadäquaten Fragestellung: Arbeits- und Lebensumwelt des Menschen werden als Einheit untersucht (Zusammenhangsargument). Diese analytische Herangehensweise wäre dann konservativ, wenn konkurrierende Versuche zu erkenntnisträchtigeren Einsichten und entsprechenden Lösungsansätzen geführt hätten. Der umweltpolitische Paradigmawechsel, den die herrschende Umweltwissenschaft abgesegnet hat, dürfte den Gewerkschaftskritikern kaum neue Anhänger zutreiben.

II. Zur Thematik: Den Themenzusammenhang von Wachstums-, Vergeudungs-, Technik- und Fortschrittskritik hat die umweltpolitische Gewerkschaftsdebatte früher aufgearbeitet als die gängige Gewerkschaftskritik glauben machen will. Ihre Ergebnisse sind »humaner«, weil sie aus einer gesellschaftlichen Kritikperspektive ermittelt wurden und nicht aus einer ökologischen. Damit ist nicht gesagt, die Gewerkschaftsdebatte hätte bereits alle wichtigen Zusammenhangsthemen von Natur und Gesellschaft zutage gefördert.

III. Zur Theorie: Weder dem Umweltprogramm der Gewerkschaften noch ihrer Umweltpolitik liegt eine konsistente Gesellschaftstheorie zugrunde. Die theoretischen Positionen sind eklektisch. Mit dieser Beurteilung läßt sich Vitts Forderung nachhaltig begründen.

IV. Praxis: Die Umweltpolitik der Gewerkschaften ist so konservativ wie andere Politiken staatlicher Krisenbekämpfung. Gemessen an neoklassischen Konzepten der Umweltsanierung (Krisenbewältigung durch den Markt-Preis-Mechanismus) sind die keynesianischen Gewerkschaftskonzepte (Krisenbekämpfung durch staatliche Umweltfinanzierung) noch »fortschrittlich«, weil sie außer einem ökologischen noch einen positiven Beschäftigungseffekt haben. Andererseits ist nicht zu bestreiten, daß mit der Verknüpfung von Konjunktur- und Umweltpolitik weder die naturalen noch die sozialen Probleme gelöst werden, deren Bewältigung die Gewerkschaften selbst für unabdingbar halten.

V. Politik: Die zukünftige Umweltpolitik der Gewerkschaften, ihr Umfang, ihre theoretische Verfaßtheit und ihr politisches Gewicht, ist zu sehen im Zusammenhang mit der unabweisbaren innergewerkschaftlichen Tendenz, Gesellschaftsreformen nicht

mehr überwiegend den Parteien (vor allem der SPD) zu überlassen, sondern die »sozialen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen«, die nach heutiger DGB-Einsicht noch immer »durch den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit geprägt« werden, durch planvollen Einsatz der eigenen Kräfte voranzutreiben.

Literaturverzeichnis

- Albracht, Gerdt: »Erst Giftunfälle machten die Gefahren deutlich«, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 101, 2. Mai 1979, S.10
- Bolte, Karl Martin: »Die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel«, in: Wissenschaftszentrum Berlin. Hrsg., Interaktion von Wissenschaft und Politik. Theoretische und praktische Probleme der anwendungsorientierten Sozialwissenschaften, Frankfurt a.M. 1977
- Brandes, Volkhard: »Gewerkschaften — Ökologiebewegung«, in: Sozialistisches Büro/Jungsozialisten Frankfurt, Hrsg., Sozialistische Umweltpolitik? o.O. o.J. (Frankfurt a.M. 1977)
- Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Hrsg., Forderungskatalog für ein ökologisches Gesamtkonzept in der Bundesrepublik Deutschland, Karlsruhe o.J. (1979)
- Bundesverband der Deutschen Industrie, Jahresberichte, Köln 1968/69ff.
- Bungarten, Harald H.: Umweltpolitik in Westeuropa. EG, internationale Organisationen und nationale Umweltpolitiken, Bonn 1978
- DGB. Hrsg.: DGB-Umweltprogramm, Düsseldorf o.J. (1974)
- Ewringmann, Dieter und Klaus Zimmermann: »Umweltpolitische Interessenanalyse der Unternehmen, Gewerkschaften und Gemeinden«, in: Martin Jänicke, Hrsg., Umweltpolitik, Opladen 1978
- Feldengut, Karl: »Umweltschutz und Arbeitsplätze«, in: WSI-Mitteilungen, Jg. 32, Nr. 7 (Juli 1979)
- Friedman, Milton: in: »Wieviel Fortschritt verträgt die Erde?« Dokumentation des Bayerischen Rundfunks, gesendet in der ARD am 8.3.1977
- Füllenbach, Josef: Umweltschutz zwischen Ost und West. Umweltpolitik in Osteuropa und gesamteuropäische Zusammenarbeit, Bonn 1977
- Huyer, Reinhard: Forschungspolitik und gesellschaftliche Planung, Opladen 1974
- IG Metall, Hrsg.: »Umwelt«, in: Aufgabe Zukunft — Qualität des Lebens, Frankfurt a.M. 1973
- IG Metall, Hrsg.: »Qualitatives Wachstum«, in: Aufgabe Zukunft — Qualität des Lebens, Frankfurt a.M. 1974
- IG Metall, Hrsg.: »Zukunft der Gewerkschaften«, in: Aufgabe Zukunft — Qualität des Lebens, Frankfurt a.M. 1974
- Kade, Gerhard: »Planung und Finanzierung der Zukunft«, in: IG Metall, Hrsg., Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens, Bd. 7 (Qualitatives Wachstum), Frankfurt a.M. 1973
- Kuda, Rudolf F.: »Strukturpolitische Vorstellungen der Gewerkschaften«, in: H. Markmann/D.B. Simmert, Hrsg.: Krise der Wirtschaftspolitik, Köln 1978
- Küppers, Günter u.a.: Umweltforschung - die gesteuerte Wissenschaft? Eine empirische Studie zum Verhältnis von Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftspolitik, Frankfurt a.M. 1978
- Lecher, Wolfgang: »Gewerkschaften und die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel — ein Lehrstück?« in: WSI-Mitteilungen, Jg. 30, Nr. 3 (März 1977)
- »Leitsätze des DGB zum Umweltschutz«, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 23, Nr. 9 (Sept. 1972)
- Schmitz, Karl u.a.: Der Staat und die Steuerung der Wissenschaft. Analyse der Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung, Göttingen 1976
- SPIEGEL, Jg. 33, Nr. 21 (21.5.1979), S.63f.
- Tofaute, Hartmut: Das Programm für Zukunftsinvestitionen der Bundesregierung vom Frühjahr 1977. Ergebnisse einer Umfrage des DGB, Düsseldorf 1978
- Vitt, Werner: »Praxisrelevanz von Kapitalismuskritik«, in: *Die Neue*, Nr. 41, 25. Mai 1979, S.4
- Vorstand der SPD, Hrsg.: Thesen zur sozialdemokratischen Umweltpolitik, Bonn o.J. (1975)

Karin Gauer

Vom Verursacher- zum Gemeinlastprinzip

Über die Sozialisierung der Umweltkosten

Einleitung

Nach fast 10 Jahren staatlicher Umweltpolitik wird in Form eines umweltpolitischen Paradigma-Wechsels — vom Verursacher- zum Gemeinlastprinzip — theoretisch gerechtfertigt, was die Praxis längst erwiesen hat: Die gesellschaftlichen Kräfte, die die Umweltzerstörung im Kapitalismus ursächlich zu verantworten haben, entscheiden inzwischen auch über deren Lösungsstrategie. Worauf marxistische Umwelttheoretiker schon seit Jahren hingewiesen haben, wird inzwischen auch von der bürgerlichen Umweltwissenschaft verschämt zugegeben: es geht nicht um die Internalisierung von privat-kapitalistisch verursachten Umweltkosten, sondern um deren Sozialisierung. Die Ablösung des Verursacherprinzips durch das Gemeinlastprinzip bedeutet, daß die zur Umweltsanierung notwendigen Investitionen und Betriebskosten über das Steueraufkommen vom Staat übernommen werden. Umweltpolitik erscheint als gesicherter Bestandteil staatlicher Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik.

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre waren sich repräsentative Vertreter des Monopolkapitals, der Gewerkschaften, des Staates und der Wissenschaft in der BRD darin einig, daß die »industrielle Entwicklung« der letzten hundert Jahre ökologische Krisenerscheinungen (Umweltkrise) produziert hat, deren Bewältigung zu einer vornehmlich privatwirtschaftlichen und staatlichen Aufgabe erklärt wurde.¹ Als theoretisch-politische Basis des Bewältigungskonzeptes sollte ein umweltpolitisches »Steuerungsinstrument« fungieren, das als Verursacherprinzip ideologische Karriere machte. Die politischen, ökonomischen und ideologischen Erwartungen, die von den Umweltpolitik gestaltenden sozial-liberalen Parteien und Kapitalverbänden an die Fähigkeit des Verursacherprinzips zur Krisenbewältigung geknüpft wurden, faßte das erste Umweltprogramm der Bundesregierung eindrucksvoll zusammen: »In einer marktwirtschaftlichen Ordnung sollen alle Kosten den Produkten oder den Leistungen zugerechnet werden, die die einzelnen Kosten verursachen. Grundlage der Kostenzurechnung ist also das Verursacherprinzip. Nach diesem Prinzip muß derjenige die Kosten einer Umweltbelastung tragen, der für ihre Entstehung verantwortlich ist.« (Umweltprogramm der Bundesregierung 1971, S.32)

Dafür, daß der instrumentelle und umweltpolitanerische Rahmen des Verursacherkonzeptes jahrelang als ideologisch verbindlich erschien, lassen sich in den Jahresberichten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, in verschiedenen Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen und sogar im Umweltprogramm des DGB hinreichend Beispiele finden. Aus den dort vorgetragenen Einschätzungen wird man kaum eine andere Schlußfolgerung ziehen können als die, daß sich Vertreter antagonistischer sozialer Interessen in der Entstehungsphase der Umweltdebatte auf die Anwendung des Verursacherprinzips erstaunlich einmütig geeinigt hatten. Verteilungspolitische Überlegungen, daß es bei der ökonomischen Durchsetzung dieses Bewältigungsprinzips soziale Gewinner und Verlierer geben würde, spielten erst seit Veröffentlichung des Umweltprogramms des DGB (1974) eine Rolle. Kaum zufällig! Denn zu dieser Zeit lagen

die ersten einigermaßen kalkulierbaren Berechnungen über die Finanzierung der Krisenbewältigung vor. Je nach Berechnungsgrundlage hatten Schätzungen für den Zeitraum von 1970 - 1975 Summen zwischen 40 und 60 Mrd. DM ergeben. Inzwischen haben exaktere Kostenanalysen ergeben, daß in der Dekade 1970 - 1980 mit einem Umweltschutzaufwand (privatwirtschaftlich und öffentlich) von über 110 Mrd. DM zu rechnen ist (vgl. Batelle 1975; Meißner/Hödl 1977, S.130). Die ganze Frage nach den Ursachen des stillschweigenden Paradigma-Wechsels in der staatlichen Umweltpolitik und ihrer wissenschaftlichen Begründung läßt sich, dies ist die zentrale These, auf die Finanzierungsproblematik reduzieren. Von politischem Interesse dürfte die vorliegende Darstellung deshalb vor allem für die zukünftige Gewerkschaftspolitik im Umweltbereich sein. Die Sozialisierung privat-kapitalistisch verursachter Kosten, ihre legitimatorische Begründung durch die offizielle Umweltwissenschaft sowie die politische Absicherung durch eine vorgeblich arbeitnehmerfreundliche SPD wird für die tarifpolitische Auseinandersetzungen der Gewerkschaften vor dem Hintergrund der Strategie der Humanisierung der Arbeits- und Lebenswelt an Bedeutung zweifellos zunehmen.

Bürgerliche Umweltökonomie

Die als »ökologische Krise«² apostrophierte zunehmende Zerstörung gesellschaftlicher Lebensgrundlagen im Kapitalismus erschien der herrschenden Ökonomie zunächst als »Betriebsunfall«, als überraschend eingetretene wirtschaftspolitische Desorganisation des marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismus. In einem zu Beginn der umweltökonomischen Debatte richtungsweisendem Gutachten über die »Gesamtbelastung der Volkswirtschaft durch das Umweltprogramm der Bundesregierung« von K. Ackermann/H. Geschke/D. Karsten³ definierten die Verfasser, daß es keineswegs die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise seien, die den Krisenzusammenhang verursacht hätten. Nicht das Gewinnstreben, das »Profitmotiv« führe »in die Umweltkatastrophe« (Gerhard Kade), sondern die Wirtschaftspolitik sei verantwortlich: »... ein solches unerwünschtes Ergebnis des Wirtschaftsprozesses, wie wir es im Fall der Umweltbelastung haben (lastet man) nicht dem Markt als 'Marktversagen' an, sondern dem Wirtschaftspolitiker, der nicht die notwendigen Bedingungen für das Funktionieren des Marktes geschaffen hat. Es geht hier also in erster Linie gar nicht um eine Ergänzung des Marktes durch staatliche Maßnahmen, sondern um die Herstellung der Funktionsfähigkeit des Marktes.« (Ackermann-Gutachten 1969, S.599)

Diese Begründung der Gutachter vermag wohl nur diejenigen zu beeindrucken, die nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß der Entstehungs- und Entwicklungszusammenhang der Umweltkrise zeitlich 150 Jahre zurückliegt, also ursächlich gekoppelt ist an die Verallgemeinerung einer Produktionsweise, die den Stoffwechsel zwischen Natur und Gesellschaft nur nach Maßgabe bornierter, kurzfristiger Gewinninteressen organisieren kann. Dieser, nach privat-kapitalistischen Kalkülen keineswegs irrationalen An eignungsprozeß verursachte in der Folge gesamtwirtschaftliche Irrationalitäten, die »zu wechselseitiger Behinderung der Kapitale in ihrer Verwertungssituation führte.« (Hasenpflug 1975, S.787) Deshalb war beizeiten die staatliche Intervention gefordert.⁴ Die preußische Gewerbeordnung, von der Manfred O. Hinz treffend sagte, sie sei zum »Muster-Umweltgesetz« geworden, sollte seit 1845 die naturalen Voraussetzungen für die expandierende bürgerliche Produktionsweise regeln. Danach wurden schon im 19. Jahrhundert die Kosten zur Beseitigung produktionsgefährdender Umweltbedingun-

gen durch Steuern und Gebühren der Gesellschaft als Sozialisierung aufgebürdet. Hinz bezeichnet diese Form der Krisenlösung als »Politik des peripheren Eingriffs«. Dahinter verberge sich die Privilegierung der privaten Verfügbarkeit über gesellschaftliche Produktivkräfte bei gleichzeitiger staatlicher Reparaturleistung und er schlussfolgert: »Wer nach den Ursachen unserer Umweltsituation fragt, wird also davon auszugehen haben, daß unsere Umwelt nicht *trozt* der Gewerbeordnung das geworden ist, was sie geworden ist, sondern *wegen*.« (Hinz 1974, S.93)

Gänzlich unbeeindruckt oder unberührt von solchen Einsichten in die Umweltgeschichte beharrt die bürgerliche Umweltökonomie auf ihrer definitorisch behaupteten »Einsicht« in die *wirtschaftspolitisch* bedingte »Fehlalkulation« des Marktmechanismus. Diese Form der »Ursachenanalyse« scheint der herrschenden Gleichgewichtstheorie geschuldet, derzufolge die Effizienz des Marktes als Steuerungsinstrument davon abhängig sei, daß *alle* Kosten und Nutzen der Wirtschaftssubjekte durch Preissignale erfaßt sind. Vermittelt über den Preismechanismus, der reale Knappheitsverhältnisse der gesellschaftlichen Produktionsfaktoren widerspiegeln soll, könne der Markt die bestmögliche Verwendung der verfügbaren Ressourcen entsprechend den Nutzenkriterien der Wirtschaftseinheiten (Haushalte, Unternehmen, öffentliche Körperschaften) koordinieren und steuern. Wird die Umweltkrise als »Fehlalkulation« verstanden, muß gefolgert werden, daß die für das »volkswirtschaftliche Optimum« notwendige Identität zwischen privaten und sozialen Kosten in den spezifischen Wirtschaftsrechnungen durchbrochen ist. Die Möglichkeit dieses Widerspruchs soll sich durch »externe Effekte«, »soziale Kosten« manifestieren. Diese wiederum erscheinen vorgeblich als Ergebnis falscher Wirtschaftspolitik, die eine unkorrekte private Zurechnung von Kosten und Erträgen ordnungspolitisch zuließ bzw. durch öffentliches Recht begünstigte. Soll diese Diskrepanz zwischen privaten und sozialen Kosten und Erträgen aufgehoben und die marktwirtschaftliche »Ordnung« wieder hergestellt werden, müssen diese »externen negativen Effekte« der privaten Produktion und Konsumtion in die Kostenrechnungen der einzelnen »Wirtschaftssubjekte« internalisiert werden. Dazu entwirft Bruno S. Frey das Bild einer bürgerlichen Umweltökonomie, die von dem bislang »offenen« Wirtschaftssystem zu einem »geschlossenen« Kreislaufmodell überzugehen habe. Dieser Prozeß soll durch preismäßige Erfassung und Einbeziehung der zum »knappen Gut« erklärten »Umwelt« vollziehbar erscheinen. Dies impliziert, daß sich die »relativen Preise [...] entsprechend den der Umwelt zugefügten Schäden verändern müssen.« »Die externen Effekte, die auftreten, sobald die einzelwirtschaftlichen (d.h. internen) von den gesamtgesellschaftlichen Kosten und Nutzen abweichen« (Frey 1972, S.23), müssen internalisiert werden. In konsequenter Fortsetzung dieser markttheoretischen Logik wird das »Verursacherprinzip« als marktwirtschaftliches »Planungsinstrument« auf seinen politisch-ideologischen Begriff gebracht.

Die ideologische Plausibilität und politische Handhabung des Verursacherprinzips hat die sozial-liberale Bundesregierung zu Beginn der öffentlichen Umweltdebatte hoch eingeschätzt. Sie sah bis vor kurzem in ihm ein »marktkonformes«, »antidirigistisches« Instrument der *Kostenzurechnung*. Diesem Konzept zufolge müßten die »externen Effekte« zunächst bewertet, in marktmäßige Größen transformiert werden, wobei deren Höhe sich an dem Verbrauch oder an dem zugefügten Schaden der Umweltgüter zu bemessen hätte. Den einzelnen privaten Wirtschaftsrechnungen, wozu immer auch die Haushalte der Arbeitnehmer gerechnet wurden, würden sie dann in Form von Ab-

gaben, Gebühren oder höheren Preisen zugerechnet. Damit sollten die Kosten für staatlich »reparierte« Umweltschäden oder Kompensationszahlungen für irreparable Eingriffe in den Naturhaushalt bestritten werden. Gleichzeitig soll ein Vermeidungseffekt eintreten: Durch Anwendung des Verursacherprinzips würde die zukünftig kostenverursachende Aneignung von naturalen, d.h. gesellschaftlichen Produktivkräften (»Umwelt«) sich auf die individuellen Produktionskosten und Preise in meßbarer Form auswirken. Im Einklang mit der neoklassischen Theorie wird in der offiziellen Umweltprogrammatische Substituierbarkeit der einzelnen Produkte am Markt und Konsumentensouveränität, d.h. nachfragegesteuerte Produktion, unterstellt. Nach diesen Vorstellungen soll sich die Nachfrage zugunsten billigerer, in diesem Sinne »umweltschonender« hergestellter Produkte ändern. Der Markt reagiert darauf, indem er die umweltfreundliche Veränderung der Produktionstechnologie und des gesamtwirtschaftlichen outputs gleichsam annimmt. Angesichts solcher harmonisierend getönten Prinzipien hatten Forderungen, die »ökologische Krise« durch direkte staatliche Auflagen (Ge- und Verbote) zu bewältigen, keine Chance.⁵ Über die einzige Ausnahme von dieser Regel, das Benzin-Blei-Gesetz, notierte Volker Ronge kürzlich: »Durch das Benzin-Blei-Gesetz wird die Politik keiner ökonomischen Machtposition konfrontiert: die Mineralölfirmen 'produzieren', weil sie meist außerhalb der BRD residieren, wenig Staatseinkünfte; sie hatten von daher keine sanktionsfähige Drohmöglichkeit (Abzug ins Ausland); die Auflagen gefährdeten keine Arbeitsplätze; sie erzeugten keine Wettbewerbsveränderungen, weil einerseits alle Firmen gleich getroffen werden und andererseits Substitutionsgüter nicht vorhanden sind (hohe Preiselastizität); die Kosten konnten also problemlos weitergegeben werden, und die Staatseinnahmen (Mineralölsteuer) wurden nicht gefährdet« (Ronge 1978, S.73).

Zur Rolle der sozial-liberalen Umweltpolitik

Zwei Jahre nach der Regierungsübernahme von 1969 präsentierte die SPD noch eine Reformvorstellung zukünftiger Wachstums- und Umweltpolitik, die sich deutlich unterschied von der, die in der Rekonstruktionsphase von der CDU entwickelt worden war. In einem Parteidokument liest man: »Die soziale Marktwirtschaft, wie sie die CDU/CSU verstand, war auf maximale Steigerungen des Privateinkommens und der Produktion programmiert. Nur der kurzfristige und kurzsichtige Maßstab der jeweiligen Wachstumsrate zählte. Experimente und eine Neuorientierung der Wirtschaft zugunsten der Zukunftssicherung waren verpönt. Heute haben sich die Verantwortlichen mit den Bumerangeffekten dieser Politik herumzuschlagen.« (Vorstand der SPD 1971, S.21) Diese Einsichten hinderten die Partei keineswegs daran, ihre beabsichtigten umweltpolitischen Regulierungsmaßnahmen entschieden auf die »Selbsteilungskräfte des Marktes« abzustellen. Koalitionspolitisch entsprach dem, daß die theoretische Begründung und umweltgesetzliche Ausgestaltung des Reformbereichs »Umweltpolitik« dem Koalitionspartner FDP überlassen wurde. Damit war, Dietrich Genscher sei's gedankt, der Reformspielraum dieses Politikbereichs von Anfang an verspielt. Über den möglichen Rahmen gab ein von der Regierung bestelltes Umwelt-Gutachten Auskunft, deren Autoren 1971 unmißverständlich formuliert hatten: Die Ursachen der Umweltkrise ergeben sich aus »ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Prozessen.« Deren Beseitigung zwingt »zu nichts Geringerem [...], als zu einer grundlegenden Reform der Weise, wie unsere Gesellschaft ihre Probleme auffaßt und ihre Entscheidungen trifft.«

(Picht-Gutachten 1971, S.568)

Nimmt man zur Kenntnis, was in einer vor geraumer Zeit publizierten Studie zum Verhältnis von Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftspolitik am Beispiel der Umweltforschung über das politische Scheitern der Picht-Kommission ermittelt wurde (Küppers u.a. 1978, S.139ff.), dann erscheint Gerhard Kades Einschätzung (1972) nachträglich gerechtfertigt, derzufolge die ganze politische Debatte um das Verursacherprinzip nur den Grund habe, von den entscheidenden Ursachen der Umweltkrise abzulenken.

In kritischer Auseinandersetzung mit der SPD-Debatte um den »Orientierungsrahmen '85« haben Rudolf Hickel und Günter Schmieg (1974) nachgewiesen, daß und warum die sozialdemokratischen politischen Planungen (hier: Umwelt) der Politik des peripheren Eingriffs verpflichtet bleiben.

Umwelt und Kapital

Den großen Kapitalgruppen und -fraktionen fiel es nicht schwer, dem Verursacherprinzip in seiner regierungsamtlichen und neoklassischen Version zuzustimmen (vgl. Gellen 1973; Gerau 1977). Die repräsentativen Vertreter des »öko-industriellen Komplexes« gingen von einer doppelten Einschätzung aus: Einmal mußte die »ökologische Krise« im einzel- und gesamtcapitalistischen Interesse entschärft werden, und zum andern wußten sie um ihre »Definitionsmacht«: Wer Verursacher sei, würden sie schon beizeiten festlegen. Inzwischen wissen wir es: In der »freien Marktwirtschaft« gilt als Verursacher, wer »umweltbelastende« Produkte nachfragt, weil via Marktbedürfnissen die Wirtschaft nur Vollzugsorgan ist. Der Konsument hätte folglich auch mit den Produktionspreisen die Umweltschutzkosten zu tragen. Als spezifischer Beitrag zur Rettung »unserer Umwelt« wurde von Anfang an die Bereitstellung einer umweltfreundlichen Produktionstechnologie und/oder einer Entsorgungstechnologie in Aussicht gestellt. Schon zu Beginn der Diskussion um das Umweltprogramm wurde die Gegenüberstellung von Kostenüberwälzung, Sicherheit der Arbeitsplätze und Umweltschutz ideologisch wirkungsvoll ins politische Spiel gebracht. Umweltschutzausgaben, die durch die Exportabhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft nicht ohne weiteres über die Preise abwälzbar wären, müßten den schon vorhandenen Investitionsstau der privaten Wirtschaft verschärfen und somit arbeitsmarktpolitische Konsequenzen zeitigen. Welchen Effekt die Umweltschutzausgaben aus einzelwirtschaftlicher Sicht zeitigen würden, beschrieb eindrucksvoll der Immissionschutzbeauftragte des Mannesmann-Konzerns. Demzufolge erzeugt eine »Entstaubungsanlage oder eine Abwasserkläranlage [...] in der Regel kein verkaufsfähiges Produkt.« Sie »schmälert die Ertragskraft nachhaltig«, gefährdet »die Wirtschaftlichkeit der Produktion, die Wettbewerbsfähigkeit der Erzeugnisse und damit die Sicherheit der Arbeitsplätze« (Johann 1978, S.365). Mit dieser in unzähligen Argumentationsvarianten vorgeführten Drohhgebärde konnten die Kapitalvertreter die verteilungspolitische Brisanz der Umweltfinanzierung zunächst erfolgreich verschleiern. Gerade der Hinweis auf ökonomische Sanktionsmöglichkeiten, mit dem dann auch erhebliche Teile der energiepolitischen Debatte bestritten wurde, konnte die politischen Bedingungen absichern, die einer systemadäquaten Bewältigungsstrategie entsprechen. So reflektiert das »Verursacherprinzip« genau die Regulierungsinteressen des Monopolkapitals.

Umwelt und Gewerkschaft

Die umweltverändernden Erwartungen, die der DGB an das Verursacherprinzip knüpfte, wurden zuerst 1972 in den »Leitsätzen zum Umweltschutz« skizziert. Zwei Jahre später erschienen sie als ausdifferenzierte Thesen zum »DGB-Umweltprogramm«. Da heißt es: Die Ursache der Umweltprobleme ist »im herrschenden Wirtschaftsprinzip des privaten Gewinnstrebens« (Umweltprogramm des DGB 1974, S. 13) zu suchen. Folgerichtig setzten die umweltpolitischen Forderungen des DGB dann auch dort an, wo Gewinn produziert und gesellschaftliche Umweltbelastungen verursacht werden: im Produktionsprozeß. Das Verursacherprinzip habe als Bewältigungsinstrument nur dann eine Berechtigung, wenn vom Grundsatz der »Herstellerverantwortlichkeit« ausgegangen wird und prinzipiell alle Umweltbeeinträchtigungen mit Abgaben belastet werden. Wird aber durch eine solche eher liberale Handhabung eine Vermeidung der umweltbeeinträchtigenden Aktivitäten nicht erreicht, »muß mit unmittelbar wirkenden Verboten und Auflagen gearbeitet werden.« (ebd., S. 31) Dennoch, so die DGB-Thesen, würde auch das »erweiterte« Verursacherprinzip nicht imstande sein, die dahinter stehenden gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme zu lösen. Denn es bringe nur zum Ausdruck, daß die »Umweltkrise« als spezifischer Fall von sozialen Krisenerscheinungen zu begreifen ist, die durch das privatwirtschaftliche System hervorgerufen wurden. Diese Erkenntnis schlägt sich im Umwelt-Programm des DGB in einer Reihe von Einzelorderungen nieder, die zusammen in das Ziel einer »übergreifenden [...] Planung und Steuerung der gesellschaftlichen, technischen und ökonomischen Entwicklung« (ebd., S. 33) einmünden, deren Richtung nicht länger durch die Produktionseigentümer und den Staat bestimmt werden soll. Zusammengefaßt läßt sich sagen, daß im Umwelt-Programm des DGB beachtliche Zielformulierungen enthalten sind, die insgesamt auf die Irrelevanz des von Wissenschaft und Regierung definierten Verursacherprinzips als Umweltplanungsinstrument verweisen.

Zum Sachverständigenrat für Umweltfragen

Auf Initiative des damaligen Bundesinnenministers Genscher wurde 1971, kurz nach dem Erscheinen des ersten Umweltprogramms, ein Umwelt-Sachverständigenrat gebildet, der sich aus »unabhängigen« Vertretern unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen zusammensetzt. In unregelmäßigen Abständen legt dieser USVR eine Einschätzung der bundesrepublikanischen Umweltsituation vor, um die »Urteilsbildung der umweltpolitisch verantwortlichen Instanzen« (Hansmeyer 1974, S. II) zu erleichtern. 1974 präsentierte der Rat sein erstes Umweltgutachten. Die offizielle Politik konnte sich fortan auf die Ergebnisse und Empfehlungen wissenschaftlicher Expertenarbeit berufen, während die Gutachter sich politischer Verantwortung mit dem Verweis auf ihren »Berater-Status« entziehen können. Parallelen zum Sachverständigen-Rat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind nicht zu übersehen. Resümierend stellt der Sachverständigenrat in seinem zweiten Umweltgutachten (1978) fest, daß inzwischen eine wichtige Phase staatlicher Umweltpolitik abgeschlossen sei. Die Phase des »umweltpolitischen Optimismus« nämlich, der auf der vorgeblich gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz des Verursacherprinzips als »umweltpolitischem Fundamentalphinzip« beruhe, dessen »ganze Tragweite jedoch« auch dem Rat »erst später sichtbar geworden ist.« (Umweltgutachten 1978, S. 522) Diese umweltpolitische Wende wurde

offenkundig durch das »Gymnicher Gespräch« (Juli 1975) eingeleitet, zu dem Bundeskanzler Schmidt Vertreter der Wissenschaft, Wirtschaft und der Parteien eingeladen hatte. »Dort wurde klar, ... daß Umweltpolitik in der Rezession keineswegs nur Arbeitsplätze gefährdet, sondern auch einen Ankurbelungseffekt haben kann, sofern auf Elemente des *Gemeinlastprinzips* (Herv. KG) zurückgegriffen wird.« (ebd., S. 77) »Durch ein unbemerktes Überwecheln von dem analytischen in das politische Sprachspiel« (Kade 1972, S. 239) mißt man nunmehr die Rationalität eines aus der marktwirtschaftlichen Theorie logisch abgeleiteten Instruments an seiner politischen Durchsetzbarkeit. Also daran, ob und inwieweit es mit anderen wirtschaftspolitischen Zielen konfligiert. Es müsse, so die »Gymnicher«, einer »Effizienzkontrolle« unterzogen werden. Und wenn sich über die staatliche Infrastrukturalisierung der Umweltkrise deren Kostensozialisierung konjunkturell begründen ließ, dann stand die herrschende Umweltwissenschaft nicht an, die wissenschaftliche Begleitmusik zu versagen.

Im Umweltgutachten 1978 wird dieser Paradigma-Wechsel wohlwollend begründet, indem darauf verwiesen wird, man habe sich von einem »Dogma« befreit und mit dem Gemeinlastprinzip ein Instrument gefunden, das »unter dem Gesichtspunkt einer gesamtpolitischen und Systemrationalität [!] zu einer Minderung von Ziel- und Interessenkonflikten beitragen« (Umweltgutachten 1978, S. 536) wird. Das Gemeinlastprinzip soll folglich leisten, wozu das Verursacherprinzip unfähig gewesen sein soll: umweltpolitische Rationalität schaffen. Unter der Hand wird jetzt der wirtschafts- und umweltpolitisch agierende Staat zum Entwicklungsagenten des Stoffwechselprozesses. Und dessen Vertreter erweisen sich als durchaus erbötig: Der neuerdings für Umweltpolitik auf Bundesebene zuständige FDP-Bundesinnenminister Gerhart Baum erklärt Umweltpolitik zur »Jahrhundertaufgabe von gleicher Größenordnung wie die soziale Frage im 19. Jahrhundert.« (Baum 1978, S. 10) Die mit der Anwendung des Gemeinlastprinzips bewerkstelligte Finanzierungsproblematik wirft indes die Frage nach der klassenspezifischen Kostenverteilung als »soziale Frage« auf. In einer anlässlich des Umweltgutachtens 1978 erschienenen Sonderausgabe der Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure. »Umwelt«, die als Sprachrohr des Kapitals fungiert, wurde in einer redaktionellen Kurzfassung des Umweltgutachtens zum Ausdruck gebracht, daß sie in Zukunft von den »Tarifpartnern« die Bereitschaft erwarten, »Konsum- und Wachstumsverzichte zu akzeptieren.« (S. 81)

Schlußbemerkung

Die eingangs formulierte These, derzufolge die Verursacher der gesellschaftlichen Umweltprobleme inzwischen das Geschäft der »Problembewältigung« übernommen haben, sollte durch die Begründung des Paradigma-Wechsels belegt werden. Die mit dem Gemeinlastprinzip beabsichtigte Sozialisierung der Umweltschurzkosten ist nur die konsequente Fortsetzung einer Politik, die die allgemeinen Produktionsbedingungen des Monopolkapitals zu gewährleisten hat (vgl. Läßle 1973). Marxistisch gesprochen, resultiert die Vergesellschaftung der Umweltkosten aus den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Produktion. Volker Ronge stellt im Zusammenhang mit der Rekonstruktion einer Methode der »Ökologischen 'Politischen Ökonomie'« die Frage, ob »die Natur heute ebenso gesellschaftlich reproduziert werden [muß], wie, nach Marx, der Arbeiter, um, wie jener seine Arbeitskraft, ihre Naturkraft zur Verfügung zu stellen, um ausgebeutet werden zu können? ... Folgt, von daher gesehen, heute (Tausch-)Wert

[...] nicht mehr aus Arbeit allein, sondern unabhängig davon, außerdem, daneben aus (reproduzierter, zu reproduzierender) Natur.« (Ronge 1978, S.124) Der DDR-Wirtschaftswissenschaftler Johann Köhler verweist darauf, daß die Kosten zur Wiederherstellung der natürlichen Produktions- und Reproduktionsbedingungen faux frais sind, gesellschaftlich notwendige, wenn auch unproduktive Kosten (Köhler 1977). Als gesellschaftliche Konsumtionskosten sind sie Abzug von dem zur Verfügung stehenden materiellen Reichtum. Sie schmälern den Teil des gesellschaftlich produzierten Surplus, der zur Erweiterung der Produktion und Ausweitung der Konsumtion dienen könnte. Aus der Infrastruktur-, Bildungs-, Rüstungs- oder Energiedebatte ist bekannt, daß der Kapitalist die gesellschaftlichen Kosten der Produktion auf den Staat abwälzt. In der Umweltpolitik wurde dieser Prozeß inzwischen »nachgeholt«. Die Ergebnisse einer Untersuchung über Umweltschutzausgaben (1970 - 1974) belegen empirisch diese Behauptung. W. Meißner und E. Hödl weisen in einer Studie, erstellt im Auftrag des Bundesumweltamtes, nach, daß die bisherigen Umweltschutzmaßnahmen zum überwiegenden Teil aus staatlichen Investitionen bestanden haben, während die Industrie die Betriebskosten in einem höheren Maße getragen hat (Meißner/Hödl 1977). Unterstützt wird dieser monetäre Vergleich durch die Resultate, zu denen Jürgen Gerau (1977) bei der Frage nach der Form der Industrialisierung des Umweltschutzes kam. Von den angebotenen Umweltschutztechnologien bestimmen die Entsorgungstechnologien den Markt, keineswegs umweltfreundliche Innovationen, die einen Vermeidungseffekt im Produktionsprozeß bewirken würden. Mit der erfolgreichen Infrastrukturalisierung hat das Kapital doppelt Erfolg gehabt: Die Auswirkungen der »ökologischen Krise« erscheinen kurzfristig kalkulierbar; gleichzeitig wurde ein profitabler Anlagebereich entwickelt, der ähnlich strukturiert erscheint wie der Bereich für Rüstungstechnologie. Mit diesen Bewältigungsformen der Problembereiche »Sicherheit« (Außen und Umwelt) geht allerdings eine doppelte Absorption von gesellschaftlicher, menschlicher und natürlicher Produktivkraft einher. Mit dem gutachterlich abgesegneten Paradigma-Wechsel soll diese »Lösungsstrategie« auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, die ein materielles Interesse an der Verminderung der Umweltbelastungen am Arbeitsplatz und ihrer Wohnumwelt hat, politisch festgeschrieben werden.

Die dadurch bewirkten finanz- und wirtschaftspolitischen Effekte dieser Überwältigungspraxis sind tarifpolitisch noch nicht meßbar. Andererseits haben die innergewerkschaftlichen Diskussionen über die sozialen Folgen des technischen Fortschritts, die Arbeitszeitverkürzung sowie das Konzept einer »präventiven Sozialpolitik« insgesamt gezeigt, daß vermittels der Tarifautonomie zunehmend gesellschaftspolitische Korrekturen durchgesetzt werden müssen. In diesem allgemeinen Rahmen werden Antworten auf die Frage zu suchen sein, wie die Gewerkschaften eine arbeitnehmerorientierte Umweltpolitik durchsetzen können. Die Aufstellung des Umweltprogramms des DGB, einschlägige Umweltbeschlüsse auf Gewerkschaftstagen und repräsentative Publikationen gewerkschaftseigener Verlage zur Umweltfrage waren ein notwendiger Schritt. Die Durchsetzung der in ihnen enthaltenen strukturpolitischen Forderungen (auch gegen die SPD) erst kann als hinreichender gelten.

Anmerkungen

1 Einschlägige Passagen dazu sind im Umweltprogramm der Bundesregierung 1971 nachzulesen.

2 Der Begriff »ökologische Krise« wird hier so verstanden, wie er 1971 von James R. Huntley in einem NATO-Vortrag entwickelt wurde. Huntley verband damit »die Verstärkung — jetzt ein universelles Problem —, die Bevölkerungsexplosion und die schädigenden Auswirkungen der menschlichen Technik auf die physische und sozio-kulturelle Umwelt des Menschen.« (Huntley 1971, S.9) Auf einer Außenministerkonferenz der Bündnispartner der NATO, die am 10. April 1969 unter der Leitung des damaligen US-Präsidenten Richard Nixon stattfand, wurde die Bewältigung der »ökologischen Krise« als »dritte Dimension der Nato« bezeichnet. Harald H. Bungarten vermerkt dazu: »Ein wesentliches Motiv schien darin zu liegen, daß sich die Atlantische Allianz in einer Zeit möglicherweise nur vorübergehender militärischer Entspannung neue Aufgaben stellen mußte, um der Gefahr desintegrativer Tendenzen entgegenzuwirken. Um die Mitgliedstaaten zu neuer Solidarität zu bewegen, mußte ein Problem aufgegriffen werden, mit dem sich alle beteiligten Länder in ähnlicher Weise konfrontiert sahen — sozusagen ein neuer gemeinsamer Feind.« (Bungarten 1978, S.268)

3 Das Gutachten war vom Bundesinnenministerium, das durch Koalitionsvereinbarung zum »Umweltministerium« avanciert war, in Auftrag gegeben worden.

4 Die einzige mir bekannte Darstellung der historisch-gesellschaftlichen Genesis der Umweltkrise stammt von Krusewitz (1976)

5 Diese Forderungen wurden insbesondere im Umweltprogramm des DGB (1974) vorgetragen. In der These 22 plädiert der DGB für »direkte Auflagen (z.B. Emissionshöchstwerte bei bestimmten Produktionsverfahren), direkte Verbote (z.B. Verbot der Herstellung bestimmter Produkte)« und betont in These 23, daß »Verbote, Auflagen und Umweltverträglichkeitsprüfungen [...] den Vorrang vor allen anderen Instrumenten« verdienen.

Literatur

- Ackermann-Gutachten 1969 = Gutachten zur Gesamtbelastung der Volkswirtschaft durch das Umweltprogramm der Bundesregierung. In: Materialienband zum Umweltprogramm der Bundesregierung. Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode 1969. Anhang zur Drucksache VI (2710).
- Batelle 1975: Schätzung der monetären Aufwendungen für Umweltschutzmaßnahmen bis zum Jahre 1980. Frankfurt/M.
- Baum 1978, Gerhart: Von einer ökologischen Wende kann noch keine Rede sein. In: Frankfurter Rundschau v. 13.11.1978, S.10.
- Bungarten 1978, Harald H.: Umweltpolitik in Westeuropa. Bonn.
- Frey 1972, Bruno S.: Umweltökonomie. Göttingen.
- Gellen 1973, Martin: Der öko-industrielle Komplex in den USA. In: Kursbuch 33, S.125ff.
- Gerau 1977, Jürgen: Zur politischen Ökologie der Industrialisierung des Umweltschutzes. In: Leviathan, 5. Jg., H.2, S.239-270.
- Hansmeyer 1974, Karl-Heinrich: Vorwort zum Umweltgutachten 1974. In: Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltgutachten 1974. Stuttgart und Mainz.
- Hassenpflug 1975, Dieter: Umwelt zu Marktpreisen? In: Das Argument 93, 17. Jg., S.769-793.
- Hickel 1974, Rudolf, u. Günter Schmiege: Orientierung ohne Perspektive. In: Leviathan, 2.Jg. (1974), H.2, S.170ff.
- Hinz 1974, Manfred O.: Von der Gewerbeordnung zum Atomgesetz. Eine Kritik des Umweltschutzes. In: Ch.F. Doran, M. Hinz, P.C. Mayer-Tasch: Umweltschutz — Politik des peripheren Eingriffs. Darmstadt und Neuwied.
- Huntley 1971, James R.: Das Atlantische Bündnis und die Umweltkrise. Brüssel.
- Johann 1978, Hubert-Peter: Sinnvoll investieren — auch im Umweltschutz. In: Umwelt 5. Düsseldorf.
- Kade 1972, Gerbard: Umwelt — Durch das Profitmotiv in die Katastrophe. In: Regina Molitor (Hg.): Kontaktstudium Ökonomie und Gesellschaft. Frankfurt/M.
- Krusewitz 1976, Knut: Anmerkungen zum historisch-gesellschaftlichen Ursachen-Zusammenhang der Umweltkrise. In: Umweltmisere, Bürgerinitiativen und die Verantwortung der Wissenschaftler, Köln.
- Köhler 1977, Johann: Strittige Probleme der marxistisch-leninistischen Werttheorie. Freiberg.
- Küppers 1978, Günter u.a.: Umweltforschung — die gesteuerte Wissenschaft? Eine empirische Studie zum Verhältnis von Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftspolitik. Frankfurt/M.

- Läpple 1973, Dieter: Staat und allgemeine Produktionsbedingungen. Berlin/West.
 Meißner 1977, Werner u. Erich Hödl: Positive ökonomische Aspekte des Umweltschutzes. Berlin/West.
 Picht-Gutachten 1971 = Gutachten zur geeigneten Organisationsform der wissenschaftlichen Beratung der Bundesregierung in Umweltfragen und zur geeigneten Form der Beratung bei der Durchführung von nicht ministerieller Tätigkeit. In: Materialband zum Umweltprogramm der Bundesregierung. Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode 1969. Anhang zur Drucksache VI (2710).
 Ronge 1978, Volker: Die Gesellschaft an den Grenzen der Natur. Bielefeld. Umwelt, Sonderausgabe Juni 1978. Düsseldorf.
 Umweltgutachten 1978. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Drucksache 8/1978. Bonn.
 Umweltprogramm der Bundesregierung 1971. Stuttgart-Berlin/West-Köln-Mainz.
 Umweltprogramm des DGB 1974. Hrg.v. DGB-Bundesvorstand.
 Vorstand der SPD (Hg.) 1971: Die Analyse. Ein Bericht über zwei Jahre Regierungsarbeit. Bonn.

Zur Umwelt-Politik erschienen im *Argument* u.a. folgende Aufsätze

- Argument 82** *H. Immler* Grenzen des Wachstums oder Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise?
Argument 90 Literaturbericht zur Umweltpolitik
Argument 93 **Umwelt I** *D. Hassenpflug* Umwelt zu Marktpreisen? Eine Kritik am Umweltgutachten 1974. *U. Hampicke* Kapitalistische Expansion und Umwelterstörung. *H. Immler* Die Notwendigkeit von Stoff- und Energiebilanzen im Betrieb
Argument 95 *D. Hassenpflug* Umwelt zu Marktpreisen? (II)
Argument 101 *K.H. Tjaden* Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte. Gesellschaftswissenschaftliche Entwicklungstheorie
Argument 104 *W. Pfaffenberger* Monopolisierung in der Energiewirtschaft der BRD
Argument 112 *W. Andritzky* Umweltinitiativen als politischer Machtfaktor. *U. Terlinden* Technokratie, weibliche Sozialisation und Ökologiebewegung. *M. Meyer-Renschhausen* Kernenergie und ihre Alternativen. *J. Friedrich* Informationstechnologie als Herrschaftsinstrument
Argument 114 *U. Hampicke* Das neue Umweltgutachten 1978
Argument 115 *V. Schurig* Gegenstand und Geschichte der Soziobiologie. *H. Epskamp* Ideologische Konsequenzen eines idealistischen Naturbegriffs

M. Massarrat

Ist die Erde endlich?

Kritik der Thesen des Club of Rome

1. Vorbemerkung

Die guten Absichten des Club of Rome, die Weltöffentlichkeit vor den destruktiven Tendenzen eines grenzenlosen Wachstums, wie es in den Industrieländern die Regel ist, warnen zu wollen, können nicht bestritten werden. Die Warnung des Club of Rome hat — 7 Jahre nach der Veröffentlichung seines ersten Berichtes — ihre Wirkung jedoch verfehlt. Weder irgendwelche Unternehmen noch Regierungen in der Welt haben sich die Einsichten des Club of Rome zu eigen gemacht und freiwillig auf die Expansion des eigenen Unternehmens bzw. auf das volkswirtschaftliche Wachstum verzichtet. Letzteres ist nach wie vor das vorrangige Ziel in allen Industrieländern. Geblieben ist von den Thesen des Club of Rome allerdings ein falsches Bewußtsein über den tatsächlichen Umfang der Naturressourcen der Welt und eine Weltuntergangsstimmung, die sich dazu eignet, zwecks Mobilisierung der breiten Bevölkerungsschichten zu imperialistischen Lösungen der Konflikte instrumentalisiert zu werden. Vor dem Hintergrund einer solchen Gefahr verdient die Auseinandersetzung mit den Thesen des Club of Rome auch und gerade heute eine besondere Beachtung. So sollen in diesem Beitrag, der im Zusammenhang mit der Analyse der sich anbahnenden, möglicherweise konfliktreichen Kampfes um die Aufteilung der Weltmeere entstanden ist¹, die Wurzeln jenes falschen Bewußtseins herausgearbeitet werden.

Die Autoren der beiden Berichte des Club of Rome versuchen mit Hilfe von Computer-Modellen nachzuweisen, daß »das Wachstum der Bevölkerung wie der Wirtschaft im nächsten Jahrhundert zum Erliegen kommen und rückläufige Entwicklungen eintreten werden, wenn nicht zuvor größere Änderungen im System vorgenommen werden.«² Diese Entwicklung wird auf baldige Erschöpfung von nicht regenerierbaren Rohstoffvorräten zurückgeführt. Inzwischen sind von verschiedenen Seiten gegen die den Untersuchungsberichten des Club of Rome zugrundeliegenden Methoden und Prämissen wissenschaftliche Zweifel angemeldet worden.³ Worin besteht die Erschöpfbarkeit, die Knappheit der Naturressourcen, die Endlichkeit der Erde? Stößt das ökonomische Wachstum, in dem bisherigen Tempo fortgesetzt, an die physischen Schranken der Naturressourcen oder sind es bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse, die die Knappheit der Naturressourcen als die Ursache eines vom Club of Rome vorausgesagten Zusammenbruchs erscheinen lassen? Diese Frage wird von den Autoren des Club of Rome nicht beantwortet, sie wird nicht einmal gestellt. Im gewöhnlichen Bewußtsein der Menschen, auch des bürgerlichen Wissenschaftlers, für den die kapitalistische Gesellschaftsordnung etwas Unüberwindbares ist, ist der qualitative Unterschied zwischen den physischen und den gesellschaftlichen Grundlagen der Knappheit von Naturressourcen nicht mehr erkennbar. Die Unterscheidung der physischen Grenzen der Naturressourcen und der gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Nutzung ist aber unerlässlich. Denn die unabhängig vom Menschen entstandenen Ressourcen der Natur und deren quantitativer Umfang ist die eine Sache und wie, d.h. also unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen, die Naturressourcen vom Menschen ausgebeutet werden, ist eine andere.

2. Die physischen Grenzen der Naturressourcen und die Technologieentwicklung

Die Frage nach den Grenzen der Naturressourcen ist eigentlich die Frage nach den Grenzen der Materie, faßt man den Naturbegriff nicht in seinem engen irdischen, sondern in seinem universalen Sinn auf. Die Möglichkeit der Nutzung der Sonnenenergie, wenn auch bislang in kleinem Maßstab, unterstreicht die praktische Bedeutung des universellen Naturbegriffes. Demnach ist die obengestellte Frage rein theoretisch einfach zu beantworten, dürfte es doch als eine unbestreitbare Erkenntnis der modernen Physik gelten, daß die Materie, also auch die Naturressourcen, unendlich sind. Doch soll die um die baldige Erschöpfung der Naturressourcen von Angst und Sorge geplagte Menschheit nicht mit himmlischen Kräften getröstet werden. Stattdessen muß es hier darum gehen, die Grenzen der Naturressourcen für einen absehbaren Zeitraum und mit den gegenwärtig bekannten und in diesem Zeitraum mit aller Wahrscheinlichkeit entwickelbaren Technologien zu untersuchen. Bleiben wir also auf der Erde. Ich möchte hier die These wagen und auch begründen, *daß die Naturressourcen der Erde in einem absehbaren Zeitraum rein physisch unerschöpflich sind.*

Es ist relativ unproblematisch, diese These für die *regenerierbaren Naturressourcen*, nämlich im Bereich der agrikolen Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion zu begründen. Der flächenmäßig beschränkt verfügbare agrikole Boden kann mit fortschreitender Entwicklung von Technik und Wissenschaft vervielfacht werden. Die verschärfte Überseekonkurrenz der agrikolen Nahrungsmittel und Rohstoffe in der zweiten Hälfte des 19. Jh. hat in Europa zu immer intensiverer Nutzung des Bodens geführt. So konnte durch die technologisch bedingte faktische Ausdehnung der agrikolen Naturbasis bereits um die Jahrhundertwende die stoffliche Abhängigkeit der kapitalistischen Länder Europas vom Weltmarkt stark vermindert werden. Die ungeheure Entwicklung der Chemie in unserem Jh., vor allem aber nach dem zweiten Weltkrieg, hat in den entwickelten kapitalistischen Ländern den agrikolen Grund und Boden nahezu unbeschränkt gemacht. Die europäischen Industrieländer, einst auf den massenhaften Import von Grundnahrungsmitteln angewiesen, leiden heute unter einer latenten Überproduktionskrise, in der Hauptsache bei Fleisch- und Milchprodukten, obwohl der gegenwärtige Anteil der in der Agrikultur beschäftigten Bevölkerung einen Bruchteil desselben im 19. Jh. ausmacht. Die USA als das entwickeltste Industrieland sind zugleich der wichtigste Produzent und Exporteur von einigen wichtigen Agrarprodukten: Die wissenschaftlich technische Revolution in der Agrikultur hat die *Bodenknappheit* als Naturschranke der Produktion überwunden und damit die Malthusianische Bevölkerungstheorie historisch widerlegt, deren Hauptprämisse eben die Knappheit des agrikolen Grund und Bodens ist.

In der Tat ist der technologische Eingriff in die von der Natur vorgegebenen Produktionsbedingungen in der Agrikultur weitgehend möglich. Die stoffliche Veränderbarkeit des agrikolen Bodens durch die massenhafte Anwendung von Düngemittel vermochte nicht nur die Unterschiede der Bodenfruchtbarkeit zu beseitigen, sondern die Naturkraft im biologischen Prozeß weitgehend auf die Wirkungen der Atmosphäre (Luft, Sonne etc.) zu reduzieren. Mit der Einrichtung von Gewächshäusern, deren Zahl ständig zunimmt, bahnt sich eine neue Entwicklung an, auch die Atmosphäre des biologischen Prozesses durch die Anwendung der vom Menschen geschaffenen künstlichen

Atmosphäre (durch Klimaanlagen, elektr. Licht etc.) technologisch zu substituieren.

Die Technologieentwicklung im Bereich der unmittelbaren Agrikulturproduktion hat die Tendenz, die von der Natur vorgegebenen Schranken der Produktion von Naturprodukten zu beseitigen. Doch hört dann der Boden auf, hören Qualität und Quantität der Agrikulturprodukte auch auf, ausschließlich von der Natur bestimmt zu werden. *Die Produktivkraft Mensch durchdringt zunehmend die Produktivkraft Natur.*

Vor dem Hintergrund dieses Verhältnisses der Technologie zu den Naturbedingungen der Produktion in der Agrikultur ist zu erklären, daß der Grad der Selbstversorgung der entwickelten Industrieländer mit Grundnahrungsmitteln in Abhängigkeit von der Technologieentwicklung ständig stieg, und damit die stoffliche sowie ökonomische Grundlage der klassischen Weltarbeitsteilung, wie sie sich im 19. Jh. zwischen England als Industrieland und den Ländern Kontinentaleuropas und Übersees als Agrarländer etabliert hatte, verschwand.⁴ Nichts spricht dagegen, daß auch in den Ländern der Dritten Welt eine ähnliche Entwicklung technologisch möglich ist. Von dem potentiell kultivierbaren Boden sind gegenwärtig in Lateinamerika 16,7 %, in Afrika 27,8 % und in Asien 70,8 % bebaut.⁵ Der bewirtschaftete Boden kann auf jeden Fall in Lateinamerika und Afrika erheblich vergrößert werden. Ebenso kann der Bodenertrag, der im Jahre 1970 durchschnittlich in Lateinamerika bei 1,55 t/ha, in Asien bei 1,33 t/ha und in Afrika bei 1,12 t/ha und damit weit unter dem durchschnittlichen Bodenertrag von 2,70 t/ha in den entwickelten Ländern lag⁶, noch um ein Mehrfaches erhöht werden. Hinzu kommt, daß die Bevölkerung in den Ländern der »Dritten Welt« nicht wie in den letzten Jahrzehnten exponentiell weiter steigt, sondern mit großer Wahrscheinlichkeit sich wie in den heutigen Industrieländern stabilisieren und damit die Annahme des exponentiell steigenden Nahrungsmittelbedarfs, wie sie dem ersten Bericht des Club of Rome zugrundeliegt⁷, hinfällig wird. Sie wurde im zweiten Bericht aufgegeben.⁸ Die Autoren des Club of Rome führen den zu erwartenden Kollaps nicht auf die physischen Grenzen der landwirtschaftlichen, sondern auf die Erschöpfung der *nichtregenerierbaren Naturressourcen* zurück, wozu die mineralischen Rohstoffe gehören.

Der technologische Eingriff in die natürlichen Bedingungen der mineralischen Rohstoffproduktion ist bedeutend schwieriger als in der Agrikultur. Konnte die Fruchtbarkeit des agrikolen Bodens durch stoffliche (chemische) Veränderungen sprunghaft gesteigert, damit also die Menge der agrikolen Produkte vervielfacht werden, so ist ein solcher Eingriff in die Natur der mineralischen Rohstoffquellen zum Zwecke quantitativer Vermehrung derselben technologisch ausgeschlossen. Die Menge der mineralischen Rohstoffe, der Konzentrationsgrad der darin enthaltenen Elemente und die chemische Zusammensetzung der Rohstoffe sind alle ausschließlich von der Natur vorgegeben. Im Gegensatz zum agrikolen Boden, der durch die technologische Entwicklung reproduzierbar geworden ist, können Rohstoffquellen *grundsätzlich* nicht reproduziert werden. Die Unmöglichkeit der Reproduktion von Rohstoffquellen bedeutet aber nicht, daß die in der Erdkruste (auf dem Festland und in den Weltmeeren) und in der Atmosphäre physisch vorhandenen Rohstoffe durch die Entwicklung der Technologie nicht in erheblichem Maße, ja sogar *unbeschränkt*, verfügbar gemacht werden können. Selbst der gegenwärtige Stand der Technologieentwicklung gestattet der Menschheit, den zeitlichen Horizont der Verfügbarkeit über die Rohstoffressourcen der Welt erheblich auszuweiten:

— *Durch den Wechsel des Grundstoffes.* Galten bis vor einigen Jahrzehnten z. B. die

Lagerstätten von gediegenem Schwefel als einzige Schwefelvorkommen, wird jetzt Schwefel in großen Mengen aus Erdöl und Erdgas gewonnen. Wurden früher Stickstoffverbindungen für die Düngemittelherstellung aus natürlichen Nitraten gewonnen, dient heute zum selben Zweck der in der Luft vorhandene Stickstoff als Grundstoff. Damit sind natürliche Schranken für die Düngemittelproduktion verschwunden.⁹

— *Durch Steigerung der Ausbeutungstiefe in der Erdkruste.* Gegenwärtig beträgt die durchschnittliche Ausbeutungstiefe, auf das Festland der Erde bezogen, ca. 300 m. Sie kann aber bei dem gegenwärtigen Stand der Technologie auf 3000 m ausgedehnt werden. Dadurch können die nutzbaren Rohstoffressourcen nach den vorliegenden Rechnungen um das 20-fache ausgeweitet werden.¹⁰

— *Durch verbesserte Technologie der Rohstoffaufbereitung.* Auf Grund der Technologieentwicklung in der Rohstoffaufbereitung wird es möglich, Vorkommen mit immer geringer werdendem Rohstoffgehalt mit Gewinn zu nutzen. Mit sinkendem Rohstoffgehalt wachsen die Vorkommen exponentiell an und vergrößern die bekannten Vorräte um ein Vielfaches. So wurden in der Vergangenheit Kupfergesteine, die mindestens 6 v.H. Metall enthielten, abgebaut, während gegenwärtig die Kupfergewinnung aus Substanzen mit nur 0,4 v.H. Metallgehalt schon die Rentabilitätsschwelle erreicht. Bei Blei wurde die notwendige Metallkonzentration von 2,15 v.H. im Jahre 1925 auf 0,6 v.H. im Jahre 1971, bei Zink von 2,75 v.H. auf 0,6 v.H. im gleichen Zeitraum herabgesenkt. Unter Berücksichtigung sowohl der Steigerung der durchschnittlichen Ausbeutungstiefe auf 3000 m wie aber auch der Herabsenkung des notwendigen Metallgehalts, würde sich, gemessen am gegenwärtigen Verbrauch, die voraussichtliche Lebensdauer der bekannten Kupfervorräte — zur Zeit etwa 66 Jahre — auf ca. 6000 Jahre, die der Zink- und Bleivorräte auf 5000 Jahre verlängern.¹¹

— *Durch Ausdehnung der Rohstoffgewinnung vom Festland auf die Weltmeere.* So können noch fast unberührte und unerschöpfliche Naturressourcen erschlossen werden.

Die hier aufgezeigten Möglichkeiten der Ausweitung der Rohstoffreserven der Welt sind keineswegs bloß theoretisch. Ihre praktische Bedeutung kann die tatsächliche Entwicklung selbst am besten belegen. »In dem zurückliegenden Teil dieses Jahrhunderts hat die Menschheit von den meisten wichtigen Rohstoffen bereits viel mehr verbraucht als im Jahre 1900 überhaupt ein entsprechendes Vorkommen bekannt war. Gleichwohl sind diese Rohstoffvorkommen von 1900 nicht nur nicht aufgebraucht worden, sondern die heute bekannten Vorkommen sind fast bei allen wichtigen Mineralien sogar viel größer als zu Beginn des Jahrhunderts.«¹² Daß dies keineswegs übertrieben ist, beweist eine auf der Basis von Angaben des US Bureau of Mines, Washington, und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover, vom DIW durchgeführte Studie. Die Daten zeigen, daß zwischen 1966 und 1976, also selbst in einer Periode von vergleichsweise noch sehr hohen Wachstumsraten des Sozialprodukts in den meisten Industrieländern¹³, die sicheren und wahrscheinlichen Rohstoffvorräte der Welt erheblich gestiegen sind (vgl. Tabelle 1). Dies ergibt sich aus dem Vergleich der *statischen Lebensdauer* in den Jahren 1966 bzw. 1976. »Diese verrechnet sich als Quotient aus den Vorräten eines Rohstoffs am Beginn eines Jahres (z.B. 1. 1. 1976) und der Förderung des Vorjahres (z.B. 1975.)«¹⁴

Die Tabelle 1 zeigt, daß 1976 die *statische Lebensdauer* für alle ausgewählten Rohstoffe mit Ausnahme von Chrom, was bei der Größe von dessen statischer Lebensdauer kaum ins Gewicht fällt, z.T. bis zu fast 100 % gestiegen ist. 1976 stehen bedeutend

mehr Rohstoffe zur Verfügung als 1966, obwohl dieselben Rohstoffe in diesem Zeitraum in wachsendem Umfang gefördert und verbraucht wurden. Die geförderte Menge ergibt sich in der Tabelle aus der Differenz des Brutto- und Nettozuwachses der Rohstoffvorräte. In den zurückliegenden zehn Jahren ist fast genau so viel Kupfer, Zink und Flußspat gewonnen und verbraucht worden wie 1966 überhaupt entsprechende Vorkommen bekannt waren. Dabei sind diese Daten weit davon entfernt — darauf werden wir zurückkommen — das Ausmaß der tatsächlich bekannten Ressourcen wiederzuspiegeln.

Die Entwicklung der sicheren und wahrscheinlichen Vorräte¹⁾ von Kupfer²⁾, Blei²⁾, Zink³⁾, Bauxit, Molybdän³⁾, Chrom⁴⁾, Flußspat¹⁾ (Stand 1. 1. 1966 und Stand 1. 1. 1976) und statische Lebensdauer¹⁾ in Jahren

Tabelle 1¹⁺⁴

Mineralischer Rohstoff	1. 1. 1966		1. 1. 1976		1966/76	
	Menge Mill. t	Statische Lebensdauer in Jahren	Menge Mill. t	Statische Lebensdauer in Jahren	Nettozuwachs	Bruttozuwachs
					Mill. t	
Kupfer	195,0	37	458,2	68	281,2	323,5
Blei	93,4	27	174,9	58	81,5	114,5
Zink	75,3	17	185,3	23	110,0	163,7
Bauxit	5 963,9	159	17 272,0	239	11 308,1	11 913,1
Molybdän ⁵⁾	2 160,0	38	7 240,0	106	5 080,0	5 744,0
Chrom	2 414,0	483	2 841,0	424	427,0	486,9
Flußspat	38,0	15	135,0	34	97,0	133,5

1) Quellen: United States Bureau of Mines, Washington, D.C., und Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover. —
²⁾ Metallinhalt. — ³⁾ Cr₂O₃-Inhalt. — ⁴⁾ CaF₂-Inhalt. — ⁵⁾ Quotient aus dem Vorrat am Beginn eines Jahres dividiert durch die Förderung des Vorjahres. — ⁶⁾ Westliche Welt in 1000 t. — ⁷⁾ Mit Ländern des Ostblocks 8 780, in 1000 t. — ⁸⁾ Nur westliche Welt; einschließlich Länder des Ostblocks 110 Jahre. — ⁹⁾ Nur westliche Welt.

Die Möglichkeit der ständigen Erweiterung der Rohstoffvorräte beschränkt sich keineswegs auf die nichtenergetischen Rohstoffe. Auch und gerade bei Energierohstoffen lassen sich die erwähnten technologischen Möglichkeiten zur Vermehrung der Reserven helegen. Die gesamten vorhandenen (nachgewiesenen und potentiellen) Ressourcen an Erdöl und Erdgas werden mit 1.358 Mrd. t SKE angegeben.¹⁵ Ausgehend vom heutigen Verbrauch würde diese Menge den Weltbedarf an beiden Energieträgern für noch etwa 100 Jahre decken.¹⁶ Die Ressourcen an Erdöl und Erdgas können selbstverständlich bei weiterer Suche auf dem Festland und unter dem Meeresboden ausgedehnt werden.¹⁷ Ferner kann Öl auch aus anderen Energieträgern wie Ölsanden, Ölschiefer und vor allem aus Kohle gewonnen werden. Die vorhandenen Reserven an Ölsand und Ölschiefer enthalten 1.195 Mrd. t SKE Öl, damit also beinahe genau so viel wie die bekannten Erdölreserven selbst.¹⁸ Mit 9.890 Mrd. t SKE ist die Kohle der am häufigsten vorhandene fossile Brennstoff. Diese Mengen decken den Kohlebedarf der Welt für knapp 4000 Jahre. Sie würden selbst dann für immerhin noch 1300 Jahre ausreichen, wenn die Kohle alle anderen Energieträger substituieren und so den gesamten Weltenergiebedarf allein decken sollte.¹⁹ Die Technologie der Nutzung der Sonnenenergie befindet sich erst am Anfang ihres Entwicklungsstadiums. Im Falle eines qualitativen

Durchbruchs in der Entwicklung dieser Technologie dürfte die Menschheit über eine wahrlich unerschöpfliche Quelle einer Energie verfügen, die zugleich auch die umweltfreundlichste ist.

Mit diesen Überlegungen sollte keineswegs einem an den Bedürfnissen der Menschen vorbei orientierten Wachstum in den kapitalistischen wie in den sozialistischen Ländern das Wort geredet werden. Vielmehr galt es hier hervorzuheben, daß die physischen Grenzen der Naturressourcen mit der Technologieentwicklung nahezu uneingeschränkt hinausgeschoben werden können. Wenn physikalisch und geologisch-mineralogisch nachgewiesen werden kann, daß die Naturressourcen der Erde unerschöpflich sind, so muß die Frage beantwortet werden, weshalb sie sich den Autoren des Club of Rome als »knapp« und »erschöpflich« darstellen.

3. Die gesellschaftlichen Schranken der Nutzung von Naturressourcen

Wenn es eines Beweises bedarf, daß die Empirie doch nicht so geschichtsneutral ist, wie sie erscheint, daß in ihr systembedingte Komponenten mit einfließen, ohne als solche sichtbar zu werden, so liefern gerade jene empirischen Daten über die Rohstoffreserven der Welt diesen Beweis, die von den Autoren des Club of Rome in ihren Untersuchungen zugrundegelegt werden. Um dies zu beleuchten, sei zunächst die Klärung einiger in der internationalen Rohstoffbranche gebräuchlichen Kategorien der Rohstoffklassifizierung vorausgeschickt.

Grundsätzlich wird zwischen *Vorräten* bzw. *Lagerstätten* und *Mineralien* unterschieden. Während mit Vorräten (Lagerstätten) jene Rohstoffe bezeichnet werden, die vom *betriebswirtschaftlichen* Standpunkt gegenwärtig oder in naher Zukunft ökonomisch verwertbar sind²⁰, werden alle in der Erdkruste vorkommenden Rohstoffe unabhängig von ihrer ökonomischen Verwertbarkeit unter den Begriff Mineralien subsumiert.²¹ *Vorrat* ist ein ökonomischer *Begriff*, der daher auch bestimmte ökonomische Verhältnisse zum Ausdruck bringt. Dagegen ist *Mineral* eine *naturwissenschaftliche Kategorie*.

Von dieser globalen Abgrenzung der Begriffe abgesehen, werden die Rohstoffvorräte noch weiter differenziert. Die in der Literatur synonym verwendeten gebräuchlichsten Kategorien seien in der Tabelle 2 zusammengetragen.

Tabelle 2²²

Kategorien der Rohstoffvorräte			Mineralien	
1	sichere	wahrscheinliche	vermutete	—
2	nachgewiesene		vermutete	potentielle
3	nach dem heutigen Stand ökonomisch gewinnbar		vermutlich technisch gewinnbar	

Die *sicheren Vorräte* sind jene, die durch Erkundung genau ermittelt sind, während die *wahrscheinlichen Vorräte* lediglich durch Schürfen oder durch Sichtbarwerden an der Oberfläche berechnet werden. Als Sammelbegriff wird oft die Kategorie der *nachgewiesenen Vorräte* verwandt. Im Unterschied zu diesen sind die *vermuteten Vorräte* das Resultat geologischer Schätzungen.²³ Alle anderen Rohstoffe werden in der Kategorie der *potentiellen Mineralien* zusammengefaßt.²⁴ Während die sicheren und wahr-

scheinlichen bzw. die nachgewiesenen Vorräte jene Rohstoffe umfassen, die nach dem gegenwärtigen Stand ökonomisch, unter kapitalistischen Bedingungen also mindestens mit einem branchenüblichen Durchschnittsprofit, produzierbar sind, bezeichnen die vermuteten Vorräte jene Rohstoffe, die zwar technologisch gewinnbar sind, deren ökonomische Gewinnbarkeit aber von der Kosten- und Preisentwicklung der Rohstoffe abhängt. »Was in den Statistiken als Rohstoffvorräte eines Landes erscheint, setzt sich zusammen aus den von den Unternehmen *deklarierten* (nachgewiesenen oder vermuteten) Vorkommen und den Mineralien, auf deren Existenz aus vorhandenen... Informationen zu schließen ist. Diese Informationen gehen fast ganz auf die im Abbau oder in Erkundung begriffenen Lagerstätten zurück.«²⁵ Die statistischen Daten über die Rohstoffvorräte der Welt sind also nicht auf Grund rein geologischer Untersuchungen, sondern auf der Basis einer betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise, in der die Geologie als angewandte Wissenschaft erscheint, ermittelt worden. Zwar kann das Potential aller Vorratsklassen durch laufende Exploration erweitert werden, so daß die vermuteten Vorräte in wahrscheinliche und diese in sichere überführt werden können. Aber die betriebswirtschaftlichen Kriterien machen sich bereits bei der Exploration geltend. Denn »die Explorationskosten sind im allgemeinen relativ hoch und belasten das künftige wirtschaftliche Ergebnis der Unternehmen.«²⁶ Rohstoffe, die nicht erkannt und gefunden werden, da die Suche nach ihnen vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt nicht gerechtfertigt erscheint, können logischerweise auch in den statistischen Angaben nicht erscheinen. Bereits bei der Erkundung der Natur und der Ermittlung der Rohstoffreserven wird jener Widerspruch zwischen betriebswirtschaftlicher und wissenschaftlicher Betrachtung der Natur offensichtlich, der sich zuweilen auch in den unterschiedlichen Resultaten von geologisch bzw. ökonomisch bestimmten Untersuchungen widerspiegelt. So z.B. in den Resultaten einer von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe²⁷ u.a. auch nach geologischen Kriterien sowie einer vom MIT nach betriebswirtschaftlichen Kriterien durchgeführten Studie²⁸ über die Energie-Rohstoffe der Welt. Durch die widersprüchlichen Ergebnisse dieser Studien verwirrt, wandten sich zwei Journalisten an Prof. Schneider, einer der Autoren der MIT-Studie, Direktor des Kölner Instituts für Energiewirtschaft, und wollten den Widerspruch erklärt haben, warum nach der erstgenannten Studie die Energierohstoffe mengenmäßig viel später »knapp« werden als es in der letztgenannten von ihm mitverfaßten Studie vorausgesagt wird. Schneider antwortete hierauf: »Sie haben selbst gesagt: eine mengenmäßige Betrachtung. Die Betrachtung bei uns ist nicht mengenmäßig. Wir gehen in der WAES-Studie von bestimmten Verhältnissen zwischen Ölproduktion und Ölreserven aus, die nicht mit reiner Geologie zusammenhängen, sondern vor allen Dingen mit ökonomischen Faktoren.«²⁹ In der Tat ist für den Geologen die Natur zunächst als Stoff und als Gebrauchswert Gegenstand seiner Betrachtung, bevor die Resultate seiner Arbeit betriebswirtschaftlich verwendet werden, während für den bürgerlichen Ökonomen und den kapitalistischen Rohstoffproduzenten die Natur an der Stelle aufhört zu existieren, wo ihre Reichtümer in absehbarer Zeit mit Profit nicht ausgebeutet werden können. Der hürgerliche Ökonom bzw. der Kapitalist und der Geologe haben also erwiesenermaßen zwei verschiedene Naturbegriffe. Bei dem ersteren erscheint die Natur notwendig als winzige, beschränkte und endliche Natur und bei dem Physiker und dem Geologen, ist sie unendlich und unerschöpflich.

Wenn aber die Autoren des Club of Rome mit ihren aufwendigen Untersuchun-

gen den Weltuntergang verkündet haben, dann deshalb, weil auch sie die Welt und die Natur nicht als Ganzes, sondern mit derselben Enge und beschränkten Sichtweite zum Gegenstand ihrer Untersuchungen gemacht haben, wie sie dem bürgerlichen Ökonomen und dem Kapitalisten eigen ist.

Denn den Ausgang ihrer empirischen Analyse bilden nicht die Daten über die potentiell in der Erdkruste vorhandenen Mineralien, auch nicht über die vermuteten Vorräte, welche selbst der Kapitalist in seiner Betrachtung mit einbezieht, sondern sage und schreibe die nachgewiesenen (sicheren und wahrscheinlichen), also nach dem jeweiligen Stand mit Profit produzierbaren Rohstoffvorräte.³⁰ Genausowenig aber, wie Tauschwert mit Gebrauchswert identisch ist, die zahlungsfähige Nachfrage alles über die wirklichen Bedürfnisse der Menschen aussagt, sagen auch die »nachgewiesenen Rohstoffvorräte« alles über die tatsächlich verfügbaren Rohstoffreserven der Erde aus.

4. Apologetischer Charakter und destruktive Funktion der Thesen des Club of Rome

Die Bedeutung der obigen Ausführungen zur Klärung von verschiedenen Rohstoffklassen mag an dieser Stelle für die wissenschaftliche Beurteilung deutlich geworden sein. Sind die Ergebnisse solcher Untersuchungen nur vom Standpunkt bürgerlicher Betrachtungsweise begreifbar, so sind sie gerade deshalb mehr ideologisch geprägt als sachlich begründet. Ihre Wissenschaftlichkeit muß bezweifelt werden, da dabei ein gesellschaftliches, historisch überwindbares Verhältnis methodisch als unveränderbare Komponente in die Analyse eingeht und die Resultate verfälscht. Geht man wie der Club of Rome von der kapitalistischen Gesellschaft als der ewigen menschlichen Daseinsweise aus, so liegt es nahe, die Schranken dieser Gesellschaftsordnung als Beschränktheit der Naturressourcen, als Endlichkeit der Erde überhaupt, aufzufassen. Wie sehr die Autoren des Club of Rome die Natur mit der Natur des Kapitals verwechseln, kann durch ihre Berichte belegt werden. In dem ersten Bericht führen die Autoren den wirtschaftlichen Zusammenbruch darauf zurück, daß »mit steigenden Rohstoffpreisen und der Erschöpfung der Lagerstätten ... immer mehr Kapital aufgewandt werden muß«, so daß irgendwann »die Kapitalinvestitionen mit der Rohstofferschöpfung nicht mehr Schritt halten können.«³¹ Ähnlich argumentieren die Autoren des zweiten Berichtes, indem sie an Hand eines »Szenarios« die Konsequenzen für den Fall prognostizieren, daß um die Jahrtausendwende die Energiekosten durch die vollständige Erschöpfung der Ölreserven plötzlich steil ansteigen.³² Im Kern laufen ihre Argumente darauf hinaus, daß die für die kapitalistische Nutzung der Naturressourcen notwendigen Investitionen ein Ausmaß annehmen würden, in dem sie selbst von den größten Einzelunternehmen nicht mehr aufgebracht werden könnten. So gesehen erweisen sich jene von den Autoren des Club of Rome apostrophierten Zusammenbrüche in Wahrheit als reale Schranken des freien Unternehmertums. Zeigen jene Angst und Besorgnis hervorrufenden Prognosen die Schranken der bürgerlichen Wissenschaft, die tatsächlichen Ursachen der gegenwärtigen Umweltkrise zu erkennen, so belegt der Zeitpunkt der Entstehung dieser Prognosen, daß sie selbst das Produkt der gesellschaftlichen Schranken der Rohstoffproduktion sind. Diese Schranken waren es auch, die in den europäischen Gesellschaften des 19. Jh. sich als räumliche, d.h. also natürliche Schranken der Existenz der Menschen dieser Region darstellte. Das falsche Bewußtsein über die »Naturschranken« und eine damit verknüpfte Ablenkung von den kapitalisti-

schen Schranken der Narurnutzung dürfte die Bereitschaft der breiten Bevölkerungsschichten erklären, jene expansionistische Strategie der nationalen Kapitale aktiv mitzutragen. Die von verschiedenen nationalen Kapitalfraktionen der europäischen Länder um die Jahrhundertwende ausgegebene Parole von der »Erweiterung des Lebensraumes« hat in der Tat die Bevölkerung zur gewaltsamen Eroberung von »neuen Lebensräumen«, zur kolonialistischen Aufteilung der Welt und schließlich auch für den Weltkrieg mobilisieren können. Die schrankenlose Ausbeutung der produktivsten Naturreichtümer der Kolonien und die nahezu uneingeschränkte Versorgung aller Industriebranchen der kapitalistischen Länder mit allen Rohstoffen bis in die sechziger Jahre unseres Jahrhunderts konnte logischerweise kein sonderlich geeigneter Anlaß dafür sein, über die »Beschränktheit der Naturreichtümer« nachzudenken. Erst als die Grundeigentümerstaaten der »Dritten Welt« begannen, kraft ihrer *gesellschaftlichen Macht* Eigentümer der nationalen Naturreichtümer zu sein, im nationalstaatlichen Interesse die Rohstoffpreise anzuheben und dem Raubbau des Kapitals einen Riegel vorzuschieben³³, mußte es den Wissenschaftlern aller Schattierungen der bürgerlichen Gesellschaft plötzlich bewußt werden, daß »unserem Weltsystem« Grenzen gesetzt sind und daß der »Lebensraum der Menschheit« beschränkt ist. Indem aber diese Wissenschaftler den kapitalistischen, d.h. den gesellschaftlichen Charakter jener »Grenzen« nicht erkennen, sie als natürliche Grenzen begreifen, erzeugen sie mit ihren pessimistischen Prognosen nichts anderes, als jene Angst und Ungewißheit, mit der die Bourgeoisien aller kapitalistischen Länder die Bereitschaft der Massen zu stimulieren versuchen, sich wieder einmal für die imperialistische Ausdehnung des nationalen »Lebensraumes« in Bewegung zu setzen.³⁴

Vor dem Hintergrund des begonnenen Kampfes um die Aufteilung der Weltmeere³⁵ kommt der imperialistischen Tendenz zur Ausdehnung des nationalen »Lebensraumes« eine besorgniserregende Bedeutung zu.

Anmerkungen

1 Massarat, M.: Kampf um die Aufteilung der Weltmeere — »Knappheit« der Naturressourcen, Technologie — Entwicklung und Kriegsgefahr, erscheint in: Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis, Frankfurt a.M. 1979.

2 Zitiert nach dem ersten Bericht von Meadows, Dennis/Meadows, Donella u.a.: Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972, S.112. Die Autoren des zweiten Berichtes Mesarović, Mihailo/Pestel, Eduard: Menschheit am Wendepunkt, Stuttgart 1974, die ein differenzierteres »regionalisiertes homogenes Weltmodell des Weltsystems« zugrundelegen, kommen zwar zum Ergebnis, daß nicht ein »allgemeiner Weltkollaps«, wie im ersten Bericht vorausgesagt wurde, sondern regionale Zusammenbrüche sich einstellen werden. Indem sie aber konstatieren, daß auch »diese regionalen Zusammenbrüche in der ganzen Welt... fühlbare Folgen haben« werden (ebd. S.56), bestätigen sie im Grunde die Hauptaussage des ersten Berichtes. Zur Darstellung der beiden Berichte des Club of Rome vgl. Immler, Hans: Grenzen des Wachstums oder Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise, in: Das Argument 82, S.804ff.; derselbe: Literaturbericht zur Umweltpolitik, in: Das Argument 90, S.287ff.

3 So z.B. Rehtziegler, Emil: Grenzen des Wachstums oder Krise des Imperialismus, in: von Nussbaum, Heinrich (Hrsg.): Die Zukunft des Wachstums, Düsseldorf 1973, S.143ff. Commoner, Barry: Interview, in: Oltmans, Willem L.: »Die Grenzen des Wachstums«, Pro und Contra, Reinbek 1974, S.125f. Mandel, Ernest: Interview, in: Oltmans, Willem L., 1974, S.44. Kade, Gerhard: Wirtschaftswachstum und Umweltschutz im Kapitalismus, in: von Nussbaum, Heinrich (Hrsg.), 1973, S.124f. Rometief, Wassily u.a.: The Future of The World Economy, New York 1977. Herrera, Amilcar/Scolnik, Hugo D. u.a.: Grenzen des Elends, Frankfurt/M. 1977.

4 Es ist klar, daß eine solche Weltarbeitsteilung in Bezug auf tropische Produkte nach wie vor existiert, da hier die spezifische Naturbedingung der Produktion (tropisches Klima) nicht (noch nicht) profitabel technologisch substituiert werden kann.

5 Herrera/Scolnik, u.a., 1977, S.143

6 Ebd., S.152.

7 Meadows/Meadows u.a., 1972, S.25f.

8 Mesarović/Pestel, 1974, S.75f.

9 Herrera/Scolnik, u.a., 1977, S.63ff.

10 Ebd., S.69f.

11 Ebd., S.70f.

12 Ebd., S.63.

13 In den wichtigsten kapitalistischen Industrienationen der Welt: USA, Japan, Frankreich, Großbritannien wurden zwischen 1965 und 1974 z.T. sogar die höchsten Wachstumsraten des Nettozialprodukts erreicht. Nur in der BRD sinkt sie in diesem Zeitraum merklich ab. Erst ab 1974 sind in allen genannten Ländern sinkende Wachstumsraten bis zur Schrumpfung des Nettozialprodukts festzustellen. Vgl. hierzu: Busch, Klaus: Die Krise der Europäischen Gemeinschaft, Köln-Frankfurt/M. 1978, S.96 und 204.

14 Vgl. »Entwicklung der Weltvorräte und des Verbrauchs einiger wichtiger, nichtenergetischer Rohstoffe im letzten Jahrzehnt«, DIW-Wochenbericht 32/76, S.293f.

14a Ebd., S.294.

15 Vgl. dazu Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover (Hrsg.): Die künftige Entwicklung der Energienachfrage und deren Deckung — Perspektiven bis zum Jahre 2000, Hannover 1977, S.4.

16 Herrera/Scolnik, u.a., 1977, S.76.

17 Im Zeitraum 1960-1970 wurden z.B. etwa 60 Mrd. t Erdöl neu entdeckt, während der Verbrauch an Erdöl im gleichen Zeitraum nur 16 Mrd. t, d.h. also lediglich 26 v.H., der neu entdeckten Vorräte betrug. Ebenda, S.75.

18 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 1977, S.4.

19 von Weizsäcker, Karl Friedrich, in: Die Zeit vom 27.6.1975.

20 »Lagerstätten sind geologische Körper mit einem Mineralbestand, der eine wirtschaftliche Bedeutung besitzt. Die wirtschaftliche Bedeutung (Bauwürdigkeit) ergibt sich daraus, daß wertvolle Mineralkomponenten in ausreichender Konzentration vorliegen, oder daß diese Wertbestandteile eine für die technische Nutzbarmachung günstige Beschaffenheit aufweisen. Die Bauwürdigkeit ist daher außer vom Charakter der Lagerstätte auch abhängig von Zeit und Ort: Der jeweilige Stand der Bergbautechnik, die Situation des speziellen Rohstoffmarktes und die geographische (politische) Lage des Rohstoffgebietes sind die bestimmenden Einflußgrößen«. Wilke, A.: Nutzbare Lagerstätten im Meer. 2. Aufbaueminar Meerestechnik Technische Universität Berlin 1970, S.2.

21 Herrera/Scolnik, 1977, S.61.

22 Quelle: DIW-Wochenbericht 32/76, S.293; Herrera/Scolnik, 1977, S.60f.; Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 1977, S.4ff.

23 Herrera/Scolnik, 1977, S.61.

24 Ebd.

25 Ebd., S.62. Aufschlußreich erscheint mit auch die Definition der Bodenschätze eines Landes durch die bedeutendsten Fachvertreter im deutschsprachigen Raum, Friedensburg und Dorstewitz: »Die Wahrscheinlichkeit einer Bergwerksanlage und damit die Bauwürdigkeit eines mineralischen Vorkommens«, sagen sie, »folgt sich, ausgehend von der vorgegebenen Förderhöhe, aus der Menge der ausbringbaren mineralischen Vorräte, um eine bestimmte Lebensdauer des Bergwerks zu gewährleisten. Sind solche Bedingungen erfüllt, wird aus Vorkommen mineralischer Rohstoffe ein Vermögen an diesen Rohstoffen: man kann sie dann zu den nutzbaren Lagerstätten eines Landes zählen.« Friedensburg/Dorstewitz: Die Bergwirtschaft der Erde, Stuttgart 1976.

26 DIW-Wochenbericht 32/76, S.293.

27 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 1977.

28 Energy Global Prospects 1985-2000. Report of the Workshop on Alternative Energy Strategies (WAES), New York 1977.

29 Die Zeit vom 10.1.1977.

30 Der Hinweis ist von Bedeutung, daß in dem ersten Bericht Meadows/Meadows u.a. 1972, S.46f., vom Begriff »bekannte Reserven« die Rede ist, obwohl ein Vergleich mit den Daten der DIW, 32/76 (vgl. Tabelle 1), zeigt, daß eigentlich die nachgewiesenen (sicheren und wahrscheinlichen) Vorräte gemeint sind. Dagegen werden im zweiten Bericht: Mesarović/Pestel 1974, S.157ff. nicht nur die Daten dieser Kategorie, sondern auch diese Kategorie selbst verwandt.

31 Meadows/Meadows u.a., 1972, S.111.

32 Diese Autoren scheinen allerdings zu ahnen, was in diesem Falle wirklich passieren würde: »Umstürze der herrschenden Gesellschaftsordnung mit unvorhersehbaren Folgen würden sicherlich über die westlichen Industrieländer hereinbrechen.« Mesarović/Pestel 1974, S.92.

33 Ausführliche Darstellung vgl. Massarrat, M.: Weltenergieproduktion und die Neuordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft, erscheint im Frühjahr 1980 im Campus-Verlag.

34 Daß es ausgereifte Überlegungen zur militärischen »Eroberung« der Rohstoffquellen seit langem gibt, ist kein Geheimnis mehr. Die bedeutenden Repräsentanten der US-Regierungen Kissinger, Schlesinger und neuerdings auch der Verteidigungsminister Brown, haben offen eine militärische Intervention der Ölfelder im Nahen Osten angedroht (vgl. Frankfurter Rundschau vom 7.7.1979). Das ungenierte Eintreten deutscher Politiker, wie Todenhöfer, für eine solche Strategie (vgl. Welt am Sonntag vom 5.8.1979) deutet darauf hin, daß immer mehr Kapitalfraktionen imperialistische »Lösungen« von zu erwartenden Konflikten anstreben. Mag sein, daß Willy Brandt solche »abenteuerlichen Ideen« nicht ernst nehmen will (Frankfurter Rundschau vom 10.7.1979). Von antiimperialistischen Kräften dürften solche »Ideen« jedoch nicht ernst genug genommen werden. Schließlich wissen wir aus der Geschichte, wie sehr diese »Ideen« in Krisenzeiten des Kapitalismus auch die Sozialdemokratie erfassen und mit deren Hilfe zur bitteren Realität werden können. In diesem Zusammenhang sei auf den Positionswandel der Sozialdemokratie in der Kolonialismusfrage zu Beginn dieses Jahrhunderts aufmerksam gemacht.

35 Vgl. Massarrat, M.: 1979.

AS 36

Staat und Monopole (III)

Stamokap-Theorie. Krisenpolitik.
Nationalisierungsprogramm BRD.
Demokratische Wirtschaftsplanung
Italien.

D. Albers, W. Goldschmidt, H. Jung
u.a.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Was man unbedingt kennen sollte, um die Grünen zu verstehen — Ökologische Kritik 1962 - 1976*

1) Entfaltung der Kritik ökologischer Fehlentwicklungen

Carson, Rachel L.: Der stumme Frühling. Mit einem Vorwort von Theo Löbsack, Verlag C.H. Beck, München 1976 (348 S., br., 16,80 DM).

Taylor, Gordon R.: Das Selbstmordprogramm. Zukunft oder Untergang der Menschheit. Fischer Taschenbuch 1977 (329 S., br., 5,80 DM).

Meadows, Dennis, Donella Meadows, Erich Zahn und Peter Milling: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1972 (183 S., br., 18,— DM).

Carsons zuerst 1962 erschienene Arbeit behandelt die Belastung der Biosphäre durch Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmittel vom Typ DDT und E 605 (Parathion). Z.Zt. der deutschen Neuausgabe von 1976 hatte die Dioxin-Katastrophe von Seveso die Frage der Umweltvergiftung spektakulär zugespitzt (vgl. Koch/Vahrenholt, S.45). Zwei extreme Weisen der Vergiftung unserer Umwelt waren unübersehbar geworden: einerseits die unmittelbare Vernichtung alles Lebens am Ort durch Dioxin als einem Supergift, das selbst Zyankali bei weitem übertrifft; andererseits die schleichende Vergiftung durch Stoffe wie DDT, deren auf die Umwelt bekämpfter Lebewesen übergreifende Giftwirkung sich erst durch langsame Anreicherung in höheren Organismen einstellt. Das DDT-Problem ist trotz regionaler Anwendungs- und Produktionsverbote (letzteres in der BRD seit 1978) noch keineswegs ausgestanden. Bereits Anfang der siebziger Jahre belastete DDT die Umwelt derart, daß bis in die achtziger Jahre mit steigendem Gehalt der Fische an DDT zu rechnen war, selbst wenn eine weltweite Halbierung der laufenden Anwendung bis dahin durchgesetzt worden wäre (Meadows, S.70). Da die unersetzliche Anwendung von DDT gegen Tsetsefliegen und Malaria­mücken inzwischen zunahm, ist die DDT-Vergiftung alles andere als eingedämmt. Wie Taylor bemerkt, war ein isolierender Kampf gegen DDT als den großen Schurken der Umweltzerstörung aber sowieso verfehlt. Da es widerstandsfähige Arten und Linien hervorbringt, werden womöglich schlimmere Ersatzmittel gebraucht, solange die von Carson geforderte biologische Bekämpfung von Schädlingen noch nicht genügend entwickelt ist. Bis dahin verschiebt sich das Problem bloß auf andere Gifte, wie Koch/Vahrenholt zeigen (S.176ff.). Das DDT-Problem genügt schon, um aufzuzeigen, daß und wie ökologische Fehlentwicklungen gesellschaftlicher Lebenspraxis eine Eigendynamik entfalten können, die es zu verhindern gilt. Dies erfordert sowohl ein ökologisches Basiswissen wie damit verbundenes Kontrollwissen spezifischer Art. Wesentlich zu erweiterndes Wissen über Schad- und Giftwirkungen chemischer Stoffe im globalen Lebensraum gehört hierzu¹ ebenso wie komplexere Lösungen der energetischen und technischen Probleme, die sich zunehmend vom Stoffentzug aus der Umwelt über die Verar-

* Die hier behandelten Titel wurden in Zusammenarbeit mit Wolfgang Harich ausgewählt, der aber ansonsten nicht verantwortlich zeichnet.

beitung von Stoffen und Energien bis zur Wiedereinschleusung von Abfällen ergeben. Unsere Frage an die schon mehr oder weniger historischen Arbeiten ökologisch bewußter Autoren ist daher, ob und wie sich bei ihnen Entwicklungsschritte in Richtung derartigen Kontrollwissens angebahnt haben, seit sie die ökologische Krise registrierten.²

Carsons Pionierarbeit wurde in den sechziger Jahren »Ausgangspunkt einer großen, später die ganze Welt erfassenden Diskussion der Umweltproblematik« (Roos 1976, S.180). Sie rückte ins Zentrum der Aufmerksamkeit die Bedrohung der Selbstreinigungspotentiale einerseits des menschlichen Organismus (Leberfunktionen), andererseits der natürlichen Umwelt (organische Funktionen im Erdreich). Es wäre daher falsch, Carsons Arbeit auf die DDT-Problematik zu reduzieren. Daß diese antimonopolistische Streitschrift (Roos), deren Mut ihr sogar Morddrohungen einbrachte, zu teilweiser Kurskorrektur menschlichen Handelns beitrug, war über die Einschränkungen des DDT-Gebrauchs hinaus, die sie bewirkte³, von prinzipieller Bedeutung. Aufgrund ihres Praxisbezugs machte Carson ökologische Realzusammenhänge in lebensnotwendigem Sinn begreifbar. So zeigt sie, wie eine hohe *Position in der Hierarchie von Nahrungsketten* — wie sie große Fische innehaben, die sich kleine einverleiben (vgl. auch Koch/Vahrenholt, S.179) — die Gefahr einer Anreicherung von Giftstoffen mit sich bringt, d.h. einer *biologischen Verstärkerwirkung* (Taylor, S.124f.): mit den Nahrungsobjekten eingenommene, nicht schnell genug abzubauenende Gifte wie DDT werden durch Filterorgane wie die Leber ausgesondert und in Fettgewebe akkumuliert — was zur Vergiftung der Muttermilch führen kann. Carson zeigt ebenso jenes erwähnte *Trägheitsmoment ökologischer Prozesse*, aufgrund dessen selbst drastische Reduktionen in der Zuführung von Schad- oder Giftstoffen oft lange keine Erleichterung bringen — eine für Eingriffsstrategien (vgl. die Grenzwertfrage, Anm.1) in Rechnung zu stellende *natürliche Verzögerung* (Meadows, S.69). Weiterhin zeigt Carson die bisweilen enorme *Wirkungssteigerung bei kombiniertem Auftreten* verschiedener Stoffe, die sog. *Kombinations- oder synergetischen Effekte*.⁴ Sie wirft damit Licht auf das System von Beziehungen der Lebewesen untereinander sowie zu ihrer Umwelt, das als Ökosystem den Haushalt der Natur bildet.⁵ Wie Carson auch zeigt, zwingen lebensnotwendige Ökosystem-Zusammenhänge ebenso zu Kurskorrekturen, wenn man ihre »Fäden zerreißt« (Carson, S.82 und 248), wie sich die Gesetze der Schwerkraft aufzwingen, wenn einem das Dach überm Haus zusammenpuzelt. In Form von Katastrophen machen sich Naturgesetze gewaltsam geltend, die selber regelnd wirken, statt geregelt zu werden.⁶

Die Bedrohung lebensnotwendiger ökologischer Potentiale durch DDT geht auf den ressourcenwirtschaftlichen Entstehungszusammenhang ihrer Massenanzahlung zurück: a) die Wirkprinzipien wurden durch Kriegsforschung entdeckt, bei der Insekten Versuchskaninchen waren (Carson, S.27), b) die »friedliche Nutzung« dieser Stoffe im kapitalistisch industrialisierten Feldbau war wegen dringender Stabilisierungsaufgaben wünschbar — und sie war c) machbar aufgrund relativ nachhaltiger Wirkung bei geringem Arbeitsaufwand, d.h. genügender Arbeitsproduktivität (Graham, Kapitel 1 und Strahler, S.556). Der in der Entwicklung dieser Stoffe liegende Fortschritt technischer Produktivkraft, dessen nützliche Wirkung bei der Seuchenbekämpfung zum Zuge kam, war aber dadurch ins Gegenteil verkehrt worden, daß marktwirtschaftliche Verhältnisse z.B. amerikanischen Farmern nahelegten, zwecks Einsparung von Arbeitskräften DDT oder Schlimmeres im nächsten Laden zu kaufen. Heute belastet die Hypothek

derartiger verkehrter Anwendungen von DDT den notgedrungen wahrzunehmenden Spielraum für die Seuchenbekämpfung, wo Millionen Menschenleben gerettet wurden, aber weitere bedroht sind — ein Dilemma, das prinzipiell nur durch zentrale Kontrollen der Ressourcenaneignung zu überwinden ist.

Carsons Arbeit erschließt das Problemfeld der ökologischen Krise in seiner Grundstruktur: dem kollektiv-praktischen Bezug des Menschen auf die Natur und ihre Stoffe. Praktisch entscheidend ist dabei, welche Sozialform diese Grundbeziehung annimmt. Denn »Naturgesetze können überhaupt nicht aufgehoben werden. Was sich in historisch verschiedenen Zuständen ändern kann, ist nur die Form, worin jene Gesetze sich durchsetzen« (MEW 32, S.552).

Der Naturwissenschaftler und Journalist *G.R. Taylor* wollte mit seinem 1970 erschienenen »Doomsdaybook« über kurzfristiges ökologisches Krisenmanagement hinaus einen Überblick über die etwa bis zum Jahr 2000 drohenden Probleme geben, »nicht eine Zusammenfassung der Schwierigkeiten, die wir heute schon kennen«. Er behandelt daher weniger »Smog und industrielle Verschmutzung, als vielmehr das Klima und die großen Zusammenhänge, die für alles Leben wichtig sind« (Taylor, S.13). Die Struktur dieser Zusammenhänge benutzt Taylor aber nicht zur Strukturierung seiner zwölf Offenbarungskapitel. Er begnügt sich vielmehr mit einer bloßen Reihung der drohenden Katastrophen (»Doch möchte ich Sie im voraus warnen: Es ist eine horror story«, S.117). Vermutlich begünstigte er mit dieser irrationalistischen Fassung des Gesamtzusammenhangs jenes allseitige Distanzieren von Untergangsprophetien, das eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den lebenswichtigen Streitfragen überflüssig machte. Taylor warf allerdings bereits die Frage auf, ob, wie Befürworter der Kernenergie hervorheben, ein weiter steigender Kohlendioxyd-Gehalt der Atmosphäre sich langfristig in globalen Temperaturerhöhungen auswirken wird oder ob Abkühlungstendenzen aufgrund steigenden Staubgehalts ausgleichend wirken werden. Nach Taylor (S.55) geht der aufwärmende Treibhauseffekt aber z.T. auch auf Trockenlegung von Sümpfen zurück, d.h. nur in geringerem Grad auf Verbrennungsprozesse fossiler Energieträger, als dies etwa Meadows (S.61) anführt. Erdbeben, wie sie nach Auffüllung des Cariba-Staudammes in Zimbabwe bis auf Stärke Sechs stiegen (Taylor, S.33) und andere Gefahrenmomente globaler Geotechnik für die Geosphäre (Taylor, Kap.2) wurden dagegen seltener als Resultate menschlicher Eingriffe bekannt. Die unerschütterliche Vorstellung von einer Grundfeste des Unterirdischen diene andererseits zur Verharmlosung der unterirdischen Atomwaffentests, obwohl diese (wie derjenige unter der Aläuten-Insel Amchitka) sogar in der Nähe geologischer Störzonen stattfanden, d.h. von Gebieten, in denen sich die großen Bauplatten der Erdrinde gegen- und untereinander verschieben (Taylor, S.35; vgl. auch Spektrum der Wissenschaft 8/1979, S.12 und 104).

Die Breite, mit der Autoren wie Taylor die unterschiedlichsten kritischen Zustände in der Geosphäre aufzeigen, dient jedenfalls dem Allgemeininteresse der vergesellschafteten Menschen eher als eine partikulär interessengebundene Isolierung einzelner kritischer Tatbestände zwecks Anschwärzung von Konkurrenten. So hatte Taylor immerhin viele der Themen zusammengestellt, die die Umweltauseinandersetzung der siebziger Jahre prägten. Aber in Ermangelung eines systematisch organisierenden Prinzips waren seine Schlußfolgerungen unvermittelt und willkürlich. Er forderte zur Lösung des Umweltproblems »nicht nur eine drastische Reduzierung der Bevölkerung«, »sondern eine ebenso drastische Reduzierung der industriellen Fortentwicklung« (Taylor, S.289). Eine

derartige Lähmung menschlicher Entwicklungsaktivität ist aber nicht im Sinne ihrer Erfinder. Oder ist dieser verkehrte Zungenschlag aus bloß momentanem Zurückschrecken vor den Konsequenzen der eingesehenen Notwendigkeiten zu erklären? Denn, wie Taylor vor allem an den unkontrollierten Wirkungen von Nitraten, Erdölresten, Asbest, DDT u. ä. Stoffen, Blei sowie Krypton- und Radiumstrahlung aufweist, gefährdet eine übermäßige Emission von Schad- und Giftstoffen letztlich die eigenständige Regeneration ökologischer wie menschlicher Potentiale. Bei Strafe ihres Unterganges — nicht des der Natur — zwingt dies die Menschheit, eine planmäßige Reproduktion bzw. Substitution von Naturressourcen in Angriff zu nehmen: »Es stellt sich dem Menschen nicht länger die Frage, ob er kontrollierend eingreifen will oder nicht; er ist dazu gezwungen« (S.298). Aus der konstatierenden Einsicht in die »Zerstörung der bloß naturwüchsig entstandenen Umstände des Stoffwechsels zwischen Mensch und Erde« folgt zwangsläufig die strategische Einsicht in die Notwendigkeit, diesen Stoffwechsel »systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion herzustellen«. Denn, wie Marx weiter sagt, »die kapitalistische Produktion entwickelt die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses nur, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter« (»Das Kapital«, Bd. I, S.530).

Je unabweisbarer auch reißerische Darstellungen wie die Taylors geradezu einen »Aufstand der Natur gegen die Art und Weise ihrer Aneignung«⁷ spürbar machten, desto wichtiger wurde es, die Selbsterstörung der Naturgrundlagen menschlicher Produktion nicht nur als Fluchtpunkt am Horizont gesellschaftlicher Anarchie auszumachen, sondern ihre Zwangsläufigkeit methodisch in den Griff zu bekommen. Eine derartige »Rückkoppelung« gefunden zu haben — und zwar im exponentiellen Wachstum und seiner Kritik —, machte den Zündstoff im Werk von *Meadows u.a.*, aus deren Computerstudie 1972 vom Club of Rome veröffentlicht wurde. Schlug mit dieser Schrift — unbeabsichtigt, wie Mansholt vermutet (Harich, S.88) — »in der bürgerlichen Geisteswelt eine Bombe ein« (Hampicke, S.794), so warf sie allerdings auch für die marxistische Theorie Fragen auf, die deren Entwicklungsfähigkeit auf die Probe stellten (vgl. Immler 1973). Als Problem wurde u.a. erkannt, »die Frage der zeitlichen Reproduktion des Kapitalismus ... unter Einbezug der physisch-ökologischen Problematik« neu anzugreifen (Hampicke, S.812). Die Neuformulierung damit verbundener Fragestellungen, eine Einschätzung des Problemfeldes sowie Richtungen seiner Bewältigung wurden neben Hampicke und Immler vor allem von Tjaden (1977 und 1978) in *Argument-Zusammenhang* ausgearbeitet.

Die MIT-Studie will beitragen zur Beendigung des Wettrüstens, zur Inangasetzung von Entwicklung, zur Eindämmung der Bevölkerungsexplosion sowie zur Verbesserung des menschlichen Lebensraumes (Meadows, S.11). Der Zusammenhang von Wachstum und Entwicklung wird allerdings gar nicht untersucht. Was bewegte Meadows u.a. dazu, von der Unterscheidung militärischen und »zivilen« Drucks auf strategische Rohstoffressourcen bei der Analyse exponentieller Verbrauchskurven abzusehen? Dieser Verzicht, der darauf hinauslief, die heiligen Kühe des Rüstungswachstums nicht anzurasten, war kein hinreichendes Opfer, um den Maßhalte-Appellen des Club of Rome bei den Herrschenden Gefolgschaft zu verschaffen: »Weder irgendwelche Unternehmen noch Regierungen in der Welt haben sich die Einsichten des Club of Rome zu eigen gemacht und freiwillig auf die Expansion des eigenen Unternehmens bzw. auf das Wachstum der Inlandproduktion verzichtet« (M. Massarrat). Beim MIT-Team des Club

of Rome war ersichtlich »der Zusammenhang von militärischer und 'ziviler' Umweltzerstörung systematisch ausgeblendet« (Gauer/Krusewitz, S. 31). Und dies, obwohl bereits McHale in seinem »The ecological context« von 1971 die Sozialkosten von Kriegsgerät mit Kosten von Sozialeinrichtungen verglichen hatte.

Von den Problembereichen, deren Bewältigung U-Thant gefordert hatte, gingen die »Grenzen des Wachstums« direkt nur auf die Bevölkerungsdynamik und die Umweltproblematik ein. Sie gelangten zu der Auffassung, daß selbst weitestreichende Stabilisierungsmaßnahmen — darunter eine erfolgreiche Verringerung der Umweltbelastung — beim Warten bis zum Jahr 2000 fehlschlagen müßten: »Dann läßt sich nur ein kurzer Gleichgewichtszustand (mit global relativ hoher Nahrungsmittel- und Industrieproduktion pro Kopf, RC-D) erreichen, da durch Anwachsen von Bevölkerung und Industrieproduktion schwerwiegende Lebensmittelknappheit und Rohstoffmangel schon vor dem Jahr 2100 wirksam werden« (Meadows, S. 152).

Die Kritik ökologischer Fehlentwicklungen, die von Carsons Arbeit her in eine weltweite Umweltdebatte gemündet war, erhielt durch die MIT-Studie eine Wendung, die noch heute umstritten ist. Wer sich ein Urteil über sie bilden will, sollte die englische Originalausgabe benutzen, da die vorliegende Übertragung ins Deutsche grob entstellt ist.⁸ Authentisch waren aber die Computer-Ausdrucke, die Herbig zufolge einen blinden, aber eben doch treffenden Schock und viele Gegenstellungnahmen hervorriefen, während sich »kein ernst zu nehmender Wissenschaftler zur Widerlegung der grundlegenden Haltung des 'Selbstmordprogramms' ... die der Computerstudie zumindest ähnlich war, und das in der BRD literarisch erfolgreicher war, bemüßigt fühlte« (Herbig, S. 142).

II) Zur Kritik der politischen Ökologie:

Vom Kursbuch 33 zur Frage nach einem Kommunismus ohne Wachstum

Enzensberger, Hans M., und K.H. Michel (Hrsg.): Ökologie und Politik oder Die Zukunft der Industrialisierung. Kursbuch 33, Oktober 1973 (187 S., br., 7,— DM).

d'Eaubonne, Françoise: Feminismus oder Tod. Thesen zur Ökologiedebatte. Verlag Frauenoffensive, München 1975 (221 S., br., 13,— DM).

Mesarović, Mihailo, und Eduard Pestel: Menschheit am Wendepunkt. 2. Bericht an den Club of Rome zur Weltlage. rororo sachbuch, Reinbek 1977 (184 S., br., 4,80 DM).

Herbig, Jost: Das Ende der bürgerlichen Vernunft. Wirtschaftliche, technische und gesellschaftliche Zukunft. Carl Hanser Verlag, München 1974 (279 S., Ln., 28,— DM).

Harich, Wolfgang: Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der Club of Rome. Sechs Interviews mit Freimut Duve und Briefe an ihn. Rowohlt Verlag, Reinbek 1975 (207 S., br., 18,50 DM).

Die Buchanzeigen im Kursbuch 33 zeigen Schwerpunkte der Ökologiedebatte noch vor den autofreien Sonntagen: Dem 1. Bericht des Club of Rome waren Sammelbände voll kritischer Antworten gewidmet, als »Ablöser« von Lebensstandard wurde Lebensqualität nicht zuletzt im gewerkschaftlichen Bereich diskutiert (10 Bde. einer IG-Metall-Umwelttagung bei EVA), Fischer Taschenbücher profilieren sich mit einer Reihe

»Erde kaputt?« und schließlich hatte etwa mit H. Strohms »Friedlich in die Katastrophe« auch die Problematisierung der Atomstrompolitik begonnen. Die beiden einzigen landeseigenen Beiträge zum Kursbuch — Enzensbergers »Zur Kritik der politischen Ökologie« sowie »Profitschmutz und Umweltschutz in der BRD« — konnten sich aber noch vornehm von Bürgerinitiativen distanzieren, denen zumindest indirekt Protektion durch Staat und Industrie angelastet wurde (S.158). Ähnlich konnte Enzensberger in seinem verdienstvollen »methodologischen Glossar« noch kurz und bündig schließen: »M. King Hubbert hat gezeigt, daß Gezeiten- und Geothermalkraft zusammen nur ein Potential von knapp 2 % der maximal nutzbaren (nicht der genutzten) Wasserenergie ausmachen. Der Aufwand für die Gewinnung von Sonnenenergie ist astronomisch. Die Zukunft der Energieversorgung hängt somit von der Nutzung der Kernenergie ab« (S.46; vgl. zu den angeschnittenen Fragen Commoner 1977).

Dennoch war das Kursbuch 33 ein Pioniersversuch der Neuen Linken der BRD, zu Fragen der ökologischen Krise Stellung zu beziehen. So hob Enzensberger die Bedeutung des Zeitfaktors für den historischen Materialismus in dem Sinn hervor, daß er eine übersetzende Aktualisierung von Grundauffassungen erfordere. Denn »der Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise wird zum Wettlauf mit der Zeit, den die Menschheit zu verlieren droht« (Enzensberger, S.26). Die Feststellung, Enzensberger mache sich einer »Aufgabe zentraler marxistischer Positionen« schuldig⁹, erscheint wenig produktiv. Vor allem hielt er an dualistischen Grundauffassungen fest: »Gewiß gibt es ökologische Faktoren, deren Wirkung global ist; dazu gehören makroklimatische Veränderungen, Pollution durch radioaktive Elemente und Giftstoffe in der Atmosphäre und in den Ozeanen. Wie das chinesische Beispiel zeigt, sind es jedoch nicht diese pauschalen Faktoren, die den Ausschlag geben, sondern die gesellschaftlichen Variablen« (Enzensberger, S.41). Auch die norwegischen Verfasser des abschließenden Beitrages klammern sich an eine Variablengruppierung Gesellschaft/Natur, wo eher der Komplex menschliche Natur/Gesellschaft/äußere Natur auf dem Spiel steht.

Derartiges Eindampfen der Probleme »hilft aber nicht weiter«, wie Enzensberger gegen eine Flucht der Humanökologie in die Globalisierung einwandte (S.20). Dabei liegt heute womöglich im Ausgehen von globalen Konstellationen eine entscheidende Erkenntnischance, im Festhalten am abgehobenen Verhältnis von »Gesellschaft hier, Natur da« aber eher eine Hemmung des Erkennens (vgl. Haug 1979 sowie Tjaden 1977, Anm.1). Globalisierung und Erkenntnis irdischer Wirkungsgefüge schließen sich jedenfalls nicht aus: »Nicht das tropische Klima mit seiner überwuchernden Vegetation, sondern die gemäßigte Zone ist das Mutterland des Kapitals« (MEW 23, S.536). Mit dieser Aussage warf Marx Licht auf die Naturgrundlagen der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit, und zwar auf so erdnahe Tatsachen, wie dies eine mehr oder weniger große Mannigfaltigkeit natürlicher Bodenprodukte ist. Über die ansponrende Wirkung hinaus konnten diese natürlichen Umstände nach Marx getadezu ausschlaggebende Bedeutung für die Produktivkraftentwicklung haben, obwohl sie mit gesellschaftlichen Variablen gewiß nicht identisch sind: »Die Notwendigkeit, eine Naturkraft gesellschaftlich zu kontrollieren, damit hauszuhalten, sie durch Werke von Menschenhand auf großem Maßstab erst anzueignen oder zu zähmen, spielt die entscheidendste Rolle in der Geschichte der Industrie«, d.h. der Produktivkraftentwicklung.

Kursbuch 33 enthielt auch die Debatte, die 1972 zwischen Siccò Mansholt und André Gorz geführt worden war. Mansholt hatte der EG eine Wirtschaftspolitik in Rich-

tung Wachstumsstop empfohlen. Vorstellungen vom »Nicht-Wachstum ... das auf einer zentral dirigierte Politik des ökonomischen Gleichgewichts ruht«, erklärte Gorz nun für Null und nichtig — im Unterschied zu einer vermeintlich ganz anderen Form von Nicht-Wachstum: der kapitalistischen Wachstumskrise. Wie der zählebige Charakter der weltweiten Krise inzwischen gelehrt hat, setzte Gorz sich mit dieser kapitallogischen Anti-Utopie vorschnell über auch stofflich-ressourcenmäßige Wachstumsschranken hinweg (vgl. Tjaden 1978). Er malte einen Zustand aus, in dem »die mächtigsten (Kapital-)Gruppen ein Monopol für die Produktion und den Verkauf sauberer Luft, trinkbaren Wassers, wiederaufbereiteter Mineralien und heiler Umwelt errungen haben werden. Dies wird ihnen ermöglichen, einen neuen Akkumulationszyklus einzuleiten, der nun aber auf der Kapitalisierung der Natur, auf der Einverleibung aller das Leben auf Erden ermöglichenden Faktoren und Voraussetzungen durch das Kapital beruhen wird« (Enzensberger, S.140). Gorz meinte dies gegen »die Ökologen und die ökologischen Bewegungen« einwenden zu müssen, die »zumeist die kapitalistische Zivilisation insgesamt ablehnen, ohne aber explizit die Frage des Klassencharakters der Gesellschaft aufzuwerfen, die diese Zivilisation schuf« (Enzensberger, S.138). Den grünsten Anfängern mag diese Frage vielleicht noch fern liegen: die Eigenlogik der Ökologiefrage wird sie ihnen unweigerlich im Zusammenhang mit der übrigen gesellschaftlichen Bewegung nahebringen. Nicht, weil gesellschaftliche Variablen äußerlich hinzutreten, sondern weil soziale Beziehungen im Kern Aneignungsbeziehungen, Klassenunterschiede wesentlich Unterschiede in der Aneignung menschlicher wie außermenschlicher Natur sind — sei es in produktiver, konsumtiver oder geistiger Aneignung. Statt abstrakte Alternativen zwischen gesellschaftlichen und ökologischen Fragestellungen aufzubauen, gilt es, die Klassenfragen im ökologischen Kontext zu konkretisieren. Beispiele hierfür zeigten die übrigen Beiträge im Kursbuch 33. Sie beleuchteten teils die ökologisch katastrophale Seite des japanischen Wirtschaftswunders, teils die Entstehung eines ökoindustriellen Komplexes in den USA, und begaben sich auf das ideologisch verminte Gebiet der globalen Bevölkerungsprobleme.

Die Bevölkerungsfrage steht auch zentral im Pamphlet »Feminismus oder Tod« der langjährigen feministischen Schriftstellerin *d'Eaubonne*: »Wenn die Welt sich dieser (der feministischen, RC-D) Neuordnung (Mutation) verweigert, die über jede Revolution hinausgeht, so wie die Revolution den Geist der Reform überschritt, ist sie zum Tode verurteilt. Zu einem sehr baldigen Tod. Nicht nur wegen der Umweltzerstörung, sondern wegen der Übervölkerung, die sich direkt aus der Kontrolle des männlichen Systems über unsere Körper herleitet« (*d'Eaubonne*, S.6). *D'Eaubonnes* Thesen zur Ökologiedebatte bringen ein unabweisliches Bedürfnis nach Kontrolle über den eigenen Lebensprozeß zum Ausdruck. Den realen Problemen scheint die Autorin aber immer schon um den Preis ihrer Einholbarkeit vorausgeeilt zu sein. So sagt sie über die russischen, kubanischen und algerischen Revolutionen: »Überall, wo sich das Volk einer ökonomisch unterentwickelten Gesellschaft bemächtigt, um seine Entwicklung zu verwirklichen, werden ... alle Kräfte des Individuums für eine kollektive Anstrengung eingesetzt, die das Individuum frustriert und zum großen Teil kastriert. Und in dieser Ausbeutung wird die Frau überausgebeutet in dem Moment, wo die Anerkennung ihrer Rechte und ihrer Gleichheit deutlich proklamiert wird« (S.171). Den Produktionskampf und seine Umorganisation derart auf Willkür männlicher Macht zurückzuführen

ren, offenbart spezifische Verständnisschranken gegenüber dem Thema »Überbevölkerung«. In einem Sinn ist dies auch *das* ökologische Problem: Die Zahl der Nachkommen ist ökologisch fest an die gegebenen Überlebenschancen gekoppelt; und dieses Gesetz macht sich auch in menschlichen Populationen geltend, solange etwa von der Kinderzahl unabhängige Garantien für die Altersversorgung fehlen (vgl. Harich, S.31). In diesem Sinn ist die Zahl der Kinder eine Funktion von Existenzunsicherheit unter Bedingungen des Mangels. Insofern ist — und das unterstreicht die relative Fortschrittlichkeit einer Orientierung des Feminismus auf Ökologie — die Frage der Menschenwürde überhaupt an gesellschaftliche Meisterung der Naturgesetze gebunden. Es ist nicht nur notwendig, »den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde ... systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion« herzustellen, sondern dies muß auch »in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form« geschehen (MEW 23, S.528) — oder es geschieht gar nicht.

Der 2. Bericht an den Club of Rome hatte das 1971 von *Mesarović und Pestel* gestartete Projekt »Strategie zum Überleben« zum Gegenstand. Hatte die MIT-Studie erst einmal die Grenzen des American way of life darstellen müssen, so empfahl sich der zweite Bericht eben als Entscheidungshilfe am Wendepunkt von fortgesetztem krebsartigen Mißwachstum »ohne Generalplan« zu organischem Hineinwachsen in eine neue Welt-Arbeitsteilung.¹⁰

Dementsprechend ist die von Pestel koordinierte zweite Studie komplexer und differenzierter als die MIT-Studie angelegt. Komplexer, indem das Mehrebenen-Weltmodell zwischen demographisch-ökonomischer und Umweltebene eine Technologie-Ebene systematisch einbezieht (wohingegen technischer Fortschritt im 1. Bericht »nur als nachträglich diskutierte Grenzbedingung« behandelt wurde; vgl. Roos 1976, S.180). Diese drei kausalanalytisch zu fassenden Ebenen werden ergänzt durch zielorientierte auf gesellschaftlichem und individuellem Niveau. Endlich wird auch ein Mensch-Maschine-Dialog in Form von Szenarien ins Modell eingeführt. Differenzierter ist der 2. Bericht durch die Regionalisierung des Mehrebenen-Weltmodells in 10 Weltregionen, deren Beschreibung auf regionalen Datenbanken beruht. Außerdem werden zwei Regionsklassen »Nord« und »Süd« gebildet, so in den Szenarios für alternative bevölkerungspolitische Maßnahmen (Mesarović, S.74ff.). Neben einer Kluft zwischen Mensch und Natur erkennen die Verfasser nämlich auch eine Kluft zwischen reichem Norden und armem Süden. Sie machen zwar beide Klüfte theoretisch für das vielfältige Problemsyndrom der Weltkrisen verantwortlich, beziehen sie aber nicht wirklich auf einander — etwa im Sinne einer Ressourcenpumpe imperialistischen Charakters. Als Antwort auf die kritische Energielage empfehlen sie vielmehr bloß längerfristige Kooperation zwischen Erdöl produzierenden und aufkaufenden Ländern statt kurzfristiger Gewinnmaximierung. Aufgrund ihrer Ausblendung des inneren Zusammenhanges von problematischer Form der Naturaneignung und globalem Verteilungsergebnis¹¹ gerät den Verfassern der »Generalplan« allerdings wiederum bloß zur prästabilisierten Harmonie einer, wie sie betonen, »ausschließlich von wirtschaftlichen Kräften beherrschten internationalen Kooperation«, die das noch mögliche Wohl aller »ohne Beeinflussung durch politische Kräfte« über den Weltmarkt garantiere (Mesarović, S.106). Obwohl mit dem Ziel angetreten, zu einer dauerhaften Heilung des Bruches zwischen Mensch und Natur beizutragen (S.21), wird der globale Krisenzusammenhang im Mehrebenen- und Mehrregionsmodell bloß katalogartig aufgerollt, nicht aber begrif-

fen.¹² Dabei liquidieren Mesarović und Pestel »rein spekulative und abstrakte Erwägungen« als »Spekulationsliteratur« (S.21). Keine glückliche Vorgehensweise, solange man nicht ausschließen kann, »daß die Ergebnisse der globalen Modellierung nicht von den formalen Methoden als solchen bestimmt werden, sondern von den inhaltlich-theoretischen, vor allem philosophisch-soziologischen Prämissen«, wie der Systemtheoretiker Gwischiani aus einer Sichtung von einem Dutzend Weltmodellen schließt (S.1041). Ihm zufolge wäre eine »theoretisch-methodologische Konzeption auszuarbeiten, der zufolge die globalen Prozesse nicht nur als ökologische, ökonomische oder politische Prozesse, sondern vor allem als komplexe Prozesse modelliert werden, die Veränderungen in den Gesellschaftsverhältnissen beinhalten« (S.1042).

Solange man jedoch in dieser Richtung zu kurz greift, trifft die Charakteristik von Krisenreflexion, mit der Jost Herbig das Ende der bürgerlichen Vernunft diagnostiziert: »Dem Krisenmanagement geht es eben nicht darum, Lösungen der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Probleme zu suchen und zu entwickeln, sondern das Kamel der Gesellschaft durch das Nadelöhr der Marktwirtschaft zu prügeln« (Herbig, S.9).

Herbig plädiert für einen Wertkonservatismus mit Mitteln der Strukturveränderung. Aus einer Rekonstruktion der Grenzen bürgerlicher Vernunft will er Orientierungen für die Zukunft von Wirtschaft, Technik und Gesellschaft gewinnen. Vom Industriellen und Chemiker zum Soziologen geworden, bringt Herbig dabei ein Gespür für Fragen der stofflich-materiellen Reproduktion in die Behandlung komplexer Entwicklungsprobleme ein. So behandelt er die Belastung der materiellen Ressourcenbasis der äußeren Natur ebenso wie »individuelle und gesellschaftliche Anpassungen an die zur Entwicklung der Produktivkräfte notwendigen Veränderungen« (Herbig, S.139), d.h. die (De-)Stabilisierung der menschlichen Natur. Neben sonstige Umweltfragen treten Probleme wie Kriminalität, Arzneimittel- und Drogenabhängigkeit und dagegen gerichtete therapeutische Versuche.

Von Interesse sind die von Herbig referierten Widerlegungsversuche des biologisch-räumlichen Streßdogmas sowie von Theoremen, die »Krankheitssymptome unserer Gesellschaften auf angeborene Triebe und Unvereinbarkeiten zwischen menschlicher Natur und Kultur zurückführen« (Herbig, S.50). Ansonsten untersucht Herbig Entstehung und Wirkungsweise des bürgerlichen Produktionssystems auf grundsätzliche Reproduktionsprobleme hin, und er versucht, durch Gegenüberstellung von Entwicklungszwängen und ökologischen Restriktionen zu einer aktuellen Einschätzung von Reproduktionskrisen und möglichen Gegenstrategien zu gelangen. Die synthetische Leistung des Buches wäre allerdings vorteilhaft zu integrieren in ähnlich angelegte Konzeptionen des historischen Materialismus, wie sie etwa Tjaden formuliert hat. Jedenfalls hat Herbig für die Neuauflage seines Buches sein Schlußkapitel umgearbeitet, und er schätzt vor allem wegen der erhöhten Gefährdung von Arbeitsplätzen durch Großtechnologie gewerkschaftliche Interessen anders ein als in der Erstauflage, wo er das Vollbeschäftigungsziel pauschal abweist (S.9).

Im Unterschied zu Herbigs tendenziell basisdemokratischer Orientierung meldete sich mit *Wolfgang Harich* ein, wie er selber sagt, Außenseiter des autoritären Kommunismus in der Wachstumsdebatte zu Wort. Seine seit 1973 mit F. Duve durchgeführten Interviews sowie abschließende Briefe wurden 1975 in Buchform herausgegeben, um die »Auseinandersetzung mit den 'Wachstumsfetischisten' aller Lager« (Harich, S.9)

führen zu können. Eine Einarbeitung von Anregungen aus Herbig's »hervorragendem Werk« (S.173) war Harich durch Krankheit allerdings ebenso verunmöglicht wie andere Überarbeitungen, die er für wünschenswert hielt.

Aufgrund seiner Beschäftigung mit Grundfragen der Naturwissenschaften und besonders einer verstärkten Beschäftigung mit Fragen der ökologischen Krise wirft Harich etwa der Frankfurter Schule vor, durch Einengung des Marxismus auf Gesellschaftstheorie sich »die Unbequemlichkeit erspart zu haben, zu den Befunden der Ökologie Stellung nehmen zu müssen. Der dialektische Materialismus ist da immer, selbst in Gestalt des primitiven, vulgären Zerrbildes, zu dem die Stalinsche Periode ihn zeitweilig depriviert hat, für ein viel breiteres Spektrum an Fragen offen gewesen, und das erweist sich heute, in Anbetracht der ökologischen Krise, als lebenswichtiger Vorzug« (Harich, S.18).

Im 2. Interview mit dem Titel »Marx + Malthus?« argumentiert Harich für eine Synthese, durch die die Malthusschen Teilwahrheiten im Marxismus aufzuheben wären, um den barbarischen Schlußfolgerungen eines reinen Malthusianismus wirksam begegnen zu können: »Denn wenn man die Forderung des Bevölkerungsstops im kapitalistischen Teil der Welt propagiert (und dies ist nach Harich notwendig, um das jeweilige biologische, ökonomische und kulturelle Optimum der Bevölkerungszahl anzuheben zu können, RC-D), ohne zugleich und ebenso energisch, noch energischer auf soziale Veränderungen zu dringen, dann verwandelt die Forderung sich hier in ein ideologisches Instrument der Reaktion, die Massen von den systembedingten Ursachen der ja nach wie vor bestehenden *relativen* Übervölkerung in Form von Arbeitslosigkeit, Unterkonsumtion, Pauperismus usw. abzulenken, ja sie möglicherweise sogar für faschistische Pseudolösungen des Problems, etwa für Völkermord in der Dritten Welt, gefügig zu machen« (S.38).

Zwecks Ausarbeitung von Aufklärungskampagnen empfahl Harich den kommunistischen Parteien: »Die Studien des Club of Rome sind ... eine Fundgrube an schlagenden Beweisgründen, soweit es sich um die Bevölkerungsexplosion, die Rohstoff- und die Welternährungskrise handelt, aber bei weitem nicht ergiebig genug, um die ökologische Krise im engeren Sinne, nämlich die Umweltbelastung durch die industrielle Zivilisation, evident zu machen« (Harich, S.117). Neben Taylor empfahl Harich die Protokolle der Moskauer Symposien von 1972 über »Mensch und Umwelt«, die die ernste Betroffenheit sowjetischer Naturwissenschaftler angesichts der ökologischen Krise dokumentieren. Einwände, die pauschal auf den Klassencharakter des Club of Rome verweisen, rückt Harich aber zurecht: »Einzelne Konzernherren können Geldgeschenke an wer weiß wen vergeben, ohne daß die Bourgeoisie im ganzen, als Klasse, davon Nutzen haben muß. Aber durch den Mund eines McNamara, Präsidenten der Weltbank ... da spricht die herrschende Klasse selbst« (Harich, S.87). Und zwar spricht sie für Produktion um der Produktion willen. Aus Gesprächen Sicco Mansholts mit holländischen Jungarbeitern zieht Harich dagegen die strategische Quintessenz: »Opfer ja, aber erst muß der Kapitalismus weg« (S.65 und 111). Eine Aufforderung zum umstandslosen Konsumverzicht auf Seiten der Arbeiterklasse ist dies aber nicht: »Der Kapitalismus kann unmöglich zur einfachen Reproduktion übergehen. Je geringer daher der Anteil ist, den die Arbeiterklasse vom Bruttosozialprodukt erhält, desto größere Summen investiert die Bourgeoisie in die Erweiterung des — umweltzerstörenden, Rohstoffe verschlingenden — Reproduktionsprozesses« (111f.). Daher kann und muß man auch

gleichzeitig im gewerkschaftlichen Sinn gegen Sozialabbau und in der strategischen Perspektive dafür kämpfen, daß die historisch entwickelten menschlichen Bedürfnisse auf das Hauptziel der Erhaltung des Lebens auf Erden abgestimmt werden. Die Lebensnotwendigkeit dieses Zieles, dessen volle Garantie erst von einer kommunistischen Weltgesellschaft zu leisten ist, bedeutet nach Harich zweierlei: einmal, daß ein unmittelbarer Übergang von Seiten hochentwickelter kapitalistischer Gesellschaften zum Kommunismus ins Auge gefaßt werden muß; zweitens daß vom Absterben des Staates nicht so ohne weiteres die Rede sein kann. Übrig bleibt nach Harich ein Verteilungskommunismus, der an die Stelle des kapitalistischen Weltmarktes zu treten hätte, wollte man eine wirklich neue ökonomische Weltordnung aufbauen.

III) Zur Bündnisfrage auf dem Hintergrund der ökologischen Krise

Eppler, Erhard: Ende oder Wende? Von der Machbarkeit des Notwendigen. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 41976 (128 S., br., 16,80 DM).

Gruhl, Herbert: Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1978 (348 S., br., 6,80 DM).

Amery, Carl: Natur als Politik. Die ökologische Chance des Menschen. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1978 (222 S., br., 4,80 DM).

Wie die Umweltkrise selber, geriet auch die Kritik ökologischer Fehlentwicklungen zunehmend in den Schatten der Wirtschaftskrise: »Noch vor zwei Jahren hieß die Parole Wachstumsbeschränkung ... Heute heißt die Losung schon wieder Wachstumssteigerung um jeden Preis. So schnell dreht sich das Krisenkarussell, so kurzatmig hastet das Krisenmanagement hinterher« (Editorial *Das Argument* 93/1975). Diese Konstellation führte in der BRD zu rücksichtslosen Versuchen der großen Parteien, Wachstumskritik los zu werden. Der frühere Entwicklungsminister der SPD, Eppler, gab wie auch der frühere Umweltschutzbeauftragte der CDU, Gruhl, selbständiger Beurteilung der Lage den Vorrang vor dem Mitmachen im Krisenkarussell. Dies bezeugen ihre Arbeiten von 1975. Ihnen wie den anti-zentralistischen Ideen Carl Amerys gegenüber, die zuerst 1976 veröffentlicht wurden, als er Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier war, stellt sich die Frage, ob und inwiefern sie es sind, die die Situation — eventuell auch nur teilweise — richtig verarbeitet haben. Mit dieser Frage steht die Art und Weise zur Diskussion, wie im Namen grundlegender ökologischer Lebensnotwendigkeiten jener im Hotel Abgrund gemachten Politik entgegenzuwirken ist, welche Rote wie Grüne durch diffamierende Kampagnen ins schiefe Licht setzt (zum Typ der Kampagnen vgl. Haug 1978).

Eppler verneint, daß »wir ohne Reform mit den Krisen fertig werden ... Es geht um ... Krisenbewältigung durch Reform« (S.63). Uns bleibt nur die Wahl: »Was wollen wir eher zur Disposition stellen, die Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft oder ihre Machtstrukturen?« (S.62) Die aktuell verbliebenen Entscheidungsspielräume bzw. ihre Blockierungen konkretisiert Eppler an verschiedenen Problem- und Politikfeldern sowie den darin zutagetretenden Systemzwängen. Eine Politik der Reformen und die Formulierung der dazu notwendigen Strategie werden auf sie gestoßen. So wäre eine Erhöhung des Exports von Weizen aus der EG durch dessen verringerte Verfütterung anzustreben; Eingriffe in die Preisrelationen von Getreide und Fleisch sind aber durch Erhöhung der Fleischpreise nur dann progressiv, wenn gleichzeitig die Einkommensunter-

schiede im Inneren wesentlich reduziert sind. »Was im Blick auf die Bewältigung der globalen Ernährungskrise unerlässlich ist, läßt sich nur durchsetzen, wenn dadurch nicht der leiseste Eindruck entsteht, in Zukunft solle Fleisch wieder den Schichten vorbehalten bleiben, die dieses Privileg schon früher besaßen. Was hier für die Agrarpolitik deutlich wird, gilt überhaupt für eine Steuerung von Verbrauch und Investitionen durch indirekte Steuern ... daß wir ohne eine Verringerung der Einkommensunterschiede politisch manövrierunfähig werden« (S.118). Daraus aber ergibt sich die für progressive Bündnispolitik entscheidende Frage, »ob wir Strukturen auf Kosten von Werten oder Werte auf Kosten von Strukturen bewahren wollen. Wer ersteres versucht, wird dem Sog des Reaktionären nicht lange entgehen. Wer letzteres will, wird sich bei den Progressiven wiederfinden« (37).

Eppler fordert damit den Strukturkonservatismus heraus, »ganz einfach, weil hier Strukturen dem sachlich Notwendigen angepaßt und nicht von den Erfordernissen des ökonomischen Systems her die sachlichen Notwendigkeiten definiert werden« (S.118). Sachliche Notwendigkeit im Sinn von Erfordernissen, die vom ökologischen System ausgehen, begründete übrigens Barry Commoner in seiner 1977 in Deutschland erschienenen Studie »Energieeinsatz und Wirtschaftskrise« (vgl. die Rezension im Argument 117) mit dem Realzusammenhang zwischen ökologischem, Produktions- und Wirtschaftssystem. Eppler versucht dagegen eher politologisch, den von der Verfassung des Wirtschaftssystems ausgehenden und in Systemproblemen auftretenden Zwängen damit zu begegnen, daß er auf verschiedenen Sektoren staarlicher Politik Inventur macht und die Reformaussichten in der anstehenden Legislaturperiode mustert. Diese Epplersche Katalog-Methode ufert aber ebenso ins Unverbindliche aus wie die Katalog-Methode der Weltmodelle (vgl. oben Teil II), da eine Reformstrategie »ohne Generalplan« theorie- und erfolglos zu bleiben droht.

Für den theoretisch gefaßten »Versuch ... die Freiheit des Menschen gegenüber seinen Werkzeugen wiederherzustellen« (S.42) hat Eppler (hier jedenfalls) nicht viel übrig. Nicht Inhalte der Arbeitswelt sind für ihn entscheidend, sondern an der Möglichkeit alternativer Technologien interessiert ihn, daß diese ggf. »den realen Freiheitspielraum des Bürgers erweitern«. Unerörtert bleibt damit auch, daß die Verkehrung von Arbeits- zu Ausbeutungsmitteln das Grundmuster jener Zweck-Mittel-Verkehrung ist, die Eppler ausführlich in Bezug auf Werte und Grundwerte diskutiert: »Das Arbeitsmittel macht den Arbeiter selbständig — setzt ihn als Eigentümer. Die Maschinerie — als capital fixe — setzt ihn als unselbständig. Diese Wirkung der Maschinerie gilt nur, soweit sie als capital fixe bestimmt ist, und sie ist nur dadurch als solche bestimmt, daß der Arbeiter als Lohnarbeiter, und das tätige Individuum überhaupt als bloßer Arbeiter sich zu ihr verhält« (Grundrisse, S.590). Gegenüber einem Leben der Arbeit als bloßer Arbeiter wäre aber die Verallgemeinerung der Arbeit der entscheidende Schritt zur Verbesserung der Lebensqualität, von der Eppler so viel spricht. In Verbindung mit entsprechenden sozialökonomischen Regelungen ermöglichte sie eine wesentlich schnellere Verallgemeinerung des technischen Fortschritts: eine drastisch, etwa auf vier Stunden reduzierte, damit subjektiv tragbare und mit Weiterqualifizierung vereinbare Schichtarbeit aller in der materiellen Produktion würde kontinuierliche Produktion verallgemeinern helfen und dadurch Fristen zur Amortisierung veralteter Anlagen abkürzen. Bestrebungen in dieser Richtung brachten dänische Brauereiarbeiterinnen mit einer Forderung nach sofortiger Einführung des 6-Stunden-Tages zum Ausdruck, der ih-

nen die Schichtarbeit künftig besser ertragbar machen sollte (Carlsen 1979).

Eppler schwebt ein Bündnis vor zwischen denen, »die nicht aufhören wollen, progressiv zu sein, auch wenn dies heute schwieriger ist« und den »Wertkonservativen, die, weil sie humanes Überleben gefährdet sehen, auf Veränderung drängen« (S. 125). Ein solches Bündnis wäre aber nur erweiterungsfähig, wenn sich ein wertkonservativer Kern aus der strukturkonservativen Verschalung lösen läßt. Dies aber lege die ökologische Krise nahe: »Der Gegensatz zwischen Wertkonservativen und Strukturkonservativen, immer schon latent, wurde durch die Zäsur der Siebzigerjahre zum politischen Sprengstoff« (S. 32). Eppler wußte auch: »Wo dieser Gegensatz innerhalb des christlich-demokratischen Lagers ausgetragen wird, steht am Ende meist der Sieg der Strukturkonservativen« (S. 32). So geschehen im Falle *Herbert Gruhls*, der als Umweltbeauftragter der CDU drei Jahre lang beim Vorstand seiner Partei kein Gehör mehr gefunden hatte, bis er 1978 eine grüne Partei gründete. Seit er 1970 im Deutschen Bundestag »ökologische Kalkulation vor Beginn jeder Produktion« gefordert hatte (Gruhl, S. 294), verdichtete er in riesiger, fünf Jahre dauernder Kombinarbeit einen Großteil Umweltliteratur. Tatsächlich erspart die Lektüre von Gruhls Arbeit die von 50-100 anderen Titeln, die er zumeist verständnisvoll zitiert und in eine klar gegliederte Darstellungsform gebracht hat.

Unter den Überschriften »Natürlicher Regelkreis« und »Künstlicher Produktionskreis« stellt Gruhl Elemente einer stoffwirtschaftlichen Produktionsfunktion dar. Auf dem Sammler Stadium, in dem Produktion mit Natur identisch ($P = N$), folgten Stadien der Züchtung und Landbearbeitung unter Hinzufügung menschlicher Arbeitskraft ($P = N + A$, S. 40). Im künstlichen Produktionskreis der letzten 200 Jahre wurde nach Gruhl die Arbeitskraft durch Rohstoffe R und Energie E »vervielfacht«, so daß $P = N + A \times (E + R)$ (S. 69f.). Die Gleichung wird noch erweitert durch einen Zeitfaktor für die Restperioden des Abbaus nicht-erneuerbarer Ressourcen und durch Ausdrücke für die Verminderung von Naturpotentialen durch Umweltverderbnis sowie für dementsprechende Aufwendungen zur Reparatur der Umwelt. Erst danach widmet Gruhl dem »Faktor« Arbeit einen selbständigen Abschnitt, obwohl Arbeit schon unterm natürlichen Regelkreis eingeführt worden war ($P = N + A$). Gruhl unterstellt offensichtlich eine Art von Arbeit im einfachen Leben, eine andere im und nach dem Sündenfall praktisch interessierten Denkens: »Daß die Menschen das Denken erfunden haben, mochte unproblematisch sein, solange sie nicht die Ergebnisse ihres Denkens mittels Arbeit in die Realität umsetzten. Erst seit sie mittels technischer Energie vervielfachte Arbeitskraft einsetzen, konnten sie mit ihrem eigenen Tun eine zweite, künstliche Welt errichten« (S. 344). Um die wirklichen Gründe für die Entzweigung von natürlichem Regelkreis und künstlichem Produktionskreis darzustellen, müßte aber anders, als Gruhl dies tut, die Beziehung von Menschen mit ihrer Arbeit auf Natur und ihre Stoffe in ihrer genetischen wie systematisch grundlegenden Bedeutung erkannt werden, d.h. schon bei Jägern und Sammlern mit ihrer extraktiven Arbeit oder der gestaltgebenden Arbeit, die schon in der Steinzeit vorherrschend wurde (Roos/Streibel, S. 79). Daraufhin wäre spezifischer zu fassen, welche Bedingungen für den problemerezeugenden Charakter der Industrialisierung sowie der technologischen Entwicklung bislang verantwortlich sind. Mit polemischen Entwendungen ist dabei wenig getan, zumal wenn sie danebengehen und Karl Marx angreifen, als sei er Adam Smith: »In Wirklichkeit lassen sich«, wie Gruhl sagt (S. 141), »zu keiner Zeit der Geschichte alle Werte auf

die Arbeit zurückführen«. Der Angegriffene, Marx, warnte aber seinerseits die Genossen, die das Gothaer Programm entworfen hatten davor, »der Arbeit übernatürliche Schöpfungskraft anzudichten«, die »die Naturbedingtheit der Arbeit« leugnet. — »Die primären, naturgegebenen Tatsachen zu vernachlässigen« war allerdings schon einmal der Einwand von Geopolitikern gegen Marx, wie K. A. Wittfogel 1929 darstellte und an Textquellen widerlegte.

Die stiefmütterliche Behandlung des Faktors Arbeit durch Gruhl bleibt nicht folgenlos, wie seine verständnislosen Stellungnahmen zu gewerkschaftlicher Politik zeigen. Hierin wie in seiner nationalistischen geopolitischen Orientierung machen sich die strukturkonservativen Verschaltungen hemmend bemerkbar. Ihnen gegenüber gilt es allgemein, die reaktionäre Manipulierung der grünen Bewegung vor allem gegen die eigene Arbeiterbewegung und gegen die sozialistischen Länder abzuwenden. Im Falle Gruhls sei aber daran erinnert, daß neben seiner Abweisung durch den CDU-Vorstand und dem Fall Filbinger vor allem das Gutheißen der Neutronenbombe seinen Austritt begründete.

Carl Amery formuliert polemisch entwendend: »Bisher hat sich der Materialismus damit begnügt, die Welt zu verändern; jetzt kommt es darauf an, sie zu erhalten«. Derart elegant enthebt er sich jeglicher Mühe, die naturwissenschaftlich zu konstatierende Bilanz der ökologischen Verwüstungen aufzumachen, über die er spricht; geschweige sie zu erklären. Stattdessen begibt er sich auf einen bloß semantisch-ideologischen Kriegsfuß gegen Zentralmächte aller Art wie gegen den historischen Materialismus, der mit der Perspektive einer Gesellschaft arbeitet, die ein funktionierendes Zentralnervensystem hat. Er besteht schlicht und einfach darauf, daß Zentralmächte als solche optimale Betriebsgrößen verfehlen — ohne das Kriterium der Größe zu nennen. Infolgedessen setzt er der ökologischen Krise den edlen Wilden und die vorgeblich überlebenstüchtigeren Kleinheiten abstrakt gegenüber, und er meint, Ähnliches habe Karl Marx vorgeschwebt: »eine kleine, eben deshalb sehr unabhängige Assoziation von Produzenten« (180). Ob die als Ziel heutiger Bündnisse ins Auge zu fassende Assoziation eher klein oder eher groß, in welcher Weise sie von zentralen Regelungen abhängig oder heutigen Zuständen gegenüber eher unabhängig wäre: diese Fragen, die in der neueren Ökologiedebatte oft aufgeworfen wurden, lassen sich meist in der abstrakten Form, in der sie gestellt werden, gar nicht beantworten. Die Verbindung von »klein« und unabhängig, die sich bei Marx auch gar nicht findet, ist aber keinesfalls zwingend, wie sich desgleichen für den meist dogmatisch festgehaltenen Zusammenhang von »Diversität« und »Stabilität« zeigen läßt.¹³ Marx sprach zwar in verschiedenen Zusammenhängen von einer freien Assoziation unmittelbarer Produzenten; unmittelbar meinte dabei aber nicht die kleinen, überschaubaren Einheiten, von denen so oft geschwärmt wird, sondern den Gegensatz zu den Eigentümern der Produktionsbedingungen — ein Gegensatz, dessen Relevanz für eine wirkliche Erklärung und endliche Abschaffung der ökologischen Krisenzustände nicht unerheblich ist. Denn, wie Roos/Streibel hervorheben (S.24): »Der privaten Monopolisierung von Naturquellen ... ist immer die Tendenz zum Raubbau eigen, weil bei dieser spezifischen Art der Bereicherung umso mehr fremde Arbeit angeeignet werden kann, je mehr der Natur entrissen und je weniger für ihre Regeneration getan wird«.

Anmerkungen

1 Für die Problemstellungen an der Chemikalienfront ist Carson keineswegs veraltet. Sie nennt mangelnde staatliche Forschungsressourcen (S.188), jährlich 500 neue Chemikalien (S.19f.), Unzulänglichkeiten der Testmethoden (S.132f.) sowie der Feststellung von Grenzwerten, die isolierend von den realen Bedingungen in der Umwelt oder im Körper abstrahiert. Aktuell zumal wegen des Totschweigens der Hanford-Untersuchungen über die Gefahren auch geringer radioaktiver Strahlungsdosen ist Carsons Vermutung, daß geringe Dosen krebserzeugend sind, da sie durch geringe Zellschädigungen den Wildwuchs hervorrufen (S.235).

2 Ökologisches Wissen vor.Bewußtwerden der ökologischen Krise stellt A.F. Thienemann dar. Als Biologe, der schon vor dem ersten Weltkrieg die Ökologie von Talsperren untersucht hatte, erkannte er bereits 1942, daß angewandte Ökologie »der getreue Eckart der Wirtschaft wird, wenn sie auf ihre Planlosigkeit, ihre Maßlosigkeit, ihr Unverständnis gegenüber den Dingen der Natur hinweist« (Thienemann 1956, S.131).

3 Vgl. dazu und zum politisch-sozialen Kontext von Carsons Arbeit Graham 1970.

4 Carson behandelt sie bes. S.43, 55, 159 und 199f.

5 Vg. Carson, S.194: das »Gefüge des Lebens — oder des Todes«.

6 Vgl. Das Kapital, Band I, MEW 23, S.89 und Haug 1972, bes. S.569.

7 Vgl. das Editorial im Argument 93/1975 zum Heftthema Umwelt.

8 Neben direkten Fehlübersetzungen tendenziöser Art (»W:chselwirkung«, S.43, steht für Dilemma (trade off); »naturegegebene Grenzen«, S.116, für physische (physical limits) u.ä.) fehlt auf S.160 vor dem letzten Absatz ein Zitat, indem es u.a. heißt: »Das Argument, jedermann sollte sich — ungeachtet seines relativen Anreils — solange freuen, wie sein Anreil am Reichtum in absoluten Größen wächst, wird dann nicht mehr verfügbar sein ... Das Stadium des Gleichgewichts wird unsere Umweltressourcen weniger beanspruchen, unsere moralischen Ressourcen dafür aber umso mehr«.

9 Krusewitz/Kade, S.5. Ersetzt man zentrale marxistische Positionen durch eine Drohpose, wenn man vom »Wettlauf mit der Zeit« spricht — nicht etwa mit dem Klassengegner —, 'den die Menschheit' — nicht etwa vor allem die internationale Arbeiterklasse — 'zu verlieren droht'« (ebd.)? Oder ersetzen Kade/Krusewitz hier nicht den Zusammenhang diskursiven Denkens durchs Hantieren mit vorschnellen Einschüben? Vgl. auch Anm. 12.

10 In der Würdigung des 1. Berichts durch den Club of Rome wurde schon auf die Notwendigkeit jener Konkretisierungen verwiesen, die der 2. vornahm (vgl. Maedows u.a., S.168).

11 Vgl. die instruktiven Bemerkungen von Gwischiani über »das Schlüsselproblem bei der Beschreibung des Wirtschaftsmechanismus — die Bestimmung der Beziehungen zwischen dem ökonomischen Output des Systems und den verfügbaren Ressourcen« (S.1048). Vgl. dazu auch Tjaden 1974.

12 Vgl. Tjaden 1975, bes. S.88, wo er diese Begriffslosigkeit »der Sache nach als Unfähigkeit begreift, hinter der Oberfläche der warenerzeugenden und warentauschenden Aktivität die Substanz gesellschaftlicher Praxis überhaupt zu erkennen, in einer historisch bestimmten Form auseinandergetretene Momente der Natur — unsere eigene menschliche Natur mit der anzuzeigenden außermenschlichen Natur — kollektiv zu vermitteln«. Oder wie Rosa L. über Adam S. formulierte: »Sein bürgerlich befängener Blick übersah völlig hinter dem besonderen sozialen Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital das allgemeine Verhältnis zwischen Mensch und Natur« (S.38, zitiert bei Wittfogel, S.502).

13 U. Hampicke tut dies in einem Manuskript »Ökologie und Umweltideologie«.

Literaturverzeichnis

- Brun, R. (Hrsg.) 1978: Der grüne Protest. Herausforderung durch die Umweltparteien. Reihe fischer alternativ
- Carlsen, A.B. 1979: Derfor kraever vi seks timers arbejdsdag nu! Kvinder paa skiftehold (Darum fordern wir den 6-Stunden-Tag jetzt! Frauen auf Schichtarbeit) Polirisk Revy, Kopenhagen
- Commoner, B. 1977: Energieeinsatz und Wirtschaftskrise. Reinbek
- Gauer, K. und K. Krusewitz 1979: Globale Umweltkrise und internationaler Rüstungswettlauf. In: BdWiForum 36, S.31
- Graham, F., Jr. 1970: Since Silent Spring

- Gwischiani, D.M. 1978: Methodologische Probleme der Modellierung der globalen Entwicklung. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 10, S.1032-1048
- Haug, W.F. 1972: Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie. In: Das Argument 74, S.561-585
- Haug, W.F. 1978: Kampagnen-Analysen (I). Argument-Studienheft SH4
- Haug, W.F. 1979: Marxismus, Dritte Welt und das Problem des Eurozentrismus. In: Das Argument 114, S.172-186
- Immler, H. 1973: Grenzen des Wachstums oder Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise? In: Das Argument 82, S.804-822
- Immler, H. 1975a: Literaturbericht zur Umweltpolitik. In: Das Argument 90, S.287-297
- Immler, H. 1975b: Die Notwendigkeit von Stoff- und Energiebilanzen im Betrieb. In: Das Argument 93 (Hefthema: Umwelt), S.822-834
- Koch, E.R. und F. Vahrenholt ²1978: Seveso ist überall. Die tödlichen Risiken der Chemie. Vorwort von E. Eppler, Kiepenheuer & Witsch, Köln
- Krusewitz, K. und G. Kade 1974: Anti-Enzensberger. Von der Umweltkatastrophe und den Grenzen literarischer Krisenbewältigung. Pahl Rugenstein, Köln
- Luxemburg, R. 1923: Die Akkumulation des Kapitals. Berlin
- Marx, K. (Ausg. 1953): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohtentwurf) 1857-1858, Dietz, Berlin (DDR)
- Marx, K. (Ausg. 1971): Das Kapital. Band I. Marx Engels Werke, Band 23; Band III, MEW 25. Dietz, Berlin (DDR)
- McHale, J. 1971: The ecological context. Studio Vista, London (dt. Frankf.1974)
- Meadows, D.H. u.a. 1972: The limits to growth. A report for the Club of Rome's project on the predicament of mankind. Earth Island Ltd., London
- Roos, H. 1976: Natürliche Umweltbedingungen und volkswirtschaftlicher Reproduktionsprozeß. In: Geographische Berichte. 80. Jg., Nr. 3, S.179-189
- Roos, H. und G. Streibel 1979: Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen. Die Wirtschaft. Berlin (DDR) (vgl. die Rezension in Argument 117)
- Strahler, A.N. und A.H. 1974: Introduction to environmental science. Hamilton, Santa Barbara/Cal.
- Thienemann, F. 1956: Leben und Umwelt. Vom Gesamthaushalt der Natur. Rowohlt's deutsche enzyklopädie, Band 22
- Tjaden, K.H. 1974: Zur historisch-materialistischen Entwicklungstheorie. In: Verhandlungen des 17. deutschen Soziologentages. Stuttgart 1976, S.70-77
- Tjaden, K.H. 1975: Krisenreflexion und Krisentheorie. In: Die Krise in der Soziologie. hg. v. Krysmanski und Marwedel. Pahl Rugenstein, Köln, S.73-96
- Tjaden, K.H. 1977: Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte. Gesellschaftswissenschaftliche Entwicklungstheorie. In: Das Argument 101, S.8-55
- Tjaden, K.H. 1978: Gesellschaftsformation und Gesellschaftsgeschichte. In: Argument Sonderband AS 32, S.35-72
- Wittfogel, K.A. 1929: Geopolitik, geographischer Materialismus und Marxismus. In: Unter dem Banner des Marxismus, 3. Jg., Heft 1, 4 und 5



Helmut Ridder: Zur Ideologie der »streitbaren Demokratie«. 4,50 DM.

Erich Wulff: Psychiatrie und Herrschaft. SH 34. 4,00 DM.

H.H. Abholz u.a.: Arbeitsmedizin SH 35. 6,00 DM.

Stuart Hall

Über Ideologieforschung in Großbritannien

Ein Interview mit dem Projekt Ideologie-Theorie*

Zur Geschichte der Ideologieforschung in Großbritannien

PIT: Ein Rezensent Deines Buches »On Ideology«¹ sprach in »Radical Philosophy« von der seit jüngstem stattfindenden explosionsartigen Beschäftigung auf dem Feld der Ideologieforschung.² Wir würden gern etwas über die Diskussion in Großbritannien hören.

Hall: Die Existenz unseres »Centre for Cultural Studies«³ sowie die wachsende Zahl von Untersuchungen im Bereich der Kultur als Arbeitsschwerpunkt an den Universitäten und bei Intellektuellengruppen außerhalb der Universität sind kein völlig neues Phänomen. Unsere heutige Diskussion hat eine interessante Geschichte — ihr könnt sie etwa an P. Andersons Buch »Considerations on Western Marxism«⁴ verfolgen, das nicht nur seine eigene Sicht einer bestimmten Tradition darstellt, sondern aktuell die wichtigsten in England erschienenen und diskutierten marxistischen Veröffentlichungen zusammenfaßt. Am Anfang stand eine Übersetzung von Lukács und ein um 1968 einsetzendes Interesse an der Frankfurter Schule. Etwa gleichzeitig damit erschienen Benjamins Werke, sie beeinflussten unsere in der Kunst, Literatur und besonders beim Kino, Film und im Bereich der Ideologie arbeitenden Leute. Dann die Veröffentlichungen von Gramsci, die Kerkerhefte, weiter Veröffentlichungen von Sartre, von Althusser, der Strukturalisten, von Poulantzas und jüngeren staats-theoretischen Arbeiten. Ich beschreibe in etwa die Arbeit über den Zeitraum von 1964 bis heute. — Es muß gesagt werden, daß die genannten Bücher grundsätzlich zum Bereich der Ideologie gehören; dabei gibt es allerdings einen Zusammenhang mit anderen intellektuellen Entwicklungen, die nicht explizit marxistisch sind, aber in zunehmendem Maße eine Beziehung zum Marxismus entwickeln. Da waren die Arbeiten der englischen Theoretiker auf dem Gebiet der Kultur, etwa die Arbeiten von Raymond Williams oder Edward Thompson in Geschichte und Literatur; es waren die ersten Anfänge des Bruchs mit der herkömmlichen Forschung, Versuche, historische, Klassen- und kulturelle Fragen einzubringen. R. Williams Buch »The Long Revolution« erschien 1961⁵, E. Thompsons »The Making of the English Working Class« wurde 1963 veröffentlicht.⁶ R. Williams und E. Thompson waren wichtig für die englische Debatte, sie waren in gewisser Weise involviert in die Arbeiten einer kritischen theoretischen Revision: natürlich hatte es Darstellungen der Geschichte der arbeitenden Klasse und der ökonomischen Entwicklungen gegeben, aber es fehlten sowohl die kulturellen als auch die ideologischen Dimensionen. In derselben Zeit war eine Gruppe von sozialdemokratischen und marxistischen Wissenschaftlern an etwas interessiert, was Geschichte der Arbeit genannt wird, an der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Institutionen, der Labour Party, der Gewerkschaften. Die neue Entwicklung in den frühen sechziger Jahren verdeutlicht: man kann die Geschichte der Arbeiterklasse nicht einschränken auf ihre ökonomischen und institutionellen Formen, man muß die Arbeiterbewegung nicht bloß als organisierte Kraft,

* Das Interview wurde von Mitgliedern des Projekts Ideologie-Theorie (PIT) durchgeführt, ergänzt, mit Anmerkungen versehen und mit Unterstützung von Peter McLaughlin übersetzt.

sondern auch als soziale Kraft betrachten, und das heißt, man muß die spezifischen ideologischen und kulturellen Formationen in Betracht ziehen.

Die »Explosion« fand über eine längere Zeitperiode hinweg statt, in vielen verschiedenen Bereichen. Ich hätte das Gleiche erzählen können über den Einfluß der französischen Semiologie auf die Literatur oder Filmkritik. Das ist ein anderer Einfluß, der etwa ab Mitte der sechziger Jahre wirksam zu werden begann, der auch noch schärfer die Beziehungen zwischen literarischen Formen und Ideologie an die Oberfläche brachte; ein Beispiel ist das sehr wichtige Buch von Roland Barthes »Mythen des Alltags«: es verband viele, die über Volkskultur, über Kunst schrieben. Barthes sagte aber ganz deutlich, daß diese Arbeit verbunden werden muß mit der Arbeit auf dem Feld der Ideologie. So diskutierten wir hier über einen sehr weiten Bereich von ideologischen Strömungen und Tendenzen, und nicht begrenzt auf einen Ausschnitt der Arbeiterbewegung oder der intellektuellen Linken, sondern sehr weit gestreut. Ich denke, worüber »Radical Philosophy« spricht, ist, daß in den letzten drei Jahren eine grundsätzliche Diskussion der Theorien über Ideologie unmittelbar auf marxistischer Basis einsetzte.

PIT: Was sind die Streitpunkte in dieser neu einsetzenden Debatte?

Hall: Als Erstes gilt es zu bestimmen, wie eine angemessene marxistische Theorie der Ideologie oder der Ideologien entwickelt werden kann, die nichtökonomistisch und nicht klassenreduktionistisch ist. Der zweite Punkt ist: was ist das Spezifische des ideologischen Klassenkampfes? Natürlich ist der ideologische Klassenkampf Teil der anderen Kämpfe, aber es gibt eine Besonderheit des Kämpfens auf dem Feld der Ideologie: was ist das Spezifische des ideologischen Feldes oder der ideologischen Ebene, welcher Art ist seine Beziehung zu anderen Formen des Kampfes? Dazu gehört die Frage nach der relativen Autonomie der Ideologien. Der dritte Bereich liegt, obgleich mit den anderen verbunden, etwas außerhalb: es ist die Frage, wie die Individuen von der Ideologie beeinflusst oder geformt werden, es ist die Frage nach dem Durchdringen der Ideologie auf der Ebene des Individuums und des Subjekts, danach, wie die Individuen in der Ideologie positioniert werden und weniger die Frage nach dem ideologischen Gehalt. Untersucht wird die Weise, in der die ideologischen Diskurse die Subjekte der Ideologie unterstellen, und dies dürfte eher die Form der Ideologien betreffen als den Inhalt. Manche vertreten die Ansicht, daß die Form ideologischer Unterwerfung strukturell der Form ähnlich ist, in der die Individuen im psychoanalytischen Prozeß geformt werden — so wurde Lacan benutzt.

Einfluß von Althusser und Hirst/Hindess

PIT: Wir sollten über den Einfluß von Althusser auf die Renaissance des Marxismus in Großbritannien sprechen.

Hall: Der Einfluß von Althusser ist sehr komplex, man muß zunächst sehen, wo er intervenierte und warum die Leute an ihm interessiert waren. Zu allererst vollzog er einen Bruch auf der Ebene der Theorie. Den Leuten, die einer Art deskriptiver Arbeit überdrüssig geworden waren, wollte er ein besseres theoretisches Fundament geben. Man findet bei Althusser aber nicht bloß die Betonung des Bedarfs an Theorie, sondern einen sehr spezifischen Begriff von theoretischer Praxis. Theoretische Praxis ist de facto von anderen Praxen unterschieden: sie marschiert mehr oder weniger autonom all den anderen Praxen voran, und gibt faktisch Anweisungen an die anderen. Man muß zwischen der wichtigen Erinnerung Althussters an die zentrale Bedeutung der Theorie ei-

nerseits und seinem Theoretizismus andererseits einen Unterschied machen. Der kritischste Punkt ist seine Epistemologie: worum es beim Marxismus gehe, sei zuerst, wie man überhaupt etwas weiß; und was man über irgendeinen Begriff fragen müsse, sei, was ist sein logischer und sein epistemologischer Status — davon sei alles andere abgeleitet. Das ist keine kapitallogische Position, da nicht von der wirklichen Logik des Kapitals ausgegangen wird; dagegen wird von der epistemologischen Voraussetzung abgeleitet: zuerst hast du einen Begriff, der Begriff ergreift Platz in deinem Kopf, du kannst dich faktisch der Wirklichkeit nicht bemächtigen, bei allem konstruierst du. Es ist eine Art Neo-Kantianismus oder Neo-Spinozismus, oder was auch immer, es ist nicht sehr materialistisch. Aber diese epistemologische Behauptung ist das, was wir Theoretizismus nennen würden und dieser ist sehr stark im Umlauf. Am deutlichsten findet man ihn in der Arbeit von Hirst und Hindess.

Sie bestimmen Althusser selbst als jemanden, der das verfolgt, was Althusser eine »expressive Totalität« nennt. Ihr kennt Althusser's Kritik daran: Althusser's Kritik an der hegelianischen Position ist, daß sie alle Ebenen als in einem einzigen Widerspruch begründete Momente begreift und anordnet, und daß ihrzufolge jedes Phänomen immer etwas anderes »ausdrückt«. Althusser hat damit gebrochen. Aber sie sagen, in »Das Kapital Lesen«⁷ sei eine Theorie der Struktur und ihrer Effekte enthalten, und alle diese Effekte seien durch die Struktur bestimmt. Diese Struktur bei Althusser sei selbst eine Ganzheit, alles andere sei bloß Ausdruck der Struktur der Kausalität, die von Althusser »expressive Totalität« genannt wurde, um mit ihr zu brechen. Hirst und Hindess haben die Althusser'sche Unterscheidung zwischen »Produktionsweise« und »gesellschaftlicher Formation« untersucht. Hier wurde die Kritik an Althusser's Ganzheit als einer spinozistischen Ganzheit formuliert. Sie haben den Begriff »Produktionsweise« aufgegeben und sind zu »gesellschaftliche Formationen« übergegangen; es gibt ein neues Buch mit dem Titel »Modes of Production and Social Formations«.⁸ Die Position, die sie erreicht haben, ist etwa folgende (und dies ist der Kerngedanke des Althusserianismus in England): man kann die ökonomischen Beziehungen der kapitalistischen Produktionsweise bestimmen, und man kann sagen, daß dieser Satz ökonomischer Beziehungen bestimmte nicht-ökonomische Existenzbedingungen hat. Was man aber nicht sagen kann, ist, daß die Bestimmung der Produktionsweise, die man auf der ökonomischen Ebene ableiten kann, die anderen Existenzbedingungen vorschreibt oder sicherstellt. Die kapitalistische Produktionsweise basiert auf freier Arbeit, setzt das juristische Subjekt voraus und deshalb ein rechtliches System. Aber es gibt da, wie sie sagen, keine notwendige Korrespondenz zwischen diesen — außer dieser Bedingung: da muß notwendig etwas auf der juristischen Ebene sein, das den Vertrag außerhalb der ökonomischen Sphäre sichern kann. Aber man kann nicht sagen, aus diesem folge römisches Recht, es müsse diese oder jene Art von Recht sein. Was zutrifft auf der juristischen Ebene, ist auch richtig für die politische Ebene.

Hirst und Hindess gehen nun soweit, daß sie diese anderen Existenzbedingungen faktisch für autonom erklären. Sie sagen, der Fehler im Marxismus sei, nach den Ursprüngen von juristischen Ideologien zu fragen. Denn wenn man nach den Ursprüngen fragt und die Determination in letzter Instanz akzeptiert, wünscht man die Ursprünge in der ökonomischen Basis zu finden, z.B. wie patriarchalische Ideologien sich entwickeln; aber man kann ihre Ursprünge nicht auf der Ebene der Produktionsweise finden. Sie würden argumentieren: man braucht nicht nach den Ursprüngen zu fragen,

wonach man fragen muß, ist: was sind die Folgen der besonderen Form des Klassenkampfes auf der Ebene der Ideologie.

Einige haben Hirst und Hindess so verstanden, als ob es nicht nur keine notwendige Verbindung, sondern notwendig keine Verbindung gebe — und dies ist eine wichtige Verschiebung. An diesem Punkt sind sie unfähig, denke ich, eine gesellschaftliche Formation als ein komplexes Ensemble zu bestimmen. Dies hat viele zum »Klassenkampf« zurückgeführt; der »Klassenkampf« habe den Effekt, ungleiche Ebenen zu verbinden. Deshalb stoßen viele auf das Problem der Artikulation. Es gibt keine Notwendigkeit zu sagen, es gebe einen festgesetzten, vorgegebenen Satz von Ideologien, die mit einer fixen Ebene ökonomischer Klassenbeziehungen korrespondierten. Aber man kann die Praxis des Klassenkampfes betrachten, die den Effekt hat, bestimmte Klassenpraxen mit bestimmten ideologischen Praxen zu artikulieren. So brauche man nicht länger patriarchalische Formen von der Basis abzuleiten, aber man wird sagen: in der kapitalistischen Produktionsweise werden die Vorstellungen über Männer und Frauen immer mit bestimmten Klassenpraxen artikuliert sein. Natürlich folgt daraus, da diese Beziehungen nicht notwendig korrespondieren, d.h. nicht gänzlich vorgegeben sind, daß man auf der ökonomischen Ebene beachten muß, was spezifisch ist für die ideologische Ebene, welche Effekte sie hat, wie die Dinge artikuliert werden.

Und die Artikulation wird nun eine Angelegenheit aktiver Tätigkeit, eher als etwas durch die »Struktur« Vorgegebenes oder sie bloß Reflektierendes. Es gibt keinen Grund, warum demokratische Ideologien zu einer bestimmten Gruppe gehören sollten. Alles hängt davon ab, ob die Klasse, der Klassenkampf die Ideologie der Demokratie aufnimmt und artikuliert, so daß er sie mit einer anderen Klassenpraxis verbindet, wodurch sie, wie wir es nennen, »von einem anderen Set von Klassenpraxen exartikuliert« wird. So erhält man eine spezifische Wirkungsweise des ideologischen Kampfes, der nicht einfach unter die anderen Kämpfe subsumierbar ist. Es ist nicht anzunehmen, daß man, wenn man den ökonomischen Klassenkampf richtig ableitet, zwangsläufig einen Einblick in den ideologischen Kampf erhält. Es ist dies — ich spreche nun über meine eigene Position — eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für ein Verständnis dessen, welchen Stand der ideologische Klassenkampf hat. Er hat Beziehungen zur Klassenpraxis, aber alles ist zu konzentrieren auf die Analyse der Verbindung.

»Artikulation« und »Übersetzung«

PIT: Was bedeutet genau »Artikulation« oder »Exartikulation«? Bedeutet es so etwas wie »gliedern« und nicht Artikulation im Sinne von »Sprechen«?⁹

Hall: Es meint wörtlich die Verbindung von Dingen, die nicht dieselben sind. Mit anderen Worten, man kann nicht sagen, daß Ideologie homolog oder parallel zur Ökonomie ist. Aber sie schafft eine komplexe Einheit im Unterschied. Ich denke, dies ist ein sehr marxistisches Konzept: man denke etwa an Marx über die Kreisläufe, er sagt nicht Produktion ist Konsumtion, ist Distribution. Er sagt, die Beziehungen funktionieren genau wegen der Artikulationen zwischen diesen Verschiedenen. Man muß sich mit allen diesen beschäftigen, darf sie nicht als Gleiche denken. Es ist keine Identitätstheorie, andererseits ist es auch keine Autonomie-Theorie. Es gibt verschiedene verbindende Mechanismen.

PIT: Marx spricht von »Gliederung« und Althusser von »Artikulation«. Wenn wir ins

Deutsche übersetzen, ergibt »Artikulation« eine doppelte Bedeutung. Das wollen wir nicht. Wenn man eine Meinung »artikuliert«, drückt man sich aus.

Hall: Ich meine es nicht in diesem Sinne, aber es gibt auch im Englischen eine Doppeldeutigkeit. Es gibt ein Problem mit dem Begriff. Aber ich verwende ihn nicht im Sinn von »ausdrücken«, weil ich nicht meine, daß Ideologie einfach ein Ausdruck von Politik ist. Ich meine, es muß Wege geben, wie die Verbindung hergestellt, geschmiedet, fixiert wird. Sie muß fixiert werden, weil sie nicht durch die Basis vorgegeben ist.

PIT: Gramsci hat einen Begriff der Vermittlung zwischen der Ökonomie und der Ideologie, er spricht von »Übersetzung«. Er will brechen mit dem ökonomistischen Begriff von Ideologie, als Reflex der Ökonomie. Er sagt: eine Klasse muß eine Position in Ideologie »übersetzen«.

Hall: Ich denke, es gibt bei einigen, die mit Gramsci arbeiten, den Begriff »Transformation«. Es gibt »Transformationen« zwischen der Ebene der Basis und des Überbaus. Einige Gramscianer verstehen den Begriff der »Hegemonie« grundsätzlich als einen Begriff des Überbaus. Wir aber verstehen »Hegemonie« genau als die Orte dieser Übersetzung, als einen Begriff, der Basis und Überbau verbindet. So kann z. B. keine Hegemonie in dem ethisch-politischen Sinne nach Gramsci errichtet werden bei Abwesenheit von Hegemonie in der ökonomischen Beziehung. Die Arbeit der Hegemonie wirkt zurück auf die Schaffung von Bedingungen für die gewinnbringende expandierende Reproduktion des Kapitals. Was uns an dem Begriff der Hegemonie wichtig scheint, ist genau dies, daß er weder Ökonomismus noch Idealismus erlaubt, daß er wirklich einige der komplexen Transformationen und Kopplungen zwischen zwei Ebenen zeigt.

PIT: Einer der Unterschiede zwischen ökonomistischer Position und Gramscianischer Position ist, daß Gramsci die Perspektive des Handelns einführt. Es ist eine Theorie vom Standpunkt des Handelns, davon, wie man im Bereich der Ideologie kämpft.

Hall: Ich würde damit übereinstimmen; was ihr unter dem Begriff der »Übersetzung« versteht, ist wohl nicht verschieden von dem, was ich unter »Artikulation« verstehe. Artikulation ist Arbeit, ist Kampf: wenn man nicht effektiv eingreifen kann, um zu artikulieren, dann werden andere Kräfte handeln und gegensätzlich artikulieren. Das Feld ist nicht neutral.

Omnihistorischer Charakter von Ideologie?

PIT: Was ist Deine Meinung über Althussers These vom omnihistorischen Charakter von Ideologie. Wir denken, sie ist falsch. Ideologie hat immer einen historischen Charakter, verbunden mit einer bestimmten sozialen Basis; Kultur ist eine Art von Wirklichkeit, die nicht mit einer bestimmten sozialen Basis, einer klassenantagonistischen Basis verbunden ist.

Hall: Ich denke nicht, daß es immer dieselbe Ideologie oder Ideologien geben wird, aber es wird immer eine ideologische Instanz geben. Denn die Menschen können ihre Existenzbedingungen niemals direkt und durchsichtig leben, es muß eine Struktur geben, welche sie befähigt, zu verstehen, wie sie in Beziehung zu ihren Existenzbedingungen leben. Mit anderen Worten, es müssen ideologische Kategorien sein, welche sie befähigen, zu erfahren, was sie leben.

PIT: Muß es immer ein Unbewußtes geben, wie Lacan es bestimmt hat?

Hall: Althusser übernahm dies von Lacan, und ich denke, es ist eine These, die außerhalb der Lacanschen Theorie aufrechterhalten werden kann; es bedeutet einfach et-

was allgemeineres wie: die Menschen machen Geschichte, aber unter Bedingungen, die sie nicht selbst gemacht haben — in der Konsequenz muß es etwas vom Bewußtsein Abweichendes geben. Die Menschen können sich mehr oder weniger ihrer historischen Position und Rolle bewußt werden, aber es gibt immer Strukturen, die eine Geschichte haben, deren Fülle sie nicht vollständig begreifen können. So muß es Verständnisstrukturen geben, die sie zu ihren Lebensbedingungen in Beziehung setzen. Wenn Althusser sagt, ich habe den theoretischen Humanismus angegriffen, dann darf dies nicht als ein Angriff auf die Ideologie des Humanismus verstanden werden. Et meint, wir benötigen Begriffe, die die Menschen nicht als transparente Urheber ihrer Handlungen platzieren, um zu begreifen, daß die Menschen sowohl gemacht sind wie auch machen, dieses doppelte Verhältnis. Aber das heißt, daß man in einer sozialistischen Gesellschaft eine Form einer humanistischen Ideologie ausarbeiten muß; man muß die Art und Weise transformieren, wie die Menschen ihre Erfahrungen und Bedingungen innerhalb der kapitalistischen Ideologie verstehen.

PIT: Wer ist »man«? Nicht die Menschen selbst?

Hall: Doch natürlich. Ich spreche nicht über die Frage, ob die Partei sie ihnen gibt oder nicht. Ich meine nur, daß es diese Ebene geben wird.

Halls Ideologietheorie

PIT: Kannst Du Deine eigene Position dazu charakterisieren?

Hall: Wenn die alte Theorie des Reduktionismus wirklich stimmen sollte, dann sollten wir keine Probleme auf der ideologischen Ebene haben, weil wir wissen sollten, was zu tun ist; wir sollten in der Lage sein, die ideologischen Probleme abzulesen, wenn wir einmal die Basis-Beziehungen verstanden haben. Aber wir sind darin sehr schlecht, wir lesen schlecht ab und wir können es nicht richtig umsetzen, und schließlich tauchen die Gruppen, denen wir bestimmte Ideologien zuschreiben, an den falschen Stellen auf: die arbeitende Klasse oder ein Teil von ihr, wendet sich nach rechts, eine große Zahl der Mitglieder der Klasse wird konservativ, Teile der Mittelklassen, der Intelligenz werden radikal usw. Ich gehe nun nicht den Weg von Hirst und Hindess, jede Ebene zu autonomisieren, ich praktiziere in gewisser Weise einen »komplexen Historizismus«, wie sie es nennen würden. Ich habe die Kritik am Reduktionismus übernommen, aber ich möchte immer noch über die komplexen Strukturen einer gesellschaftlichen Formation sprechen. Ich denke, der Marxismus muß eine Theorie eben der Beziehung zwischen diesen verschiedenen Instanzen sein. Ich meine deswegen auch, daß es nützlich ist, zu versuchen, die Frage der relativen Autonomie der verschiedenen Praxen zu denken. Ich denke aber, einer der negativen Effekte von Althusser ist es, verschiedene Ebenen so zu bestimmen, daß sie als absolut homogen erscheinen; er redet von *der* ökonomischen Ebene, *der* politischen, *der* theoretischen, *der* ideologischen Ebene und in irgendeiner Verbindung funktionieren sie nicht. Ich möchte herausfinden, wie ideologische Formationen gebildet werden. Ich würde sagen, sie werden gebildet als Ergebnis vorhergehender Kräfteverhältnisse im ideologischen Feld. Da gibt es eine fertige, vorgegebene Struktur und wenn man ideologische Positionen gewinnen will, muß man in diesem Feld arbeiten. So muß man einiges darüber wissen, was die ideologischen Kräfte sind, was die kulturellen Apparate sind. Man muß besonders die Formationen der Intellektuellen kennen. Man muß wissen, was ideologische Arbeit ist, und was die Orte des ideologischen Klassenkampfes sind. Ich würde nicht akzeptieren, daß es »paradigmati-

sche Ideologien« gibt, das heißt ganze Ideologien, die durch die ökonomische Ebene ganzen Klassen zugeschrieben werden können, z. B. die »Kleinbürgermentalität«. Ich unterscheide mich von denjenigen, die diese Position einnehmen, indem ich sage, zu allererst waren einige dieser Verbindungen über eine lange Zeitperiode historisch fixiert, so daß in irgendeiner Weise im ideologischen Feld ganz gewichtige Spuren zurückblieben. Es dürfte z. B. kaum so sein, daß Religion ausschließlich zu einer bestimmten Klasse gehört. Aber soweit sie unter der kapitalistischen Produktionsweise über eine lange Zeit funktioniert hat, hat sie eine starke »Klassen-Konnotation«, wie ich es nennen würde. Nichtsdestoweniger würde ich damit übereinstimmen, daß die Arbeit im Exartikulieren bestehender Ideologien von der Klassen-Artikulation besteht und im Versuch, sie durch die Klassenpraxis zu reartikulieren. Ich denke, daß der ideologische Klassenkampf nicht für sich allein existiert, sondern für den Rest der Struktur eine Funktion hat. Diese Funktion ist, allgemein gesprochen, der Aufbau und die Zerstörung von Hegemonie. So wie ich untersuchen will, was das Spezifische des ideologischen Feldes ist, so auch die Funktion der Ideologie für die Ebene der gesellschaftlichen Formation.

Durch die Kritik an einem bestehenden ideologischen Ensemble findet eine Veränderung im relativen Gewicht, das die Elemente der alten Ideologie hatten, statt. Was zweitrangig oder untergeordnet oder sogar nebensächlich war, wird zum Kern eines neuen ideologischen Ensembles. Der alte kollektive Wille desintegriert seine widersprüchlichen Elemente, so daß die untergeordneten sich gesellschaftlich entwickeln können. Daraus haben wir die Schlußfolgerung gezogen, daß es nicht um die Ersetzung einer ganzen kohärenten Klassenideologie durch eine andere geht, sondern um das Freimachen einer besonderen ideologischen Formation; das ist ein Umarbeiten, das Elemente der alten Ideologie einschließt. Was an den alten Elementen reaktionär ist, dürfen nicht die Elemente selbst sein, sondern die Logik, in der sie mit der Klassenpraxis, innerhalb derer sie artikuliert sind, verbunden sind. Die neuen Elemente werden Elemente der alten aufnehmen, sie als ein ideologisches Feld reartikulieren. Dies wird Spuren des Alten tragen, man kann nicht absolut brechen. In gewisser Weise ist das der Kampf, wie Gramsci ihn beschreibt: Desintegration und Veränderung im relativen Gewicht, das die Elemente der alten Ideologie besessen haben. Wie soll andererseits das historische Bewußtsein gebildet werden, und wie soll man auswählen und diese Elemente kombinieren für die Konstitution eines autonomen Bewußtseins? Wird jedes ersetzte Element apriori verworfen werden? Es wird verworfen werden, insofern es ersetzt wird — aber nicht als solches, es muß in eine neue Form, die für eine soziale Gruppe spezifisch ist, gebracht werden. Das ist, wie ich meine, Artikulation, Exartikulation und Reartikulation der Elemente einer neuen ideologischen Formation. Die ideologische Praxis ist nicht einfach eine Sache des Darüber-Sprechens, des Aussprechens neuer Elemente. Die alten ideologischen Elemente sind noch wirksam, weil sie, wie Gramsci sagt, praktische Ideologien sind, die das Verhalten der Menschen prägen und folgerichtig kann man nur reartikulieren, indem man beginnt, die Praxis genauso wie ihre Interpretation zu verändern.

Rassismus

Hall: Wenn ihr zum Beispiel an das Feld des Rassismus denkt, ein Feld, auf dem ich derzeit aufgrund der praktischen Kämpfe sehr involviert bin. Die Rassenfrage wurde

von der Rechten artikuliert. Von der Linken wurden teilweise Fehler gemacht — nicht nur in der Praxis, sondern auch in der Theorie. Es gab die Theorie, daß man sich auf den Rassismus nicht einlassen müsse, da er ein Effekt der ökonomischen Basis sei. Dieser Reduktionismus hat die Diskussion der Linken abstrakt gemacht. Natürlich waren sie gegen den Rassismus, aber das ist eine moralische Geste: sie sind gegen die Sünde, gegen die kapitalistische Sünde. Aber sie brauchten nicht direkt in diese Art von gemischtem Feld, das die rassistischen Ideologien gegenwärtig bilden, einzugreifen. Ich denke, daß dies genauso das Ergebnis einer falschen Theorie wie einer falschen Praxis war. Es ist eine aktuelle Aufgabe, die Leute zur wirklichen Aufnahme dieser Arbeit im Feld der Rassenauseinandersetzungen zu bringen, um die Rassenfrage aus der Verbindung mit der Rechten zu exartikulieren und die Rassenfragen in die Klassenfragen zu reartikulieren. Die Betonung liegt darauf, daß letztlich der Klassenkampf entscheidet, ob diese Artikulationen zustande kommen oder nicht. Das ist eine Betonung, die ich gramscianisch nenne, die, wie ich meine, gegen den Theoretizismus aufrechterhalten werden muß.

Es ist möglich, daß unter besonderen Bedingungen Teile der Arbeiterklasse rassistisch sind. Man kann nicht sagen, weil die Klasse in einem antagonistischen Verhältnis zum Kapitalismus steht, denkt sie bestimmte Dinge. Wir sagen das Umgekehrte: daß nämlich bei Abwesenheit von politischen und ideologischen Kräften, die fähig sind, das Bewußtsein der arbeitenden Klasse gegen den Rassismus zu artikulieren, Rassismus zu erwarten ist.

Wo immer die Vorstellungen über die Rassen herkommen, sie sind den Bestimmungen des Klassenkampfes unterworfen. Wenn die Rechte den ideologischen Klassenkampf gewinnt, kann sie rassistische Elemente, die eine Geschichte bis hin zu Aristoteles haben, wirksam aufnehmen, und eine Erklärung dazu liefern, die einen Sinn in sie hineinbringt, die sie mit Erfahrungen verbindet, die dann in den common sense einget und ihn umformt. Was man dann hat, ist: Rassismus der arbeitenden Klasse. Und man kann nicht einfach aus dem Feld gehen, um auf einer anderen Ebene zu arbeiten. Man kann nicht sagen: laßt uns einfach dazu übergehen, Produktionskämpfe aufzuzeigen. Einige der Plätze, wo der Rassismus auftritt, sind die Wohngegend, die Schulen, und man muß an diese Plätze gehen und versuchen, eine politische Praxis zu entwickeln, die fähig ist, diese Elemente aus der gegenwärtigen Verbindung zu exartikulieren.

Kultur und Ideologie

PIT: Gibt es in England eine Diskussion über die Unterschiede von Kultur, Politik und Ideologie?

Hall: Es gibt keinen Versuch, in eindeutiger Weise »Politik« von »Ideologie« zu unterscheiden. Der Begriff »Kultur« hat eine etwas andere Geschichte. Die Hauptfrage ist in etwa: Brauchen wir überhaupt einen Begriff »Kultur«? Kann man den Begriff »Ideologie« weit genug bestimmen, um das, was man in England unter »Culture«, kulturellen Praxen versteht, einzuschließen? Oder gibt es ein Feld, in dem beides nicht identisch ist, so daß man verschiedene Begriffe braucht? Es gibt darüber verschiedene Auffassungen. Wir würden einen Unterschied zwischen diesen Begriffen machen. Wir denken »Ideologie« eher im Sinne von Kategorien und Begriffen, welche die Praxis prägen, und wenn wir denken »Kultur« mehr in der Bedeutung von *gelebten Praxen*. Damit

meinen wir, daß es nicht einfach um eine objektive Beschreibung davon geht, wie besondere Gruppen und Klassen leben, um eine Sicht von außen, sondern zugleich um das Verständnis dessen, was diese Gruppen davon halten; deshalb sage ich »gelebt«, das bedeutet: ihre erfahrenen Praxen, was sie tun und wie sie das verstehen, was sie tun. Wir würden dies die kulturelle Ebene, die kulturelle Dimension nennen. Und wir würden diesem eine mehr passive Bedeutung geben, mehr als wir es früher getan haben. Wir denken, daß diese Art von gelebten Praxen enger an Gramscis »Alltagsverstand« (common sense) ist, nur daß der »Alltagsverstand« mehr im Kopf angesiedelt ist. Also »gelebter Alltagsverstand« oder »Alltagsleben«. Es sind nicht einfach die Ideen des Alltagsbewußtseins, das die Menschen haben, sondern die allgemeinen Strukturen ihres Lebens, das geprägt ist durch die Art und Weise, wie sie sie verstehen. Ich möchte deshalb sagen, daß wir versuchen, diesem Begriff einen ziemlich passiven Sinn zu geben, wie Gramsci dies tat. Es ist der Grund, auf dem die Ideologie operiert. Ideologie, scheint uns, ist eine Intervention auf dem kulturellen Feld. Sie arbeitet die kulturellen Praxen in einer neuen Weise aus, verbindet sie zu mehr organischen Ideologien, verbindet sie mit organischen Klassen, verbindet und organisiert sie um einen historischen Block. So wäre Kultur der Hintergrund von gelebtem Verständnis, von gelebten alltäglichen Praxen in einer Klasse, in einem Volk oder in einer Nation.

Oft beginnen wir erst, nachdem wir das empirische Material zusammengetragen haben, mit der Unterscheidung von »Kultur« und »Ideologie«. Bezüglich der Ideologie hat man eine ausgeprägtere Vorstellung davon, was vor sich geht, aber wir wollen es kontrastieren mit dem, wie die Dinge aktuell gelebt werden, was durchaus nicht dasselbe ist, obwohl es eng zusammenliegt; wir möchten sagen, die Leute können eine ideologische Darstellung von ihren kulturellen Praxen geben, die sich von ihnen unterscheidet. So kann man in der Ideologie manche Formen des Versuchs, Widersprüche zu lösen, finden, die, wenn man die gelebten Praxen ansieht, nicht gelöst sind.

Hausfrauenkultur und -ideologie

Hall: Wir sprachen z.B. mit Frauen aus der arbeitenden Klasse, die für kurze Zeit gearbeitet hatten, heirateten und nun zu Hause lebten. Gleichgültig, ob sie dir trauen oder nicht, ob man mit ihnen in ihrem praktischen Leben zusammenarbeitet oder nicht, wenn man sie fragt, was sie über ihre Lage denken, dauert es sehr lange, bis sie einem etwas sagen, außer etwas Positivem. Sie sagen, wir sind glücklich, nicht mehr repetitive Arbeit verrichten zu müssen, es ist ein bißchen langweilig zu Hause, aber ... Man muß sehr gut zuhören, bevor sie etwas anderes zu sagen beginnen: Ich vermisse es wirklich, nicht jeden Tag außer Haus zu gehen, oder: ich denke, mein Mann hat es gut, er hat Abwechslung, wenn er müde ist, kommt er nach Hause, aber ich habe keine Wahl, aber ich mag es dennoch usw. ... Etwas, was wir entdeckt haben bei den Frauen aus dieser Schicht, die keine volle Ausbildung haben, ist, daß sie viel lachen — an den strategischen Punkten. Sie tun es besonders, wenn sie von anderen Frauen interviewt werden, und dieses Lachen ist ein Anerkennen des Widerspruchs, aber sie lösen ihn nicht. Sie sagen lachend: »Sie wissen ja, Sie wissen ja« — und sie lachen und verbalisieren nichts weiter.

Nun wollen wir das angemessene Gewicht darauf legen, zu untersuchen, wie diese Frauen ihre Lebensbedingungen leben und welche neuen Vorstellungen sie sich darüber zu machen beginnen. Aber wir brauchen auch eine Bestimmung dessen, was die

Frauen in eine solche widersprüchliche Position gesetzt hat, die niemals in der Sprache zu erscheinen braucht. Wir brauchen eine theoretische Bestimmung dessen, was die Lage der Hausarbeit ist, was die Situation der Frauen zu Hause ist, welcher Art die Beziehung dieser Arbeit zum Kapital ist etc. Man braucht beides, und man muß auch sehen, wie diese sehr spontane Sprache, die sie einem gegenüber äußern, stark von häuslichen Ideologien strukturiert ist, von der Ideologie »Die Frau gehört ins Haus« usw. Dafür gibt es spezielle Mechanismen im Radio, in den Frauenmagazinen und auch in der Familien-Folklore: ihre Mutter hat es ihnen vermittelt. Da gibt es die Ebene von gelebten Praxen, kulturellen Vorstellungen von der Welt, es gibt die Struktur, die die Leute an einen Platz setzt, und es gibt die ideologischen Kräfte, die diese Widersprüche in scheinbar akzeptable Vorstellungen von der Welt und von sich selbst zu verarbeiten helfen. Wir wollen die Strukturen untersuchen, es macht nichts aus, ob sie sie verstehen oder nicht — sie sind innerhalb der Strukturen. Dann wollen wir hören, was sie darüber sagen, und versuchen, die Widersprüche dazwischen zu markieren. Das Ganze ist mehr eine Frage der strategischen Schnitte, die durch das Material gelegt werden.

Anmerkungen

- 1 Hall, Stuart u.a.: On Ideology. Working Papers in Cultural Studies, 10, Birmingham 1977.
- 2 Craib, Ian: Rezension von »On Ideology« in: Radical Philosophy, No. 18, Autumn 1977.
- 3 Vgl. Hall, Stuart: Über die Arbeit des Centre for Contemporary Cultural Studies (Birmingham). Ein Gespräch mit H. Gustav Klaus. In: gulliver. Deutsch-englische Jahrbücher, 2, 1977. Argument-Sonderband 18, S.54-67.
- 4 Anderson, Perry: Über den westlichen Marxismus. Frankfurt/M. 1978. — Vgl. die kritische Auseinandersetzung mit Andersons Theorie bei W.F. Haug: Westlicher Marxismus? Kritik eines notwendigen Versuchs, die marxistische Theorie zu historisieren, in: Das Argument 110, 20. Jg. (1978), S.484-502.
- 5 Williams, Raymond: The Long Revolution. Harmondsworth 1965 (zuerst 1961).
- 6 Thompson, Edward P.: The Making of the English Working Class. Harmondsworth 1968 (zuerst London 1963). — Eine Übersetzung ins Deutsche wird bei Suhrkamp vorbereitet.
- 7 Althusser, Louis/Balibar, Etienne: Das Kapital lesen. 2 Bde. Reinbek 1972.
- 8 Hindess, B. und Hirst, P.Q.: Pre-capitalist modes of production. London/Boston 1975.
- 9 Eine der Hallischen Verwendungsweise von »articulation«, »articulate« und »disarticulate« ähnliche Begriffsbildung findet sich bei uns im medizinischen Sprachgebrauch: ein Gelenk ist mit einem anderen »artikuliert«, diese Verbindung kann »exartikuliert« werden.



Marx, Engels, Lenin. Lukács. Gramsci.
Althusser.

Bürgerliche Ideologietheorie,
Luhmann, Berger/Luckmann.
Eigene Position des PIT.
Projekt Ideologie-Theorie (PIT).

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Volker Gransow und Michael Krätke

Zwei Stalinismus-Debatten in der Kommunistischen Partei Großbritanniens¹

In der bundesdeutschen Diskussion um das Verhältnis eurokommunistischer Parteien zum Stalinismus und Realen Sozialismus ist bislang die Communist Party of Great Britain (CPGB) kaum erwähnt worden. Dies ist u.E. ein Versäumnis vor allem aus zwei Gründen: *Erstens* hat die britische KP zwar nur etwas mehr als 20000 Mitglieder und keine Vertreter im Unterhaus², kann aber gleichwohl nicht als bedeutungslos qualifiziert werden, besonders im Vergleich mit den kommunistischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs oder der Niederlande. Es gibt kaum einen Zentralvorstand einer größeren britischen Gewerkschaft, in dem nicht Kommunisten Mitglieder sind. Über die korporative Mitgliedschaft der Gewerkschaften in der Labour Party beeinflusst die CPGB auch Linke in der Labour Party. Ein zahlenmäßig nur schwer zu schätzender Teil der individuellen linken Labour-Mitglieder sympathisiert zumindest teilweise mit der Partei. Einflußreich sind die Kommunisten desgleichen in der Gewerkschaftsjugend und dem Studentenverband. Die Beziehung zur Labour Party ist freilich auch das Dilemma der CPGB, die seit 1951 und prononciert seit 1968 und 1978 den parlamentarischen Weg zum Sozialismus anstrebt. Denn ihre immer wiederholten und immer wieder abgelehnten Anträge auf »Affiliation« (Verschmelzung³) mit der Labour Party erleichtern das Argument, die CPGB sei nicht notwendig, allenfalls gehe es um die Gründung einer neuen sozialistischen Partei links von der Labour Party. Diese Position vertritt etwa Ralph *Milliband* (1976). Weitere Ursachen für das Interesse an der CPGB sind ihre programmarischen Vorstellungen, die nahezu identisch mit den Eurokommunisten einen Sozialismus mit Parteienpluralismus und Grundrechtsgarantien verlangen (vgl. *The British Road* 1978, S.56-59). Zudem war bzw. ist die CPGB in vielen Beziehungen inspirierend für die »euro«-kommunistische KP Australiens und die KP Indiens. *Zweitens* ist die CPGB vom Stalinismus-Problem insofern besonders betroffen, als die Enthüllungen des 20. Parteitags der KPdSU und die Revolten in Polen und Ungarn zu einer Parteikrise führten, welche die Partei rund ein Viertel ihrer Mitgliedschaft kostete und nicht nur jene Intellektuellen zum Austritt veranlaßte, die der Kern der »old new left« werden sollten, sondern auch führende Gewerkschaftsfunktionäre aus der Partei trieb. Im Unterschied zu anderen kommunistischen Parteien nahm die CPGB den 20. Jahrestag dieser Ereignisse zum Anlaß einer breiten Debatte über den Stalinismus und die sozialistische Demokratie. Wichtig ist auch die Tatsache, daß die CPGB u.W. als einzige westliche KP eine eigene Fachzeitschrift für Sowjet- und Osteuropaforschung namens »Socialist Europe« (fortan: SE) herausgibt. Die letzte uns vorliegende Nummer dieser Zeitschrift enthält ein Exklusiv-Interview mit Roy Medwedew über Stalinismus und Entstalinisierung. Im Editorial heißt es zu diesem Interview: »Its appearance breaks new grounds both for the journal and the Communist Party of Great Britain« (SE 4/1978).⁴

Im folgenden wollen wir darlegen, wie in der CPGB der Stalinismus aufgearbeitet wurde und damit Materialien ausbreiten, die einen in Stalinismus-Diskussionen z.T. weniger berührten Punkt betreffen, nämlich das Verhältnis von äußerer und innerer Entstalinisierung in westeuropäischen kommunistischen Parteien, m.a.W. das Verhält-

nis von Kritik an der Stalin-Politik (oder auch heutiger Politik der SU und anderer osteuropäischer Länder) zur Kritik an Erscheinung oder Grundsätzen des eigenen innerparteilichen Demokratischen Zentralismus. Zu diesem Zweck konzentrieren wir uns auf zwei Schwerpunkte in der Parteigeschichte: *Erstens* die Parteikrise von 1956 und *zweitens* die Stalinismus-Diskussion von 1976 und ihre aktuellen Nachwirkungen. Unter »Stalinismus« im für die CPGB relevanten Sinne verstehen wir dabei dreierlei: Erstens das historische Phänomen der Bürokratisierung, Entdemokratisierung und Massenrepressalien in der Sowjet-Union und Osteuropa bis Ende der fünfziger Jahre, zweitens jene politischen Strukturen dieser Länder, die sich im Zwang zum Administrieren ausdrücken und aktuell sind, drittens autoritäre Verhältnisse in einer kommunistischen Partei im Westen selber.

1. Die Parteikrise von 1956

Die Enthüllungen der Verbrechen Stalins auf dem 20. Parteitag überraschten die Partei völlig, obwohl es eine gewisse Verunsicherung bereits vorher gegeben hatte, die u. a. auf folgende Vorgänge zurückzuführen war: die Lysenko-Affäre (britische kommunistische Genetiker stimmten Lysenkos Thesen⁵ nicht zu); die Rajk- und Slansky-Prozesse mit ihren antisemitischen Elementen; die sowjetische Kehrtwendung von 1955 in der Jugoslawien-Frage (vgl. *Pelling* 1975, S. 164ff.). Die eigentliche Empörung innerhalb der Partei begann erst nach der Publikation von Chruschtschows Geheimrede und der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands, da es jetzt nicht mehr um »Geschichte«, sondern um »Politik« ging. Kurz nach dem 20. Parteitag war es dem führenden CPGB-Funktionär R. Palme Dutt noch möglich gewesen, zum »Fall Stalin« zu erklären: »That there should be spots on any sun would only startle an inveterate Mithra-worshiper« (nach *Grainger* 1957, S. 9). Auch der 24. Parteitag der CPGB vom 30. März bis zum 2. April 1956 nahm nach einer kontroversen Diskussion in geschlossener Sitzung nur eine nichtssagende Resolution zur Sowjet-Union an. Daß sich jedoch eine Welle der Kritik in der Mitgliedschaft entwickelte, zeigte die Tatsache, daß das CPGB-Zentralorgan »Daily Worker« in ungefähr einem Monat mehr als sechzig Leserbriefe zur Stalin-Frage abdruckte, von denen nur etwa ein Fünftel Treue zu Stalin beinhaltenen. Eine Anordnung der Parteiführung, die Publikation der Leserbriefe einzustellen, mußte auf Druck der Leser widerrufen werden. In dieser Situation fand ein Wechsel im Amt des Generalsekretärs statt (von Harry Pollitt zu John Gollan), und das Exekutiv-Komitee der CPGB (vergleichbar einem ZK oder weiteren Parteivorstand) faßte eine Entschließung, in der Bestürzung darüber ausgedrückt wurde, daß verurteilte Verbrecher in Wirklichkeit gute Kommunisten waren (vgl. ebenda, S. 8-10). Es wurde beschlossen, daß zwei Kommissionen gebildet werden sollten: Eine zur Überarbeitung des Parteiprogramms (das noch die Zielsetzung »Volksdemokratie« enthielt) und eine Kommission zur innerparteilichen Demokratie. Damit war jedoch offenbar nur ein Teil der Kritiker zufriedengegestellt. Im Juli 1956 publizierten zwei kommunistische Historiker, John Saville und Edward Thompson, eine eigene Zeitschrift: »The Reasoner«. Die erste Nummer beinhalte- te u. a. einen langen kritischen Aufsatz zum Demokratischen Zentralismus sowie einen empörten Beitrag amerikanischer jüdischer Kommunisten zum sowjetischen Antisemitismus. Im Editorial hieß es: »The shock and turmoil engendered by the revelations were the result of our general failure to apply a Marxist analysis to Socialist countries and to the Soviet Union in particular«. Dann wurde der Bezug zur kommunistischen Politik

hergestellt: »Our irrational approach to the Soviet Union and our hostile attitude towards those who were not prepared to accept our myths ... have helped to drive others into anti-Soviet attitudes dangerous to the cause of peace and socialism« (nach Saville 1976, S. 8). Noch zwei weitere Nummern des »Reasoner« erschienen, mit zum Teil sehr kritischen Beiträgen prominenter Kommunisten wie Doris Lessing, Hyman Levy und Ronald Meek. Die Parteiführung, die sich im Juni noch Togliattis Ansicht angeschlossen hatte, eine marxistische Analyse der Ursachen für die Degeneration des sowjetischen Sozialismus sei notwendig, verhärtete sich immer mehr — unter dem Einfluß einer SU-Reise und des Geschehens in Ungarn. Savilles und Thompsons Mitgliedschaft in der CPGB wurde suspendiert, weil sie sich der Forderung nach Einstellung des »Reasoner« nicht beugten (vgl. Herrmann 1976, S. 104). Der Ton der Kritiker in der Partei wurde ebenfalls schärfer. Die Unterstützung der sowjetischen Intervention in Ungarn bezeichneten Eric Hobsbawm, Christopher Hill und Hyman Levy als den wenig begrüßenswerten Höhepunkt einer jahrelangen Verfälschung von Tatsachen und des Unvermögens der britischen Kommunisten, politische Probleme selbst zu überdenken (vgl. ebenda, S. 118). Etwa die Hälfte der Mitarbeiter des Daily Worker unterschrieb eine Stellungnahme zu Ungarn mit folgendem Text: »The danger that fascist elements will attempt to gain control in the present state of disorder cannot affect our judgment that the people of Hungary had had enough, and resorted to arms to obtain freedom ... No Government which has forfeited the support of its people has the right to crush the people with foreign arms« (nach MacEwen 1976, S. 28). Diese Stellungnahme muß verstanden werden vor dem Hintergrund der Tatsachen, daß eine freie Mitarbeiterin des Daily Worker in der Rakosi-Ära in Ungarn verhaftet worden war, ohne daß die CP-Führung öffentlich protestiert hätte, und daß die Berichte des Daily Worker-Korrespondenten in Budapest, Peter Fryer, einfach nicht gedruckt wurden. Ein Viertel der Redaktion schied daraufhin aus.

Höhe- und in gewissem Sinn auch Endpunkt der Krise wurde der außerordentliche Parteitag Ostern 1957. Er war Endpunkt insofern, als zu diesem Zeitpunkt bereit 7000 Mitglieder die Partei verlassen hatten (bis 1958 stieg ihr Anteil auf 27,5 %). Er stellte aber auch insofern einen Höhepunkt dar, als hier die bisher schärfste Diskussion auf einem Parteitag der CPGB geführt wurde. Generalsekretär Gollan sprach in seinem Parteitagsbericht von einer Welle des Revisionismus, die zu den Massenaustritten geführt habe und erklärte: »They are not our best comrades, otherwise they would not have left«. Dagegen beklagten andere Redner die Austritte und beschuldigten die Parteiführung, ihre Apologie des Stalinismus sei der Grund für den Exodus. Die Angriffe der Parteiführung auf die »wurzellosen Intellektuellen« wurden keineswegs allseitig akzeptiert. So rief John McLaughlin, ein prominenter Streikführer und Shop Steward, Andrew Rothstein bei einem solchen Angriff zu: »You lying old swine« (vgl. Pelling 1975, S. 179f.). Hyman Levy berichtete von verbreitetem Anti-Semitismus in der Sowjet-Union und fragte, ob die Parteiführung davon gewußt habe. Einen Gipfel erreichte die Kritik an der Führung im Minderheiten-Bericht zur innerparteilichen Demokratie. Er stellte Defizite der innerparteilichen Demokratie fest und empfahl zur Abhilfe:

- das Recht auf Gruppenbildung zur Parteitagsvorbereitung;
- das Recht auf Publikation von Parteifragen in parteiunabhängigen Organen;
- das Recht der Opposition auf Redefreiheit beim Parteitag;
- Abschaffung der Kandidaten-Empfehlung durch die Führung (»panel system«).

Er kritisierte die Führung wegen »using its control of the Party machine and Press to smack down those who are seeking for information or expressing honest criticism« (nach *Mac Ewen* 1976, S.40).

Der Parteitag akzeptierte allerdings mit überwältigender Mehrheit den Mehrheitsbericht mit weit gemäßigten Vorschlägen:

- mehr Zeit für die Parteitagsvorbereitung;
- Konsultationen von Exekutiv-Komitee und Mitgliedschaft bei wichtigen Fragen;
- mehr Diskussionsraum in der Parteipresse;
- Gründung einer theoretischen Zeitschrift (»Marxism Today« - fortan: MT);
- Modifizierung, aber Beibehaltung des »panel system«.

Auch Peter Fryers Antrag auf Widerruf seines Parteiausschlusses wurde mit 486 zu 31 Stimmen abgeschmettert. Daß der Kongreß indirekt die Vorwürfe der Minderheiten-Kommission bestätigte, belegt das im Vergleich zu früheren Parteitagen gestiegene Durchschnittsalter der Delegierten und die gestiegene Dauer der Parteimitgliedschaft sowie die Zusammensetzung der Mehrheit der Kommission zur innerparteilichen Demokratie, die fast ausschließlich aus hauptamtlichen Parteifunktionären bestand. Der Grad der Opposition dagegen wurde durch den Fortgang der Austrittswelle belegt; vor allem dadurch, daß keineswegs nur Intellektuelle austraten, sondern auch führende Gewerkschaftskader der Partei, darunter John Horner, Generalsekretär der Fire Brigades Union; Les Cannon, Education Officer der Electrical Trades Union; R. B. Seabrook, Area Organiser der Union of Shop, Distributive and Allied Workers. Während die ausgetretenen kommunistischen Arbeiter und Gewerkschaftler sich meist der Labour Party anschlossen, sammelten sich die Intellektuellen um zwei Zeitschriften, den »New Reasoner« und das »Universities and Left Review«. Ende 1959 vereinigten sie sich zum »New Left Review« (vgl. *Vester* 1978).

2. Die Stalinismus-Diskussion von 1976

Vor mehr als zwanzig Jahren notierte der britische Soziologe G.W. *Granger* nach einer äußerst kritischen Erörterung der oligarchischen Strukturen in der CPGB, dennoch »should not be assumed that the C.P. is more 'oligarchical' than either the Conservative or the Labour Party« (1958, S.155). Dies Diktum gilt wohl auch noch heute, d.h. es hat sich sowohl bei der CPGB wie bei der konservativen und der Labour Party wenig verbessert (vgl. z.B. *Coates* 1977). Gleichwohl berichten Mitglieder der CP von verstärkten Diskussions- und Einflußmöglichkeiten der Parteibasis (vgl. *Heinemann* 1976).

Für die Auseinandersetzung um Stalinismus und Realen Sozialismus in der CPGB gilt, daß in der Regel parteiöffentlich drei Grundpositionen zu beobachten sind: Erstens eine zögernde kritisch-solidarische Haltung in der Parteiführung, zweitens eine erkennbare Minderheitenposition, die »nur-solidarisch« mit den Regierungen der SU und Osteuropa ist, sowie eine dritte Strömung, die über gelegentliche Kritik hinausgehen möchte und genauere Analysen und Bewertungen verlangt. Diese Strömung wird kräftig gestützt von der Young Communists League und ihrer Zeitschrift »Cogito«. Nützlich war für sie die Abspaltung einiger hundert Kommunisten vom »orthodoxen« Flügel, die 1977 eine »New Communist Party« konstituierten. Exponenten der »prinzipiell-kritischen« Strömung sind Intellektuelle wie Eric Hobsbawm oder Monty Johnstone; auch der Ökonom Maurice Dobb war in seinen letzten Lebensjahren ihr zuzurechnen. Man sollte dabei berücksichtigen, daß an der Basis der CPGB generell das

Interesse für Außenpolitik nicht sehr ausgeprägt ist und man sich außer auf betriebliche Fragen auf die Auseinandersetzung mit der Regierung, der Labour Party und dem Neofaschismus konzentriert.

Eröffnet wurde die Stalinismus-Debatte im Januar 1976 durch den früheren Generalsekretär John Gollan. Er stellte einen Aufsatz zur Diskussion, der mit vollem Titel hieß: »Socialist Democracy — Some Problems. The 20th Congress of the Communist Party of the Soviet Union in Retrospect« (MT 1/1976). Gollan stellt zwei Fragen ins Zentrum seiner Darlegungen. Erstens ob der 20. Parteitag die Stalin-Ära richtig analysiert habe, zweitens ob die Leitsätze der Politik der KPdSU von 1956 heute noch den aktuellen Problemen begegnen können. Im einzelnen würdigt er die Erfolge der sozialistischen Länder, deren Probleme wesentlich Probleme des Wachstums seien. Daran schließt er eine längere Betrachtung der Stalin-Ära an, in der die Partei trotz sozialistischen Fortschritts in eine »administrative machine« verwandelt worden sei. Das wahre Ausmaß der Repressalien sei noch nicht erforscht worden. »Only the CPSU itself can disclose the real extent and increasingly history demands that this is be done«. Chruschtschows Geheimrede sei mutig gewesen, jedoch fragmentarisch und unanalytisch. Die Verwandlung und Entdemokratisierung der Partei selbst sei nicht berücksichtigt worden. Der Prozeß der Entwicklung der Demokratie in der SU nach 1956 sei selbst widersprüchlich gewesen — »a certain slowing down or even regression«. Besonders das Verhältnis von Partei und Staat in der SU von heute sei unbefriedigend. Hauptaufgabe sei die Einbeziehung der Massen in das wirkliche »decision-making«. Als Beispiele für negative Entwicklungen nennt er von der CPGB kritisierte Vorgänge wie die Art der Absetzung Chruschtschows, den Einmarsch in die CSSR, die Unruhen in Polen, die derzeitige Behandlung Dubceks, Antisemitismus in der Sowjet-Union. Grundsätzlich verlangt er, »political differences in the socialist states should be handled by political and not administrative means«, worin ausdrücklich die Dissidentenfrage einbezogen ist. Nur knapp geht er dagegen auf die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie in der CPGB ein und beschränkt Selbstkritik auf die Zeit vor 1956.

Genau dieser Punkt brachte ihm dann auch allseitige Schelte. »Incidentally his plea for more open government might find an application nearer home. Our party does not reveal differences of opinion or details of discussion in our Political Committee«, schrieb Dorothy Friedmann, die ansonsten seine Kritik als Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Parteien zurückwies (MT 3/1976). Aber auch Pat Sloan, der die Abschaffung der konstitutionellen führenden Rolle der KPdSU verlangte, kritisierte, daß Gruppenbildung vor Parteitag noch immer nicht zulässig ist und schrieb unter Anspielung auf das Fraktionsverbot des X. Parteitags der KPR 1921: »Since we are not faced with the dangers alluded to Lenin, I suggest that our attitude on this should be very much relaxed« (ebenda). In ihrer großen Mehrheit waren die Autoren der Diskussionsbeiträge der Auffassung, daß Gollans Kritik nicht weit genug gehe, nur John Tarver behauptete: »John Gollan's article must be judged as the most dangerous expression of revisionism yet to hit scientific socialism in Britain« (MT 7/1976). Kennzeichnend für den Tenor der überwiegenden Mehrheit ist Alan Hunts Forderung, den von Gollan nicht benutzten Begriff »Stalinismus« zu übernehmen als Kennzeichnung einer »universal application of 'commandism'«, deren Demokratischer Zentralismus auch der CPGB »vererbt« worden sei. Es gehe um einen »conscious effort to identify and overcome the legacy of Stalinism« (MT 12/1976).

Nach dem Abschluß der Debatte im Januar 1977 war die Problematik nicht aus der Theorie-Zeitschrift der CPGB verschwunden. So veröffentlichte »Marxism Today« im Februar 1977 Althusser's Stalinismus-Anmerkungen in seinem Vorwort zu Dominique Lecourts Buch über Lysenko. Im April 1978 würdigte eine redaktionelle Notiz den 40. Jahrestag von Bucharins Hinrichtung. Darin hieß es, daß Bucharin für Lenin der »Liebling der Partei« gewesen sei, seine Verurteilung zweifelhaft sei und er noch immer eine »Unperson« in der UdSSR sei. »Compared with Stalin he based his politics not on militancy, shock troops and grandiose plans, but on organising the stop-by-stop transformation of Soviet culture from below. Many of his ideas bore similarity with those of Gramsci«. Da die Gramsci-Welle durchaus nicht vor der CPGB Halt gemacht hat, ist diese Bemerkung eindeutig als Lob zu verstehen, obwohl ihr Verfasser offenbar übersehen hat, daß Gramsci seinerzeit Bucharin wegen dessen mechanistischen Ansatzes scharf angegriffen hatte (1969). Jedoch ist die Ähnlichkeit wohl darin zu sehen, daß Gramscis Gedanken vom »historischen Block« sich mit denen Bucharins Ende der zwanziger Jahre über die »smyčka« von Arbeiter und Bauern durchaus berühren.

Im Mai 1978 nahm man sich eines anderen Jubiläums an: Der Prager Frühling »inspires communists, socialists, and all democratic forces in the West fighting to overthrow capitalism and bring about a democratic, socialist system of society« (MT 5/1978). Ein weiterer Weg der Fortsetzung der Stalinismus-Debatte war die Schaffung der Fachzeitschrift für Sowjet- und Osteuropaforschung »Socialist Europe« im Jahre 1976 als Pendant zum Fachblatt der CP für Westeuropa »Eurored«. Die Zeitschrift wird vom CP-Komitee für das Studium europäischer sozialistischer Länder herausgegeben. Im ersten Editorial heißt es, man wolle keine »Linie« der Kommunismusforschung anbieten. Wissenschaftlichkeit und sozialistisches (nicht unbedingt kommunistisches) Engagement seien alleinige Kriterien der Veröffentlichungspolitik. Die erste Ausgabe enthielt u.a. einen Beitrag des 1976 verstorbenen Maurice Dobb zur Warenproduktion im Sozialismus, einen Vergleich der Stalinismus-Interpretation von Solschenizyn und Medwedew zugunsten des letzteren, sowie einen Versuch, Gramscis Ansatz der Staatstheorie auf die Sowjet-Union anzuwenden. Die zweite Ausgabe brachte einen Artikel über die Industrialisierung der UdSSR 1929-1941, in dem Subjektivismus und Erfolg auszubalancieren versucht wurden sowie eine positive Würdigung von Brus' Buch über »Vergesellschaftung und politisches System«. In einem Beitrag zur Frauenfrage in der SU heißt es: »The question remains, why has socialism not made any significant break, in theory and practice, with sexism.« In der folgenden dritten Nummer findet sich eine Kritik am Trotzismus und ein Beitrag des bekannten Sowjetologen und Mitglieds der Labour Party, David Lane, in dem dieser vehement für eine Charakterisierung der SU als »Übergangsgesellschaft« plädierte.

Besonders interessant scheint uns an diesem Heft die Einleitung einer Diskussion über den Realen Sozialismus durch eine Rezension von Carillos »'Eurokommunismus' und Staat«. Kurz gesagt, enthält die von Monty Johnstone verfaßte Rezension erstens eine Zurückweisung der sowjetischen Kritik an Carillo, zweitens eine Erörterung der Klassennatur der Sowjet-Union und drittens eine Kritik an Ernest Mandels Versuch, Carillo sozusagen »auszunutzen«. Im ersten Teil bestreitet Johnstone entschieden den sowjetischen Vorwurf, Carillo habe sich in innere Angelegenheiten der SU und der KPdSU eingemischt: »For Marxists ... it is not only legitimate but essential to apply the tools of critical analysis to all social phenomena at home and abroad. Certainly there is

no sphere in which the absence of adequate analysis from a serious Marxist standpoint is more deeply felt than that of the socialist countries«. Im zweiten Teil entwickelt Johnstone anhand eines logischen Widerspruchs bei Carillo die These, in der SU herrsche die Arbeiterklasse, aber sie regiere nicht, indem er einen Satz, den Milliband über den Staat im Kapitalismus geschrieben hatte, mutatis mutandis der SU appliziert: »While the state does act, in Marxist terms, *on behalf* of the 'ruling class', it does not for the most part act *at its behest*.« Dagegen argumentierte in der vierten Ausgabe von SE Martin Myant, dieser Punkt sei eigentlich unwichtig; gerade die tschechische Erfahrung zeige die relative Bedeutungslosigkeit der Arbeiterklasse für die notwendige Demokratisierung. Auch Geoff Roberts bemerkte in der gleichen Nummer: »The appropriate question to ask is not 'what is the class nature of the Soviet state' but 'to what extent and in which forms has the USSR developed communist practices in social life and what implications does this progress (or otherwise) have for our political relationship to the Soviet state'. A more convoluted question to ask and more complex answer but correct questions generally are.«

Zurück zum »Ausgangspunkt« der Diskussion führte im November 1978 »comment«, eine CPGB-Zeitschrift für das Parteileben, indem sie auf dem Umschlag Stalin als Menschenfresser zeigte — dazu die Schlagzeile: »Stalin — The Missing 10 000 000 — And Us«. Damit machte die Redaktion darauf aufmerksam, daß im Inneren des Blattes Auszüge aus dem von französischen Kommunisten verfaßten Buch über »Die UdSSR und wir« (vgl. *Adler* u.a. 1978) zu den Opfern der Stalin-Ära enthalten waren: die Fakten wurden CPGB-Stellungnahmen zur SU von 1937 bis 1978 konfrontiert. Die Dokumentation wird eingeleitet mit einem Zitat aus John Gollans oben erwähnten Aufsatz von 1976: »Only the CPSU can disclose the real extent (der Verbrechen — V.G.) and increasingly history demands that this be done. Marxism requires the truth. Absence of it leaves the field wide open to the enemies of the Soviet Union«. Dazu ergänzt die »comment«-Redaktion: »Since then, unfortunately, the CPSU has not provided this information. Indeed, successive editions of its official history have in recent years curtailed and turned down the references to these tragic events.« Daher müsse man jetzt auf die französischen Texte zurückgreifen. Sowjetwissenschaftler seien zu einem weiteren Beitrag herzlich eingeladen; eine Einladung, auf die bis zur Abfassung des vorliegenden Aufsatzes noch nicht reagiert worden war.

Nun könnte man natürlich sagen, solche Diskussionen fänden isoliert von der Masse der Mitgliedschaft in Theorie-Zeitschriften statt. Aber auch in der Tageszeitung der CPGB, *Morning Star*, werden Fragen des Stalinismus diskutiert. Ein gutes Beispiel ist die Bucharin-Kampagne (vgl. *Gransow* 1978; *Das Argument* 113, 1979, S. 123) zur Rehabilitierung dieses Revolutionärs und Marxisten, die von prominenten CPGB-Mitgliedern mitgetragen wird. So berichtete das Blatt im Juli ausführlich von dem Appell des Bucharin-Sohns an Berlinguer. Am 7. August folgte ein Leserbrief von Marian Sling, Ehefrau des seinerzeit hingerichteten tschechischen Kommunisten Otto Sling und Mitglied der CPGB, mit der Feststellung, daß Bucharins Rehabilitierung »long overdue« sei. Am 15. August kam ein langer Artikel über die »Pflicht« zur politischen und juristischen Rehabilitierung Bucharins. Ein Leser kritisierte diesen Aufruf mit der Begründung, daß Bucharin ein ständiger Gegner Lenins gewesen sei, was die »Geschichte der KPdSU«, Ausgabe 1939, gut belege. In zwei anderen Leserbriefen wurde die Fehlinterpretation zurückgewiesen. Ausführlich wurde über die Unterstützung von

Exil-Tschechen für die Bucharin-Kampagne informiert (vgl. *Morning Star* v. 22.8.; 30.8.; 20.9.; 6.10.1978).

Auch die Verurteilung Rudolf Bahros in der DDR wurde von der CPGB aufgegriffen. Chris Myant, Mitglied des Politischen Komitees, erklärte, Bahros Inhaftierung sei »unacceptable« und stellte die Frage »whether or not the charges were brought simply because of his book« (*Morning Star* vom 4.12.1978). Einige Tage später folgte ein langer Artikel von Monty Johnstone zu Bahros Thesen und zu seinem Schicksal. Johnstone hebt darin analytische Stärken des Buches hervor, worin er auch Bahros Forderung nach der Erzeugung von überschüssigem Bewußtsein einschließt. Allerdings betont er, daß dieser Ansatz mit dem geringen Wachstum der Produktivkräfte nicht zu vereinbaren sei, das Bahro vorschwebt. Er schließt seine Stellungnahme so: »It is tragic that in the world's economically most advanced Socialist country such work can only be undertaken in secret and is answered with slender and repression rather than with rational argument. The publication and open discussion of such books as 'The Alternative' in Socialist countries would act as a corrective to onesided, exaggerated and incotrect views both on the part of their authors as of party and state leaders« (*Morning Star* vom 8.12.1978).

Die sich in solchen Artikeln wie auch in der Existenz von SE ausdrückende Tendenz zur genaueren wissenschaftlichen Analyse sozialistischer Länder wird in nächster Zeit dadurch verstärkt, daß zwei Bücher zum Problembereich aus der CPGB erscheinen, nämlich von Jon Bloomfield »The Passive Revolution: Politics and the Czechoslovak Working Class 1945-1948« und von Monty Johnstone ein Werk über Sozialismus und Einparteien-System, in dem er seine These von der Notwendigkeit des politischen Pluralismus im Sozialismus breit erläutern will (vgl. die Vorarbeiten von *Johnstone* 1970 und eine Art Kurzfassung bei *Johnstone* 1978).

3. Ergebnisse

Zu Beginn hatten wir Stalinismus im Kontext unseres Themas dreifach definiert, historisch, aktuell und innerparteilich. Auf allen drei Gebieten ergibt der Überblick Fortschritte in Richtung auf die Entwicklung von Differenzierungen und von Kritik und Selbstkritik (im Wortsinne verstanden und nicht als bloßes Schema). Schon in der frühen Phase von 1956 zeigt die Stalinismus-Diskussion die Verbindung aller drei Felder an, wobei jedoch die Parteiführung 1956 sich nur zögernd der historischen Untersuchung nähert und im zweiten Feld — der aktuellen Analyse — ebenso versagt wie im dritten, der innerparteilichen Entstalinisierung, wo sie zunächst zu Zwang und Schimpf zurückkehrt. Dagegen ist die Debatte von 1976 bis heute Ausdruck der Tatsache, daß bis in die Parteiführung der CPGB hinein der Zusammenhang aller drei Gebiete bewußt geworden ist. Am intensivsten drängen auf innerparteiliche Entstalinisierung diejenigen, welche auch Stalinismus als aktuell-politisches Phänomen diskutieren wollen und dabei — im Unterschied zu ihren Vorgängern von 1956 — teils zur Frage nach dem Charakter der Sowjetgesellschaft vordringen, teils diese Frage zugunsten notwendiger Demokratisierung als unfruchtbar ablehnen. Damit deutet sich eine Öffnung an zur Neuen Linken wie auch zur Labour-Linken. Unseres Erachtens wird diese Öffnung zur Kenntnis genommen von Teilen der Labour-Linken: es erscheinen z.B. im *Morning Star* Artikel von Labour-Parlamentariern über den Weg zum Sozialismus. Schon geringer wirkt die Resonanz bei tonangebenden Vertretern der Neuen Linken, wie etwa die weitgehende Ignoranz gegenüber der CPGB im »New Left Review« nahelegt. So scheint

man einig mit den Inhabern der großen britischen Medien: Interessant ist anscheinend ein Eurokommunismus vor den Toren der Macht, während Tendenzen zur Demokratisierung und zur kritischen Reflexion des Stalinismus allein eine kommunistische Partei wohl noch nicht ins Licht »öffentlichen Interesses« befördern.

Anmerkungen

1 Dieser Aufsatz entstand aus einigen Thesen, die wir in der AG »Stalinismus und westeuropäische Parteien« beim Bahro-Kongreß (Berlin) am 18.11.1978 vorgetragen haben.

2 Die Zahlenangaben schwanken je nach Quelle zwischen 20000 und 30000 Mitgliedern. Die CPGB ist nicht im Unterhaus, aber in mehreren Kommunalparlamenten vertreten.

3 Der nicht genau übersetzbare Begriff »affiliation« meint in diesem Fall Verschmelzung bei Aufrechterhaltung der organisatorischen Selbständigkeit, d.h. die CPGB strebt innerhalb der Labour Party einen den Gewerkschaften vergleichbaren Status an.

4 Das Interview verdient Aufmerksamkeit nicht nur als politisches Signal. Der prominente Dissident Medwedew bewertet hierin z.B. entgegen landläufigen Meinungen die »Ära Breshnew« im Vergleich zur »Ära Chruschtschow« und der Zeit 1967-1970 durchaus positiv: »Considering the last decade as a whole, I would say that in the majority of instances we observe undoubted progress, not reaction — although this progress advances more slowly than one might wish. Certainly there has been progress in the economy and even in agriculture, although it could have been more rapid and more fundamental. There have also been advances in political and cultural affairs, in foreign policy, in relations with other countries and with the 'West' as a whole. Even in such area as the observance of law and human rights the last decade has seen definite progress. Today every violation of human rights in the USSR brings out a significantly stronger reaction in other countries, so that it seems at the present that violations are occurring more frequently. But this is not so.« (SE 4/1978) Dies Interview wurde u.W. noch nirgendwo nachgedruckt — charakteristisch für den Verlauf der Menschenrechts-Kampagne?

5 T.B. Lysenko vertrat die Auffassung, daß Gene und Chromosomen in der Abstammungslehre weitgehend bedeutungslos seien. Die Unterstützung seiner Position durch Stalin führte zu Säuberungen unter Wissenschaftlern und zu wirtschaftlichen Rückschlägen in der Landwirtschaft. Zur Verbindung der Analyse von Lysenkos Irrtümern und Stalinismus-Theorie vgl. *Lecourt* (1977).

Literaturverzeichnis

Adler, Alexandre/Cohen, Francis/Décaillot, Maurice/Frioux, Claude/Robel, Léon: L'URSS et Nous, Paris 1978

Coates, Ken: Democracy in the Labour Party, Nottingham 1977

Grainger, G.W.: The Crisis in the British CP, in: »Problems of Communism« (Washington), Nr. 2/1957

ders.: Oligarchy in the British Communist Party, in: British Journal of Sociology, Vol. 9, 1958

Gransow, Volker: Was ist die Bucharin-Kampagne? in: »Berliner Extra-Dienst« vom 14.11.1978

Gramsci, Antonio: Kritische Notizen zu Bucharins »Theorie des historischen Materialismus«, in: »Kontroversen über dialektischen und historischen Materialismus«, Frankfurt 1969

Heinemann, Margot: 1956 and the Communist Party, in: »The Socialist Register«, London 1976

Herrmann, Paul Wolfgang: Die Communist Party of Great Britain. Untersuchungen zur geschichtlichen Entwicklung, Organisation, Ideologie und Politik der CPGB von 1920-1970, Meisenheim am Glan 1976

Johnstone, Monty: Socialism, Democracy and the One-Party-System, in: MT Nr. 8, 9, 11/1970

ders.: Socialism and the Democratic Exercise of Political Power, in: »Socialism in the World« (Belgrad), Nr. 3/1978

Lecourt, Dominique: Proletarische Wissenschaft? Westberlin 1977

MacEwen, Malcolm: The Day the Party Had to Stop, in: »The Socialist Register«, London 1976

Milliband, Ralph: Moving On, in: »The Socialist Register«, London 1976

Pelling, Henry: The British Communist Party. A Historical Profile, 2.Aufl., London 1975

Saville, John: The 20th Congress and the British Communist Party, in: »The Socialist Register«, London 1976

The British Road to Socialism. Programme of the Communist Party, London 1978

Vester, Michael: Edward Thompson als Theoretiker der »New Left« und als historischer Forscher — Notizen zu einer Bio-Bibliographie, in: »Ästhetik und Kommunikation«, Nr. 33/1978

Eberhard Göbel und Beate Guthke

Die tägliche Revolution in den Oasen der Freiheit — eine gesellschaftliche Alternative?*

Die im folgenden rezensierten Bücher aus der Reihe »fischer alternativ« sind fast ausnahmslos 1978 erschienen und haben z. T. innerhalb weniger Monate erhebliche Auflagensteigerungen (bis zu 20.000 Stück) erreicht. Sie bieten alternative Strategievorschläge für die ökologische Bewegung an.

Die verschiedenen Autoren dieser zumeist als Sammelbände herausgegebenen Bücher konstatieren angesichts sozialer und ökologischer Probleme »Legitimationskrisen« der vorherrschenden »polit-ökonomischen Makrosysteme« (I,5), die sich z. B. in Form von Katastrophenstimmungen abzeichnen. Die Enttäuschungen über Leistungen der modernen Industrie sind insbesondere unter der jungen Generation groß, wodurch »konventionelle Weisheiten« einen großen Teil ihrer »Glaubwürdigkeit« (III,75) verlieren. Die Beschäftigung mit möglichen Ursachen für diese Probleme bewirkt einen »Wandel bisheriger Leitwerte« (II,7). Dadurch entsteht nach Auffassung einiger Autoren die Notwendigkeit, besonders Menschen unter 30 zu reintegrieren, um die »tägliche Funktionsfähigkeit des Systems zu sichern« und »es somit letztendlich am Leben zu erhalten« (III,81). Die desintegrierte Gesellschaft müsse ihre Mitglieder für eine Zusammenarbeit gewinnen, die »nicht ausdrücklich auf die Interessen des einzelnen ausgerichtet ist« (ebenda). Um die »tägliche Funktionsfähigkeit des Systems« zu sichern, müsse »es Kräfte für sich nutzen, die dem System äußerlich und fremd (asystemisch) gegenüberstehen...« (ebenda). Zugleich wird von anderen Autoren gegen die »Routine des Weiterlebens« (I,106), gegen »Selbstverständlichkeiten des Durchschnittsalltags« oder gegen die »Wir-schaffen-das-schon«-Haltung der Bevölkerungsmehrheit argumentiert. Bossel fordert in diesem Zusammenhang »neue praktische Weltanschauungen«, die »sinnkonstruierende Orientierungslinien und Ordnungsaspekte« (II,167) in bestehende Denkvorstellungen einbauen, um das Verhalten der jungen Generation zu beeinflussen (vgl. II,155).

Die mit solchem Anspruch auftretenden Autoren sind als Ideologen »von oben« anzusehen, weil sie bewußt Angebote zur ideologischen Integration der alternativen Bewegung produzieren und Impulse dieser Bewegung in systemintegrative Bahnen len-

* von Gizycki, Horst und Hubert Habicht (Hrsg.): Oasen der Freiheit. Von der Schwierigkeit der Selbstbestimmung. Berichte, Erfahrungen, Modelle. Fischer Taschenbuch Verlag, fischer-alternativ, Frankfurt/M. 1978 (192 S., br., 6,80 DM). zit.: I.

Bossel, Hartmut: Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft. Neue Leitbilder. Neue Werte. 30 Szenarien. Fischer Taschenbuch Verlag, fischer-alternativ, Frankfurt/M. 1978 (188 S., br., 7,80 DM). zit.: II.

Brun, Rudolf (Red.): Die tägliche Revolution. Möglichkeiten des alternativen Lebens in unserem Alltag. Fischer Taschenbuch Verlag, Magazin Brennpunkte 11, Frankfurt/M. 3/1978 (176 S., br., 7,80 DM). zit.: III.

Bahr, Hans-Eckehard und Reimer Gronemeyer (Hrsg.): Anders leben - überleben. Die Grenzen des Wachstums als Chance zur Befreiung. Fischer Taschenbuch Verlag, Magazin Brennpunkte 10, Frankfurt/M. 3/1978 (192 S., br., 7,80 DM). zit.: IV.

Brun, Rudolf (Red.): Bioenergie. Unerschöpfliche Quellen aus lebenden Systemen. Fischer Taschenbuch Verlag, Magazin Brennpunkte 13, Frankfurt/M. 1978 (140 S., br., 6,80 DM). zit.: V.

ken wollen. Sie überformen und funktionalisieren die Bewegung »von unten«, die Bedürfnisse nach gesellschaftlichen Veränderungen ausdrückt und eine solidarische Praxis vieler verlangt.

Die Leiden am Alltag und ihre Begründungen

Von den meisten Autoren wird eindringlich die Zerstörung der zwischenmenschlichen Beziehungen beklagt. Vom Standpunkt der leidenden Subjektivität drückt sich dies zunächst im Verlust des »Sinns« bzw. in »Sinndefiziten« (I,44) aus. Mit den Gefühlen der Sinnlosigkeit korrespondieren »Ohnmachtserfahrungen«, »Vereinsamung«, »soziale Verarmung«, »Identitätsverlust«, »Liebesfähigkeitsverlust«, »Sprachlosigkeit«, »Tod der Gemütlichkeit«, »Gefühlskälte«, »Verlust von Solidarität«, »Zurichtung auf Eindimensionalität«, »Minimierung der Handlungsspielräume«, »Entmündigung«, »Tötung der Phantasie« wie auch »Fremdbestimmung« oder »Entfremdung«. Die Reihe der verwendeten Begriffe zur Beschreibung des Unbehagens am Alltag ließe sich noch weiter fortführen.

Worauf führen die Verfasser die sinnentleerte Existenz des Einzelnen in der »Wegwerfgesellschaft« zurück? Welche Gründe werden für Ohnmachtsgefühle, Gefühlsverluste, Sinndefizite sowie Erlebnisse des Beherrschenseins aufgefunden? Als Ursachen werden beispielsweise »anonyme Sachzwänge« (I,47), »die lautlose Gewalt der Abstraktion« (ebenda) oder die »Übermacht der äußeren Dinge« (II,14), »fremdbestimmte Zwänge« (III,55) aufgeführt. Hinter diesen abstrakten Ideologemen verbirgt sich jedoch in der Regel die Vorstellung menschenfeindlicher »Technosysteme« (IV,10), »Technokulturen« (IV,21), »technologischer Komplexität« (IV,65) oder eine allgemeine »Technikunterjochung« (I,83). Die technologische Entwicklung wird als eine wichtige Ursache für Entfremdung, Sinnentleerung wie auch Identitätsverlust des Einzelnen angesehen.

Als weitere Begründungen werden die Trennung von Hand- und Kopfarbeit sowie die sinnentleerte unmenschliche, weil entfremdende, zum Mittel des bloßen Geldverdienens degradierte Arbeit angegeben. Allerdings sind hierbei die Auffassungen nicht einheitlich. *Boszel* beispielsweise deutet in seiner Monographie (II) einen Wandel in der industriellen Arbeit an, der im Widerspruch zur Mehrzahl bisher erwähnter Vorstellungen über Auswirkungen der industriellen Arbeit steht. Er stellt fest, daß sich Menschen in ihrer Arbeit bisher an die Maschine anpassen mußten, »... erst neuerdings bestehen Tendenzen, Maschinen und Produktionsablauf den menschlichen Entfaltungsbedürfnissen anzupassen« (II,93). Leider begnügt sich der Autor mit diesem Hinweis auf — offenbar durch Automation möglich gewordene — Entfaltungs- und Verwirklichungschancen in der Arbeit, ohne jedoch daraus Konsequenzen für seine Strategie zu ziehen. Neben technologischer Entwicklung, Trennung von Hand- und Kopfarbeit sowie menschlicher Arbeit überhaupt, werden für die »Sinnentleerung des Alltags« die zentralistischen und bürokratischen Staatsapparate der (sozialen) Infrastruktur verantwortlich gemacht. Schule, Gesundheitsversorgung im Krankenhaus, Sozialhilfe usw., also historisch erkämpfte Institutionen zur sozialen Sicherung des Einzelnen wie auch der Gesellschaft, werden wie zuvor die technologische Entwicklung als »anonyme Apparate« oder als »lautlose Gewalt der Abstraktion« bezeichnet.

Begriffe wie »Technikunterjochung« suggerieren die Identifizierung sozialer Herrschaftsbeziehungen (z.B. das Verwertungsinteresse des Kapitals, die Profitlogik) mit

der Technologie »an sich«, die das Kapital als Mittel zum Zweck seiner Verwertung einsetzt. Da aber die aufgrund der Kenntnisse mechanischer, chemischer sowie elektronischer und sonstiger Naturgesetze von Menschen geplanten und produzierten Maschinen oder Maschinensysteme nach wie vor nicht mit Bewußtsein begabte Wesen sind, bleibt zu fragen, wie sie eigentlich über Menschen Herrschaft ausüben sollen bzw. welches Interesse Maschinen an der Unterjochung der Menschheit haben könnten. Basis für die Verbreitung solcher Ideologeme bildet der sich beständig reproduzierende »Kapitalfetisch«, der eine Subjekt-Objektverkehrung bewirkt (vgl. zur Verarbeitung dieses Zusammenhangs in der Kritischen Theorie R. Némitz: Technik als Ideologie, in: Das Argument 103).

Was allenfalls als Herrschaft der Technologie über ihre Produzenten und Anwender erscheinen könnte, ist doch, daß Menschen den Gesetzmäßigkeiten der Natur unterworfen bleiben — auf welcher Stufe der Menschheitsentwicklung sie auch immer diese Naturgesetze erkennen und für ihre Zwecke und Interessen anwenden mögen (z.B. Kontrolle und Beherrschung von Radioaktivität). Dies ist jedoch kein soziales Herrschaftsproblem, sondern ein Erkenntnisproblem und eines der Beherrschung von Naturgesetzen. Die relative Berechtigung derartiger — weit über die Alternativbewegung hinaus verbreiteter — technikfeindlicher Haltungen liegt unserer Auffassung nach darin begründet, daß über Erforschung und Entwicklung neuer Technologien heute noch von einigen wenigen Privatleuten und Experten — oftmals in deren Privatinteresse — entschieden wird, obwohl sie längst zu einer politischen Angelegenheit geworden sind, die alle Bürger eines Landes, ja sogar über Ländergrenzen hinweg potentiell alle Menschen betreffen und daher von ihnen allen mitentschieden werden müßten. Dies ist zum ersten Mal in Fragen der (friedlichen) Nutzung der Atomenergie deutlich geworden; hier sind die Bürger endlich aufgewacht und beginnen nun — sehr zum Verdruß vieler Politprofis —, sich um ihre eigenen Interessen zu kümmern.

Auffallend ist, daß die historisch besonderen Formen wie Eigentum an Produktionsmitteln, Warenproduktion, Geld, Kapital und Lohnarbeit als mögliche Ursachen für die beklagten Zustände explizit ausgespart werden (III, 56). An der Arbeit des Durchschnittsbürgers wird keinesfalls skandalisiert, daß diese als Lohnarbeit verausgabt wird; Ausbeutungsverhältnisse als soziale Verhältnisse werden ebenfalls nicht thematisiert. Kritisiert wird lediglich, daß nur zu Konsumzwecken gearbeitet wird. Es könnte der Eindruck entstehen, daß die Autoren Arbeit als Selbstzweck bzw. als Selbstverwirklichung des Menschen verstünden. Es geht ihnen aber vielmehr darum, durch freiwilligen Konsumverzicht eine Reduzierung der Arbeit zu erreichen oder nur noch unmittelbar für die eigene Reproduktion zu arbeiten.

Michel-Adler und *Linder* vertreten denn auch die Ansicht, daß industrielle Warenproduktion, Geld, Lohnarbeit in Zukunft nicht gänzlich abgelöst würden, jedoch ihre »herrschende Stellung« dadurch einbüßen müßten, daß eine den Alltag verändernde »kulturelle Betätigung als alternative Produktionsform« (III, 56) praktiziert wird. Auch *Rusterholz* formuliert im selben Band ganz in diesem Sinne: »Durch den eigenen Wandel wird versucht, die Gesellschaft zu verändern. Statt der Gesellschaft verändert man radikal sich selbst...« (III, 124). Dementsprechend finden sich auch in den verschiedensten Beiträgen Abwehrargumente gegen die marxische Theorie mit ihrem Anspruch, eine Theorie der praktischen Veränderung zu sein. So betont z.B. *v. Gizycki* gegen die Auffassung, daß die Eroberung der Staatsmacht zur Veränderung des »Systems« wesent-

lich sei, daß Vertreter solcher Positionen (Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten) einer »falschen Theorie vom Ganzen« aufsitzen würden, die ihren Gegenstand mit »politischen und ökonomischen Kategorien konstruiert« (I,44f.). Er folgert an anderer Stelle, daß der Marxismus in die »Museumsschränke bloßer Theorie« (I,6) gehöre.

Darüberhinaus wird die Vorstellung verbreitet, gesellschaftliche Basisstrukturen könnten durch kulturelle Produktionsformen im Überbau sukzessive unterhöhlt werden. Folgerichtig fordern sie »Lust an der Veränderung des eigenen Lebens« durch »autonome Subjekthaftigkeit«. Die ideologischen Überformer der spontanen Alternativbewegung wollen augenscheinlich verhindern, daß sich der Widerstand des leidenden Subjekts gegen die historisch-bestimmten Gesellschaftsverhältnisse richtet, unter denen es nicht mehr bereit ist zu leben. Eine Bewegung, die eine neue selbst produzierte Kultur »von unten« praktiziert, um Verlogenheit, doppelte Moral und Hohlheit konsumorientierter Werte imperialistischer Massenkultur praktisch zu negieren, ist machtpolitisch integrierbar, wenn ihnen die ideologische Überformung »von oben« die Orientierung auf gesamtgesellschaftliche Veränderung raubt.

Ansätze zur Überwindung des repressiven Alltags

Bei der Konstruktion von Sinnangeboten und »neuen Werten« können die Ideologen »von oben« auf spontane alternative Kulturen »von unten« zurückgreifen, deren »vorgeliebte Utopie« (I,12) Beispielwirkung für andere Gesellschaftsmitglieder haben soll. In der Technologie bedeutet dies Entwicklung und Einsatz »alternativer«, »sanfter«, »radikaler«, »mittlerer«, »angepaßter«, »reiferer« Technologie sowie eine »Reduktion von komplexer Technologie auf einfache«. Gefordert wird eine »schöpferische Primitivierung«, ein »zielbewußter Rückschritt als Mittel der Erneuerung« (I,5) oder eine »Entindustrialisierung« (III,86). Die Einheit von Hand- und Kopfarbeit soll in einer arbeitsintensiven handwerklichen Arbeit wiederhergestellt werden: die (Selbst-)Verwirklichung des Menschen wird jedoch nicht in der Arbeit angesiedelt, sondern im privaten Bereich, in der Freizeit. Die bürokratischen Institutionen und Apparate sollen durch dezentrale, autonome, selbstverwaltete Gemeinwesen ersetzt werden, die die Funktionen dieser Staatsapparate übernehmen.

Ausgangspunkt für den Wunsch nach Überschaubarkeit technischer und sozialer Zusammenhänge ist ein Gefühl der Ohnmacht, der Kleinheit und Bedeutungslosigkeit des einzelnen angesichts der in den letzten 100 Jahren immens gewachsenen Vergesellschaftung von Produktion und Reproduktion, deren Voraussetzung und Resultat eine immer stärkere gesellschaftliche Arbeitsteilung ist. Ergebnis dieses insgesamt planlosen Prozesses ist eine schwer kontrollierbare Komplexität der Produktions-, Zirkulations- und Verwaltungsprozesse sowie eine Bürokratisierung und Zentralisierung, die den einzelnen zu erdrücken droht. Von den Autoren bewußt produzierte Alternativen, die darauf abzielen, die Welt wieder durchschaubar zu machen, proklamieren durchgängig vorkapitalistische Organisationsformen des Gemeinwesens und der Arbeit (Handwerksideal). Einige Autoren verstehen sich selbst explizit in der Tradition der utopischen Sozialisten, denen sie heute größere Realisierungschancen denn je einräumen (vgl. III,125f.).

Die sich aus der Vergesellschaftung in privater Form spontan entwickelnde Forderung nach einer individuellen und kollektiven Kontrolle der gesellschaftlichen und natürlichen Umwelt wird für die privaten Kontrolleure zur Existenzfrage, wenn es ihren Ideo-

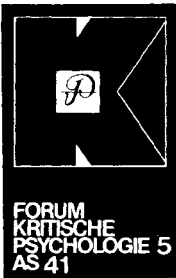
logen nicht gelingt, subjektive Motive und gesellschaftliche Bedingungen der Realisierung dieser Forderungen zu zerreißeln. Wo dies nicht gelingt und radikale Gesellschaftskritik siegt, wird diese umzuleiten versucht in eine begrenzte Utopie für die Freizeit, für das Private, für die »tägliche Revolution« in den »Oasen der Freiheit«. Große Aufmerksamkeit widmen die Ideologen daher dem Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen sowie den sinnlichen Empfindungen als selbstbestimmter Quelle von Genüssen. »Solidarität«, »Partnerschaft«, »Selbsterfahrung«, »intensive menschliche Kontakte«, »Für andere sein«, »sich selbst realisieren«, »Liebe«, »Glück«, »wechselseitige Kommunikation als ein Gewinn für Identität und Unersetzbarkeit«, »das eigene 'Ich' entfalten«, »Ehrlichkeit«, »Güte«, »Freundlichkeit«, »Originalität« usw. usf. sind allseitig propagierte Leitwerte für eine sinnhafte menschliche Existenz. Die persönlichkeitsdeformierenden und -zerstörenden wie soziale Beziehungen aushöhlenden und verunmöglichtenden Faktoren in den gesellschaftlichen Verhältnissen werden anschaulich und betroffen-machend beschrieben. Diese eindringliche Darstellung der »Kälte gewaltförmiger Alltagsverhältnisse« (IV, 11) kann jedoch die notwendige wissenschaftliche Analyse der in den gesellschaftlichen Verhältnissen wurzelnden Selbstverwirklichungsschranken *nicht* ersetzen. Es bleibt zu fragen, welche Realisierungschancen eine auf Selbstverwirklichung jedes Einzelnen zielende Strategie hat, die vorgibt, eine Gesellschaftsveränderung durch Schaffung von »Oasen der Freiheit« bzw. durch »Gegenkulturen« in den Überbaunischen der Gesellschaft zu erreichen.

Die »von oben« propagierte Praxis des »kollektiven Privatismus« beschränkt die Persönlichkeitsentfaltung der Individuen, wie sie »von unten« gefordert wird, auf private Freiräume in einer repressiven gesellschaftlichen Umwelt. Eine unbeschränkte Entwicklung der Persönlichkeit muß unserer Meinung nach von der Gesellschaftlichkeit der Individuen ausgehen. Dies bedeutet, daß die Entfaltung der Subjektivität nicht abgekoppelt von der gesellschaftlichen Umwelt realisiert werden kann, sondern dort ansetzen muß, wo die Menschen gemeinschaftlich ihre sozialen und natürlichen Lebensbedingungen bewußt verändern. Die Aufforderung, sich in den Nischen der Gesellschaft einzurichten, birgt die Gefahr einer Entpolitisierung in sich, wodurch — wenn sie gelänge — derart befriedete Menschen zu ungewollt Verantwortlichen für Unmenschlichkeit (z.B. im Faschismus) gemacht werden können.

Die Forderung nach Subjektivität, nach Entfaltung der Sinnlichkeit, Emotionalität und individueller Autonomie ist als Reaktion letztendlich auch auf die theoretische und politische Praxis der Linken in der BRD zu verstehen, insofern sie den Marxismus ökonomistisch oder objektivistisch verkürzen. Diesen beiden undialektischen Brüdern des Marxismus ist gemein, daß sie das tätige mit Bewußtsein begabte Subjekt als bloßen Reflex ökonomischer oder historischer Gesetzmäßigkeiten fassen. Da gilt: Die Bewegung ist alles, der Einzelne ist nichts.

Das Spektrum der Beiträge in den hier rezensierten Büchern ist vielfältiger, als hier dargestellt werden konnte. Neben einem Bericht über die umkämpfte Arbeitersiedlung »Eisenheim« im Ruhrgebiet (I, 154f.) präsentiert D. Duhm die AAO-Kommune als eine neue »antifaschistische« Gruppe, da sie am Tabu der Sexualität arbeite (I, 127f.). Duhm sagt: »Arbeit am Tabu« sei »Arbeit am Dreck«. Beispiele religiöser Sekten und Gegenkulturen in den USA (I, 12f), das Leben von Randgruppen wie auch die Zerstörung indianischer Gemeinschaften in Amerika werden unter die Alternativ-Bewegung subsumiert (I, IV). Der Leser findet ferner auch empirische Daten und Problemskizzen zur

Entwicklung von Wohngemeinschaften (I,147; III,135), zur Energiegeschichtsschreibung (V,44), zu Bioenergieexperimenten als unerschöpflicher Quellen lebender Systeme (V) wie auch Analysen zum Konkurrenzproblem zwischen »erster« und »dritter« Welt (IV,74).



Subjektivität.

Wissenschafts- und Erkenntniskritik.

Materialistische Psychologie USA.

Neue Rubriken: Werkstattpapiere, Arbeitsgruppen, Bibliographie.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



Thesen über Ideologie.

Kritische Psychologie und Ideologietheorie. Thesen zur ästhetischen Erziehung. 4,00 DM.

119

Sexualität und Herrschaft

Natur u. Sexualität. Emanzipatorische Sinnlichkeit. Feminismus. Populismus. Sozialismus und Krieg.

V. Sigusch, Monty Johnstone u.a.
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-).

Heinz-Jürgen Axt

Eine »neue Qualität des Internationalismus«?*

Albert Statz hat in einem Aufsatz mit dem Titel »Die Direktwahl zum Europäischen Parlament — Bürgerliches Ablenkungsmanöver oder Eröffnung eines neuen Feldes des Internationalismus?« in *Argument* 115 (428-439) die Bedeutung der Europawahlen für die demokratischen Kräfte untersucht. Obgleich gerade dieser Ansatz der Fragestellung angemessen und wichtig ist, bleiben gleichwohl relevante Fragen offen und wurden Chancen zur Klärung von Problemen nicht ausreichend genutzt. Die Tatsache, daß Statz fast ausschließlich meine Arbeiten zu diesem Thema kritisch kommentiert — andere Ausarbeitungen werden lediglich unkommentiert als Belege herangezogen —, veranlaßt mich zu dieser kurzen Entgegnung — allerdings mit der Intention, die Diskussion da voranzutreiben, wo die Bestimmung des Stellenwerts der Europawahlen wie der Relevanz der gesamten Westeuropapolitik für die demokratische Bewegung einer Klärung bedarf. Bevor auf diese Zusammenhänge eingegangen wird, sollen zumindest einige der m.E. unzutreffenden und verkürzten Wiedergaben meiner Arbeiten durch Statz korrigiert werden.

I.

Statz unterstellt mir, ich ginge »a priori« davon aus, daß sich in der Zusammenarbeit der westeuropäischen Parteien die bundesdeutschen Parteien durchsetzten und die Kooperation maßgeblich bestimmten. Die Kritik der westeuropäischen sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien an der Berufsverbotepolitik der SPD zeige dagegen durchaus »wechselseitige Einflußmöglichkeiten«. Die Existenz derartiger Möglichkeiten soll ich für eine »irreale Prämisse« halten (434). Wie man allerdings in meinem, auch von Statz herangezogenen Artikel nachlesen kann, negiere ich wechselseitige Einflußmöglichkeiten keineswegs, spreche auch nicht davon, daß eine derartige Entwicklung der gegenseitigen Beeinflussung, sondern daß die Erwartung einer von außen induzierten Linksentwicklung in der Bundesrepublik eine irrealer Prämisse darstellt — eine Unterscheidung, über die sich der Kritiker nicht allzu schnell hinwegsetzen sollte. Allerdings bleibe ich nicht bei der Aussage stehen, daß sich Entwicklungen gegenseitig beeinflussen, sondern versuche, dominante und weniger dominante Einflüsse ausfindig zu machen. Es heißt in meinem Aufsatz:

»Allerdings gehen Teile von ihr (gemeint ist die westdeutsche Linke, d.V.) — insofern identifizierbar mit der allgemeinen Zustimmung zur Direktwahl — von der (irrealen) Prämisse aus, eine direkte Wahl des EG-Parlaments könne sich als Vorteil erweisen, indem die im westeuropäischen Spektrum rechts angesiedelte sozialdemokratische und ggf. die liberale Partei gezwungen wären, sich zumindest nach links zu öffnen, wenn nicht gar sich nach links zu entwickeln ... Sicher wird es *derartige Entwicklungen punktuell geben können* und wird die fortschrittliche Bewegung in der BRD diese 'Auslandshilfe' wie schon gegenwärtig bei den Aktivitäten gegen den 'Radikalenerlaß' und seinen Folgen zu nutzen wissen. Dabei darf man jedoch nicht übersehen, daß schon heute die Möglichkeiten zur Einflußnahme höchst *ungleich* verteilt sind: Nicht die weiter links stehenden Parteien des Auslands nehmen auf SPD und FDP Einfluß, sondern es sind umgekehrt gerade die sozialliberalen Parteien der BRD, die — gestützt auf das ökonomische und mittlerweile auch politische und militärische Potential der BRD — auf die übrigen westeuropäischen Parteien zur Verhinderung von Linkstendenzen einwirken. Für die zukünftige Haltung der sozialliberalen Parteien wird schließlich die Entwicklung des politi-

* Die Seitenzahlen ohne weitere Angabe beziehen sich immer auf Statz 1979.

schen Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik entscheidend sein. Nur wenn es hier gelingt, die zum großen Teil noch isoliert wirkenden Linkskräfte zusammenzuführen, können sich überhaupt Entwicklungen mit der o. a. Perspektive ergeben.« (Axt 1978a, 1110, Hervorh. d. V.)

Durch die von Statz vorgenommene Verkürzung meiner Aussagen bleiben von seiner Seite folgende Fragen ungeklärt: Ist meine These zutreffend, daß sich auf der Grundlage der (von Statz wie mir anerkannten prinzipiell gegebenen) wechselseitigen Einflußmöglichkeiten die bundesdeutschen Parteien nicht zuletzt wegen des ökonomisch-politischen Potentials eher durchsetzen und ihre Vorstellungen verallgemeinern können? (Ich behaupte dabei übrigens nicht, daß etwa die Rechtsentwicklung einiger sozialistischer Parteien in Westeuropa ausschließlich auf SPD-Einflüsse im Sinne einer »Agententheorie« zurückzuführen wäre.) Ist es zutreffend, daß die weitere Entwicklung der sozialliberalen Parteien in der Bundesrepublik wesentlich von Veränderungen politischer (und durchaus auch ideologischer) Kräfteverhältnisse *in* der BRD abhängt? Fragen, die nicht nur wissenschaftliche Relevanz aufweisen, sondern auf deren Klärung auch die demokratische Bewegung angewiesen ist. Die Ausführungen von Statz scheinen mir allerdings weder meine Antworten auf diese Probleme überzeugend zu widerlegen — z. T. weil sie meine Ausführungen unzureichend wiedergeben —, noch zeigen sie eine zureichende Alternative auf.

Daß die Wahlen zum EG-Parlament eine ideologische Funktion (Ablenken von Krisenerscheinungen u. ä.) haben, davon ist Statz wie ich überzeugt. Daß die Wahlen dagegen auch den bundesdeutschen Führungsanspruch in der EG absichern helfen sollen, wie ich behaupte, verneint Statz. Nun spreche ich zwar nicht davon, daß die Wahlen einen »Anstoß zur politischen Union« — die Bundestagsparteien tun dies —, sondern zur politischen Integration darstellen; das ist insofern ein wichtiger Unterschied, als auch von der Bundesregierung die Chancen zur Errichtung einer Europäischen Union sehr skeptisch eingeschätzt werden und deshalb verstärkt *zwischenstaatliche* Kooperationsformen angestrebt werden. Gerade darauf habe ich in letzter Zeit aufmerksam zu machen versucht: »Eine Intensivierung politischer Beziehungen zur Stimulierung des Integrationsprozesses läßt sich im Rahmen der EWG nur unter dem Verzicht auf umfassende supranationale Organisation durch den Ausbau zwischenstaatlicher Mechanismen erreichen. Damit wird jedoch die Distanz zur angestrebten Politischen Union noch größer.« (Axt 1976, 857) Wenn es also real — in der Wahlpropaganda der Bundestagsparteien sieht das etwas anders aus — vor allem um die zwischenstaatliche Kooperation geht, dann bedeutet Intensivierung der Bemühungen um politische Integration im Rahmen der Europawahlen m. E. vor allem den »Prozeß der allmählichen Aufhebung nationaler Souveränitätsrechte und der vergrößerten kollektiven Einwirkungen auf innenpolitische Entwicklungen eines einzelnen Landes« voranzutreiben und dem eine Schein-Legitimation durch ein direkt gewähltes Parlament zu geben (Axt 1979a). Es wäre gut gewesen, wenn Statz auf die Frage eingegangen wäre, ob auch seiner Meinung nach mit den Direktwahlen Intentionen zum Abbau nationaler Souveränitätsrechte und zur Einschränkung nationaler Autonomie vor allem zur Verhinderung von Linkstendenzen verbunden sind. Statz geht darauf nicht mit einer eindeutigen Aussage ein. Weitere Fehlinterpretationen meiner Ausführungen können hier bloß gestreift werden: Ich behaupte nicht, daß die anderen EG-Länder bloß als Objekt westdeutscher Politik zu begreifen seien, wie mir dies Statz unterstellt (432). Insofern kann ich durchaus dem Argument von Statz in der Weise zustimmen, daß für die kleineren EG-Staaten supra-

ationale Formen der Vergemeinschaftung ein Mittel sein *können*, hegemonialen Strategien seitens größerer EG-Länder entgegenzutreten (432). Daß die übrigen EG-Länder nicht als Objekt westdeutscher Politik zu betrachten sind, belegt gerade der Wandel bundesdeutscher Außenpolitik und die Suche nach neuen Ansätzen und Wegen (vgl. Axt 1976, 855; Axt 1978a, 1102; Axt 1979b; Axt 1979c). Damit wird auch die Kritik zurechtgerückt, meine Ausführungen gingen von einer absoluten Priorität supranationaler Vergemeinschaftungskonzepte in der bundesdeutschen Westeuropapolitik aus (438). Mir scheint wichtig, daß die besondere »Europa-Treue« der Bundesregierungen, die vorrangige Orientierung auf eine »Europäische Union« in der nunmehr dreißigjährigen Geschichte der Bundesrepublik unter dem Blickwinkel zu betrachten ist, daß die Westeuropapolitik dem Ziel der Wiedererlangung einer einflußreichen internationalen Stellung des deutschen Kapitals nach seiner Niederlage von 1945 ein- und untergeordnet wurde. Angesichts dieser Intention ist die Frage, ob supranationale oder zwischenstaatliche Formen bevorzugt werden, für die herrschenden Kräfte in der Bundesrepublik nur Mittel zum Zweck — Wiederaufstieg des deutschen Kapitals — gewesen (vgl. Axt 1979b).

II.

Nach Auffassung von Statz gehen meine Überlegungen, aber auch die anderer Autoren, von einer spezifischen »Verkürzung der Analyse von Politik« aus, gesellschaftlich-politische Strukturen der Meinungs- und Willensbildung, der Massenwirksamkeit von Ideologien u. ä. m. würden vernachlässigt. Eine an Gramsci orientierte »Neufassung des Staatsbegriffs und des Verhältnisses von Basis und Überbau« sei in der Lage, diese Mängel zu überwinden. Auch für Statz nimmt das direkt gewählte Parlament eine vorwiegend ideologische Funktion wahr (430), gerade deshalb eigne es sich nur bedingt zur Durchsetzung bundesdeutscher Hegemoniebestrebungen. Dann aber kommt Statz zu einer mehr als überraschenden Feststellung: *Das direkt gewählte EG-Parlament, eben noch Faktor einer »ideologischen Offensive der westeuropäischen Bourgeoisie«* (müßte es nicht Bourgeoisien heißen?), wird zum *Ort, wo sich eine »neue Qualität des Internationalismus der Arbeiterbewegung« zu entfalten beginnt* (436). Es geht nicht nur um die Abstimmung ideologischer Auseinandersetzungen, um die Bemühung, durch ein koordiniertes Vorgehen eine ideologische Hegemonialstellung auszubauen — insoweit wäre dem Aufgreifen der Anregungen durch Gramsci durchaus noch zuzustimmen —, nein: die »neue Qualität« des Internationalismus soll darin liegen, daß politische Strategien auf westeuropäischer Ebene »vereinheitlicht« werden (436). Die Marxsche Feststellung, daß der Kampf der Arbeiterklasse der Form nach national, dem Inhalt nach jedoch international sei, wird jetzt dahingehend umformuliert, daß der Kampf der Arbeiterklasse auch der Form nach international werde. Es bleibt offen, wie die Stattsche Forderung nach einer *vereinheitlichten politischen Strategie* im Rahmen der »neuen Qualität« des Internationalismus mit seiner Feststellung zu vereinbaren ist, daß die einzelnen *EG-Länder sich ungleichmäßig entwickeln* (436), was ja vor allem auch bedeutet, daß sich das Niveau der nationalen Klassenauseinandersetzungen ungleichmäßig entwickelt, daß sich in einigen Ländern Konflikte mit der Chance zur Realisierung anti-kapitalistischer Lösungen zuspitzen, während in anderen Ländern noch sozialpartnerschaftliche Integrationsstrategien wirksam sind. Auch die politischen Bündnismöglichkeiten sind in den einzelnen westeuropäischen Ländern sehr verschieden. Die z. B. von

der KPI verfolgte und von Statz wohl in wichtigen Punkten als angemessen betrachtete politische Strategie sowohl auf nationaler als auch auf westeuropäischer Ebene für andere Länder auch nur dem Grundsatz nach verallgemeinern zu wollen, ist m.E. höchst problematisch (vgl. Axt/Deppe 1979, 123ff.). Es fällt schwer, sich westeuropäisch vereinheitlichte politische Strategien als erfolgversprechende Alternative zu der Auffassung von der Priorität nationaler Klassenausinandersetzungen und Transformationsstrategien vorzustellen. Die Notwendigkeit, im Rahmen der transnationalen Kooperation zwischen den Arbeiterorganisationen einzelne vorangeschrittene Linksentwicklungen von außen mit abzusichern, berechtigt jedenfalls kaum dazu, von einer »neuen Qualität« des Internationalismus zu sprechen. Skepsis ist auch da angebracht, wo Statz davon ausgeht, daß anders als über den Weg vereinheitlichter politischer Strategien die »notwendige Strategie eines Bündnisses zwischen dem sozialdemokratisch-sozialistischen und dem kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung nicht zu erreichen« sei (436). Zwar werden auch in dieser Frage die an einer solchen Kooperation interessierten Kräfte z.B. in der SPD die aus dem Ausland kommende Unterstützung nutzen können, die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der SPD wird jedoch von bundesdeutschen Kräften in und außerhalb der SPD durchgesetzt werden müssen. Was Statz *hier* (in seinen anderen Arbeiten nicht) vernachlässigt, ist die Tatsache, daß der Prozeß der westeuropäischen Integration keineswegs die nationale Basis von Eigentums- und damit Herrschaftsstrukturen aufgehoben hat. Auch die multinationalen Konzerne in Westeuropa besitzen überwiegend eine national zu verortende Eigentumsstruktur. Sie agieren gleichwohl grenzüberschreitend, international (vgl. Axt 1978b). Wenn das Kapital eben kein Ding, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis ist, dann bedarf seine Herrschaft auch heute noch der (national-)staatlichen Form. Die von Statz hervorgehobene Möglichkeit, das EG-Parlament zum Ort des Ringens um ideologische Hegemonie seitens fortschrittlicher Kräfte zu machen, ändert an diesem Beziehungsgefüge real doch wohl noch nichts Entscheidendes. In Gramscis Begrifflichkeit übertragen, hätte m.E. Statz also die Nichtidentität von Klasse und Partei (vgl. z.B. Jäger 1979) etwa so problematisieren müssen: Die ökonomischen Grundlagen und die Eigentumsstrukturen, mithin die Klassenstrukturen bleiben in der EG national verankert. Es stellt sich die Frage, ob die Strukturen der Parteiwerdung in der Weise davon abgelöst werden können, daß etwa auf der »materiell nicht fundierten« EG-Ebene neue ideologisch-politische Hegemonien herausgebildet werden können, was dann eine neue Qualität des Internationalismus ergeben könnte. Allerdings kann die Differenzierung in der Parteitheorie Gramscis nur dann weiterführen, wenn man diese Widersprüchlichkeit aufnimmt und entwickelt, was Statz m.E. nicht zureichend tut.

Wenn Statz auf unterschiedliche Positionen zwischen den kommunistischen Parteien Westeuropas aufmerksam macht, dann ist es vielleicht angebracht, darauf hinzuweisen, daß die französische KP die Erweiterung der EG um Spanien, Portugal und Griechenland nicht nur wegen nachteiliger Auswirkungen auf französische Landwirte ablehnt (437). Die KPF sieht vielmehr auch die Gefahr, daß im Zuge der Erweiterung der EG die Zwänge zur Verdichtung des Integrationsprozesses zunehmen, die Chancen national autonomer Entwicklungen eingeschränkt werden können (vgl. Axt/Deppe 1979). Die Erweiterung der am EG-Entscheidungsprozeß Beteiligten wird danach dazu führen, daß die Einstimmigkeitsregel im Ministerrat der EG abgeschafft und stattdessen eine Mehrheitsstimmregel eingeführt wird, was bedeutet, daß sich die in einer Abstim-

mung unterlegenen Länder an die Entscheidung der Mehrheit auch gegen ihren Willen zu halten haben. Zur Ausräumung von Mißverständnissen: Die Einschränkung nationaler Autonomie bedeutet noch keineswegs die Errichtung supranationaler politischer Strukturen (s.o.). Die KPF sieht in der Einschränkung nationaler Eigenständigkeit eine weitere Chance zur Durchsetzung bundesdeutscher Führungsansprüche in der EG. Sie stellt also »Klasseninteressen« in den Vordergrund — ein Aspekt, der bei Statz bei dem Bemühen um die Auffindung der »politischen Formen« sehr kurz kommt, was m.E. nicht notwendig aus einem gramscianischen Ansatz folgt (vor allem was die Bestimmung des Verhältnisses von nationaler und westeuropäischer Ebene angeht). Ob freilich als Antwort auf Befürchtungen einer bundesdeutschen Hegemonie die Orientierung auf eine »neue Qualität des Internationalismus« hilfreich sein kann, bezweifle ich sehr.

Literaturverzeichnis

- Axt, Heinz-Jürgen 1976: Das »Europa der Bürger« — Ideologie und Wirklichkeit. Zum Tindemans-Bericht über die »Europäische Union« und zur gegenwärtigen Lage der EG. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 8/1976, S.849-866.
- ders. 1978a: Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Ein Weg zu mehr Demokratie?. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 9/1978, S.1098-1111.
- ders. 1978b: Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa. Ein Beitrag zur Staatstheorie und Analyse regionaler Integration, Köln.
- ders. 1979a: Wählen, damit in Europa alles beim alten bleibt? In: die tat, 2.2.1979, S.8.
- ders. 1979b: Bundesdeutsche Außenpolitik zwischen transatlantischer und westeuropäischer Orientierung. in: U. Albrecht u.a., Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln (i.E.).
- ders. 1979c: Kontinuität und Wandel sozialdemokratischer Westeuropapolitik von 1945 bis heute. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 1/1979, S.37-62 und H. 2/1979, S.174-196.
- Axt, H.-J./Deppe, F. 1979: Europaparlament und EG-Erweiterung. Krise oder Fortschritt der Integration? Köln.
- Jäger, M. 1979: Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien. Ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Gramscis, in: Eurokommunismus und Theorie der Politik, Argument-Sonderband 44, Berlin/West, S.45-64.
- Statz, A. 1979: Die Direktwahl zum Europäischen Parlament — Bürgerliches Ablenkungsmanöver oder Eröffnung eines neuen Feldes des Internationalismus? In: Das Argument, H. 115, Berlin/West, S.428-439.



Niederes Schulwesen und niedere Erziehung, Schulreform. Lehrpläne Geschichte, Chemie. Bildungschancen, Sonderpädagogik. VHS, Weiterbildung. Politische Bildung: Gesellschaftsbilder
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Kongreßankündigungen und -berichte

1. Gesamteuropäische Umweltkonferenz, 13. — 16.11.1979 in Genf

Seit 1975 lag den Vertretern der ost- und westeuropäischen Mitgliedstaaten der »Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE)« sowie der USA und Canada ein sowjetischer Antrag vor, gesamteuropäische Konferenzen über Umwelt-, Energie- und Verkehrsprobleme zu organisieren, um weitere Grundlagen für eine institutionelle Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen zu schaffen. Nach vierjähriger Erörterung der ökonomischen, technologischen und umweltpolitischen Konsequenzen solcher Konferenzen beschloß die Generalversammlung der ECE, die »Helsinki-Politik« durch Einberufung einer ersten gesamteuropäischen Umweltkonferenz zu verstetigen.

Konferenzthemen sind:

- Förderung von ressourcensparenden Technologien (geringerer spezifischer Rohstoff- und Energie-Input);
- Förderung umweltfreundlicherer Technologien (geringere spezifische Emissionen);
- Förderung von Recycling-Technologien (höhere Sekundär-Rohstoffverwertung);
- Verabschiedung einer Konvention zur Vermeidung grenzüberschreitender Luftverschmutzung;
- Harmonisierung von Umweltnormen und -standards zur Vermeidung umweltschutzbedingter Handelshemmnisse.

Auskunft erteilt: Economic Commission for Europe, Public Relations Departement, Palais des Nations, CH 1211 Genf

Literaturgeschichte und Sozialgeschichte

Ihre Beziehung als theoretisches und methodisches Problem der Literaturwissenschaft Gießener Gespräche zur Literaturgeschichte, Bad Homburg, 20.-22.3.1979

Jost Hermand lieferte in polemischer Einschätzung der Diskussionen des Kolloquiums die griffige Formel für eine unter den versammelten Rezeptionsästhetikern, Erbe-theoretikern und Sozialgeschichtlern spürbare Tendenz: »Rückkehr zu den fünfziger Jahren«. Die Formel faßt die Verbindung von Werkfetisch (Beschränkung auf 'Literatur von Rang'), Absurdismus und emotionalem Antikommunismus.

Hermands Referat behandelte die sich aus der Beziehung von Literatur- und Sozialgeschichte ergebenden Probleme interdisziplinärer Arbeit, verglich deren Bedingungen in BRD und DDR. Die Diskussion seiner praktischen Vorschläge (»verstärkte Gruppenarbeit, Erlernung von Solidarität, Einübung im dialektischen Denken und zugleich steigendes kulturelles Verantwortungsbewußtsein den außeruniversitären Schichten gegenüber«) zeigte auf der einen Seite Abwehr im Namen der Freiheit der Kultur (»Wo Politik sich um Kultur bemüht, bleibt Kultur auf der Strecke«, so Heinz Schlaffer, der dies mit dem Hinweis auf das an der Elbe beginnende »Asien« konkretisierte), andererseits das Fehlen kulturtheoretischer Ansätze, auf die nur Otto Rösser hinwies (Budapester Schule, Seve, Holzkamp).

Die Beschränkung auf eine *Kunsttheorie*, die sich teils einer materialistischen Lektüre Hegels verdankt, wurde repräsentiert von der Mehrheit der Gießener Teilnehmer. Das Verhältnis von Geschichte und Werk akzentuierten sie allerdings unterschiedlich: Hans Asbeck ging es — unter Bezugnahme auf Karl Philipp Moritz — um die Rettung der Werkhaftigkeit, der Individualität der Werke, die als solche keine Geschichte hätten, sondern sich der Fremdheit der immer weniger 'menschengemäßen' ökonomisch-

sozialen Realität entzogen; Klaus Inderthal leitete aus der Hegelschen Ästhetik die Möglichkeit und die Struktur einer nachromantischen Kunst ab; Odo Marquard diskutierte an Christian Enzensberger und Joachim Ritter die Möglichkeit einer Kompensationsästhetik, die der Kunst eine dezidiert konservative Funktion zuspricht, also weder Utopie noch Kritik, sondern Kompensation sowohl der Versachlichung als auch der (eschatologisch) utopischen Weltblindheit in der Moderne zu sein.

Die humanistische Interpretation des historisch-gesellschaftlichen Prozesses als Entfremdungsprozeß, das Denken im Bezugsrahmen von Individuum und Gattung, ersetzte durchgängig die sozialgeschichtliche Frage nach ökonomischen Gesellschaftsformationen, Klassen und Klassenkampf. Schlaffer konnte so in der Diskussion seiner Thesen »Über das geschichtsphilosophische Minimum der Literaturgeschichte« für eine »Literaturgeschichte ohne Sozialgeschichte« plädieren. Das Ästhetische sei das, was an Literatur der Vergangenheit auch heute noch unmittelbar ergeife, was sich von selbst verstehe, weil es gegen eine an sich sinnlose Welt ein Sinnbedürfnis geltend mache. Der Sozialgeschichte bleibe so allenfalls die Aufklärung des Fremd-Gewordenen in Voraussetzungen und Folgen der Werke. Schlaffer wurde die Minimierung seines Minimums durch einige seiner Opponenten erleichtert, die das Ästhetische und die literarische Wertung aus der Literaturgeschichte ausgliedern wollten. Karl Sauerland z.B. wurde zu Recht die Gefahr des Positivismus vorgehalten. Er skizzierte am 18. Jahrhundert die Möglichkeit, die »literarische Kultur« zum Untersuchungsgegenstand der Literaturgeschichte zu machen. Die Bedeutung der von Stefan Zokiewski an der polnischen Literatur von 1918-32 erprobten Kategorie, die er von »Literaturverhältnissen« und »literarischem Leben« absetzte, sah er in der Unterscheidung verschiedener »Umläufe«, Kommunikationskreise, innerhalb der literarischen Kommunikation einer Gesellschaft.

Ein spezifisch literaturgeschichtliches Interesse an Sozialgeschichte artikuliert sich in den Beiträgen Rainer Warnings sowie Ingrid und Günter Oesterles. Warning suchte das Fiktionsproblem in der Ursprungssituation, der des höfischen Romans, zu lösen, indem er Gattungen als institutionalisierte Diskurstypen definierte, deren Gebrauchssituation ('Sitz im Leben') als Teil der historisch-gesellschaftlichen zu untersuchen sei. Der durch die Französische Revolution markierten Krise des Erzählens von Zeitgeschichte ging Ingrid Oesterle in Reisebeschreibungen und Goethes »Unterhaltungen« nach. Die Bedeutung von Warenzirkulation und Arbeitsteilung, wie sie von den Romantikern erfahren wurden, geriet ins Zentrum der Diskussion über Günter Oesterles Referat »Zum Verhältnis von ästhetischer Theorie, Kunstkritik und Kunstgeschichtsschreibung in der Romantik«.

Die in der DDR ausgearbeitete Erbetheorie wurde von den DDR-Teilnehmern selbst als nicht zureichende Grundlage für Literaturgeschichtsschreibung bezeichnet. Sie erklärten die Diskussion für abgeflaut. Dennoch machten gerade ihre Beiträge zu Goethes »Faust« das Fortbestehen der DDR-internen Differenzen deutlich. Hans Dietrich Dahnke wollte in kritischer Auseinandersetzung mit der »Faust«-Diskussion im »Argument« (gewonnene) »Produktivität« und (defiziente) »Humanität« als »unerledigtes Problem« der »Menschengattung« retten. Heinz Hamms von Sève angeregte Lektüre der »Faust«-Interpretationen in der DDR der 50er Jahre kritisierte die Dominanz von Kontinuität (in der Geschichtsauffassung) und Identifikation (als Rezeptionsweise).

Peter Webers Versuch, von ca. 1780 bis 1830 eine spezifisch literaturgeschichtliche Periode anzusetzen und diese »Kunstperiode« zu nennen, folgte dem Vorschlag Rainer Rosenbergs, die wirkliche Geschichte der Literatur und nicht das Erbe zum Gegenstand der Literaturgeschichte zu erklären. Kontrovers blieben die Auffassungen von der Bedeutung politischer (im Unterschied zu sozialhistorischen) Einschnitte für die Literaturgeschichte (Hermand) und die Frage der politischen (Hermand) und ästhetischen (Schlaffer) Wertung. Zustimmung fand bei den stärker sozialhistorisch interessierten

Literaturhistorikern der Periodisierungsansatz an den Literaturverhältnissen (insbesondere die Berücksichtigung der Rechtsverhältnisse und des Verhältnisses von bürgerlicher Intelligenz und bürgerlicher Klasse).

Mattenklotts und Scherpes Thesen zielten auf eine Kulturgeschichte des Ästhetischen als Geschichte der Sinnlichkeit. In Polemik gegen, wie sie sagten, verengte Konzeptionen von Literatur- als Ideologiegeschichte, die die Partialität der Literatur übersehen und diese darüberhinaus auf verbale Bedeutungsstrukturen beschränken und in Ancignung von zu historisierenden Ergebnissen der Semiotik ging es ihnen um die Rekonstruktion gesellschaftlicher Widersprüche in den Werken als komplexen Bedeutungsstrukturen. Mattenklott interpretierte deshalb die Zweideutigkeit des »sollte« im Schlußmonolog Tassos, Scherpe verfolgte den rebellischen Gefühlskomplex in Schillers »Räubern« durch die Wirkungs- als Inszenierungsgeschichte. Problematisiert wurden einige geschichtsphilosophische Verallgemeinerungen (Vieldeutigkeit als Merkzeichen der Moderne; Körperlichkeit und Sinnlichkeit als unideologische Menschlichkeit, die im Gegensatz stehe zum Ideologischen des Bourgeois wie des Citoyen; die Unterscheidung von Subjekt als Klasse und Subjektivität als Individuum) sowie die Möglichkeit der Ablösung des Ästhetischen von den Werken zugunsten der Sinnlichkeit.

Die in der Diskussion über die Erbetheorie vielleicht zu schnell abgehakten Probleme wurden abschließend von Erwin Leibfried und Dirk Grafhoff nochmals gestellt. Leibfrieds Problem der Inszenierbarkeit der Klassiker, von Grafhoff am »Hofmeister« Lenz' und Brechts aufgeworfen, konfrontierte erneut mit den Fragen der Bedeutungsstrukturen (»Versinnlichung« als Mangel, so Leibfried, oder als spezifisch Ästhetisches, so Schläffer und Scherpe), der Historizität (Mitinszenierung der Distanz, vor allem von Hermand gefordert) und der Aktualität (Hermand versuchte falsche Analogien von »situativer Funktionalisierung« abzugrenzen).

Als bedenklichste Tendenz des Kolloquiums erscheint der Rückfall auf die 50er Jahre, die Preisgabe von theoretisch-methodologischen Erkenntnissen, die seit den 60er Jahren gesammelt wurden, wobei die Ausblendung gesellschaftlich-politischer Zielsetzungen in absurdistischer wie in positivistischer Gestalt begegnen konnte; produktiv die Auseinandersetzung mit der Semiotik, solange daraus nicht eine Theorie des »sinnlichen Anarchismus«, so Rößers Verdacht, wird, und mit der Hegelschen Ästhetik, solange sie nicht literaturgeschichtliche Empirie verhindert.

Helmut Peitsch (Berlin/West)



Realitätsbezug, Politisches Denken,
Utopie und Bürgertum in Shakespeares
Dramen.

Unterrichtseinheit Hamlet.

Bremer Shakespeare-Projekt u.a.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Besprechungen

Philosophie

Feyerabend, Paul K.: Der wissenschaftstheoretische Realismus und die Autorität der Wissenschaften. Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig/Wiesbaden 1978 (367 S., br., 34,— DM).

Feyerabends Thesen erfüllen Bedürfnisse. Diese Bedürfnisse sind Ausdruck einer permanent gewordenen (Konjunktur-, Umwelt-, Wachstums-, Energie-)Krise und Ergebnis einer rapide um sich greifenden Überzeugung, die Wissenschaft und Technik *als solche* (und nicht in einer spezifischen Verwendungsweise) für diese Krisenerscheinungen verantwortlich macht. Feyerabends neuere Arbeiten bringen das durch die dominierende Rolle der Wissenschaft in der modernen Gesellschaft hervorgerufene Unbehagen zur Sprache: »Erziehung, Seelsorge, Heilung, alles das ist heute in den Händen der Wissenschaft, und sinkt der müde Bürger schließlich ins Grab, dann sorgt die 'Grabeswissenschaft' dafür, daß auch dieses Ereignis nach streng wissenschaftlichen Prinzipien abläuft.« (352) Zu fordern ist daher nach Feyerabend die »Demokratisierung der Wissenschaft« (363) — jedoch nicht etwa im Sinne einer Orientierung der Forschung an den Bedürfnissen und Interessen der Menschen, sondern im Sinne einer »Demokratisierung« der Wissenschaft selbst: »Zum Beispiel müssen demokratisch gewählte Komitees untersuchen, ob die Abstammungslehre wirklich so gut begründet ist, wie uns die Biologen einreden, und ob die *Genesis* durch diese Lehre wirklich ganz erledigt ist, so daß nur die erste, nicht aber die zweite in unseren Schulen gelehrt zu werden braucht.« (364) Leider läßt der Autor offen, wie eine solche Untersuchung vor sich gehen soll: handelt es sich um eine Untersuchung nach wissenschaftlichen Kriterien, um eine Kontrolle anhand wissenschaftsimmanenter Normen also (dann ist nicht einzusehen, worin sich die von »demokratisch gewählten Komitees« angestellten Untersuchungen von den von Wissenschaftlern angestellten unterscheiden sollen), oder handelt es sich um eine Abstimmung nach beliebigen anderen Kriterien (dann handelte es sich nicht um die Demokratisierung, sondern um die Abschaffung der Wissenschaft, deren historischer Erfolg seine Grundlage in einer Leistungsfähigkeit hat, die nicht auf subjektivem Belieben, sondern auf objektiver Begründung beruht).

Feyerabends Konzeption ist nun nicht nur Ausdruck des gegenwärtigen Unbehagens an der Wissenschaft, dem sie ihre Publizität verdankt. Das vorliegende Buch faßt Aufsätze aus zwanzig Jahren philosophischer Arbeit zusammen und erlaubt somit einen Einblick in die individuelle Genese des »erkenntnistheoretischen Anarchismus«. Wie ein roter Faden zieht sich durch diese Arbeit die Kritik an der positivistischen Wissenschaftsmethodologie: unter Berufung auf die in der Geschichte der Wissenschaft tatsächlich geübte *Praxis* der Forschung gelingt Feyerabend in seinen älteren Arbeiten der Nachweis, daß bedeutende Fortschritte der Wissenschaft nur möglich waren, weil der Kodex methodologischer Normen, wie er vom logischen Positivismus formuliert wurde, durchbrochen wurde. »Kein System von methodologischen Regeln kann jemals die grundsätzliche Richtigkeit einer gerade neu eingeführten Theorie garantieren« (100). Mit dieser Feststellung aber war die positivistische Rationalitätskonzeption in ihrer fundamentalen Annahme erschüttert, nach der Rationalität gleichbedeutend mit der Befolgung methodologischer Regeln ist. Der Antipositivist Feyerabend ist aber immer noch Positivist genug, um diesen Zusammenbruch der positivistischen Rationalitätskonzeption für einen Zusammenbruch der Rationalität der Wissenschaft zu halten. Mit dem von Feyerabend — nicht ohne Berechtigung — aufgestellten Prinzip »Von der beschränkten Gültigkeit methodologischer Regeln« schien zugleich der Übergang von einem rationalistischen zu einem ir-rationalistischen Wissenschaftsverständnis geboten: sein Anti-Rationalismus ist daher zugleich Ergebnis einer Überwindung des Positivis-

mus wie Ausdruck der Befangenheit in dessen Denkmustern.

In der vorliegenden Sammlung sind vor allem die Aufsätze lesenswert, die vor der Konversion Feyerabends zum wissenschaftstheoretischen enfant terrible entstanden sind. Hier gelingen dem Autor überzeugende Argumentationen gegen Basistheoreme des logischen Positivismus: so vor allem die Kritik am positivistischen Instrumentalismus und die Verteidigung einer realistischen Wissenschaftsauffassung. In den späteren Arbeiten tritt an die Stelle philosophischer Argumentationen der Exotismus um jeden Preis und die Anpassung an einen aus den trüben Quellen konservativer Zivilisations- und Wissenschaftskritik sich speisenden Zeitgeist.

Kurt Bayertz (Köln)

von Weizsäcker, Carl Friedrich: Der Garten des Menschlichen. Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie. Hanser Verlag, München 1977

(597 S., Ln., 34,— DM).

Im vorliegenden Band sind Aufsätze, Vorträge etc. zusammengestellt, deren Thematik außerordentlich weit gespannt ist: von »Der Mensch im naturwissenschaftlich-technischen Zeitalter« über »Der Behinderte in unserer Gesellschaft« und »Der Tod« oder »Platonische Naturwissenschaft im Laufe der Geschichte« bis hin zu »Bergpredigt, Altes Testament und modernes Bewußtsein«. Das Namensregister am Ende des Buches kann als eine Art repräsentativer Stichprobe des internationalen Geisteslebens seit Platons Zeiten gelten. Was die imponierende Vielfalt der behandelten Themen und angeschnittenen Probleme einen soll, ist die Absicht, sie als Beiträge zur »geschichtlichen Anthropologie« zu fassen. »Geschichtliche Anthropologie«, wie v. Weizsäcker sie verstanden wissen will, sieht im Menschen ein geschichtliches Wesen. »Nun schafft aber Geschichte kein System. Sie erzeugt eine Vielzahl von Gestalten, die miteinander leben. Geschichtliche Anthropologie kann sich konkret nicht in einem System des Menschlichen, sondern nur einem 'Garten des Menschlichen' darstellen.« (15) Die Vielfalt der Themen und Probleme erscheint so als gerechtfertigt — mehr noch, als notwendig: da es das Menschliche nicht als etwas fest Umrissenes, nicht als ein System gibt, sondern nur als eine »Vielzahl von Gestalten«, muß auch die geschichtliche Anthropologie sich diesen Gestalten *einzel*n zu nähern versuchen.

In einem solchen »Garten des Menschlichen« gibt es aber auch mehrere Denkwege, auf denen man sich diesen Gestalten nähert. V. Weizsäcker unterscheidet vier verschiedene anthropologische Sichtweisen, die er im vorliegenden Sammelband miteinander vereinen möchte. Es handelt sich zunächst um die »gesellschaftskritische Denkweise«, von der die im ersten Kapitel zusammengefaßten Arbeiten ausgehen; hier wird die Frage nach dem anthropologischen Hintergrund der heutigen Kultur und ihrer bedrohlichen Aspekte gestellt. Im zweiten Kapitel sieht v. Weizsäcker mit den Augen der *naturwissenschaftlichen* Anthropologie; hier wird der Versuch unternommen, ausgehend von der Biologie und der Quantentheorie die Differenz zwischen Subjekt und Materie zu beseitigen. Diese Denklinie wird im dritten Kapitel fortgesetzt, das *philosophischen* Überlegungen gewidmet ist. Im vierten Kapitel schließlich sind die Arbeiten mit *religiöser* Thematik zusammengefaßt, wobei hier nicht nur Fragen der christlichen Theologie zur Sprache kommen, sondern auch die asiatische Meditation einbezogen wird.

Sieht man davon ab, daß bei einem Buch mit so weit gefächelter Thematik wohl jeder Leser die eine oder andere Arbeit mit Interesse und Gewinn lesen wird, so ist der Band als Einheit betrachtet wenig lehrreich. Die Beiträge, auch wenn sie von vorneherein unter dem Gesichtspunkt geschrieben wurden, einmal als Teile einer Darstellung der »geschichtlichen Anthropologie« veröffentlicht zu werden (Vorwort), bleiben am Ende doch disparat. Die angestrebte Synthese bleibt Programm. Der Zusammenhang solch heterogener Themen und Theorien kann bestenfalls komplementär sein; zu einer wirklich vereinigenden Theorie kommt es nicht einmal im Ansatz. Was den übergrei-

fenden Gesichtspunkt der Weizsäcker'schen Anthropologie eigentlich hatte ausmachen sollen, die Geschichtlichkeit des Menschlichen, kann kaum der rote Faden sein, der die einzelnen Beiträge zusammenhält, bleibt doch das ganze Buch hindurch offen, was wir als diese Geschichtlichkeit anzusehen haben. Geschichte als das wirkliche Handeln der Menschen unter wirklichen Bedingungen ist in den Arbeiten v. Weizsäcker's nicht existent; die Selbsterzeugung des Menschen im Prozeß seiner Auseinandersetzung mit der Natur einerseits und der Veränderung seiner gesellschaftlichen Zusammenhänge andererseits kommt nicht vor. »Geschichte« kann bei v. Weizsäcker daher nur noch als ein doppelstöckiger Vorgang erscheinen: »unten« als biologische Evolution und »oben« als Geistesgeschichte. Wie beides miteinander zusammenhängt, erfahren wir ebensowenig wie wir darüber informiert werden, was »dazwischen« geschieht. Kurt Bayertz (Köln)

Richtscheid, Hans: Die Philosophie in der Welt der Macher. Verlag C.H. Beck, München 1977 (226 S., In., 24,— DM).

Dieses Buch befaßt sich nicht — wie man vielleicht erwarten möchte — mit der Philosophie der Macher, sondern mit der Rolle einer Philosophie »im Zeitalter der Macher und der Machenschaften« (9). Hans Richtscheid, »freier« Schriftsteller aus München (Klappentext), sieht seine »Philosophie der Existenz« (30), die er im Titel viel zu allgemein als *die* Philosophie ausgibt, als »dem Machtwillen der Macher entgegen«stehend an (12), als »im Widerstande dazu« (7). Macher-Wissenschaft und -Technik sähen diese Welt nur deterministisch, machten sie dazu. Philosophie sei hier ein Gegenlicht, ein Vorstoß gegen die totale Planbarkeit.

Da die Welt als ganze (das Sein) immer mehr ist als die je besondere Konkretion der Welt (das Seiende), ist die grundlegende Erfahrung des philosophierenden Menschen die Transzendenz. Der Mensch sieht sich in eine Welt gestellt, die er nie voll durchdringen kann; sein Philosophieren kann daher prinzipiell nur scheitern: »Wer philosophierend das Scheitern nicht erfährt, betrügt sich um die Wahrheit seiner Existenz.« (82) Das »Mysterium des Seins« (82), auch »Gott« genannt (177), gibt dem Menschen immer wieder Rätsel auf, die er, um Mensch zu sein, genauer: um Mensch zu werden, nicht ignorieren kann. Eines dieser Rätsel ist »der Tod« (91), er »ragt schon ins Leben« (107). Philosophie bewegt sich in der Spanne von Grenze und Unendlichkeit. Hier hat die Wissenschaft ihr Recht verloren, beginnen Kunst und Glaube. Philosophie wird »Gedankenspiel, ein religiöses Spiel und Spiel der Poesie« (126). In dieser Sphäre muß jeder selbst das Denken wagen, beginnen »frei zu fragen, sich selber freizufragen« (66). Erst durch Freiheit »erhält der Mensch den absoluten Rang und seine Würde« (144). Logisch, daß die Logik diese Freiheit nicht beschneiden darf: Philosophie ist »unwissenschaftlich« (52), »persönlich, nicht exakt« (118), »konventionslos ... nicht gebunden« (90). »Ich philosophiere 'essayistisch'« (83), schreibt Richtscheid (abzulesen auch am Inhaltsverzeichnis), in der »Form der Rhapsodie« (90). Aber: trotz ihres freiheitlichen Impetus' ist die Philosophie nicht wirklich frei, »nicht Willkür« (146) (Gott bewahre vor dem Chaos!), sie ist den Seins-Gesetzen auf der Spur, im sinnlichen Bereich denen der Natur, im übersinnlichen dem »*Humanitätsgesetz*« (146). »Die Aufgabe der Philosophie« wäre es, »kritisch eine Ethik zu konstituieren« (176), die dem Seins-Gesetz entspricht. Der existenzphilosophische Grundsatz »ich werde, der ich bin« heißt dann genauer »ich werde, der ich ... sein soll« (159). Auf diesem Umweg, auf dem Richtscheid sich Kant als Führer wählt (190ff), wird Freiheit zum »Gehorsam« (146), herrschen wieder »Scham« (104), »Gewissen« (79), »Ordnung« (139), »Pflicht« (137). »Ethik wäre dann die Kunst, der *Pflicht* (...) gemäß zu leben, *Maß zu halten*.« (137)

Trotz dieser reaktionären Wende ist — so meine ich — die Philosophie Richtscheid's nicht mit einem Handstreich abzutun. Nicht nur nicht, weil sie so frisch begann, in Gegensatz zur kalten Macher-Welt sich stellte, das »Prinzip des Kapitalismus« als »Beute

und Ausbeute« negativ beschrieb (60) und eine »radikale Umkehr« (65) forderte, sondern auch, weil sie in ihrem inhaltlichen Teil das Selbst gegenüber den Verhältnissen betont (95), vor einer Hypostasierung der Rationalität warnt, die immer mehr vom Menschen abstrahiert (61), und dem entgegen »das Bewußtsein ... jenes 'irrationalen' Rests, der heute negativ bewertet wird« (62) betont und das Besondere nicht dem Allgemeinen opfern will. Bei Richtscheid selbst sind diese kritischen Elemente allerdings in schlechten Händen, er löst sie zum Teil selber wieder auf, etwa indem er den konkreten Menschen einem abstrakten Moralgesetz unterwerfen will, also im Prinzip dasselbe tut, was er z.B. Hegel und dem Marxismus anzulasten trachtet (70ff). Richtscheids Existenz-Philosophie suspendiert die freie Existenz vom Tun, denn »Freiheit offenbart sich« bei ihm nicht so sehr im Handeln, »vielmehr ... in der Sprache« (163); der Widerspruch gegen die Welt der Macher gerät zum Widerspruch. Den Machern kann es recht sein.

Alfred Kolberg (Marburg)

Gehlen, Arnold: Gesamtausgabe. Bd. 1: Philosophische Schriften I (1925-1933), hrg. von L. Samson; Bd. 7: Einblicke, hrg. von K.-S. Rehberg. V. Klostermann Verlag, Frankfurt/M. 1978

(Bd. 1: 463 S., br. 48,— DM; Bd. 7: 589 S., br. 58,— DM)

Um A. Gehlen, gest. 1976, ist es in der wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit seit längerem ruhig geworden. Seine Hintergrundwirksamkeit besteht aber nach wie vor, der Bedarf an Konservatismus ist gestiegen. Es überrascht deshalb nicht, daß nun eine Gesamtausgabe seiner Schriften erscheint. Es handelt sich dabei weder um eine historisch-kritische noch um eine vollständige Ausgabe, sondern um eine »auch für den wissenschaftlichen Gebrauch eingerichtete Studienausgabe« (7, 427), in der die wichtigsten Texte versammelt sein sollen. Von den insgesamt geplanten zehn Bänden sind nun die ersten beiden erschienen, etwa Mitte der 80er Jahre soll das Unternehmen abgeschlossen werden; finanzielle Unterstützung wird von der F. Thyssen-Stiftung gewährt.

Band 1 enthält die bisher nur in einem seltenen Privatdruck greifbare, früheste Arbeit Gehlens (»Rede über Hofmannsthal«), seine Dissertation über die Philosophie des Organischen seines Lehrers Hans Driesch, die »Reflexionen über Gewohnheit«, die Habilitation »Wirklicher und unwirklicher Geist« sowie die beiden Idealismus-Aufsätze »Idealismus und Existentialphilosophie« und »Heinrich Rickert und die Transzendentalphilosophie«. Diese Zusammenstellung ist auch deshalb informativ, weil Gehlen in seine Ausgabe früher philosophischer Schriften nur die über die Existenzphilosophie aufgenommen hatte. Auf diese Weise wird deutlich, wie Gehlen — entgegen seiner nachträglichen Selbststilisierung als »Denker gegen die Zeit« — in den zeitgenössischen idealistischen Strömungen der Lebensphilosophie, des Existentialismus und des Rechtshegelianismus stand und daß Schopenhauer, Nietzsche und Bergson seine ersten unmittelbaren Anreger waren.

Nachwort, Quellennachweise, Anmerkungen, Literaturlisten zu den einzelnen Texten, Personen- und Sachregister des Herausgebers Samson bilden für die genauere Beschäftigung mit Gehlen einen brauchbaren Apparat, haben aber den grundsätzlichen Nachteil, daß sie nur geistesgeschichtlich verfahren. Auf diese Weise wird der ursächliche Zusammenhang von nihilistischem Ästhetizismus und jungkonservativer Konterrevolution — und deshalb die Abwendung vom Existentialismus hin zum Rechtshegelianismus und Biologismus — nicht plausibel. Die Einsetzung Gehlens als Nachfolger Tillichs im Sommersemester 1933 in Frankfurt z.B. erscheint in Samsons Darstellung als rein akademische Karriere (1, 417), während es sich in Wirklichkeit, auf der juristischen Basis des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«, um eine konzer-

tierte Aktion von NS-Dozentenbund, NSDAP und Preußischem Wissenschaftsministerium handelte.

Band 7, in Anlehnung an ein von Gehlen 1975 selbst noch veröffentlichtes Sammelbändchen »Einblicke« genannt, enthält unter den Kapiteln Industriegesellschaft, Staat, Unternehmer und Öffentlichkeit, Intellektuellenkritik, Zeitsignaturen insgesamt 35 vornehmlich soziologische Aufsätze aus der Zeit nach 1945. Über die Auswahl und die Aufgliederung entsprechend der genannten Stichpunkte mag man streiten — sie ist oft beliebig. Der wie im 1. Band strukturierte Apparat ist vom Herausgeber Rehberg zeitgeschichtlich etwas informativer gestaltet worden und stellt z.T. eine wahre soziologische Fundgrube dar: hier wird zumindest in Ansätzen deutlich, auf welch großes Weltanschauungsbedürfnis Gehlens Anthropologie und Soziologie im außeruniversitären Raum geantwortet hat. Rehberg nennt mehrere der Organisationen und Institutionen, die Gehlen immer wieder zu Vorträgen eingeladen haben: Fortbildungseinrichtungen von Polizei, Management, Bundeswehr, Ministerium, Beamtenbund usw., v.a. aber Dutzende von Unternehmerverbänden und Industrie- und Handelskammern. Diese Seite der Wirksamkeit Gehlens ist in der umfangreichen kritischen Sekundärliteratur meist übersehen worden. Dabei stellt sich die Frage, warum im vorliegenden Band nur die von Gehlen selbst publizierten Fassungen seiner Aufsätze und Reden aufgenommen wurden und nicht die vor den genannten Gremien gehaltenen, von denen Rehberg nur Auszüge in den Anmerkungen dokumentiert; interessanterweise hat Gehlen in diesem nur halböffentlichen Rahmen eine noch sehr viel deutlichere prokapitalistische und elitäre Sprache gesprochen als sonst. Von einer wissenschaftlichen Studienausgabe sollte man verlangen, daß sie die — ja ebenfalls im Manuskriptdruck vorhandenen — unmittelbaren Gebrauchsschriften Gehlens aus der wissenschaftlichen Beschäftigung nicht weiterhin ausspart.

Werner Rügemer (Köln)

Willms, Bernard: *Offensives Denken. Philosophie und Politik.* Westdeutscher Verlag, Opladen 1978 (113 S., br., 13,80 DM).

Dieses launig gegen eine epigonale Lehrstuhlphilosophie, weniger launig allerdings gegen den Marxismus geschriebene Buch ist die Ausarbeitung einer einzigen These: »Der Kernbereich aller Philosophie ist Politik.« (9) Dieses eindrucksvolle Bekenntnis ist freilich nicht ohne Tücke. Der Autor konzipiert einen Begriff von Politik, der das »systematisch Frühere zu aller menschlichen Praxis« (21) ausdrücken soll. Derart, so wird gefolgert, kann die Gesellschaftlichkeit der Arbeit nur auf der Basis der Allgemeinheit einer kategorialen (?) Ebene »Politik« sich entfalten. Zugleich aber ist auch Philosophie an dieses Element »allgemeiner Politik« gebunden; sie ist als prima philosophia politische Philosophie und entfernt sich in Gestalt metaphysischer oder erkenntnistheoretischer Systeme von dieser ihrer eigentlichen Aufgabe. Die »allgemeine Praxis« der Philosophie, die es zu rekonstruieren gilt, ist allerdings immun gegen die besondere Praxis der Geschichte: Die elfte Feuerbachthese kann mit dem Hinweis, daß Philosophie »immer schon« Politik war, entkräftet werden. »Immer schon« politisch ist in diesem Verständnis freilich nur eine bürgerliche Philosophie, die sich in doppelter Front, zur »Scholastik« und zur »totalitären Ideologie« formiert: Als »offensives Denken« streift sie die philologisch-epigonalen Züge ab und kommt zu sich selber, d.h. zu einer »weltpolitischen Aufgabe«. Denn nur »wer die Welt denkbar halten will, muss dafür kämpfen, daß sie frei bleibt.« (112) Dergestalt tritt sie als Repräsentant der »ersten Welt« in politische Konkurrenz zur »sekundären Entwicklung« des Sozialismus und zur »tertiären« der »aggressiven Nationalismen«. Eine »authentische« bürgerliche Philosophie, die ihre »Partikularität« erkennt, ist erst in der Lage, in eine »Selbstbehauptung« gegenüber den nun als partikular erkannten Totalitätsansprüchen von Sozialismus und Dritter Welt einzutreten.

Es erinnert an den Jenenser Hegel, wenn von der Trinität des Weltsystems: Bürgertum-Sozialismus-Dritte Welt eine »Allgemeinheit der Selbstbehauptung (als ein Weltsystem von Anerkennung« (113) erwartet wird. Die Rekonstruktion der Philosophie — »unter den Bedingungen des zwanzigsten Jahrhunderts« — als »offensives Denken« von »Wahrheit unter der Bedingung von Freiheit« (112) birgt eine Reihe von ideologischen Einlassungen, die im Rahmen abstrakter Freiheitsformeln zunächst unauffällig bleiben. Erwähnt werden muß zumindest die klassische konservative Figur einer Kritik ungestützter, »reiner« Reflexion, zu der Philosophie verderbt sei. Über den Leisten bloßer Reflexionsphilosophie werden dann unbedenklich Adorno, Sartre und Habermas geschlagen, jene Vertreter einer permissive philosophy, über die die »totalitären Ideologien« einwandern. Sie sind daher ungleich gefährlicher als die philosophischen Nachläßverwalter, die von irgendwelchen Interpretationsmonopolen zehren. Gegen beide tritt »offensives Denken« an: als »Theorie der Weltpolitik« geht Philosophie auf die »konkrete Totalität« und diese bedeutet: balance of power. Ideologische Fragen sind demgegenüber nebensächlich; man wird daher vergeblich nach »Inhalten« des »offensiven Denkens« fahnden. Willms »politische Philosophie«, die die Leere bloßer Reflexionsphilosophie beklagt, kommt überraschend keinen Schritt über eine förmliche Theorie des Machtkalküls hinaus. Was »offensives Denken« der Sache nach vertreten möchte, was also eine neue »Selbstbehauptung« bürgerlicher Philosophie im inneren begründet, bleibt ungewiß. Der ahistorische Schnitt durch die »Trinität des Weltsystems« dürfte eine solche Begründung allerdings ausschließen.

Dieter Hirschfeld (Berlin/West)

Schwan, Alexander: Wahrheit — Pluralität — Freiheit. Studien zur philosophischen und theologischen Grundlegung freiheitlicher Politik. Hoffmann und Campe, Hamburg 1976 (287 S., br. 29,80 DM).

In diesem Band hat Schwan Aufsätze zur politischen Philosophie und Theologie, die er bereits zwischen 1963-1975 publiziert hatte, zusammengefaßt und weitgehend überarbeitet neu herausgegeben. Wahrheit, Pluralität, Freiheit sind Momente der Einheit, die Schwan als Politik oder Praktische Philosophie begriffen. Sie ist fundiert in Aristoteles' Theorie des Politischen (vgl. 51ff). Den Ansatz für die Begründung freiheitlicher Politik heute gewinnt Schwan in einem Rückgriff auf Nietzsches These von der Herkunft des Nihilismus. Mit Löwith ist er der Auffassung, daß mit dem europäischen Nihilismus »der ganze Horizont weggewischt ist, auf den hin sich der europäische Mensch seit zwei Jahrtausenden sein Dasein ausgelegt hat« (16). Nietzsche begriff den Nihilismus negativ, insofern der Nihilismus die bis dahin tragenden Werte der Gesellschaft aufgelöst hat. Zugleich aber sieht Nietzsche in dieser Auflösung einen positiven Effekt; denn erst der Nihilismus ermöglicht den Pluralismus an Werten und Weltanschauungen. Dies bezeichnet Schwan als »philosophischen Perspektivismus« (17) und erblickt in diesem — neben dem angelsächsischen Pragmatismus — »den philosophischen Ursprung des modernen Pluralismus« (18). Die Verknüpfung des Nihilismus mit dem Pluralismus durch Nietzsche wird für die »Welt« der Gegenwart, die »pluralistisch strukturiert« (20) ist, zum Problem, weil die Überwindung des Widerspruchs prinzipiell nur in »zwei Grundarten« (20) möglich ist: 1. mit dem Nihilismus wird dem Pluralismus eine Absage erteilt (antipluralistischer Dogmatismus), 2. Überwindung des Nihilismus durch eine Neubegründung des Pluralismus. Dem Pluralismus wird ein »neuer, positiver, nicht-nihilistischer Sinn und Gehalt verliehen« (20). Unter diesem Schema subsumiert Schwan exemplarisch zeitgenössische Versuche der Begründung von Politik oder Praktischer Philosophie. Zur 1. »Grundart« zählt er: Nietzsche (21f), Heidegger (24f, vgl. 86ff, 96ff), den Marxismus-Leninismus (27f, vgl. 162f), die Kritische Theorie (insbesondere Adorno, 30f). Gemeinsam ist diesen Versuchen, »ein einzigartiges Wahr-

heitswissen« (35), das sie »gleichermaßen ungeeignet (macht) für eine Grundlegung Praktischer und Politischer Philosophie im Zeitalter des Pluralismus« (35). Zur 2. »Grundart« zählt Schwan: die Systemtheorie (vor allem Luhmann, 36f), Habermas (39f), K.-O. Apel und die Erlanger Schule. Schwan akzeptiert diese Versuche als Ansätze zu einer pluralistischen Auslegung gesellschaftlicher Konflikte, soweit sie sich auf die Beschreibung der Abläufe wie der Lösungsvorschläge beschränken. Ihr Anspruch aber, zugleich Philosophie und transzendente Reflexion (Habermas) zu sein, führt zur »dogmatisierenden Objektivierung von Normen des diskursiven Verhaltens« (43).

Dann — und hier ist Schwan formal inkonsequent — nennt er noch eine dritte Gruppe, »bei denen wir die Bejahung und Neubegründung des Pluralismus philosophisch und theoretisch am meisten gegeben sehen und denen wir folglich nahestehen« (20). Dazu zählt er: den Kritischen Rationalismus (Popper, 43f), die Existenzphilosophie (Camus, Jaspers, 44f), Nonkonformisten wie Kolakowski (vgl. 127ff) und die jugoslawische Praxis-Gruppe (vgl. 151ff) und den Personalismus, den Schwan explizit vertritt (vgl. 197ff, 223ff). »Der Personalismus ist ... als freiheitlicher Solidarismus zu begreifen, als ein philosophischer Ansatz, der eine Theorie und Praxis rechtsstaatlicher, pluralistischer, aber auch aktiver und sozialer Demokratie zur Verwirklichung von möglichst viel Freiheit und Gleichheit unter den Menschen unserer geschichtlichen Zeit begründet« (49-50). Der Kernbegriff des Personalismus ist die Person, die als Ich in einer spezifischen Beziehung zu einem Du steht. »Indem mir der Andere als Anderer, als Du, d.h. weder als ich selbst noch als ein Es, das feststellbar und bearbeitbar wäre, personal, von Mensch zu Mensch begegnet, beansprucht er mich in seiner Andersartigkeit, die doch zugleich mir näher zu rücken vermag als jede Sache, da ich ihn unumgänglich als meinen Nächsten, als eine Existenz gleich der meinigen erfahre« (48). Schwan argumentiert theologisch. Als Person ist der Mensch »das Wesen des Hindurchtönens und Widertönens des göttlichen Wortes...« (199). An der Bestimmung des Menschen als einem geschichtlichen Wesen hält er fest, aber er gründet diese Geschichtlichkeit in Gott, der allein das Wesen mit Geschichte ist, um dessen willen sich die Welt ereignet. Der Mensch ist in diesem Heilsplan das dem Gott Andere, durch das sich Gott als geschichtliches Wesen vermitteln und bestimmen kann. Damit ist die Geschichtlichkeit des Menschen nur noch als die Emanation des göttlichen Prinzips denkbar; damit hat Schwan das geschichtliche Moment im Endlichen aufgehoben.

Die Aufhebung des geschichtlichen Moments ist das Prinzip der Pluralismustheorie, die Schwan als Alternative zu den antipluralistischen Dogmatismen, vor allem dem Marxismus, zu begründen versucht. Seiner These, daß in Großgesellschaften das autonome Ich nur dann sich selbst bestimmen kann, wenn diese pluralistisch strukturiert sind, ist zuzustimmen, ebenso daß »die pluralistische Gesellschaft von der aktiven Mitwirkung möglichst aller ihrer Glieder (lebt) und davon, diese Aktivitäten stets von neuem herauszufordern und zu ermöglichen« (169). Was aber soll geschehen, wenn eine Gruppe partout zum Konsens nicht mehr gewillt ist, obgleich sie diesen verbal immer wieder fordert? Im Konfliktfall, in dem es um mehr geht als die Verteilung des jährlichen Zuwachses an Bruttosozialprodukt, versagt diese Theorie. Die faktischen Machtverhältnisse heben dann auf, was für Schwan der Theorie nach die einzig mögliche Gesellschaftsstruktur der Gegenwart sein kann, sei es als offene Absage an den Pluralismus überhaupt, sei es in der Verkappung als »Fassadenpluralismus«. Schwans Kritik am Marxismus ist von dem a-geschichtlichen Ansatz her konsequent, aber die nichtdifferenzierende zum Teil geifernde Polemik (vgl. 181f, 190) relativiert weitgehend die Kritik an der Leninschen Parteilichkeitsdoktrin und bringt ihn selbst in den Verdacht, bloßer Parteigänger zu sein.

Ulrich Richter (Münster)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Berens, Franz-Josef, Karl-Heinz Jäger, Gerd Schank und Johannes Schwitalla: Projekt Dialogstrukturen. Ein Arbeitsbericht. Mit einer Einleitung von Hugo Steger. Max Hueber Verlag, München 1976 (147 S., br., 11,— DM). -zitiert: a

Wegner, Dirk (Hrsg.): Gesprächsanalysen. Vorträge, gehalten anlässlich des 5. Kolloquiums des Instituts für Kommunikationsforschung und Phonetik, Bonn, 14.-16. Oktober 1976. Helmut Buske Verlag, Hamburg 1977

(345 S., br., 42,— DM). -zitiert: b

Henne, Helmut, und Helmut Rehbock: Einführung in die Gesprächsanalyse. De Gruyter Verlag (Sammlung Götschen 2212), Berlin/New York 1979

(274 S., br., 16,80 DM). -zitiert: c

Ramge, Hans: Alltagsgespräche. Arbeitsbuch für den Deutschunterricht in der Sekundarstufe II und zum Selbststudium. Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt/M.-Berlin-München 1978 (115 S., br., 7,20 DM). -zitiert: d

Am Ende seiner Sammelbesprechung (*Argument* 103, 409ff.) formuliert W. Dieckmann die Frage, ob die linguistische Pragmatik das Auseinanderklaffen zwischen theoretischem Rahmen und empirischer Arbeit überwinden könne. Die vorliegenden Arbeiten befassen sich in diesem Sinne unter neuen Fragestellungen mit dem Sprachgebrauch. Es geht ihnen um die Gewinnung eines Analyseverfahrens zum Zusammenhang von Gesprächsorganisation und Gesprächsverlauf. Z.B.: Wie wird ein Hörer zum Sprecher? Wie und warum hält ein Gesprächsteilnehmer an seiner Sprecherrolle fest? Wie wird ein Gespräch begonnen, wie stabilisiert, wie beendet? Die Gesprächsanalyse will *erstens* »das Funktionieren alltäglicher Gespräche« beschreiben (c. 8); sie will *zweitens* »vom Verstehen funktionierender konkreter Kommunikationsabläufe« ausgehen (Steger in a, 10). Mit diesen Aspekten wird das sprachwissenschaftliche Entwicklungsschema einer zunehmenden Pragmatisierung und Empirisierung in zwei Punkten spezifiziert.

Einmal war für die linguistische Pragmatik die neue Grundkategorie 'Gespräch' oder 'Dialog' als Bezugspunkt insofern notwendig geworden, als die mehrfache Verkürzung der Sprachwirklichkeit durch die Sprechakttheorie (Introspektion, enge strukturelle Bindung an den grammatischen Satz, einseitige Beschränkung auf den Sprecher) überwunden werden sollte zugunsten eines Begriffs, der das Ganze der Sprachwirklichkeit verbindet. Die zunehmende Einsicht in die »fugenlose Verbindung von Hörer- und Sprecherrolle« (c, 184) verlangte eine Theoriebildung, die dem dynamischen Sprecherwechsel in konkreter Kommunikation ebenso sehr gerecht wird wie der Tatsache, daß der intersubjektive Gebrauch von Sprache als Anrede und Erwiderung ein komplex sich überlagerndes Ineinandergreifen von sprachlichen, nonverbalen und körperlichen Kommunikationsaktivitäten zwischen Sprecher *und* Hörer in einer bestimmten Situation darstellt. »Der theoretische Ansatz: Die Hörerbezogenheit des aktuellen Sprechers und die Sprecherbezogenheit des aktuellen Hörers« (Schwitalla in a, 79: zur Bedeutung des Hörers vgl. c, 176ff.). Es ist das Verdienst der gesprächsanalytischen Ansätze, das linguistische Kategorieninventar an der Vielschichtigkeit verbaler Interaktionen abgearbeitet, empirisch überprüft und dabei erneuert zu haben, um die Strukturen von Dialogen gesprochener Sprache zu durchleuchten.

Das neuere Interesse an den zwischenmenschlichen Beziehungen im Alltagsleben hat dann *zum anderen* dazu geführt, daß sich wissenschaftliche Entwicklung der Linguistik und modische Rezeption amerikanischer Interaktionssoziologien (Blumer, Cicourel, Goffman, Garfinkel u.a.) überschneiden. Die Vertreter der Gesprächsanalyse versuchen einmütig an die Untersuchungen des Symbolischen Interaktionismus und vor allem der Ethnomethodologie zu den Formen alltäglicher Interaktion anzuknüpfen (vgl.

z.B. a, 41ff., 75ff.; b, V; c, 7ff.). Forschungslogisch orientieren sie sich folglich an den Methoden kommunikativer Empirie (vgl. die Rez. in: *Argument* 106, 906f. und *Argument* 107, 115f.). Aus dem Gesamtbereich der Interaktion im Alltag wird wie in der amerikanischen »conversational analysis« (Schegloff, Sacks u.a.) die primär sprachliche Ebene ausgegliedert und im Begriff des sogenannten natürlichen Gesprächs aufgefangen. Von den empirisch ermittelten Regularitäten schließt man dann auf die sozialen Basisregeln oder normierten Handlungsmuster und weiter auf deren Internalisierung im Alltagswissen zurück. Die methodologische Konsequenz: »eine empirisch fundierte sprachanalytisch-hermeneutische Methode (...), im Rahmen derer der Wissenschaftler durch *Teilnahme* den *Sinn* sprachlicher Handlungen in ihrer Verflechtung mit der alltäglichen Lebenswelt zu beschreiben sucht« (Henne in b, 71f.). Aber: Durch die Verabsolutierung von Intersubjektivität und »Fremdverstehen« fallen alltägliche und wissenschaftliche Prozeduren unter Aufgabe kritischer Distanz zusammen. Da Gesellschaft auf interaktionell-subjektive Alltagsroutine verkürzt wird, sind die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Menschen miteinander sprechen, kein integraler Bestandteil der untersuchten Dialogstrukturen. Wenn man aber im Rahmen einer pragmatisch orientierten Gesprächstheorie annimmt, daß »nicht Wörter und Wendungen als solche sich wandeln, sondern der Gebrauch, den Menschen in Gesprächen davon machen, die sich wandelnden und damit unterschiedlichen gesellschaftlichen und kommunikativ-pragmatischen Bedingungen unterliegen« (Henne in b, 87), dann ist das Einholen der Geschichtlichkeit und Gesellschaftlichkeit von Gesprächen eine zu leistende Aufgabe.

Das »Projekt Dialogstrukturen« (an der Universität Freiburg in Verbindung mit dem Institut für deutsche Sprache und dem Lehrstuhl für Psychologie in Gießen) arbeitet mit der Hypothese (Freiburger Ansatz) der Kovarianz von Situation und Sprachverhalten (7f., 20f., 51f., 78f., 115f.), d.h. man geht »von einer hypothetischen Zuordnung von Redekonstellationen, i.e. Bündel sozial-situativer Merkmale, und Textexemplaren, i.e. Bündel sprachlicher Merkmale, aus« (Jäger, 105; vgl. weiter 105-108, wo der Freiburger Ansatz am besten erklärt wird). Auf der Basis von Prüfungs- und Beratungsgesprächen wird im »Projekt Dialogstrukturen« der Freiburger Ansatz durch die verstärkte Einbeziehung der *Situationsdefinition* der Interaktionsteilnehmer weitergeführt (15ff., 36, 44ff., 127). Es soll dann vorläufig als modifizierte Hypothese gelten, daß es auch in den Binnenphasen von Dialogen eine Kovarianz von Sprachverhalten und Redekonstellationen gibt. In diesem Sinne wird in den vier Beiträgen eine Aufgliederung von Dialogen vorgenommen: unter den Aspekten der Errichtung (Berens), der Binnensegmentierung (Schank), der Steuerung (Schwitalla) und der Beendigung von Dialogen (Jäger). Dabei geht zwischen den einzelnen Beiträgen aufgrund der verschiedenen Untersuchungsebenen (Steger, 9) durcheinander, ob die modifizierte Freiburger Hypothese (plus »Definition der Situation«) als Folie für die Ausgrenzung von Gesprächsabschnitten gebraucht wird, oder ob der modifizierte Ansatz auf die bereits erfolgte Binnengliederung von Dialogtexten zu weiteren Erkenntnissen angewendet werden soll. Offensichtlich sind beide Aspekte bedeutsam, was allerdings genauer geklärt werden müßte, wenn das Vorgehen nicht in einen Zirkelschluß einmünden soll. Nachteilig ist der begrenzte gesellschaftliche Blickwinkel des Projekts. Da es im Rahmen des differenzierten Ansatzes mit dem am Subjekt ausgerichteten Situationstheorem von W.I. Thomas arbeitet (35), können zwar individuell-interpretative Momente von Interaktionsvorgängen eingefangen werden, sozio-ökonomisch abhängige Interaktionsbedingungen als sprachlose und unsichtbare Prozesse und Strukturen müssen aber ausgespart bleiben.

Der Sammelband von Wegner vereinigt die Beiträge einer von der DFG finanzierten Tagung zu dem Thema. Doch sollte der Benutzer des Buches nicht davon ausgehen,

daß ihm ein repräsentativer Querschnitt gesprächsanalytischer Forschung präsentiert wird. Vielmehr finden sich hier nur punktuelle, z.T. marginale Überlegungen, was der abschließende Teilabdruck einer Podiumsdiskussion über Perspektiven der Gesprächsanalyse deutlich macht. Systematisch abgefaßt ist nur der erst nachträglich aufgenommene Beitrag von Henne »Gesprächsanalyse — Aspekte einer pragmatischen Sprachwissenschaft«. Ethnomethodologische Fragen behandelt Cicourel's Vortrag. Scherer, der neuerdings mit dem »Projekt Dialogstrukturen« zusammenarbeitet, referiert psychologische Forschungsergebnisse zur »Funktion des nonverbalen Verhaltens im Gespräch«. Über »die automatische Analyse des Sprech-Pausen-Verhaltens im Psychotherapeutischen Gespräch« berichten Brähler/Zenz, Clarke, Ungeheuer, Heringer und Kallmeyer/Schütze befassen sich mit Voraussetzungen und Problemen der Definition und Analyse von Gesprächen. Der Band ist inhaltlich und formal nachlässig gemacht, was der Herausgeber vorab selbstkritisch anmerkt (XI). Auch scheint der Band nicht durchgängig korrigiert worden zu sein. So ist besonders der Beitrag von Henne kaum noch zitierbar, da er auf 22 Seiten über 30 Druckfehler enthält, davon eine Anzahl fehlender Satzteile und Wörter.

Konzeption und Argumentationslinien der Einführung von Henne und Rehbock sind schwer überschaubar. Einen Abschnitt zum Aufbau liest man erst in der zweiten Hälfte des Buches (158-160); eine sehr aufschlußreiche Hinführung zur Problematik steht zu Beginn des 2. Kap.s (39-45), nachdem bereits ein Forschungs- und Problemaufriß gegeben wurde (dieses 1. Kap. deckt sich übrigens zu großen Teilen mit Hennes Aufsatz in b). Es empfiehlt sich dann, das 5. Kap. über die Anwendung der Gesprächsanalyse zu lesen, wo anhand der Problemkreise Sprachgeschichte und Kommunikation im Unterricht einige Aspekte über den möglichen Verwendungszusammenhang von Gesprächsanalytik vermittelt werden. Vor allem die Hinweise zur Rekonstruktion historischer Gespräche verdienen Aufmerksamkeit für eine noch ausstehende diachrone Textpragmatik. Dennoch bleibt kritische Zweckreflexion weiterhin ein Defizit. — Auf dem 2. Kap. liegt der eine Schwerpunkt des Buches. Hier wird ein praktikables wissenschaftliches Notationssystem für die Aufzeichnung von Gesprächen entwickelt. Die Vorüberlegungen verbleiben allerdings insofern in einem Zwiespalt, als aus der zweiseitigen »Methodologie der Korpuserstellung« (Aufzeichnung als Selektion und Interpretation) für die gesprächslinguistische Datenerhebung Vorgehensweisen abgeleitet werden, bei denen sich hermeneutische und positivistische Elemente widersprechen. Einmal sollen die Kategorien interpretativ sein (55), nachdem vorher in einem ungebrochenen Glauben an den »Vorteil« technischer Geräte (Video-Apparat, Richtmikrofon) angestrebt wurde, die »erreichbaren Daten vollständig und unparteiisch (!) zu speichern« (52). Die Aufzeichnung von Gesprächen steht dann in einem weiteren Spannungsfeld: »Für eine Untersuchung authentischer nicht-öffentlicher Interaktion ist es dagegen von unschätzbarem Vorteil, wenn diese heimlich (!) aufgezeichnet werden kann« (51). Daß »tabu« alle Aufnahmen sein sollen, für die »im Nachhinein nicht die Einwilligung der Belauschten zu erhalten ist« (ebd.), hebt die bereits erfolgte Lauschaktion ja nicht nachträglich auf. (Vgl. dazu auch Ramge, d 23: »Die Aufnahme ohne Wissen der anderen ist die verdinglichte Form solcher Art von Beobachtung.«) Der zweite Schwerpunkt des Buches liegt auf der Herausarbeitung eines differenzierten linguistischen Kategorienapparates zur Analyse von »Gesprächshandlungen« (4. Kap.), bei denen zwischen der Ebene der Äußerungseinheiten (»Gesprächsschritte«) und der Handlungsebene sprachlicher Bedeutung (»Gesprächsakte«) kategorial unterschieden wird (174, 254). Die Binnensegmentierung von Gesprächstexten im »Projekt Dialogstrukturen« wird hier also für einzelne Gesprächshandlungen grundlegend weitergeführt (172ff.) Dabei erproben die Verfasser ihr Instrumentarium an einem im 3. Kap. abgedruckten transkribierten Verkaufsgespräch (89-123). Gesellschaftliche Aspekte des Ge-

sprächs werden im 1. Kap. angesprochen (28-38). Da die Autoren aber die Gesellschaftlichkeit des Gesprächs nicht als spezifische Formbestimmtheit (z.B. des Verkaufsgesprächs) fassen, sondern als zu addierendes Anhängsel (31), bleibt das nicht-linguistische Begriffssystem der gesellschaftlichen Qualität von Gesprächen weitgehend äußerlich (so bei der Aufstellung von 11 Gesprächsbereichen mit dem dazugehörigen »kommunikativ-pragmatischen Kategorieninventar«, 30ff.). Durch eine zu unmittelbare Sichtweise bekommt weder der Alltags- noch der Gesprächsbegriff historische und soziale Substanz.

Ramge geht in seinem Buch auf »Erfahrung der Arbeit« und »Erfahrung der Zeit« (7) als Determinanten für alltägliche Gespräche ein, was den einzelnen Gesprächstypen — in ihrer Abhängigkeit von institutionellen Rahmenbedingungen (17, 67) — gesellschaftliche Konturen gibt (7ff., 15ff., 68ff.). In diesem Sinne erörtert der Verfasser ansatzweise die Frage, »wie sich auch in den sprachlichen Formen und ihrer Organisation kommunikativ-gesellschaftliche Erfahrungen niederschlagen, die mit den Vorerfahrungen der Gesprächsteilnehmer zusammenhängen« (63). Allerdings bleibt ungeklärt, warum Ramge als Alltagsgespräche nur solche zuläßt, »die ohne weitere biographische Bedeutung für den einzelnen routinemäßig geführt werden«, und warum »Gerichtsverhandlungen, Parlamentsdebatten und Gespräche in Medien als Gegenstandsbereich für 'Alltagsgespräche' völlig ausfallen« sollen (20f.). So wird der Alltagsbegriff unzulässig eingeeengt (vgl. dagegen Ramges Gesprächsbereiche, 17). — Das Buch ist in einer auch drucktechnisch sichtbaren Wechselfolge von Darstellung, Beispiel, Arbeitstext, Übungs- und Verständnisfragen, Kernsätzen und Lektürehinweisen sinnvoll aufgebaut und bietet vor allem für linguistisch wenig Vorgebildete einen guten Einstieg. Nach einem Vorspann über die Verschriftlichung von Alltagsgesprächen arbeitet Ramge den Handlungscharakter von Sprache heraus, geht dann von der Sprechaktheorie zur Gesprächsanalyse über (55ff., 78ff.) und integriert dazwischen Aspekte der Dialekt- und Soziolinguistik sowie Hinweise über die Merkmale gesprochener Sprache. Die Ergebnisse werden am Schluß in einem methodisch kontrollierten Vorschlag für ein Untersuchungsverfahren zur Analyse von Alltagsgesprächen zusammengefaßt.

Günter Beiersdorf und Detlev Schöttker (Braunschweig)

Weydt, Harald: Noam Chomskys Werk. Kritik — Kommentar — Bibliographie. Tübinger Beiträge zur Linguistik, Bd. 1. Verlag Gunter Narr, Tübingen 1976 (110 S., br., 22.— DM).

Die Faszination, welche die generative Grammatik noch Anfang der siebziger Jahre auf die Sprachwissenschaften und einige Richtungen benachbarter Sozialwissenschaften ausübte, ist zwar längst einer sehr viel nüchterneren Einschätzung gewichen, doch wirkt der Vorwurf »provinzieller Beschränktheit« (19) gegenüber ihrem Begründer, Noam Chomsky, doch etwas blasphemisch. Von bisherigen Chomsky-Kritiken, die entweder die sprachphilosophischen, insbesondere mentalistischen Konsequenzen vor allem in seinen späteren Werken zurückwiesen oder aber Bedenken gegen die didaktische Verwertbarkeit dieser Grammatik- und Sprachtheorie geltend machten, unterscheidet sich die vorliegende Arbeit durch den schrittweisen Nachvollzug der wichtigsten Stationen im Erkenntnisfortschritt des »jungen Linguisten Chomsky« (19) und durch die dezidierte Behauptung einer funktionell-strukturalistischen Position.

Im ersten Teil (1-55) seines kritisch-polemischen Buches verfolgt Weydt den Weg, der Chomsky zur oft beschworenen kopernikanischen Wende in der Linguistik führte, nämlich zur Annahme von Tiefenstrukturen jenseits der vom taxonomischen Strukturalismus allein untersuchten sprachlichen Oberfläche. Weydt diskutiert die Argumente Chomskys für Tiefenstrukturen der Reihe nach und hält sie teils für mangelhaft und falsch, teils für nicht hinreichend. Er zeigt, daß Chomsky seine eigenen Auffassungen

(insbesondere die, Oberflächenstrukturen könnten nicht direkt semantisch behandelt werden) nur in Unkenntnis nicht-distributioneller strukturalistischer Sprachbeschreibungsmethoden entwickeln und im wesentlichen nur durch Gefechte gegen selbst aufgebauete und von niemandem vertretene linguistische Positionen stützen konnte (4-39). Zu knapp bleibt dabei freilich die nur unsystematisch eingestreute Darstellung des funktionellen Strukturalismus (der sprachliche Einheiten unter Berücksichtigung der Semantik feststellt), als daß dessen unterstellte, doch nur in Einzelpunkten vorgeführte Überlegenheit über die Schwierigkeiten der generativen Theorie plausibel würde. Vor allem im Zusammenhang mit der bei Chomsky selbst nicht eindeutigen »Idee einer von den Einzelsprachen unabhängigen und ihnen vorausgehenden Bedeutung« (20) ver säumt es der Verfasser, generative und funktionelle Theorie detailliert miteinander zu konfrontieren. Während also Chomskys Argumente für Tiefenstrukturen, insbesondere die taxonomischen Probleme mit sprachlichen Mehrdeutigkeiten (39-48), ihrer Überzeugungskraft sehr weitgehend beraubt werden, zeichnet sich im Rahmen des Buches keine bessere Alternative ab, Semantik und Grammatik aufeinander zu beziehen. Die Berufung auf »Kontext« und allgemeine »Wertkenntnis« (43) verweist auf Instanzen jenseits des von der Linguistik wissenschaftlich erfaßten Bereichs.

Im zweiten Teil (56-76) wird daran erinnert, daß die in der generativen Schule inzwischen zum Dogma avancierte These, die menschliche Sprachkompetenz enthalte (Weydt schreibt fälschlich: »sei« (56)) die Fähigkeit, mit endlichen Mitteln unendlich viele Sätze hervorzubringen, durch leichtfertige Übertragung mathematischer Prinzipien auf die natürliche Sprache deren wirkliche Eigenschaft nur ungenau wiedergibt. Die Zahl der physiologisch möglichen Sätze könne nur endlich sein, wenn auch »so groß, daß die Möglichkeit, alle diese Sätze zu produzieren, nicht durch Reproduktion schon gehörter Sätze erklärbar ist« (62). An die Bemerkung, daß Humboldt, auf den Chomsky sich beruft, im Gegensatz zu Chomsky von der unendlichen Menge des Denkbaren sprach, knüpft sich eine kritische Diskussion der historischen Selbsteinschätzung der Generativisten als Humboldt-Vollender, mit dem Ergebnis, daß Chomsky in dieser Frage wohl vorwiegend von Hjelmsevs richtiger Definition der Sprache als System zur Generierung unendlich vieler *Texte* beeinflusst wurde (73).

Bei aller Polemik zwischen und in den Zeilen sind beide Textreile an exakter Chomsky-Kritik interessiert. Den anspruchsvollen Titel rechtfertigt freilich nur der dritte Teil (von Weydt und Ezawa: 77-110): mit 103 bibliographisch detailliert kommentierten Originaltiteln und 19 deutschen Übersetzungen bringt er die bisher mit Abstand vollständigste Liste der linguistischen Schriften Chomskys.

Ulrich Schmitz (Duisburg)

Spencer, Hanna: Dichter, Denker, Journalist. Studien zum Werk Heinrich Heines. Verlag Peter Lang, Bern-Frankfurt/M.-Las Vegas 1977 (149 S., br., 29,50 DM).

Woesler, Winfried: Heines Tanzbär. Historisch-literarische Untersuchungen zu »Atta Troll«. Hoffmann und Campe, Hamburg 1978 (474 S., br., 78,— DM).

Kuttenkeuler, Wolfgang (Hrsg.): Heinrich Heine: Artistik und Engagement. Metzler Verlag, Stuttgart 1977 (322 S., br., 42,— DM).

»Heine«, so stellt Hanna Spencer fest, »plädiert geradezu für etwas, was man heute werkimmanente Interpretation nennt.« (35) Die Textstelle in Heines Briefen, auf die sich ihr Satz bezieht, läßt das Urteil als legitim erscheinen. Jedermann, der Heines Schriften zur deutschen Literatur und Philosophie kennt, weiß freilich, daß es absurd ist, in Heine einen Parteigänger werkimmanenter Interpretationsmethoden zu sehen. Die Art und Weise, wie Spencer in diesem Falle zu einem Fehlurteil gelangte, ist charakteristisch für die methodischen Schwächen ihres Buchs insgesamt: Sie interpretiert

sorgsam, aber »werkimmanent« Heinesche Schriften und stößt dabei trotz solider Kenntnisse überall dort auf ihre Grenzen, wo »close reading« eben nicht ausreicht. Diese Schwäche wirkt sich in den sechs, thematisch nicht aufeinander bezogenen Aufsätzen ihres Sammelbands freilich in sehr unterschiedlichem Maße aus. Die Affinität der Anhänger werkimmanenter Literaturwissenschaft zur Lyrik ist bekannt, die Protagonisten dieser Methode haben ihre überzeugendsten Ergebnisse in der Interpretation von Gedichten erzielt. Analog dazu ragen bei Spencer die Interpretation des »Lyrischen Intermezzo Nr. 1« aus dem »Buch der Lieder« und des häufig bearbeiteten Poems »Karl I.« aus dem »Romanzero« hervor. Daß peinlichste Aufmerksamkeit auf Nuancen der Metrik, des Rhythmus, des Klangbilds bei einem so artistischen Dichter wie Heine relevante Ergebnisse zeitig und deshalb dringend geboten ist, wird sehr deutlich. Deutlich wird auch, daß ohne alle Gattungstheorie über das Verhältnis dichterischer, essayistischer und journalistischer Elemente in Heines Prosawerk nichts Ergründliches geschrieben werden kann. Die alte These: »In der Verwischung der Scheidelinie zwischen Dichtung und Berichterstattung ist allerdings auch schon der Keim eines verhängnisvollen Vermächtnisses enthalten und der Beginn einer Art von Journalismus, der die wache Skepsis des Lesers verlangt« (26) sollte man 67 Jahre nach Karl Kraus' »Heine und die Folgen« doch zu beweisen versuchen. Dem Aufsatz über Heines Börne-Schrift fehlt die Reflexion auf die politisch-weltanschauliche Seite der Kontroverse. Hier geht es nicht nur, wie Spencer suggeriert, um die Abgrenzung eines Dichters von einem politischen Schriftsteller, sondern auch um die Abgrenzung von der republikanischen Illusion, politische Demokratie werde per se die soziale und die Emanzipation der Sinne nach sich ziehen. Daß die Arbeit am Text die Beschäftigung mit Literaturtheorie, Literaturgeschichte und Sozialgeschichte nicht ersetzen kann, wird am deutlichsten in den beiden Aufsätzen, die sich mit dem Verhältnis Heines zu Goethe und Nietzsche beschäftigen. Spencer entdeckt zwar einige bisher kaum interpretierte Stellen, an denen Heine Goethesche Motive aufnimmt, vernachlässigt dafür aber den Kern der Heineschen Goethe-Kritik: Goethe sei zwar der Fleisch gewordene Humanismus, die verkörperte Wiedervereinigung der über ein Jahrtausend getrennten Elemente »Geist« und »Sinnlichkeit«, er habe aber seinen Humanismus nur egoistisch erreicht. Aufgabe sei, Verhältnisse zu schaffen, in denen die Ausbildung einer humanen Persönlichkeit jedermann möglich ist.

Das Verhältnis zwischen Nietzsche und Heine ist im Gegensatz zu dem zwischen Heine und Goethe kaum erforscht. Dabei ist das Thema hochinteressant. In der Untersuchung des Verhältnisses der beiden größten deutschen Prosaisten des 19. Jahrhunderts nach Goethes Tod, der beiden Außenseiter mit diskontinuierlicher, aber lang andauernder Wirkung ließe sich Wesentliches erarbeiten über die kulturelle Lage Deutschlands im Vormärz und in der beginnenden imperialistischen Epoche. Statt dessen konzentriert sich Spencer auf »Einflußphilologie«, untersucht also ohne Beachtung des systematischen Stellenwerts des jeweiligen Gedankens, wie Elemente Heineschen Denkens (z.B. der Gedanke vom Tode Gottes) bei Nietzsche wiederkehren. Schon die unterschiedliche Rezeptionsgeschichte Heines und Nietzsches hätte Anlaß genug sein müssen, es sich mit der These, die beiden Autoren seien »eigentlich wesensverwandt« (10), nicht so leicht zu machen.

Spencers Sammlung kurzer, essayistischer Texte, ihre Kombination von Textinterpretation, common sense und hausgemachter Psychologie mutet sehr anglo-amerikanisch an. Woesslers Studie dagegen sehr deutsch, nämlich überaus gründlich bis ins kleinste Detail und ein bißchen langweilig. Ihr Gegenstand ist der »Atta Troll«, Heines Versepos, das die liberale und demokratische Tendenzdichtung verspottet. Wer zuverlässige, umfassende Information über Entstehung, Rezeption, Forschungsstand, gattungsgeschichtliche Aspekte, Erzählstrukturen, Metrik, Schreibweise etc. sucht — hier findet er

alles zu »Atta Troll«, auch die wichtigsten Paralipomena. Es fehlen auch keineswegs Angaben zur Farbe, Papierdicke und Wasserzeichen von Heines Manuskriptpapier. Die von Heine besuchte Pyrenäenlandschaft, in der der »Troll« handelt, wird gleichsam nachgemessen, um zu ermitteln, wo der Dichter aus der Phantasie und wo er nach der Natur schuf. Woesslers Buch ist also weder für Laien noch für die Einführung von Schülern und Studenten geeignet, erfüllt aber eine wichtige Handbuch-Funktion für die Spezialforschung. Mehr will der Autor auch nicht: »In diesen Ermittlungen ... geht es nicht um eine Interpretation, die auf Ancignung des Werks für die Gegenwart abzielt. Vielmehr schlägt diese Arbeit einen anderen Weg ein: den historisch-literarischen. ... Ihre Ergebnisse sind Orientierungshilfen für künftige Versuche, in ein Gespräch über den Autor zu treten und sein Werk in den Horizont heutiger Problemstellungen zu heben.« (Klappentext) Ein Buch mit begrenztem, dafür aber gänzlich erfüllten Anspruch also?

Heine hat in »Shakespeares Mädchen und Frauen« grundsätzliche Einwände gegen die durch Woessler programmatisch vertretene Trennung von historischer Rekonstruktion und gegenwartsbezogener Aneignung formuliert. Die »gewöhnliche Notizenkunde«, die zu »Schädelstätte(n) der Tatsachen« führe, sei nur scheinbar objektiv. Jeder Autor schreibe »unwillkürlich im Geiste seiner eigenen Zeit«, könne und solle die Prägung der Forschungsergebnisse durch seine historische Epoche und seine Subjektivität nicht vermeiden. Die Richtigkeit dieser Einsicht erweist sich auch an Woesslers »außergewöhnlicher Notizenkunde«. Wo er nämlich gegen Ende des Buches stärker interpretierende Passagen präsentiert, wird seine Position höchst anfechtbar. Er rückt Heine sehr stark in die Nähe Gautierscher Positionen, vertritt, vereinfacht gesprochen, die Auffassung, Heine setze der verspotteten Weltanschauung des kleinbürgerlichen Radikalismus und Frühkommunismus keine politische Position entgegen, sondern lediglich das ästhetische Prinzip des *l'art pour l'art*. Heine wendet in seiner Vorrede gegen solche Deutung ein: »Aber du lügst, Brutus, du lügst, Cassius, und auch du lügst, Asinius, wenn ihr behauptet, mein Spott träfe jene Ideen, die eine kostbare Errungenschaft der Menschheit sind und für die ich selber so viel gestritten und gelitten habe.« Selbstverständlich sind gerade bei Heine selbst-interpretierende Vorworte mit Skepsis zu betrachten. Das heißt aber nicht schon immer, daß solchen Selbstdeutungen kein Wahrheitsgehalt zukäme. Heine deutet auch im »Atta Troll« seine Gegenposition an. Er gestaltet sie in der umstrittenen »wilden Jagd«, eine Allegorese, mit der Woessler bezeichnenderweise kaum mehr anfangen kann, als sie motivgeschichtlich auszuleuchten. Goethe, Shakespeare, die Antike, die heidnischen Volksreligionen sind für Heine Bestandteil der »sensualistischen«, »hellenischen« Tradition, derjenigen historischen Linie also, die die Emanzipation des Geistes und der Sinnlichkeit will. Zu ihrem umfassenden Humanismus bekennt sich Heine auch gegen die Sinnenfeindlichkeit der Tendenzdichter. Sie ist eine politische Position, keineswegs nur eine ästhetische, denn ihre Durchsetzung hängt wesentlich von politischen Veränderungen ab.

Die umstrittene Frage nach dem Verhältnis von »Skepsis und Engagement« in Heines Werk steht im Mittelpunkt von Kutteneulers Beitrag zu dem von ihm herausgegebenen Sammelband. Er verfolgt die Stationen der politischen Entwicklung Heines mit dem Ergebnis, dessen Aktualität sei »am ehesten an seinem permanenten Wechsel der politischen, sozialen und ideologischen Fronten festzumachen...« (198) Heines Kritik an aller Theorie und Programmatik, die die Ansprüche des Fleisches auf die Zukunft vertröstet, begreift Kutteneuler als Ausdruck eines Prinzips, »demzufolge Stagnation und Ausflucht in eh beliebige Utopien gleichermaßen abgewehrt und die Möglichkeiten für eine — tunlichst private und ohnehin befristete — Lebenserfüllung permanent ausgelotet werden...« (202) Heine wird hier genau die Haltung zugerechnet, die er (— bei aller Wertschätzung nicht nur von dessen artistischen Fähigkeiten —) bei Goethe

immer scharf kritisiert hat: Lebenserfüllung auf privatem, egoistischem Wege. Sicher war Heine nicht mit dem trockenen Brot zufriedenzustellen, das die Republikaner und kommunistischen Handwerker versprochen. Er wollte Ambrosia, aber für alle.

Heines Formulierungen über die Autonomie der Kunst werden seit je gern von denen zitiert, die den Dichter Heine vom politischen Schriftsteller trennen möchten. Hohendahl legt dar, daß diese Formulierungen nicht als Rückgriff auf romantische Kunstphilosophie zu verstehen sind, sondern in neuem Funktionszusammenhang als Bestandteil einer Strategie gegen die Mechanismen des Literaturmarkts gesehen werden müssen: »Die Selbstgenügsamkeit der Kunst wird der Wall, den Heine gegen den Kulturbetrieb der bürgerlichen Gesellschaft aufrichtet.« (227)

Nicht jeder der fünfzehn Autoren des heterogenen Sammelbands hat soviel Neues zu bieten wie Hohendahl, kaum einer erreicht dessen methodisches Reflexionsniveau. Die Beiträge zur Heine-Rezeption (J. Bark, P. Hasubek) ergänzen Bekanntes bzw. versuchen geringfügige Korrekturen. Auch über Heines Beziehungen zu Cotta (G. Heinemann) und die Techniken seiner literarischen Imagepflege (M. Werner) erfährt man nichts Überraschendes. Die Werkinterpretationen (J.L. Sammonds zu »Troll« und »Wintermärchen«; G. Sauder zu den »Hebräischen Melodien«; M. Bollacher über »Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland«; J. Hermand zu den »Verschiedenen«) konzentrieren sich auf vielfach gedeutete Texte. Sauders trägt Wichtiges zur Klärung der Position des späten, »bekehrten« Heine bei, Hermand beweist, daß wichtige Elemente selbst der berühmt-berüchtigten Gedichte Heines noch unentdeckt sind.

Wichtiger ist insgesamt der Komplex der Beiträge zu Heines Schreibweise. W. Preisdanz schlägt vor, im Sinne des Humorbegriffs, den das frühe 19. Jahrhundert hatte, die »weltvernichtenden«, »weltverhöhrenden«, kritischen Elemente des Humors wieder verstärkt zur Kenntnis zu nehmen und betont in diesem Sinne gegen die geläufige Rede von Ironie und Satire bei Heine die humoristischen Elemente. R. Booß nähert sich Heines Schreibtechnik, indem er den realen Verlauf der historischen Ereignisse in Paris mit Heines Berichten konfrontiert. K. Hamburgers für die Analyse der Prosa-Erzählweise Heines sehr bedeutsamer Aufsatz von 1973 wurde erfreulicherweise wieder aufgenommen. Wulf Wülfing gelingt es, mit den Mitteln der Rhetorik zu bestimmen, was häufig nur unklar umschrieben wird: warum Heines Schreibe »witzig« ist und wie dieser Witz funktioniert. Karl-Heinz Götze (Marburg)

Wülfing, Wulf: *Junges Deutschland. Texte-Kontexte, Abbildungen, Kommentar.* Hanser Verlag, München/Wien 1978 (224 S., br., 14,80 DM).

Schwer zugängliches Material wird hier z.T. erstmals wiederveröffentlicht. Im Abschnitt: »Texte« sind es literarische Feuilletons aus Zeitungen und Zeitschriften, Vorworte und Auszüge aus selten aufgelegten Büchern. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf das literarische Erscheinen des Jungen Deutschland zeigt der Teil »Kontexte«. In Form von Zeitungsartikeln, die von kurzen Tagesnotizen bis zu persönlichen Erklärungen reichen, wird die Geschichte dieser Gruppe vom Bundestagsverbot bis zu ihrem Auseinanderfallen dokumentiert. Den Zusammenhang zwischen beiden Teilen liefert Wülfings Kommentar. Die Liebe zum Detail, die akribische Sorgfalt im Erschließen der historischen Bedeutung von Schlagworten, ist der Lesbarkeit der Interpretationen keineswegs abträglich. Gerade durch die historische Genauigkeit der Darstellung von Demagogieverfolgung, Zensur, Gefängnisstrafen für Journalisten »wegen Beleidigung inländischer und ausländischer Behörden« (118), wird die Aktualität der Vergangenheit deutlich. Texte, Kontexte und Kommentar nehmen je ein Drittel des Bandes ein. Abgerundet wird er durch Abbildungen und Zeittafeln. Das durch diese Zusammenstellung vermittelte historische Kolorit macht den Band als Einführung für gymnasiale

Oberstufe und Anfangsemester geeignet.

Was fehlt ist der begrifflich zentrierende Zugriff. So wird nicht genügend deutlich, was in der literarischen Programmatik der Jungdeutschen das Gemeinsame, wo die Unterschiede waren. In der Haltung zu Goethe hätte sich das dokumentieren lassen. Gemeinsam war die Opposition gegen den aristokratisch gescholtenen Dichterrfürsten, doch wurden in der unterschiedlichen Argumentation Differenzen im ästhetischen Programm deutlich, die später unter dem Druck der Reaktion zum politisch motivierten Auseinanderfallen der Gruppe führten. Bei Wülfing erscheint das Junge Deutschland als literarisch homogene Gruppe, die allein durch die politischen Repressionen im Zusammenhang mit dem Bundestagsverbot von 1835 zur Spaltung gepreßt wurde. Die Angriffsflächen in Fragen der Ästhetik werden nicht sichtbar.

Den Begriff »Jung« beläßt Wülfing in der Vagheit des Vormärz. Sich auf Ludolf Wienbarg berufend, argumentiert er, es sei den Dichtern des Jungen Deutschland bei der Kontrastierung der »Alten« mit den »Jungen« keineswegs um ein Ablehnen alter Leute schlechthin gegangen, sondern jeder, gleich welchen Alters, der es begrüßte, »daß jetzt Alles schreibt, Alles sich um alles bekümmert« (147), sei »jung«. Die Unschärfe in der Definition des Begriffs hat eine falsche Begründung der personellen Zuordnung zur Folge. So trennen nach Wülfings Auffassung nicht die unterschiedlichen weltanschaulich-politischen Voraussetzungen Heine und Börne von den der Jungdeutschen, sondern ihre Geburtsdaten. Allein »auf Grund ihres Alters« (110) seien Heine und Börne zwar Vorbilder der Jungdeutschen, gehören aber nicht zur Gruppe.

Die sinnlich anschauliche Darstellung gibt einen Einstieg in die Problematik des Jungen Deutschland, bedarf aber der Ergänzung durch die begrifflich präziseren Arbeiten Jost Hermands und Walter Dietzes.

Peter Kleiß (Marburg)

Kunst- und Kulturwissenschaften

Pasolini, Pier Paolo: Freibeuterschriften. Die Zerstörung der Kultur des Einzelnen durch die Konsumgesellschaft. Klaus Wagenbach Verlag, Berlin 1978 (142 S., br., 14,80 DM).

Es handelt sich um eine Sammlung von überwiegend Zeitungsartikeln, die unmittelbar vor der Ermordung Pasolinis in den Jahren 1973 und 74 erschienen sind. Ihr Thema — zugleich die zentrale These Pasolinis — ist die Ablösung des traditionellen »Klerikalfaschismus« durch einen modernen »Konsumismus«, der die alten faschistischen Positionen liquidiert und die traditionell-fortschrittlichen Positionen usurpiert. Resultat dieser Entwicklung ist eine den Begriff der Geschichte selbst zurücknehmende revolutionäre Umwertung aller gesellschaftlichen und politischen Werte im Namen eines »konsumistischen Hedonismus« — so die Schlüsselwörter —, der nicht nur dank seiner Strategie einer allumfassenden telekommunikativen Gleichschaltung die autonomen — bäuerlichen, subproletarischen — Lebensformen zerstört und das Bewußtsein der durch ihn kulturell allererst erzeugten Massen zerrüttet, sondern auch den politisch professionellen Kommunisten sämtlicher gewohnten Orientierungsschemata beraubt und ihn zu einer fundamentalen und, was die geforderte Abstraktion von der konkretistisch sich aufdrängenden Realität betrifft (vgl. 58), allenfalls der Marx'schen Analyse des Scheins vergleichbaren Neuorientierung zwingt.

Ob eine Position wie die Pasolinis, die sich radikal selbst gegen den kommunistischen Zeitgeist stellt, die Abtreibung als »Mord« (55) und das Ergebnis des Scheidungsreferendums als Sieg des Amerikanismus (33) beschimpft, noch als eine kommunistische Position zu gelten hat, oder ob sie nicht vielmehr als »subjektiv, persönlich, minoritär« (61), d.h. als eine der Verallgemeinerung und politischen Einschätzung nicht

mehr fähige Position eingestuft werden muß, ist — Pasolini nimmt die gegen ihn gerichtete Polemik in jedem Artikel neu auf — der zentrale Punkt zumal der innerparteilichen Diskussion. Es ist die zentrale Überlegung, sofern es gelingt, sie aus dem diffamierenden Zusammenhang, in dem sie angestellt zu werden pflegt, herauszulösen. In der Tat behauptet Pasolinis minoritäre Position als Homosexueller sich als die transzendente Bedingung der Erkenntnis nicht etwa nur der gesellschaftlichen Situation von Minoritäten, sondern im Gegenteil der gesamtgesellschaftlichen Situation überhaupt. Minorität muß man sein, Opfer, nicht Kommunist, Politiker und Partner im »historischen Kompromiß«, um, das ist die These, die Pasolini nicht unbewiesen läßt, begreifen zu können, was sich mit der undurchschaubaren Unwiderstehlichkeit einer »anthropologischen 'Mutation'« (34) als die »erste, wahre Revolution von rechts« (27-28) vollzieht.

Der exzentrische Standort der politischen Erkenntnis läßt diese nicht unbeschädigt. Daß per definitionem nur Minoritäten durchschauen, was sich mit der Schwerkraft eines von der Mehrheit getragenen und von den Produktivkräften selbst gewiesenen Konsenses vollzieht, macht nicht ihren Triumph aus, der sie für die Bitterkeit der aufgedrungenen Erkenntnis als einer Erfahrung am eigenen bedrohten Leibe entschädigt; es entpolitisiert ihre Erkenntnis, macht sie politisch falsch. Zu Recht zwar besteht Pasolini darauf, die politische Dimension der von ihm diagnostizierten Veränderung sei die theoretische Aufgabe der kommunistischen Diskussion und nicht sein privates, seiner sexuellen Abweichung nämlich geschuldetes Problem. Aber auch wenn, was ihm allenfalls als ein Minderheitenrecht konzidiert wird, die Legitimität einer politischen Forderung hat: Es spiegelt nur die von ihm selbst diagnostizierte Entpolitisierung, wenn er die politischen Erfahrungen, die er als Angehöriger einer durch ihre Lebensform identifizierten Minorität macht, in die Forderung nach radikaler Neubestimmung der *Lebensform* der noch immer durch ihre *ökonomische Situation* definierten Majorität umsetzt.

Ein Kulturkritiker also, der die Realität nach dem Modell einer die politische Dimension im Ansatz bereits verfehlenden Kritik konstruiert, die die fehlende politische Bestimmung als Desiderat an die Realität bzw. an die Kommunisten zurückgibt? Möglicherweise liegt der Fall genau so, und das mag einem auf Dauer den Geschmack an den »Freibeuterschriften« verderben. Freilich ist die Identifizierung von Pasolinis Position als eine im übertragenen, politischen Sinn minoritäre, d.h. unpolitische Position nicht zu verwechseln mit einer Billigung jener kahlen Politik, die das, was Pasolini möglicherweise falsch analysiert, zu analysieren überhaupt unterläßt. Denn auch wenn die im Zusammenhang einer überaus radikalen Kritik scheinbar zu vernachlässigende Vernachlässigung des Politischen der Unterschied ums Ganze ist, so ist es doch nicht zuletzt die Schuld der Politik, wenn das Ganze sich unversehens auf der anderen Seite wiederfindet.

Ilse Bindseil (Berlin/West)

Rotermund, Hermann: Ästhetische Bedürfnisse. Zur materialistischen Analyse ihrer gesellschaftlichen Funktion. Materialismus Verlag, Frankfurt/M. 1977 (245 S., br., 20,— DM).

Rotermund will den Begriff »ästhetische Bedürfnisse« inhaltlich und seinen Stellenwert innerhalb der marxistischen Ästhetik bestimmen. Der Aufbau der Arbeit folgt einem systematischen Ableitungszusammenhang: erkenntnistheoretische Ausgangspunkte — Besonderheit der ästhetischen Aneignung von Realität — Bedürfnisse, allgemein — ästhetische Bedürfnisse. Neben einer ausführlichen Referierung der marxistischen Diskussion (unter Einbeziehung von Arbeiten aus sozialistischen Ländern) und einer Auseinandersetzung mit einschlägigen bürgerlichen Positionen bietet das Buch, vor allem im letzten Teil, erfreulicherweise auch empirisches Material zum kulturellen

—, ästhetischen — und Medienverhalten in der BRD (teilweise im Vergleich zur DDR). Dies erhöht die Praxisrelevanz der theoretischen Überlegungen.

In den beiden ersten Kapiteln befaßt sich Rotermond mit folgenden Problemkomplexen: Naturdialektik — Widerspiegelungstheorie — Ideologiebegriff, bzw. Autonomie der Kunst (Verhältnis Kunst und Gesellschaft) — Gegenstand der Kunst (Besonderheit der ästhetischen Aneignung von Realität gegenüber anderen Aneignungsarten) — Kunst und Produktion — Kunstrezeption — Funktion der Kunst.

Rotermond geht bei der Ableitung des »Wesens menschlicher Bedürfnisse« aus von der Produktionstätigkeit. Da der Produktionsprozeß ausschlaggebend für die Entstehung und Qualität der Bedürfnisse ist, hat der Bedürfnisbegriff »keinen wesentlich psychologischen, sondern einen wesentlich sozialhistorischen Inhalt« (116). Trotz »Wesensverschiebung der Bedürfnisse« (d.h. Ausbildung ihrer sozialen Natur) beim Eintritt des Menschen in die Geschichte bleibt ein »natürliches Substrat« erhalten. Zwar ist z.B. das Bedürfnis, ein Schnitzel zu essen, historisch entstanden (abhängig von der Möglichkeit, ein Schnitzel zu produzieren), doch liegt ihm ein gleichbleibendes Abstraktum zugrunde, der Hunger. Der Entwicklungsstand der Produktivkräfte ist bestimmend für Art und Umfang der Bedürfnisse und die Weise ihrer Befriedigung (118). Die Konstruktion »quasi überhistorischer sozialer Grundbedürfnisse« erscheint deshalb, wie Rotermond feststellt, »wenig sinnvoll«. In antagonistischen Gesellschaften sind »klassenspezifische Grundmuster für Bedürfnisse« neben »für die ganze Formation repräsentativen Bedürfnissen« zu berücksichtigen (123). Die formationsrepräsentativen Bedürfnisse können nur von der jeweils herrschenden Klasse ausgebildet werden (121). Sie stellen die obere Grenze der Bedürfnisentwicklung in einer Gesellschaft dar. Die untere Grenze der Bedürfnisentwicklung bezeichnet Rotermond als »notwendige Bedürfnisse«, die zur Aufrechterhaltung des Systems unbedingt befriedigt werden müssen (122). So entsteht die für die bürgerliche Gesellschaft typische Diskrepanz zwischen real möglichen und real existierenden Bedürfnissen auf der Grundlage des bestehenden Produktivkraftniveaus (135).

Da jedes Bedürfnis zunächst Bedürfnis nach etwas ist, strukturieren sich nach Rotermond die Bedürfnisse nach Bedürfnisobjekten. Hieraus leitet Rotermond die Unterscheidung von »materiellen« und »geistigen« Bedürfnissen« ab (137). Dieses auch von Teilen der bürgerlichen Psychologie propagierte Einteilungsprinzip scheint fragwürdig, führt es doch dort zu einer voluntaristischen »Bedürfnisinflation« bzw. zu mechanischen Entsprechungskonzepten von Bedürfnis und Bedürfnisobjekt. Es steht auch in einem gewissen Gegensatz zu Rotermonds sonstigen Ausführungen. Geht man einseitig von den Bedürfnisobjekten aus, reduziert sich der geschichtliche Aspekt der Bedürfnisse auf die Geschichtlichkeit der Produkte. Die Geschichtlichkeit der Produktion, in die, wie Rotermond selbst erklärt, die Bedürfnisse als Antriebsmomente funktional involviert sind, bleibt außer Betracht. Zudem sind Bedürfnisse nicht nur in ihrer Gegenstandsbezogenheit und als Antriebsmomente der (Produktions-)Tätigkeit historisch variabel (das ist ihr objektiver Aspekt), sondern auch hinsichtlich ihrer Funktionalität in der Organisation der Persönlichkeit (Subjektbezogenheit). Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer historisch-funktionalen Behandlung des Bedürfnisproblems, die individuumzentrierte Betrachtung und gesamtgesellschaftliche Perspektive methodisch und theoretisch konsequent in Zusammenhang stellt.

Ästhetische Bedürfnisse sind wie alle Bedürfnisse ein auf Aneignung gerichtetes Verhältnis der Menschen zur Wirklichkeit. Sie haben als Teil der kulturellen Bedürfnisse wesentlich einen geistigen Inhalt. Die auf Kunst gerichteten Bedürfnisse gliedert Rotermond nach »künstlerisch-rezeptiven Bedürfnissen« und »künstlerisch-schöpferischen Bedürfnissen«. Die Rezeption von Kunstwerken nimmt vermittelt der Sphäre der gesellschaftlichen Kommunikation über Kunst Einfluß auf die Kunstproduktion. Ande-

rerseits hängt die Entwicklung künstlerisch-rezeptiver Bedürfnisse von der gesellschaftlichen Propaganda möglicher Gebrauchsweisen ab. Da außerdem in antagonistischen Gesellschaften der Zugang zur Kunst sozial limitiert und differenziert ist, werden zum herrschenden Verständnis alternative Gebrauchsweisen von Kunst im Kapitalismus entscheidend gehemmt (150f.). Künstlerisch-schöpferische Bedürfnisse sind das unmittelbare Antriebsmoment der Kunstproduktion. Sie werden nicht nur von vorgängiger Kunstrezeption, sondern durch die Wahrnehmung aller ästhetischer Seiten der Wirklichkeit gespeist. Befriedigung künstlerisch-schöpferischer Bedürfnisse bedeutet künstlerische Bearbeitung eines Gegenstandes *und* Aneignung und Vervollkommnung einer bestimmten Seite der Persönlichkeit. Bedürfnis nach Kunst impliziert das Bedürfnis, den Vorgang der Kunstproduktion nachzuvollziehen (153). Gegenstand der umfassenderen ästhetischen Bedürfnisse ist das »objektiv Ästhetische« als Bestandteil des 'ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse', das angetrieben durch ästhetische Bedürfnisse in der ästhetischen Tätigkeit angeeignet wird (170f.).

Das »objektiv Ästhetische« teilt Rotermond in »Kunstschönes« und »Naturschönes«. Während das »Kunstschönes« in Gestalt eines Kunstwerkes durch verschiedene Rezeption einem historischen Wandel unterliege, bleibe das »Naturschöne« gleich (171f.). Nun ist nicht zu leugnen, daß die Rezeption eines Kunstwerkes in der Geschichte wechselt, doch bedeutet das keine Änderung des Kunstwerkes selbst, wie Rotermond behauptet. Historisch variabel ist nur die Entdeckung von bisher unbekanntem Bedeutungsdimensionen und Gebrauchsweisen des Werkes, die jedoch von vorneherein als potentiell Auffindbare im Werk vorhanden sind. Rotermonds tendenziell subjektivistischer Werkbegriff steht im Gegensatz zur eigenen erkenntnistheoretischen Grundposition, wonach der Gegenstand unabhängig vom erkennenden Subjekt existiert. Das ist auch für die Wahrnehmung von Kunstwerken geltend zu machen. Vom *Gegenstand* ästhetischer Bedürfnisse unterscheidet Rotermond ihren *Inhalt*. Der gesellschaftliche Inhalt ästhetischer Bedürfnisse ist die Verwirklichung des Beziehungsreichtums des menschlichen Wesens. Ästhetische Bedürfnisse sind deshalb ein »Medium der Persönlichkeitsentwicklung«. In ihnen »spiegeln sich die vergegenständlichten schöpferischen Potenzen der Menschen wider« (177). Der Inhalt ästhetischer Bedürfnisse in der bürgerlichen Gesellschaft ist ambivalent: »Einerseits werden sie 'hinter dem Rücken' der Subjekte zu Medien der Durchsetzung des Tauschwertprinzips, andererseits repräsentieren sie den Anspruch auf Entwicklung und Perspektive für die Persönlichkeit, auf einen menschlichen Nutzen des Schönen.« (184)

Abschließend bleibt festzustellen, daß Rotermond am Beispiel der ästhetischen Bedürfnisse einen vom Ansatz her produktiven Versuch unternimmt, problemorientiert die marxistische Diskussion auf den Gebieten der Erkenntnistheorie und Ästhetik der Diskussion um eine marxistische Psychologie ein Stück näher zu bringen. Er entspricht damit einem Bedarf fortschrittlicher Kulturpolitik. Daß er, besonders hinsichtlich psychologischer Aspekte ästhetischer Tätigkeit und Bedürfnisse, nicht die methodische Strenge und das theoretische Niveau der Kritischen Psychologie erreicht, kann als Aufforderung verstanden werden, in dieser Richtung weiterzuarbeiten.

Jürgen Grimm (Mannheim)

Warnke, Martin: Bau und Überbau. Soziologie der mittelalterlichen Architektur nach den Schriftquellen. Syndikat, Frankfurt/M. 1976 (239 S., Ln., 44,— DM).

Warnkes Buch ist der Versuch eines kunstsoziologischen Modellentwurfs, entwickelt an der westeuropäischen Architektur des 11. bis 13. Jahrhunderts. Kritisiert werden die bisherigen stil- und geistesgeschichtlichen sowie kunstsoziologischen Deutungsversuche, verhindert doch die Beschränkung der Analyse auf die Interpretation der Form die Verbindung der Kunstwerke zu deren historischen Entstehungsbedingungen und redu-

ziert infolgedessen die komplexe Gestalt der Kunstwerke auf vorgefaßte Stilbegriffe, während die Kunstsoziologie stilgeschichtliche mit sozialhistorischen Kategorien kombiniert oder nur oberflächliche Analogien zwischen architektonischer und gesellschaftlicher Entwicklung herstellt. Warnke dagegen rückt die überlieferten und schon publizierten Schriftquellen der mittelalterlichen Architekturszene in den Mittelpunkt, die bisher für die Interpretation der Kunstwerke kaum herangezogen wurden. »Die Kunstsoziologie, die noch zu sehr von den Vorleistungen anderer Methoden zehrt, hat nicht erkannt, daß mit den überlieferten Schriftquellen eine ihr spezifische Materialgrundlage zur Verfügung stand.« (7)

In der Einleitung wird der Begriff des »Anspruchsniveaus« eingeführt und erläutert: »Als ein kunstgeschichtliches Anspruchsniveau sei der Umfang baulicher oder künstlerischer Leistungen bezeichnet, der es in einer geschichtlichen Epoche Individuen oder Gruppen ermöglicht, ihre soziale Stellung und Funktion sichtbar zu bestimmen oder zu erfahren.« (13) Im 1. Hauptteil korrigiert Warnke die bisherigen monolithischen Vorstellungen über die Bauträger (Eigenmittel/Fremdmittel): Immer weniger können die Bauträger ihre Bauprojekte mit eigenen Mitteln ausführen. Aus diesem Grund wird die finanzielle Unterstützung von außen immer nötiger, was eine Öffnung gegenüber Vorstellungen der Hilfegebenden zur Folge hat. Bauwerke können infolgedessen nicht länger als Verkörperung der Vorstellungen nur eines Bauherrn verstanden werden. Der 2. Hauptteil behandelt die Konsequenzen der erweiterten Bauträgerschaft: Zurückdrängung partikularer Interessen und Verallgemeinerung der Bauziele (*opus dei* = Gotteswerk und *publica utilitas* = öffentliche Nützlichkeit). Die entscheidende Rolle der Geldwirtschaft wird im 3. Hauptteil aufgezeigt. Die Monetarisierung ermöglicht die überregionale Mobilisierung materieller und persönlicher Ressourcen (Heranziehung entfernter Baumaterials/Berufung auswärtiger Baumeister und Fachkräfte) und führt zur Ausbildung neuer Verwaltungs- und Berufsgruppen und -typen (Bauverwalter/Architekt).

Warnkes Modellentwurf wird hoffentlich Ausgangspunkt für historisch-materialistisch orientierte Forschungen sein. Herzustellen wäre die Verbindung zur Analyse der Form.

Joachim Petsch (Bonn)

Baxandall, Michael: Die Wirklichkeit der Bilder. Malerei und Erfahrung im Italien des 15. Jahrhunderts. Syndikat, Frankfurt/M. 1977 (196 S., Ln., 38,— DM).

Baxandalls zentrale These lautet: »Gesellschaftliche Tatsachen ... führen zu der Herausbildung spezifischer visueller Fertigkeiten und Gewohnheiten; und diese Fertigkeiten und Gewohnheiten verdichten sich zu identifizierbaren Elementen im Stil des Malers.« (7) Als Beispiel wählt Baxandall die italienische, dabei v.a. die florentinische, Malerei des Quattrocento. Im ersten Teil des Buches wird die Struktur des Gemäldehandels im 15. Jahrhundert untersucht. Baxandall bleibt allerdings im wesentlichen bei der Aufführung von Beispielen stehen; die Struktur des Kunstmarktes wird nicht deutlich. Der Autor betont zu Recht immer wieder die bedeutende Rolle des Geldes (so werden zahlreiche Preisangaben für einzelne Bilder und Farben mitgeteilt), der Leser erhält aber keine Aufklärung über die entwickelten Münzverhältnisse der damaligen Zeit. Die Preisangaben sind wechselweise in Florin, Goldflorin, Lire, Dukaten, Solidi usw., ohne daß irgendetwas über den Wert dieser Münzen, geschweige ihre Beziehung zueinander gesagt wird. Interessant wäre es auch gewesen, etwas darüber zu erfahren, wie diese Preise in Relation zu denen für andere Dinge, z.B. solchen des täglichen Bedarfs, stehen. Auch die soziale Herkunft der Auftraggeber ist für Baxandall kein Thema.

Der zweite Teil des Buches ist am besten gelungen. Hier wird demonstriert wie die visuellen Fähigkeiten, die sich im Alltagsleben entwickelt haben, den Stil eines Malers beeinflussen können. Dies wird vorgeführt an der Interdependenz zwischen handelska-

pitalistischer Meßkunst und Proportionslehre und an der konventionalisierten Gestik von Predigt und Tanz, die bei verschiedenen Malern (u.a. Piero della Francesca, Fra Angelico, Botticelli) ihren je spezifischen Niederschlag finden.

Im dritten Teil wird »das grundlegende Rüstzeug« (7), mittels dessen Bilder damals betrachtet wurden, mit Hilfe von 16 ausgesuchten Begriffen ermittelt. Davon ausgehend soll auf visuelle Gewohnheiten geschlossen werden (135). Auch hier bleibt Baxandall etwas in der Faktographie stecken. Zuordnung und Kontext der Begriffe (»Natur«, »Reliefwirkung«, »Mühelosigkeit« usw.) wird nicht recht deutlich.

Die kurze Schlußbemerkung wirkt deshalb auch etwas aufgesetzt. Zurecht wendet Baxandall gegen eine Sozialgeschichte, die völlig an der Stilgeschichte vorbei geht, ein: »Man wird den Gemälden nicht auf der philisterhaften Ebene einer illustrierten Sozialgeschichte näherkommen« (185). Doch der eigene Anspruch mangelt im vorliegenden Werk noch der materiellen Umsetzung.

Die Übersetzung von Hans-Günter Holl ist gut, wenn auch gelegentlich deutlich wird, daß dem Autor der historische Kontext nicht sehr vertraut ist. So ist von einer »Leinweberzunft« (16) die Rede, die es in Florenz nicht gegeben hat (vielmehr war das Ziel der meisten sozialen Kämpfe ihre Errichtung). Negativ ist auch anzumerken, daß in das reine Namensregister nicht wenigstens auch Ortsnamen aufgenommen wurden und daß die Zwischenüberschriften zwar im Inhaltsverzeichnis stehen, im Text aber fehlen, was ein lästiges Hin- und Herblättern zur Folge hat.

Positiv hervorzuheben sind die vorzügliche Bebilderung und die relativ geringe Zahl der Druckfehler, die sich bei den italienischen Begriffen und Zitaten allerdings häufen.

Ernst Piper (Berlin/West)

Soziologie

Braverman, Harry: Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß. Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1977 (344 S., Ln., 36,— DM).

Braverman beschränkt sein Thema, die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, auf die objektive Seite des Entwicklungsganges der industriellen Produktions- und Lohnarbeitsverhältnisse. Dieser Umstand verlangt nach einem Maßstab der kritischen Würdigung, der den Stand der mit der Marschen Theorie in *eigener* Tradition befaßten amerikanischen (im Bereich der politischen Ökonomie weithin durch Sweezy geprägten) kritischen Sozialwissenschaften nicht unterschlägt. In dieser Diskussion und auch für industriesoziologische Forschung in Westeuropa ist Bravermans Studie als zweifach anregender Fortschritt zu begreifen. Zum einen legt der Autor den Versuch vor, die bisherigen bloß historisch oder ideologiekritisch verfahrenen Beschreibungen des Zusammenhangs von herrschenden industriellen und wissenschaftlichen Interessen (wie etwa L. Baritz' industriesoziologische Studie *The Servants of Power*) mit der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie zu verbinden und auf die modernen Entwicklungsstufen der kapitalistischen Produktionsweise anzuwenden. Aus bloßer Deskription wird bei Braverman reichhaltig beschreibende Analyse. — Zum zweiten überwindet Braverman — freilich in den Denkformen eines an Sweezy geschulten Theorieverständnisses — jene beschränkte Sichtweise der amerikanischen politischen Ökonomen, die im 'Spätkapitalismus' aus der imperialistischen Vormachtstellung (und beispielsweise den Rüstungsausgaben) der USA einerseits und dem Grad der Ausdehnung der Dienstleistungssektoren andererseits eine Schmälerung des Anteils der Arbeiter in der Klassenstruktur folgern und in den Konflikten zwischen 'reichen' und 'armen' Ländern die entscheidenden Klauseinsetzungen der Zukunft sehen. Braverman zwingt den Blick der kritischen Sozialwissenschaftler zurück auf die *eigene*, im kapitalistischen

Arbeitsprozeß erweiterte, das Kapital produzierende und reproduzierende Klasse der Lohnabhängigen (wobei er das Problem der Staatsarbeiter zunächst ausklammert). Er bezieht gerade jene neuen Lohnarbeiterschichten in seine Analyse ein (Angestellte: Techniker, kaufmännisches Personal, Dienstleistungsberufe), ohne deren Integration in die Arbeiterbewegung gesellschaftliche Emanzipation nicht mehr zustimmungsfähig ist. Von den Widersprüchen zwischen imperialistischen Industriestaaten und 'Dritter Welt' begibt sich Braverman, und das hat in den USA die gebührende Aufmerksamkeit erregt, wieder ins heimische Zentrum der 'Plusmacherei' und der entwickelten gesellschaftlichen Arbeitsformen.

Mein positives Urteil gilt gerade der Schärfe, mit der der Autor das Fortbestehen realer Dequalifikationstendenzen im Konsumtionsprozeß der Ware Arbeitskraft auch dort zeigt, wo manche Automationsforscher schon die Notwendigkeit einer tendenziell allseitigen Ausbildung des Arbeitskörpers als 'innere Vernunft' der Produktivkraftentwicklung am Werke sehen. Wir befinden uns, so zeigt Braverman an vielfältigen Beispielen aus Fabrik und Büro, noch auf einer Stufe verschärfter Widersprüche, auf der die Verfügungsgewalt des Kapitals über den Produktionsprozeß — unter steigenden 'gesellschaftlichen Kosten' und sich zuspitzenden Konflikten — seiner ökonomischen Tendenz nach die lebendige Arbeit ersetzt, verflüssigt, wieder verknöchert und dequalifiziert. Dieser Prozeß ergreift stets neue Lohnabhängigenschichten, und es verschärft sich der Widerspruch zwischen dem *Gesamtniveau*, auf dem technische Produktionsprozesse qualifikatorisch beherrscht werden müssen, und der *Verteilung* der konkreten Anforderungen auf die verschiedenen Glieder des Arbeitskörpers. Wo andere Industriesoziologen neue, allseitige Qualifikationen erfordernde Arbeitsarten schon herangebildet sehen, verweist Braverman auf die objektiv gesetzte, vorherrschende und sich weiter ausprägende Gestalt zentralisierender Rationalisierungsprozesse. Mag seine Analyse als 'ökonomistisch' in der Methode kritisiert werden: Sie erfaßt den 'Ökonomismus' des Kapitals gegenüber der lebendigen Arbeit. Der Prozeß zunehmender Verwissenschaftlichung der materiellen Produktion, den Braverman als vorwärtstreibendes Moment durchaus in seine Analyse miteinbezieht, bleibt für ihn eingebannt in die Verkaufsformen kapitalistischer Technikentwicklung und Arbeitsorganisation, wie er gerade an der Integration 'geistiger' Arbeitsarten überzeugend zeigt.

Einige Einwände treten gegenüber dieser wesentlichen Erkenntnisperspektive der Studie und ihrem qualitativen Ertrag in den Hintergrund. Gewiß wäre das Verfahren, die Motive der Unternehmensleitungen, etwa ihre Kontrolle über die lebendige Arbeit, zuweilen als letzte 'Zwecke' zu behandeln, vom Kopf auf die Füße zu stellen. Gewiß schimmert durch die Darstellung des Degradierungsprozesses der Arbeit eine Idealisierung von Facharbeit durch, die auch in den ersten industriesoziologischen Studien der BRD vorherrschte. Gewiß spürt Braverman zu wenig den qualifizierteren Formen der gesellschaftlichen Arbeit nach, die schon unter kapitalistischen Produktionsbedingungen auf den Entwicklungsstufen zur automatischen Steuerung des Fertigungsprozesses im Keime angelegt sind. Es fehlt in seiner Studie weithin die Reflexion auf die Arbeitsformen der entwickelten Produktivkräfte, an denen die alltäglichen Lohnarbeiterinteressen sich zum Bedürfnis nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen verdichten können. Ich sehe den mangelnden Einbezug dieser widersprüchlichen Elemente, die auf eine grundlegende gesellschaftliche Beherrschbarkeit der Reichtumsproduktion durch die Produzenten selbst drängen, als Teil der eingangs genannten Beschränkung: Braverman hat die Geschichte des Widerstands der Arbeiter, der Bildung und Praxis ihrer Organisationen nicht in seine Untersuchung aufgenommen. Diese Grenzen seines Themas hat der Autor klar ausgesprochen und begründet; sie schmälern für mich nicht entscheidend den theoretischen und empirischen Gehalt seiner Analyse. Eine Zuspitzung der Kritik auf jene Schwächen verfehlte m.E. das qualitativ Neue, das Braver-

mans Arbeit auch für die wissenschaftliche Forschung in der BRD repräsentiert. Andersherum: eine vergleichbare materialistische Darstellung des Gegenstands steht in der westdeutschen Auseinandersetzung noch aus. Ulf Kadritzke (Berlin/West)

Braverman, Harry: Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß. Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1977 (344 S., Ln., 36,— DM).

Der amerikanische Soziologe Daniel Bell hat den berühmten Bericht Taylors über die Neuorganisation des Roheisenverladens bei der Bethlehem Steel Co. so wiedergegeben: »Doch im Jahre 1899 erlangte Taylors Berühmtheit, als er einem Deutschen namens Schmidt heibrachte, 47 t statt 12 1/2 t Roheisen pro Tag zu schaufeln. Jede Einzelheit der Arbeit des Mannes war genau festgelegt: die Größe der Schaufel, wie tief die Schaufel in den Materialhaufen eindringen sollte, das Gewicht der Schaufellast, die Entfernung, die der Arbeiter zu gehen hatte, die Schwungbewegung der Schaufel, und die Ruhepausen, die Schmidt einlegen sollte.« Braverman bemerkt hierzu (88), der Skandal bestehe nicht so sehr darin, daß Bell sich offenbar nur aus zweiter Hand über Taylor informiert habe, der das Roheisenverladen und das Schaufeln als zwei verschiedene Arbeitsgänge diskutiert; skandalös sei vor allem die Vorstellung eines Arbeitsprozesses, bei dem jemand schwere Roheisenbarren zu ca. 40 kg das Stück zum Zwecke ihres Transports auf einer Schaufel balanciert. Zu solch wirklichkeitsfremder, scheinpräzise aufgeplusterter Borniertheit akademischer Soziologie ist das Braverman'sche Buch das genaue Gegenteil an erfahrener Sachverständigkeit, begrifflicher Klarheit und gesellschaftlichem Engagement. Sein Autor weiß, wovon er redet; er war gelernter Kupferschmied und in weiteren Berufen vor allem der metallverarbeitenden Industrie beschäftigt, war Journalist, Lektor und Geschäftsführer im Verlagswesen, der »die Umstellung von einem herkömmlichen auf ein computergesteuertes Bürosystem« (16) selbst mitkonzipiert hat. Er war in der sozialistischen Bewegung aktiv und hat sich die Marx'sche Sicht des kapitalistischen Produktionsprozesses, der Grundlagen und Triebkräfte seiner unaufhörlichen Umwälzungen zu eigen gemacht. »Der arbeitenden Bevölkerung stellt sich diese Umformung erstens als eine ständige Veränderung in den Arbeitsprozessen jedes Industriezweiges und zweitens als Neuverteilung der Arbeit auf Berufe und Gewerbeziege dar.« (17) Beides macht Braverman zum Hauptgegenstand seiner Untersuchung. In seinem Buch finden sich ausgezeichnete Analysen von Arbeitstätigkeiten und betrieblichen Organisationsstrukturen, deren Begrifflichkeit im Befreiungsprozeß der Produzenten Kriterium und Perspektive hat. »Schlüsselement in der Entwicklung der Maschine« ist »nicht ihre Größe, Komplexität oder Arbeitsgeschwindigkeit, sondern die Art, wie ihre Tätigkeit *gesteuert* wird.« (147) Überall soll die Analyse »mit Hilfe des Verständnisses der historischen Entwicklung vorgehen, deren Ergebnis die modernen Gesellschaftsformen sind.« (24) Ausgangspunkt ist die Untersuchung der Arbeit als gesellschaftliche Natur des Menschen; Material aus Verhaltensforschung, Anthropologie und Ethnologie wird herangezogen, um die Entwicklung menschlicher Gesellschaftlichkeit aus der Naturgeschichte herauszuarbeiten. In diesem Zusammenhang tritt eine grundlegende Schwäche der Braverman'schen Analyse zutage: in einer Nebenbemerkung findet sich eine Kritik an Fourier, den bewußten, zweckbestimmten Charakter der Menschenarbeit (im Unterschied zur instinktgeleiteten Geschäftigkeit der Tiere) als direkte Ursache für die »Qual der widerwärtigen Arbeit« aufzufassen, bedeute, alle Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung zu überspringen, »die das erste Zutagetreten der menschlichen Arbeit aus vormenschlichen Formen und die Arbeit in ihrer modernen Gestalt voneinander trennen.« (46) In dieser zunächst völlig richtigen Kritik deutet sich zugleich eine Geschichtsphilosophie an, die seit den Ursprüngen der Menschwerdung in der Arbeit nur noch den Abstieg in die Arbeitsqual, »die fortschreitende Entfremdung des Produktionsprozesses im Hinblick auf den Arbei-

ter« (54) kennt. Was die Menschheit als ganze auch immer gewinnen mag, es verliert der Einzelne. Konkret: Braverman analysiert die Automatisierung in Produktion und Verwaltung als einen Prozeß, in dem mit wachsender Selbständigkeit und Vervollkommnung der Maschinerie Steuer- und Kontrollmacht vom Arbeiter abgezogen und in den Dienst des Eigentums dieser Maschinerie gepreßt werde. Mit der Automation im Kapitalismus habe die Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit nicht länger bloß metaphorische Bedeutung, die Bedeutung der »Herrschaft des Reichtums über die Armut, des Arbeitgebers über den Arbeitnehmer oder des Kapitals über die Arbeit im Sinne ... eines Machtverhältnisses«, sondern sei »eine physische Tatsache. Und dies wird ... durch den unaufhörlichen Trend zu einer Vergrößerung und Vervollkommnung der Maschinen einerseits und zu einer Degradierung der Arbeiter andererseits herbeigeführt.« (177f.) Von diesem Tiefpunkt menschlicher Geschichte ist nur durch einen gewaltigen und unvermittelten Sprung zur Freisetzung dessen zu gelangen, was Braverman im selben Atemzug die Möglichkeiten eines automatischen Maschinensystems nennt, angesichts dessen »die Arbeitsteilung ... mit jedem Tag, der vergeht, archaischer wird«: »Ein automatisches Maschinensystem eröffnet die Möglichkeit echter Kontrolle über eine hochgradig produktive Fabrik durch eine relativ kleine Gruppe von Arbeitern ... Diese Tendenz, die Arbeit zu vergesellschaften und aus ihr ein Ingenieurunternehmen auf einem hohen Niveau technischer Leistung zu machen, ist — abstrakt betrachtet — ein sehr viel auffälligeres Kennzeichen der Maschinerie in ihrem voll entwickelten Stadium als irgendein anderes Merkmal.« (179) Wie kann nun ein so auffälliges »Kennzeichen der Maschinerie in ihrem voll entwickelten Stadium« so vollständig eskamotiert werden, daß es nicht einmal mehr in Spurenelementen auffindbar ist? Wenn die zitierte Bestimmung automatisierter Maschinerie nicht bloß ausgedacht sein, sondern wirkliche Entwicklung zum Grunde haben soll, dann müßte diese, trotz aller entgegenwirkenden gesellschaftlichen Verhältnisse, in allen auch verdrehten und pervertierten Formen, als eine widerständige Triebkraft in der gesellschaftlichen Arbeit real wirksam sein. Also wären Herrschaft des Kapitals und Degradation der Arbeit keinesfalls vollständig, also wären die Widersprüche *mitsamt* den auf Befreiung der Produzenten drängenden Tendenzen in der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit konkret aufzuweisen, wären transitorische Ersatzlösungen und historische Perspektive auseinanderzuhalten. Damit hat Braverman Schwierigkeiten: Er behauptet die »universelle Anwendung des Taylorismus auf die Arbeit in ihren verschiedenen Formen und Entwicklungsstadien, unabhängig von der Art der verwandten Technologie«. (73) Aber schon bei Taylor kommt (trotz gegenteiliger Versicherungen) bei der »Taylorisierung« der Verlade- oder Schaufelarbeiten etwas anderes heraus als bei den Tätigkeitsveränderungen an Metallbearbeitungsmaschinen (vgl. hierzu Projektgruppe Automation und Qualifikation, Entwicklung der Arbeit, Berlin 1978, S. 110ff.). Nicht jede Arbeit gestattet in gleicher Weise ihre Vereinfachung und atomisierte Aufsplitterung, nicht jede erlaubt es, Planung und Handlungsregulation aus ihr herauszuziehen. Wo Braverman auf Elemente der Verwissenschaftlichung in den Tätigkeiten fortgeschrittener Arbeitsprozesse stößt, neigt er dazu, sie zu unterschätzen und ihre Bedeutung herunterzuspielen: so lerne der Teileprogrammierer von NC-Maschinen statt des »Handwerks der Metallbearbeitung« »lediglich den Schatten des Prozesses in tabulierter und typisierter Form« (157). An der automatischen Datenverarbeitung findet Braverman die generelle »Entwicklung des Arbeitsprozesses in gedrängter Form reproduziert«: Hätten ursprünglich die Datenverarbeitungsberufe die »Merkmale eines Handwerks« aufgewiesen, so werde schließlich der mit der »Umstellung auf Computer geschaffene größte einzelne Beruf ... der des Lochers an der Lochkartenmaschine«, »typisch für die Richtung ... , die die Büroarbeit nimmt« (254); dies trotz der Entwicklung zum optischen Beleglesen, der Zunahme des Austauschs »maschinell verarbeitbarer Datenträger, der Perspektive ver-

mehrter Integration der Datenerfassung in fachliche Bearbeitungsprozesse. Dergestalt tendiert Braverman dazu, routinetafche Resttätigkeiten, die im Zuge der Produktivkraftentwicklung übrigbleiben oder neu geschaffen werden, perspektivisch zu verallgemeinern und ihren transitorischen Charakter zu übersehen. Solche Schwäche ist jedoch Stärke zugleich: gerade in der Konzentration auf diese Tätigkeiten, in der ungemein material- und gedankenreichen kritischen Durchdringung ihrer persönlichkeitszerstörenden Konsequenzen, liegt ein bleibendes Verdienst seiner Untersuchung.

Werner van Treeck (Kassel)

Morgan, Lewis H.: Die Urgesellschaft. Untersuchung über den Fortschritt der Menschheit aus der Wildheit über die Barbarei zur Zivilisation. Nachdruck der Ausgabe Stuttgart 1908. Verlag Andreas Achenbach, Lollar/Lahn 1976 (XVI + 31 + 480 S., br., 36,— DM).

Mit der Neuausgabe der deutschen Übersetzung von *Ancient Society* (1877) durch W. Eichhoff und K. Kautsky ist nach über 50 Jahren ein Werk wieder aufgelegt worden, das nicht nur zu den Begründungsschriften der modernen Ethnologie zählt, sondern über die Vermittlung von Engels' »Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates« auch zu einem Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus geworden ist. Nach Maßgabe der Entwicklung der Methoden der Nahrungsgewinnung und der Technologie (3-40), der Entwicklung gesellschaftlicher (41-322) und familialer (323-452) Organisationsformen sowie der »Entwicklung des Eigentumsbegriffs« (453-476) entwirft Morgan ein Periodisierungsschema der Evolution menschlicher Kultur, das von den Unter-, Mittel- und Oberstufen der Wildheit und der Barbarei bis zur Zivilisation reicht. Jeder dieser Stufen wird eine vergangene oder eine der als Überbleibsel älterer Menschheitsepochen aufgefaßten zeitgenössischen primitiven Gesellschaften zugeordnet. So stehen die Australier und die Polynesier für die Stufen der Wildheit ein; die Irokesen, die Azteken und die griechische bzw. römische Gentilgesellschaft repräsentieren dagegen die sukzessiv aufeinanderfolgenden Stufen der Barbarei. Viele der von Morgan vertretenen Auffassungen gelten heute als überholt. Durch die seit Beginn der 20er Jahre mit Intensität betriebenen ethnographischen Feldforschungen ist gezeigt worden, daß die von ihm zur Bestimmung einzelner Entwicklungsstadien angeführten Sachverhalte weit komplexer sind, als er sie aufgrund der Beschränktheit des ihm zur Verfügung stehenden empirischen Materials im Rahmen seines universalen Entwicklungsmodells hatte darstellen können. So ist etwa angesichts der inzwischen vorliegenden ethnologischen Detailanalysen ein direkter Rückschluß von der Matrilinearität bestimmter Gesellschaften auf das Vorhandensein matriarchaler Herrschaftsformen nicht mehr haltbar. Ebenso wenig muß zur Erklärung des komplizierten polynesischen Verwandtschaftssystems auf die hypothetische Konstruktion einer »Gruppenehe mehrerer, leiblicher und kollateraler, Schwestern mit ihren Ehemännern« (323) zurückgegriffen werden, handelt es sich dabei doch weniger, wie Morgan annahm, um das versteinerte Relikt früherer gesellschaftlicher Verhältnisse, als vielmehr um ein funktionsgerechtes Modell zur Regulierung sozialer Beziehungen, ein Aspekt, der allerdings auch ihm nicht verborgen blieb. Durch seine Interpretation der Verwandtschaftssysteme als sozialer Klassifikationssysteme eröffnete Morgan der ethnologischen Forschung eine Perspektive, die ihre Untersuchungen bis heute bestimmt. Wirkungsgeschichtlich ähnlich bedeutsam geworden ist seine Unterscheidung der auf verwandtschaftlichen Beziehungen beruhenden *societas* von der sie entwicklungsgeschichtlich ablösenden, nach dem Prinzip der Territorialität organisierten politischen *civitas* als den beiden Grundformen der Verfassung menschlicher Gesellschaften (6; 182ff.). Weiterhin aktuell bleibt schließlich auch die nicht zuletzt durch sein Werk aufgeworfene und die Auseinandersetzung zwischen funktionalistischer und kulturelrelativistischer Ethnologie auf der einen

Seite sowie den Vertretern des Neo-Evolutionismus auf der anderen Seite noch heute beherrschende Frage nach der Legitimität eines Verfahrens, das auf der Gleichsetzung noch existierender »primitiver« Gesellschaften mit früheren Stufen der menschlichen Kulturentwicklung beruht. Erscheint ein solches Vorgehen gerechtfertigt durch die Übereinstimmung der Produktionstechniken mit denen prähistorischer Völker, wie sie aus archäologischen Funden bekannt sind, so läßt diese Übereinstimmung andererseits doch nur begrenzte Schlüsse zu auf eine entsprechende Identität auch der sozialen Organisationsformen.

H.-J. Hildebrandt gibt in seiner Einführung einen kenntnisreichen Überblick über die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Werkes und betont zurecht den Rang, der Morgan in der Geschichte der Ethnologie auch unabhängig von seiner Rezeption durch Marx und Engels gebührt. Die Neuveröffentlichung von *Ancient Society* hat durch die nun auch in Deutschland erstmals in vollständiger Form vorliegenden ethnologischen Exzerpthefte von Karl Marx (hg. v. L. Krader, Frankfurt/M. 1976) zusätzlich an Aktualität gewonnen.

Karl-Heinz Kohl (Berlin/West)

Kohl, Karl-Heinz: *Exotik als Beruf* — Zum Begriff der ethnographischen Erfahrung bei B. Malinowski, E.E. Evans-Pritchard und C. Lévi-Strauss. B. Heymann Verlag, Wiesbaden 1979 (123 S., br., ca. 22,— DM).

Mit Hilfe von Selbstzeugnissen dreier führender Ethnologen werden einige der wesentlichen subjektiven und objektiven Bedingungen herausgearbeitet, unter denen die Entwicklung der neueren Ethnologie sich vollzieht. Hauptmerkmal dieser durch Boas und Malinowski eingeleiteten Entwicklung ist der Wechsel vom Verfahren einer aus sekundären Quellen schöpfenden, theoretisierenden »Schreibtisch-Anthropologie« zur Technik einer auf dem Konzept der »Participant Observation« basierenden, empirischen »Feldforschungs-Ethnographie«. Dabei lassen die zitierten Texte überdeutlich werden, wie wenig diese — von Lévi-Strauss zum »Symbol der Sühne« verklärte — neue Methode der »Teilnehmenden Beobachtung«, die die Ethnologie in zeitlicher Übereinstimmung mit der beginnenden Auflösung der direkten Formen kolonialistischer und imperialistischer Herrschaft ausbildet, ihrem formell erklärten Zweck einer Anerkennung und Rehabilitation der Gegenstände ethnographischer Untersuchung in der ihnen gemäßen Bedeutung eigenständiger Subjekte tatsächlich gerecht zu werden vermag. Nicht nur dokumentieren die Texte die zwischen den extremen Regungen hingebungsvoller Identifizierung und zwanghafter Distanzierung changierende Ambivalenz, die die Strategie der »Participant Observation« bereits im Namen zur Schau trägt. Sie machen darüber hinaus auch klar, daß die in jener Strategie gründenden ethnologischen Aktivitäten von Anfang an weniger die Geltung von erklärt gegenstandsbezogenen Sacherforschungsaktionen als die Bedeutung von bewußtlos problemfixierten Selbstdarstellungsakten beanspruchen können. Zwei der die ethnologische Forschung präjudizierenden Problemkomplexe, unter deren Einfluß jede scheinbar noch so strikt informative Aussage übers ethnographische Objekt dazu tendiert, den symptomatischen Charakter einer unwillkürlich reflexiven Mitteilung über den Ethnographen selbst anzunehmen, arbeitet Kohl heraus. Am Beispiel des Malinowski'schen »Feldtagebuchs« und der Lévi-Strauss'schen »Traurigen Tropen« wird zum ersten der um das Problem einer »gebrochenen Identität« zentrierte eigentümliche Subjektbegriff analysiert, der für das Selbstverständnis und die Berufswahl fast aller neueren Ethnologen maßgebende Bedeutung hat. Wie dieser zur existentialen Grenzfigur aufgeladene Subjektbegriff den Feldforscher einerseits dazu motiviert, mittels der Beziehung zur fremden exotischen Kultur sich gegenüber der entfremdet eigenen, ungeliebten Gesellschaft in der Rolle eines — wahre Universalität verkörpernden — heroischen Individuums zu profilieren, so bringt er ihn andererseits dazu, sich angesichts der sinnlichen

Verlockungen und intellektuellen Zumutungen der fremden Kultur auf die als Umschlagsplatz sämtlicher kultureller Vorurteile der eigenen Gesellschaft fungierende Position einer — wahre Objektivität garantierenden — asketischen Personalität zurückzuziehen. Vornehmlich am Beispiel der Lévi-Strauss'schen Reflexionen wird zum zweiten das am Problem »drohender Erfahrungslosigkeit« orientierte spezifische Erfahrungsmodell thematisiert, mit dessen Mitteln die Forscher im Feld operieren und dessen ebenso deformative wie selektive Mechanismen ihre Fremdwahrnehmung unwiderstehlich beherrschen. In Anlehnung an Benjamin, einen der Theoretiker der »Erfahrung der Moderne«, unternimmt es Kohl, die in das Zwangsverhältnis von »Schock« und »Schockabwehr« gebannten Hauptcharakteristika dieses Erfahrungsmodells namhaft zu machen, dessen Entstehung und überwältigende Entfaltung mit der Entwicklung der modernen Industriegesellschaften aufs engste assoziiert erscheint. Kohl zeigt, wie Lévi-Strauss der in seiner eigenen Gesellschaft praktizierten Wirklichkeit dieses Erfahrungsmodells mit kulturkritischer Indignation den Rücken kehrt, nur um das Modell im Felde einer exotisch fremden Kultur mit — aller alternativen Empirie apriori den Garaus machender — methodisch durchschlagender Wirksamkeit zu praktizieren. Wie wenig die Objekte auch und gerade der neueren Ethnologie als die Subjekte zur Sprache kommen, die sie zu sein beanspruchen, und wie sehr vielmehr das Privileg des »privilegierten Gegenstands«, den Lévi-Strauss der Ethnologie zubilligt, sich darin erschöpft, bloße Funktion eines um das Erlebnis der Feldforschung und die Entdeckung struktureller Ordnungen kreisenden Selbsterfahrungs- und Identitätsfindungsbemühens des Ethnologen zu sein, demonstriert das letzte Kapitel der Arbeit, das die von Lévi-Strauss in den »Traurigen Tropen« gelieferte Schilderung seiner südamerikanischen Feldforschungsstätigkeit als eine kunstreiche Darstellung deutlich werden läßt, die die Etappen jener empirischen Tätigkeit umstandslos in Stadien eines zur rituellen ProzeSSION stilisierten Lévi-Strauss'schen Initiationsprozesses transformiert.

Ulrich Enderwitz (Berlin/West)

Erziehungswissenschaften

Bergmann, Klaus, und Günter Frank (Hrsg.): Bildungsarbeit mit Erwachsenen. Handbuch für selbstbestimmtes Lernen. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1977 (414 S., br., 10,80 DM).

Jeder, der sich kritisch mit der Erwachsenenbildung beschäftigt oder in ihr tätig ist, wird zu diesem Buch greifen müssen, — eine Rezension kann sich daher kurz fassen. In den 19 Beiträgen des Bandes werden vorwiegend drei große Themenbereiche behandelt: a) Möglichkeiten selbstbestimmten Lernens in der Erwachsenenbildung, b) berufliche und politische »Arbeitnehmer«-Bildung, c) politische Probleme von und in Weiterbildungsinstitutionen. Der Praxisbezug des Buches zeigt sich schon darin, daß allein in neun Berichten (darunter einer aus dem Jahre 1930) versucht wird, Erfahrungen aus verschiedenen Lernsituationen aufzuarbeiten. Die Vielfalt der Beiträge (von der Analyse betrieblicher Weiterbildung bis zum Interview mit Kursteilnehmerinnen) und damit die unterschiedlichen Verwendungsmöglichkeiten verbieten es, einzelne Beiträge besonders hervorzuheben. Als erstes massenhaft verbreitetes Buch zur kritischen Erwachsenenbildung ist es noch sehr stark von der Heterogenität dieses Bereiches geprägt, so daß ein einheitliches Konzept — das den Untertitel »Handbuch« erst erfüllen würde — nicht erkennbar ist. So bleiben die versammelten Aufsätze in erster Linie Einzelbeiträge, allerdings teilweise wichtige. — Es bleibt zu hoffen, daß dieses Buch eine weitere Verbreitung und bald Fortsetzungen findet, in denen neuere Entwicklungen (Professionalisierung und Bewußtsein der VHS-Mitarbeiter, politische Repression und Druck in der und auf die Erwachsenenbildung etc.) systematischer mit den Problemen selbstbestimmten Lernens verknüpft werden.

Wilfried Kunsmann (Marl)

Hüffell, Angelika: Schülerbewegung 1967 bis 1977. Erfahrungen und Porträts. Focus-Verlag, Gießen 1978 (236 S., br., 14,80 DM).

Für die Geschichte der Arbeiterbewegung haben neuerdings Regionalgeschichtsschreibung und biographische Methode Bedeutung gewonnen. Solche Ansätze bei der Schülerbewegung, einer schon auf Grund der institutionellen Bedingungen stark regionalisierten politischen Bewegung in Anwendung zu bringen, liegt nahe. Einen gelungenen Versuch legt Hüffell mit ihrem Bericht über die Entwicklung an einem Darmstädter Gymnasium zwischen 1967 und 77 vor: »In der Arbeit soll versucht werden, ... Beweggründe, Hoffnungen, Ziele, Kampfformen und Grenzen politischer Schülerarbeit aufzuspüren und darzustellen. Mein Zugang zum Thema ist geprägt und durchdrungen von Erfahrungen, die ich selbst in neun langen Jahren (von 1964 bis 1972) an der Schule gewonnen habe« (11f.). Damit sind die autobiographischen Züge des Rückblicks verdeutlicht. Der biographische Zugang wird bewußt als methodisches Mittel eingesetzt: Die Verfasserin hat neben dem Studium von Quellen (Schülerzeitungen etc.) »ausführliche Gespräche« mit 24 ehemaligen und heutigen Schülern und Lehrern der Schule geführt, deren Erzählungen und Selbstdarstellungen zum einen als Verstehenshilfe und Beleg in die chronologisch orientierte Darstellung des 1. Teils einfließen, zum anderen das Material für die 12 »Schüler- und Lehrerporträts« des 2. Teils liefern, in dem die Beteiligten recht ausführlich selbst zu Wort kommen. Die narrative Darstellung des 1. Teils gliedert sich nach drei Phasen, die Hüffell eingangs thesenartig skizziert (1. allgemeiner Aufstand gegen autoritäre Strukturen, 2. Anknüpfung an sozialliberale Reformbestrebungen für die Schule, 3. Konfrontation mit der Schülerunion und Suche nach einer neuen Perspektive).

Das Buch bietet in beiden Teilen viele aufschlußreiche Einblicke in die Entwicklung der Schülerbewegung, nebenbei auch in ein Stück Lehrerbewegung vor Ort. Der Leser kann an konkreten Fällen verfolgen, woher sich die Bewegung rekrutierte, welche Erfahrungen oft für den Politisierungsprozeß von Schülern und Lehrern maßgebend waren, wie die großen nationalen und internationalen Kämpfe (gegen die Notstandsgesetze, gegen die Springer-Presse, gegen den Vietnam-Krieg) an einer Schule bzw. innerhalb einer Stadt aufgegriffen, erlebt und mitgetragen wurden, wie diese Konflikte und wie Ereignisse von weltpolitischer Tragweite (Pariser Mai, Prager Frühling) in das Schulleben hineinwirkten, welche politischen und literarischen Einflüsse wichtig waren (was wurde gelesen und in den politischen Arbeitsgruppen diskutiert?), aber auch welche Auseinandersetzungen speziell die Schülerbewegung belebten (z.B. Sexualekampagne), und welche speziellen Probleme Diskontinuität und Kurzatmigkeit für die politische Schülerarbeit aufwarfen. Man kann sehen, wie die Einschüchterung im Schulbereich betrieben wurde, welchen spezifischen Schwierigkeiten sich Schüler und Lehrer gegenüber sehen, die nach Bewußtsein und politischer Aktivität nicht mehr den Vorstellungen von Schuladministratoren und Eltern entsprechen, die sich selbst als die Stützen der Gesellschaft begreifen. Auch der »Generationenwechsel« in der Schülerschaft zwischen 67 und 77 wird fallspezifisch verfolgbar, allerdings etwas blaß und undeutlich. Das Bändchen ist außerdem geeignet, inzwischen entstandene historische Vorurteile zu korrigieren, z.B. daß der frühen Schülerbewegung die Einsicht in die Bedeutung der Kooperation mit Gewerkschaften noch ganz gefehlt habe (42) oder daß die Schülerbewegung weitgehend unter der Vormundschaft der Studentenbewegung gestanden habe. — Die Verfasserin vermag den Einfluß der Studentenbewegung zu relativieren und die eigentümlichen Bedingungen politischer Schülerarbeit zumindest indirekt sichtbar zu machen.

Der Vorzug der Arbeit liegt darin, die subjektive Verarbeitung von gesellschaftlichen Entwicklungen durch die beteiligten Individuen als objektive Bedingung einer politischen Bewegung recht gut zu präsentieren. Die Rekonstruktion des Prozesses von be-

stimmten äußeren gesellschaftlichen Konstellationen hin zu politischen Aktionen bleibt aber weitgehend dem Leser selbst überlassen. Mit analytischen Beiträgen ist die Verfasserin recht zurückhaltend. Auch die Entwicklung »weiterführender Perspektiven« wird am Schluß als Aufgabe stehengelassen (162). Das mindert aber nicht den Wert des Buches für die Geschichte des Schulkampfes und für alle jene, die sich angesichts der Diskontinuität auf diesem Feld in praktischer Absicht der Entwicklung vergewissern wollen.

Georg Auernheimer (Marburg/Lahn)

Häsing, Helga, Herbert Stubenrauch und Thomas Ziehe (Hrsg.): Narziß, ein neuer Sozialisationstypus? päd.extra buchverlag, Bensheim 1979 (154 S., br., 12,80 DM).

»Daß Psychoanalyse real-historisch hinter Vergesellschaftungsprozessen hinterherhinkt, wenn sie meint, Interaktionsformen und ihre innerpsychischen Repräsentanzen seien noch zureichend in personalen Kategorien zu fassen, ist sicherlich die gesellschaftstheoretisch provokante Pointe der Narzißmus-Diskussion.« (129) So resümiert *Thomas Ziehe* sein Plädoyer »Gegen eine soziologische Verkürzung der Diskussion um den neuen Sozialisationstyp« (119-136), das nach Aktualität und Inhalt aus dem päd.extra-Band zur Narzißmus-Diskussion herausragt. Der Autor von »Pubertät und Narzißmus« wendet sich gegen eine ökonomistische oder isoliert milieutheorietische Leugnung der mit dem Narzißmusbegriff erfaßten Probleme (120-123). Damit ist das Pferd allerdings vom Schwanz her aufgezümt: Ziehes Analyse der »konfliktträchtigen Dialektik« bei der Vergesellschaftung psychischer Dispositionen belegt, daß es vor allem an soziologischen Beiträgen zum Thema fehlt. Er insistiert darauf, daß Verhalten ebenso anhand einer Rekonstruktion individueller Disposition wie durch den Aufweis äußerer Anforderungen erklärt werden müsse; doch seien die Dispositionen selbst — anders als in der traditionellen Psychoanalyse — in ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit zu untersuchen (125f.). Daß er diese doppelt soziologische Frage für sein Thema formuliert (125, 133ff.), macht Ziehes Aufsatz für die Narzißmus-Diskussion wichtig. Besondere Bedeutung kommt ihm auch deshalb zu, weil er klarstellt, daß Gegenstand psychoanalytischer Theorie vor allem Motivstrukturen und nicht die von ihnen ganz unterschiedlich begründeten Verhaltensformen sind. Kern der narzißistischen Problematik sei daher nicht die Feststellung neuartiger Verkehrsformen bei Jugendlichen, sondern die Vermutung, narzißistische Strukturen würden unter spätkapitalistischen Sozialisationsbedingungen besonders häufig ausgebildet (125). Damit ist einerseits eine ungenügende Trennung von eigener Person und Objekten in der Welt der inneren Bilder gemeint (»Verschmelzung von Objekt- und Selbstrepräsentanzen« 134), andererseits ein Auseinanderklaffen von Wünschen und Realisierungsmöglichkeiten (unerfüllbares »Omnipotenzstreben« 126). Schließlich korrigiert Ziehe noch seine frühere optimistische Einschätzung, die Konfliktsituation des jugendlichen Narziß sei einer Emanzipation förderlich, indem er deren politische Organisierbarkeit als Problem formuliert (136).

Diese Frage wird kontrovers diskutiert in den Beiträgen von *Hans Georg Trescher*, der eine »Anpassung an den autoritären Charakter« vermutet (87-99), und *Gisela Dischner*, die — im Gefolge der Kritik *Alfred Sohn-Rethels* an gesellschaftlichen Zwängen zur Abstraktion — im narzißistischen »Wir wollen alles« ein »Gegenbild zum 'eindimensionalen Menschen'« *Herbert Marcuses* sieht (100-118). Sehr nützlich ist der Anhang, in dem *Klaus Strzyz* und *Christel Beier* die wichtigsten Theorien und die im Verlauf der gegenwärtigen Narzißmusdebatte geäußerte Kritik zusammengefaßt haben (137-143). Die übrigen Aufsätze des Bandes sind Nachdrucke der in den päd.extra-Heften 1 und 7/8, 1978 präsentierten Diskussionsbeiträge. Mit Ausnahme der thesenartigen Reflexion von *Klaus Horn* über »Narzißmus und gesellschaftliche Verhaltensan-

forderungen« (78-86) sind sie ebenso wie die »Dokumente« und »Berichte aus der Schule« überwiegend mit dem Sortieren von Phänomenen jugendlichen Verhaltens und der Frage, wie neu sie seien, beschäftigt. Das ist sicher wichtig. Doch ist in der päd. extra-Narzißmusdebatte jetzt das Stadium einer Leherdiskussion über Enttäuschungen im pädagogischen Alltag überwunden. Mit dem Dunstkreis der entrüstet-sensationsgierigen Vermarktung von Disco-Fieber in der Boulevardpresse hatte die päd. extra-Redaktion schon vorher nichts zu schaffen. Traugott Schöfthaler (Berlin/West)

Essinger, Helmut: Soziale Rand- und Problemgruppen. Kösel-Verlag, München 1977 (159 S., br., 14,80 DM).

Das Büchlein ist thematisch, aber auch in der Darstellungsweise jedes Themas klar gegliedert: Die Problemgruppen werden aufgelistet und nach einem einheitlichen Muster abgehandelt: Definition, dann Faktensammlung und anschließend Entfaltung »der komplexen Zusammenhänge«. Ausgehend vom Grundgesetz Artikel 3, nach dem niemand wegen »seiner Anschauung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft ... oder politischer Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden« darf, stellt der Autor den allüberall bekannten Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit unserer Verfassung fest, — in Bezug auf Ausländer, Bewohner von Obdachlosengebieten, Behinderte, Drogenabhängige und ehemalige Strafgefangene. Dabei wird es aber versäumt zu fragen, warum dem notwendig so ist. Es wird nur die Wirklichkeit registriert: typische Krankheiten in den Gettos, die fehlende Infrastruktur, das in diesem Milieu durchaus normale, von der übrigen Gesellschaft aber als abweichend definierte Verhalten, Bandenbildung und kriminelle Karrieren. Besonders die ausländischen Arbeiter sind elend dran. Diskriminiert von der Bevölkerung, ausgebeutet am Arbeitsplatz und auf dem Wohnungsmarkt, sprachlos und wieder abgeschoben in der ökonomischen Krise haben sie am meisten unter den Produktionsverhältnissen zu leiden.

Nach dem warum wird unzureichend gefragt; sie bilden halt die industrielle Reservearmee und die gehört zum Kapitalismus wie das Gelbe zum Ei. Phänomene auf der Verhaltensebene werden ungenügend diskutiert. — Warum ist etwa die Bevölkerung so konditioniert, daß sie ihre Neger oder »Spagettifresser« braucht? Die Aussage, man könne sich von der Angst um die eigene Existenz erst frei machen, wenn man diejenigen, die diese Existenz scheinbar bedrohen, aggressiv behandelt, ist unbefriedigend; denn wesentlich ist nicht nur die Aggression, sondern auch ihr Pendant: die Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber ihren Außenseitern.

Bei den Alkohol- und Drogenabhängigen wird von der Alltagstheorie ausgegangen: Alkoholkonsum als Normalität, Alkoholismus — besonders bei Frauen — als verwerflich. Es werden Drogen und ihre Wirkung aufgezählt und es wird schließlich die Änderung der Drogenszene registriert: im Drogenkonsum äußert sich nicht mehr der Protest der Mittelklasse, sondern die Verzweiflung der Unterschicht, insbesondere der Arbeiterjugendlichen.

Warum? Nun ja, der Babyboom der 60er Jahre führt zum Konkurrenzkampf der Schüler und Auszubildenden um Studien- und Lehrplätze heute. Wer herausfällt, greift zur Droge. Ausstieg statt Aufstieg: »Waren bisher meist gestörte Familienbeziehungen Auslöser für den Griff zu Rauschmitteln, so muß in Zukunft damit gerechnet werden, daß auch schulische und berufliche Frustrationen Anlaß dazu geben. Die gesellschaftlichen Gegebenheiten, die mit den Stichworten Studienplatzbeschränkung und Lehrstellenverknappung benannt werden, haben ja für den Jugendlichen eine subjektive Seite, die Enttäuschung und Ausweglosigkeit hervorruft.« (130) Und weitere gesellschaftliche »Gegebenheiten«? Auch hier hätte die Sozialanalyse anzusetzen: der hohe Grad der Arbeitsteilung, zerstükelte und sinnentleerte Produktion, Monotonie der Arbeit, allabendlicher Fernsehkonsum, der die Phantasielosigkeit des Tages ergänzt,

der Bildschirm statt dem eigenen Programm; die real verkehrte Welt, die sich in den Köpfen verdoppelt und die zu Isolation, Aggression und Kriminalität konditioniert.

In diesem Kontext entstehende Alltagstheorien und »Vorurteile sind ein Spezifikum für die Klassengesellschaft; in ihnen spiegelt sich das verkehrte Bewußtsein wieder — verkehrt, so wie die Realität erlebt wird: als gerecht und unveränderbar. In den Alltagstheorien findet die Versöhnung mit dem Verfassungsanspruch statt. Durch diese Theorien werden Stigmatisierungsprozesse eingeleitet, die sowohl auf der theoretischen Seite wie in der praktischen Sozialarbeit den Umgang mit den Opfern erleichtern. Alltagstheorien werden zur Alltagswissenschaft, man teilt in Problemgruppen, zerstückelt das Leiden, präpariert die Deklassierten für den Aktenordner und bestätigt damit die Normalität der Gesellschaft. — Über diese Problematik huscht der Verfasser hinweg: das Vermögen der einen und die Armut der anderen, die aus diesem »Grundwiderspruch« resultierende »physische und psychische Verelendung«, sind ihm Erklärung genug für Obdachlosigkeit, Deklassierung und Kriminalität. Neben dieser flach-materialistischen Theorie kennt der Autor nur noch die Rollentheorie, als deren Varianten er Anomietheorie und labeling approach gelten läßt. Zur »wirklichen« Erklärung kann natürlich nur der »Mehrfaktorenansatz« dienen, den er sich für den Schluß aufbewahrt hat.

Die praktischen Beispiele im Buch geben nur anderswo schon beschriebene Praxis wieder; die Theorie ist Versatzstück und der schlechteste Teil des ganzen Buches, weil sie nicht aus der Praxis entwickelt, sondern ihr nur hintendrangehängt ist. — Das Buch ist weder Theorie noch Praxis; das Dilemma der Sozialarbeit wird hier in geradezu klassischer Weise demonstriert.

Jörg Hallerbach (Rösrath)

Klee, Ernst: Pennbrüder und Stadtstreicher. Nichtseßhaften-Report. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1979 (135 S., br., 5,80 DM).

Zu einem Zeitpunkt, da durch Publikationen zu sozialen Problemen weitestgehend die entsprechenden Terrains abgesteckt sind, legt Klee eine Sozialreportage vor, die sich mit der bislang vernachlässigten Nichtseßhaftenproblematik befaßt. Mit dieser Schrift ist es Klee auf anschauliche Weise gelungen, geläufige Vorurteile gegenüber Nichtseßhaften, z.B. daß sie asoziale, arbeitsscheue und vom Wandertrieb befallene Kreaturen seien, aufzudecken. Mittel hierzu sind aufgezeichnete Gespräche mit unmittelbar Betroffenen und Schilderungen von Nichtseßhaftenkarrieren. Durch Auflistung gesellschaftlicher Reaktionen auf die sogenannten Penner wird eher deutlich, daß Nichtseßhaftigkeit (NSH) ein Zuschreibungsprozeß, bzw. ein durch das Hilfesystem sich verfestigendes Phänomen zu sein scheint. Die Beschreibung des Hilfesystems verdichtet sich zu einem Bild totaler Institutionen. Gleichgültig um welche Art von Einrichtungen es sich handelt (Arbeiterkolonien, Herbergen, Wohnheime etc.), sie weisen alle negative Strukturähnlichkeiten, quantitativ wie qualitativ, auf: Personalstand und bauliche Strukturen völlig ungenügend, ebenso die konzeptionellen Vorstellungen (in der Regel auf Entmündigung und Verwaltung abgestellt). Aus dieser Situation sich entwickelnde Folgen, etwa spezifische Interaktionsprobleme zwischen Personal und Klient, therapeutischer Dilletantismus, mobiler Hospitalismus u.a., werden durch Klee benannt. Die jüngste Veröffentlichung des Deutschen Städtetages zum Stadtstreicherproblem wird mit relativer Ausführlichkeit aufgegriffen und unmißverständlich als ein Rekriminalisierungsversuch, durchsetzt mit »militanter Dummheit« (82), angeprangert.

Unter Berücksichtigung neuesten statistischen Materials wird die quantitative Ausprägung des Problembestandes aufgezeigt. Ein eindeutiger Trend: NSH ist ein ständig anwachsendes Problem; die Betroffenen werden immer jünger. — Insgesamt wird die Nichtseßhaftenhilfe treffend charakterisiert als kaum überbietbare anachronistische Groteske auf dem Gebiet der Sozialarbeit. Klees Ausführungen zur Geschichte der

Wanderarmen bieten eine ausreichende Grundlage, um Parallelen zu der gegenwärtigen Praxis der Nichtseßhaftenhilfe zu erkennen, die wesentlich durch traditionelle Organisations- und Handlungsmuster geprägt ist. Gleichwohl deutet der für Geschichte und Gegenwart des sozioökonomisch verursachten Problemkomplexes der Armut sowie deren Folgeprobleme gebildete Hauptnenner, »Armut ist Sünde und wird bestraft« (25), an, daß Klee sich auf deskriptiv mahnender Ebene bewegt. Bisherige wissenschaftliche Reaktionen auf NSH als soziales Problem werden teils als akademische Spielerei, teils als irrelevant für die praktische Hilfe bzw. als diskriminierende Stigmatisierungsverfahren dargestellt. Der Einwand gegen das wissenschaftliche labeling ist zwar total, bleibt aber folgenlos: »Es gibt keine Nichtseßhaften, Nichtseßhafte werden produziert, gemacht per Definition« (134). Einen Grund für die ungenügenden wissenschaftlichen Erklärungsversuche sieht Klee allerdings im vorschnellen und undifferenzierten Verallgemeinern auf der Erscheinungsebene sowie in mangelnder Ursachenforschung. »Es bleibt ... die Frage bestehen, warum Nichtseßhaftigkeit nahezu ganz ein Unterschichtproblem ist. Und es muß ... geklärt werden, ob die als Ursachen angebotenen Erklärungen wirklich die Ursache oder nicht schon die Wirkung beschreiben« (62). In der Tat bewegen sich heutige fortgeschrittene Forschungen und Theoriebildungen zur NSH allenfalls auf der Ebene mittlerer Reichweite. Ausgehend von Gemeinsamkeiten wie Unterschichtsherkunft, Arbeitslosigkeit, ungenügender Schul- und Berufsausbildung etc. wird die Erklärung der Genese von NSH mittels diverser devianztheoretischer Ansätze versucht. Somit bleibt die »Erklärung« sozialer Erscheinungsformen ohne Rückführung auf ihre bestimmenden geschichtlich-gesellschaftlichen Konstitutionsbedingungen nur an der Oberfläche und die von Klee aufgezeigten individualisierenden Bearbeitungen kollektiver Problemlagen in Theorie und Praxis werden weiterbetrieben.

Daß z. Zt. einige alternative Organisationsmodelle das Hilfesystem ergänzen, wird von Klee nicht erwähnt. Dies hat aber immerhin den Vorteil, daß die beschreibende Darstellung der dominierenden Praxis nicht mit dem Hinweis auf einige Modellversuche verwässert wird. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung schließlich ist dazu angetan, die nichtbehandelten, unter Legitimationszwang sich entwickelnden alternativen Praxisformen mit einem stützenden Korsett aufklärerischer Öffentlichkeitsarbeit zu umgeben.

Wolf Schönleiter (Köln)

George, Siegfried: Sozialwissenschaftliches Fachpraktikum. Ein didaktisches Konzept zur Analyse und Planung des historisch-politischen Unterrichts. Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1977 (156 S., br., 16,— DM).

Funktion der Reihe »Beiträge zum sozialwissenschaftlichen Lehrerstudium«, innerhalb der das Buch von George erscheint, ist es, einen Beitrag zur Überwindung des »offenkundig gestörten Verhältnisses zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Theorie und Praxis« (10) zu liefern. Ausgehend von dieser hochschuldidaktischen Problemformulierung entwickelt der Verfasser das Ziel seines Buches: »Studenten sollen ihre eigene didaktische Konzeption erarbeiten« (16). Dieser Anspruch soll in zwei Kapiteln mit 105 Abschnitten erfüllt werden. Der erste Teil behandelt »Schritte der Unterrichtsplanung im sozialwissenschaftlichen Lernfeld« (17-96), der zweite »Wissenschaftstheorie und Fachdidaktik« (97-146). George geht von der Überlegung aus, daß Didaktik »mit kritischem Alltagsbewußtsein beginnen« (17) sollte und macht dies zur Leitlinie für die Auswahl von Unterrichtsinhalten. Alltagsbewußtsein der Schüler entsteht jedoch nur in bestimmten »Lebenssituationen«, die als weitere Komponente zur Entwicklung des didaktischen Konzeptes herangezogen werden (26-28). Hinzu kommt für ihn die »Betroffenheit als didaktisches Prinzip«, hierunter wird »mehr als die allgemeine Berücksichtigung der Lebenserfahrungen, nämlich die Verbindung des Themas mit möglichst vielen grundwissenschaftlichen Aspekten« (45) verstanden. — Alltagsbe-

wußtsein, Lebenssituation und Betroffenheit bilden die Kriterien für die folgende Betrachtung didaktischer Modelle von Heimann — Otto — Schulz (49-51), Klafki (51-54), die ergänzt werden durch Überlegungen S.B. Robinsohns. Dem schließt sich eine Aufarbeitung der Lernzieldiskussion, der Motivationsproblematik und von Unterrichtsmethoden an. Eine Konkretisierung sollen diese Darstellungen erfahren durch die didaktisch-methodische Gestaltung des Themas »Jugendarbeitslosigkeit«, anhand dessen der Autor die Umsetzung seiner Konzeption in ein Unterrichtsthema demonstrieren will.

Im zweiten Kapitel wird angestrebt, die zuvor nur kurz angesprochenen Wissenschaftstheorien ausführlicher vorzustellen. George beschäftigt sich dabei zuerst mit dem phänomenologischen Ansatz (97-104), dann mit dem empirisch-analytischen Verfahren (104-111) und Methoden empirischer Sozialforschung im politischen Unterricht (111-119). Ergänzt wird das durch die Darstellung der Kritischen Theorie (122-129), des hermeneutischen Verfahrens (129-140), der normativen Sozialwissenschaft (140-142) und der Theorie des Marxismus-Leninismus (142-146).

Wiesen die genannten Prinzipien Betroffenheit, Alltagserfahrung und Lebenswelt auf eine Nähe zur Konzeption des schülerorientierten Unterrichts hin, so wird im zweiten Kapitel deutlich, daß George sich nicht so verstanden wissen will. Er versteht diese Punkte mit einem deutlich konservativen Akzent, der immer wieder auf angeblich allgemeinemenschliche Belange zurückgreift: »Schülerzentrierter Unterricht, von dem heute viel gesprochen wird, wäre nicht nur die Berücksichtigung ihrer gesellschaftlichen Interessen, sondern gleichgewichtig ihr individuelles Verlangen nach Sinn und Glück« (140). Die Nähe zu manchen Aussagen des Forums »Mut zur Erziehung« stellt sich nicht nur durch die Verwandtschaft in Terminologie und Aussage, sondern auch durch die strikte Ablehnung marxistisch orientierter Analysen her: »Die für wissenschaftliche Forschung unbedingt notwendige Skepsis und Infragestellung der Ergebnisse, wie sie der kritische Rationalismus zum Beispiel zum Prinzip erhoben hat, hat in der Wissenschaftstheorie des Marxismus-Leninismus keinen Platz« (145). Diese Bemerkung ist symptomatisch für den grundlegenden Mangel des vorliegenden Bandes. Der Verfasser stellt die in seine Konzeption eingegangenen Ansätze in so gedrängter Form dar, daß verfälschende Verkürzungen fast notwendig scheinen. Die Unterteilung in derart viele Abschnitte trägt dabei eher zur Verwirrung des Lesers bei, dem es an vielen Stellen Schwierigkeiten bereitet, den Überblick zu behalten, da häufig die inhaltliche Verbindung zwischen den einzelnen Punkten nicht deutlich wird. Hinzu kommt, daß die Systematik der Gliederung nicht einsichtig ist und sich mehrfach Brüche in der Darstellung feststellen lassen, die ergänzt werden durch inhaltliche Diskrepanzen. So bezieht George beispielsweise den phänomenologischen Ansatz im wissenschaftstheoretisch ausgerichteten zweiten Kapitel auf die damit gegebenen Anregungen für die Schule, beim sich anschließenden empirisch-analytischen Verfahren wird die Herstellung dieser Verbindung gar nicht erst versucht. Vielfach bleiben bestimmte Aufforderungen an die Gestaltung von Unterricht als reine Axiome stehen, ohne daß der Verfasser Ursachen und Gründe für die Analyse eines von ihm erkannten Phänomens benennt. Besonders deutlich wird dies bei den oft wiederholten Verweisen auf das Mensch-Sein der Schüler: »Die Schüler wollen als Menschen und nicht nur als Lernende ernst genommen werden. Der Anstoß zur veränderten Kommunikation muß vom Lehrer ausgehen. Wenn er sich als Mensch darstellt, der mit Vorzügen und Mängeln behaftet ist, finden die Schüler zu ihm besseren Zugang als zu 'Rollenträgern'« (84). Hier scheint sich eine didaktische Richtung anzukündigen, die im Gefolge der Diskussion um Sinnvermittlung in der durch evidente Widersprüche gekennzeichneten Realität der BRD versucht, mittels anthropologischer Formeln zu einer Übertünchung von Konfliktfeldern beizutragen.

Günter Alfs (Hude)

Böhm, Wolfgang (Red.): Handbuch der Medieninstitute. Informationen über medienpädagogische und -wissenschaftliche Institutionen und Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland. Fink-Verlag, München 1975 (144 S., br., 9,80 DM).

Heidtmann, Frank: Wie finde ich bibliothekarische Literatur? Veröff. d. Inst. f. Bibliothekarausbildung d. FU Berlin, 7, Berlin ²1978 (288 S., br., 28,— DM).

Heidtmann, Frank: Wie finde ich sozialwissenschaftliche Literatur? Veröff. d. Inst. f. Bibliothekarausbildung d. FU Berlin 14, Berlin 1977 (246 S., br., 25,— DM).

Heidtmann, Frank: Wie finde ich pädagogische Literatur? Veröff. d. Inst. f. Bibliothekarausbildung d. FU Berlin, 10, Berlin ²1978 (188 S., br., 18,80 DM).

Landwehr, Jürgen; Mitzschke, Matthias und Paulus, Rolf: Praxis der Informationsermittlung: »Deutsche Literatur«. Systematische Einführung in das fachbezogene Recherchieren. Fink-Verlag, München 1978 (134 S., br., 9,80 DM).

Das »Handbuch« kann all jenen wissenschaftlich arbeitenden Studenten und Wissenschaftlern als Adressennachweis für verschiedene im Medienbereich angesiedelte Einrichtungen dienen. Medienbereich — das heißt hier weitgestreckt: von einem Kölner Institut für Theaterwissenschaft und einem Wiesbadener Filmarchiv bis zu Landeszentralen der politischen Bildung, meint also keineswegs bloß »Medien« im engen fachspezialistischen Verständnis, sondern umfassender: Informationsstellen. Zusammen mit dem »Verzeichnis deutscher Dokumentationsstellen« (Wiesbaden 1974; Neuauflage geplant) sind hier Hinweise auf Institutionen, auch solche, die noch handbetrieben sind, versammelt, die bei eingehenden wissenschaftlichen Recherchen über Bücher und Zeitschriften hinaus (z.B. bei Examensarbeiten) genutzt werden können. Wer so arbeitet, kann sicherlich dieses schmale »Handbuch« im eignen Handapparat nutzen.

Wie man zu dieser Recherchepraxis kommt, wollen die anderen vier Veröffentlichungen vermitteln. Jeweils in der Substanz nach dem Muster bibliothekarischer Arbeit aufgezo- gen — insofern trocken und mit einem guten Schuß Formalismus — hat Heidtmann in kurzer Zeit drei fachbezogene Einführungen veröffentlicht. Entsprechend der Orientierung des Verfassers ist die Einführung für Bibliothekare sicherlich die fundier- teste. Die für Sozialwissenschaftler umfaßt die Disziplinen: Soziologie, Psychologie, Politikwissenschaft, Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft. Es ist die Neuauflage einer entsprechenden Einführung für Soziologen. Zwischen beiden Polen oszilliert »Wie finde ich pädagogische Literatur«. Beide letztgenannten Arbeiten entfalten die Fachspezi- fik freilich nicht, sondern versuchen sie allein über die Fachinformationsseite der Spezialbibliographien einzuholen. Das scheint mir die Grenze, die auch die Kardinal- schwäche dieser beiden Bände kennzeichnet.

Diese Schwäche weist das Einführungsbuch von Landwehr u.a. nicht auf. Es ist viel- mehr eines der wenigen kritischen Einführungen in fachbezogene Informations-, Literatur- und Rechercharbeit und damit zugleich in einen Teilbereich der akademi- schen Germanistik/Literaturwissenschaft.

Es stellt auf interessierte Studenten ab und versucht im Zusammenhang des Recher- chierens und der — für philologische Disziplinen zentralen (etwa im Vergleich mit sog. »empirischer« Sozialwissenschaft) — Recherchetechniken auch den »Gegenstandsbe- reich 'Deutsche Literatur'« kritisch zu bestimmen. Erst auf dieser Grundlage und nach der Anstrengung 'des Begriffs' folgt die Einführung in Recherchepraxis. Hilfsmittel, Handbücher, Bibliographien usw. Beide Schlußkapitel präsentieren zusätzliche Infor- mationen: einmal eine Zeitschriftenliste von allgemeinen Kulturzeitschriften über komparatistische und fachdidaktische bis zu jenen der »Ästhetik und Kommunikation«.

zum anderen Informationseinrichtungen des In- und Auslands. Im letzten Kapitel z. B. vom Deutschen Sprachatlas (Marburg), dem Werkkreis Literatur der Arbeitswelt bis zu Archiven in der DDR unter der Regie der DDR-Akademie der Künste und dem Mainzer Kabarett-Archiv.

Konzeptionell liegt ein weites, gegenüber theoretischen Fragestellungen — etwa der Kommunikationswissenschaft oder der Kulturtheorie offenes Verständnis zugrunde. Der gut durchstrukturierte Band — ein gutes Beispiel für Lernende bietet schon das differenzierte Inhaltsverzeichnis am Anfang — hat schließlich noch drei Register (Namens- bzw. Autoren- und Herausgeber-Register; Zeitschriften- und Institutionen-Register), die den Gebrauchswert erhöhen. Ohne auch auf Einzelheiten einzugehen, deren Diskussion zwar den Autoren evtl. Hinweise auf kleinere Schwächen geben könnte, die aber hier infolge Platzmangel nicht möglich ist, hat das Autorenkollegium endlich einmal keine bloß formale, sondern eine problemorientierte Einführung für Studierende und andere Interessierte der Germanistik/Literaturwissenschaft vorgelegt, die auch kritischen Maßstäben entspricht, die die Aufbruchs-, Entwicklungs- und Öffnungsperspektive der akademischen Disziplin seit den 60er Jahren annimmt und produktiv umzusetzen versucht.

Läßt man — wie der Rezensent — Heidtmanns Einführungsbücher nur solange gelten, wie man derzeit aus der Not eine Tugend machen muß, weil keine kritisch argumentierende und fachwissenschaftlich ausgewiesene Informationseinführungen vorhanden sind, so gilt diese grundlegende Einschränkung für die Arbeit von Landwehr/Mitzschke/Paulus nicht. Sie stellt sich vielmehr nicht bloß formalen Techniken der Informationsermittlung, sondern inhaltlichen — und löst sie durchgehend in gediegener Form ein.

Richard Albrecht (Göllheim)

Psychologie

Dörner, Klaus, und Ursula Plog: *Irren ist menschlich oder Lehrbuch der Psychiatrie / Psychotherapie.* Psychiatrie-Verlag, Wunstorf 1978 (483 S., br., 25.— DM).

Im Gegensatz zu den gängigen und bekannten Lehrbüchern der Psychiatrie unternehmen Dörner und Plog nicht den Versuch einer »objektiven« Darstellung des Gebiets. Im Vordergrund steht nicht die Vermittlung vermeintlicher Fakten, nicht die Darstellung theoretischer Konzepte, sondern praktische Erfahrungen aus der psychiatrischen Tätigkeit. Diese sind an die Persönlichkeit des Erfahrenden ebenso gebunden wie an die besonderen Bedingungen, unter denen sie geschehen. In dem Versuch, Wissen und Erfahrung, Objektives und Subjektives, für den Gegenstandsbereich 'Psychiatrie' als Einheit zu vermitteln, liegt einerseits der große Fortschritt des Buches von Dörner und Plog, andererseits aber auch seine Problematik.

Zum Selbstverständnis der Autoren: Sie wollen keine Alternative zu bestehenden Lehrbüchern der Psychiatrie anbieten, sondern eine Ergänzung. Das Buch soll für *alle* geschrieben sein, die in der Psychiatrie arbeiten oder von ihr betroffen sind, es richtet sich nicht nur an Akademiker. Es soll für die Ausbildung helfen, es soll praktikabel sein und dazu beitragen, im psychiatrischen Alltag adäquater zu handeln, und es soll ein Leitfaden für die Selbstreflexion sein und so dem Leser bei der Bewältigung eigener persönlicher Probleme helfen. Diese Zielsetzung der Autoren entspricht auch dem Entstehungsprozeß des Buches aus der Arbeit in einem psychiatrischen Team an einer Tagesklinik und anderen psychiatrischen Einrichtungen. Entsprechend kommen darin nicht nur die Erfahrungen einzelner Spezialisten zur Geltung, sondern die des gesamten Teams und auch die der Patienten, da die einzelnen Kapitel auch von Patienten überprüft wurden.

Die praktische Bedeutung des Buches von Dörner und Plog ist unumstritten. Es wird kein psychiatrisches Team in der BRD und Westberlin geben, das nicht von der Bearbeitung des vorliegenden Textes erheblich lernen und profitieren wird, wertvolle Impulse und Anregungen für die eigene Arbeit gewinnen wird. Die Betonung dieser praktischen Relevanz des Buches von Dörner und Plog bildet den Schwerpunkt bereits vorliegender Besprechungen (Zaumseil, M. in: *Psychologie heute*, Heft 1, Januar 1979; Bauer, M. in: *Psychiatrische Praxis*, Heft 1, Februar 1979). Ohne die darin vorgenommene Würdigung in Zweifel zu ziehen, soll es hier nicht nur um die Praxis der Psychiatrie gehen, sondern um das Verhältnis von Theorie und Praxis. Die Problematik der bei Dörner und Plog zum Tragen kommenden Bestimmung dieses Verhältnisses wird in zwei Punkten besonders deutlich: in ihrer Bestimmung des Gegenstands der Psychiatrie und in der empfohlenen Konzeption des psychotherapeutischen Veränderungsprozesses.

Im Unterschied zu herkömmlichen Lehrbüchern der Psychiatrie geht es bei Dörner und Plog nicht darum, auf der einen Seite Krankheitsbilder und auf der anderen verschiedene therapeutische Techniken vorzustellen. Sie beziehen die Persönlichkeit des psychiatrisch Tätigen in ihre *Gegenstandsbestimmung* ein und verstehen Psychiatrie entsprechend als 'Begegnung zweier Menschen', dem psychisch Kranken und dem psychiatrisch Tätigen (10). In dieser Begegnung werden zwei Ebenen unterschieden: einmal die Subjekt-Subjekt-Ebene, auf der sich zwei Menschen als gleichberechtigte Personen begegnen und auf der Selbst- und Fremdwahrnehmung eine Einheit bilden; und zum anderen die Subjekt-Objekt-Ebene, auf der einer den anderen zum Objekt macht, sich abgrenzt, Theorien über ihn bildet etc. (10). In der weiteren Konkretion dieser beiden Ebenen wird die Auffassung deutlich, daß vollständige und lebendige zwischenmenschliche Beziehungen nur auf der Subjekt-Subjekt-Ebene ablaufen können. Die Herstellung solcher Beziehungen ist entsprechend auch das psychotherapeutische Anliegen (s.u.). Die Betonung, daß Psychiatrie ein Feld der Interaktion darstellt, auf dem Erkenntnis und Veränderung, Diagnose und Therapie, durch die jeweilige Spezifik des wechselseitigen Handelns stattfindet, bleibt bei Dörner und Plog nicht als abstrakte Deklaration stehen. Der Anspruch einer solchen Sichtweise wird zum konkreten Arbeitsprogramm für alle 'Patienten-Kapitel', d.h. für die ganz detaillierte Auseinandersetzung mit verschiedenen psychiatrischen Problembereichen oder Störungsgruppen. Deutlich wird dies an der Gliederung der einzelnen Kapitel: Der 'Diagnose des kranken Anteils', d.h. der Begegnung zwischen Patient und psychiatrisch Tätigem auf der Subjekt-Objekt-Ebene, folgen Ausführungen über die Selbstwahrnehmung. Der Therapeut soll damit sensibel gemacht werden, entsprechende 'kranke Anteile' bei sich selber kennenzulernen. Im folgenden Abschnitt über die 'Vollständigkeit der Wahrnehmung' soll der Patient als Persönlichkeit erfaßt werden, d.h. beispielsweise auch seine gesunden oder entwickelten Anteile gesehen und er im gesamten Umfeld seiner sozialen Beziehungen begriffen werden. Abschließend werden Prozesse der 'Normalisierung der Beziehung' beschrieben; diese sind gleichbedeutend mit psychotherapeutischer Veränderung. Mit diesem Versuch, eine 'Interaktions-Psychiatrie' zu skizzieren, wird der wichtige Schritt einer *konkreten* Negation der nosologisch orientierten und damit auch ontologisierenden Konzeption besonders der naturwissenschaftlich orientierten Psychiatrie getan. Als problematisch erweist sich, daß die in den 'Patienten-Kapiteln' angesprochenen Beziehungen fast durchgehend nur Wahrnehmungsbeziehungen betreffen. Interaktion wird mit 'sozialer Wahrnehmung' gleichgesetzt. Von den materiellen und ökonomischen Bedingungen für Handeln und Interaktion und das heißt auch von der Gegenständigkeit der menschlichen Tätigkeit wird weitgehend abstrahiert. Begegnung und Interaktion erscheinen so als losgelöste Zwischenmenschlichkeit. Implizit heißt die Antwort auf die Frage nach den Ursachen konkreter Handlungen: sie lie-

gen in den Gefühlen, Haltungen oder Einstellungen der Betroffenen. Damit reduzieren sich die vorgestellten und sicherlich zum großen Teil nachahmenswerten psychiatrischen Begegnungen auf die persönliche Bereitschaft und subjektive Vernunft des Einzelnen, auf seine 'Ehrlichkeit', sein Engagement usw. Für denjenigen, der diese Bereitschaft zwar hat, nicht jedoch die Macht, eine entsprechende Haltung an seinem Arbeitsplatz durchzusetzen, bieten sich bei Dörner und Plog wenig Anhaltspunkte, wie die empfohlene Interaktions-Psychiatrie real zu verwirklichen ist.

Die Abstraktion von materiellen und ökonomischen Bedingungen relativiert auch den Stellenwert der vorgeschlagenen Therapiekonzeption. Der Kern der psychotherapeutischen Orientierung oder therapeutischen Grundhaltung ist die Befähigung der Betroffenen zur Selbsthilfe. Mit vielen anschaulichen Beispielen wird immer wieder Illusionen entgegengewirkt, ein geschulter Fachmann mit Medikamenten oder therapeutischen Techniken könne Heilung bringen. Vielmehr wird mit großer Eindringlichkeit und auch Redundanz darauf hingewiesen, daß nur der Patient selber Subjekt seiner Entwicklung ist. Die Bedeutung des Psychotherapeuten und des psychiatrischen Teams wird also nicht darin gesehen, daß diese den Patienten richtig diagnostizieren, um ihn dann zu heilen, sondern darin, den Patienten immer wieder auf sich selbst und sein Tun zu verweisen, die Wirkungen seiner Handlungen auf andere Menschen zu spiegeln, und die Notwendigkeit zu betonen, sich selbst zu beobachten, die eigenen Gefühle wahrzunehmen, um dann schließlich selbst neue Lösungen im Handeln zu erproben. Es fragt sich natürlich, *wie* eine solche Entwicklung herzustellen ist, wie Patienten von der ausgeprägten Abhängigkeit und Hilflosigkeit die Bereitschaft und Fähigkeit entwickeln können, sich selbst zu helfen. Dörner und Plog wenden sich in dieser Frage gegen eine psychoanalytisch orientierte Praxis. Auch ein verhaltenstherapeutisch orientiertes Vorgehen wird nicht nahegelegt. Vielmehr wird immer wieder betont, wie wichtig die Selbstwahrnehmung des Therapeuten ist und die Fähigkeit, eigene Gefühle auch dem Patienten gegenüber offen und ehrlich zu äußern, und daß sich so die 'Suchhaltung' des Therapeuten auf den Patienten überträgt. Als ein weiterer wesentlicher Hebel für die Veränderung wird das Modell des Teams gesehen, das dem Patienten ein Vorbild für erwachsene und reife zwischenmenschliche Beziehungen liefert.

Die hier vorgeschlagene therapeutische Grundhaltung setzt institutionelle und gesundheitspolitische Bedingungen voraus, die zwar in der Tagesklinik in Eppendorf gegeben sein mögen, die jedoch keineswegs zur Norm der momentanen psychiatrischen Wirklichkeit gehören. Beispielsweise kommen die Patienten freiwillig in die Klinik, sie wollen Therapie, wollen sich verändern, sind nicht zwangsweise untergebracht oder abgeschoben. Unter Umständen findet auch eine Selektion motivierter oder 'geeigneter' Patienten statt. Demokratische Strukturen, die eine Voraussetzung für die Wirkung eines psychiatrischen Teams in der beschriebenen Weise sind, dürften auch nicht zur Norm psychiatrischer Arbeit gehören. Man stelle sich nur den in seinem Fach verwurzelten Psychiater vor, der von einer Krankenschwester dazu aufgefordert wird, erst einmal die eigenen kranken Anteile zu suchen, um diese Suchhaltung dann auf den Patienten wirken zu lassen.

Dörner und Plog verzichten auch auf jeden systematischen Versuch einer theoretischen Untermauerung ihrer therapeutischen Vorstellungen, einer theoretisch fundierten Konzeption der Genese und Veränderung psychischer Störungen. Sie erwecken den Anschein, daß alle Ausführungen dazu aus der Erfahrung der unmittelbaren Praxis entspringen. Als einziges Korrektiv der subjektiven Erfahrungen wird das Team in Betracht gezogen, d.h. die Erfahrung mehrerer Subjekte. Problematisch dabei ist nicht nur der Verzicht einer theoretischen Fundierung. Es entsteht darüberhinaus der Eindruck, daß Theorielosigkeit zum Programm gemacht wird, daß praktische Erfahrungen wissenschaftlicher Erkenntnis abstrakt entgegengesetzt wird. Denn ein Gegenüber theoretisch

erfassen heißt nach Dörner und Plog, es zum Objekt machen; dies impliziert Begegnungen auf der Subjekt-Objekt-Ebene, d.h. Begegnungen, die nach Dörner und Plog unvollständiger und irgendwie auch undemokratischer sind als die gleichberechtigten und partnerschaftlichen Subjekt-Subjekt-Beziehungen. Damit werden Alltagsbeziehungen aufgewertet und durch wissenschaftliche Erkenntnis getragene Beziehungen abgewertet. Dies impliziert auch die Gegenüberstellung von Erfahrung und wissenschaftlicher Erkenntnis, von Theorie und Praxis, oder von Subjektivem und Objektivem. Diese Gegenüberstellung läßt unberücksichtigt, daß Erfahrungen immer auch theoriebestimmt sind. Auch ein naturwissenschaftlich orientierter Psychiater macht bestimmte Erfahrungen, die einerseits seiner theoretischen Orientierung entsprechen und andererseits auch seine Theorie zu bestätigen scheinen. Auch die Erfahrungen von Dörner und Plog entspringen nicht allein der 'unmittelbaren praktischen Begegnung' oder aber der Aufrichtigkeit sich selbst gegenüber, sondern sie organisieren sich über einen bestimmten theoretischen Hintergrund. Dieser wird jedoch nicht explizit gemacht und ist damit nur dem Eingeweihten offensichtlich. Es handelt sich im weitesten Sinne um die Theorie der Gesprächspsychotherapie und der humanistischen Psychologie, deren Kritik hier nicht geleistet werden kann. Wichtig bleibt jedoch festzuhalten, daß auch die dargestellten Erfahrungen nicht unmittelbar 'der psychiatrischen Praxis' entspringen, wie dies von den Autoren nahegelegt wird. Sie sind in ihren inhaltlichen Bestimmungen nur auf dem Hintergrund bestimmter institutioneller Bedingungen und eines bestimmten theoretischen Vorverständnisses machbar und auch vermittelbar.

Auf dem Hintergrund der bisherigen Auseinandersetzung mit der Theorie und Praxis der Psychiatrie muß das Buch von Dörner und Plog trotzdem als großer Fortschritt gesehen werden. Die Kritik der Psychiatrie ist innerhalb der BRD bislang kaum über ideologiekritische und metatheoretische Negationen oder aber sozialwissenschaftliche Analysen ihrer gesellschaftlichen Funktion hinausgekommen. In vieler Hinsicht waren dies Ansätze, die nur eine abstrakte Negation von Psychiatrie nahelegen konnten. Das Buch von Dörner und Plog dokumentiert dagegen, daß die reale gesellschaftliche Entwicklung dahingehet, eine sozialpsychiatrische und psychotherapeutische Orientierung innerhalb der Psychiatrie durchzusetzen. Kritik wird so durch das Aufzeigen konkreter und praktikabler Alternativen geleistet. Der vorliegende Ansatz von Dörner und Plog erweckt jedoch den Anschein, daß die 'großen Themen' der Psychiatrie-Kritik weiter in den Hintergrund gerückt sind, als dies auch für den Entwurf praktischer Lösungen notwendig wäre.

Irma Gleiss (Berlin/West)

Kovel, Joel: Kritischer Leitfaden der Psychotherapie. Campus Verlag, Frankfurt/Main 1977 (312 S., br., 28,— DM).

Kovel, von Hause aus Psychoanalytiker, stellt Therapie und Neurose in einen allgemein theoretischen Bezugsrahmen. Beide sieht er im Kräftegleichgewicht, das sich in der Zeit freilich ändert, wobei er bei der Neurose an ein Konglomerat von biologischen Bedürfnissen, psychischen Zuständen und sozialen Einflüssen denkt, die sich im Ungleichgewicht befinden; bei der Therapie hingegen an kontrollierte Eingriffe von außen, die auf jenes Ungleichgewicht einen ausgleichenden Einfluß haben. Bei einer Neurose handelt es sich im wesentlichen um zwei Zustände: Einmal um ein Auseinanderdriften von Subjektivem und Objektivem, das unbewußten, vormals zurückgehaltenen Ängsten und Wünschen freilich ihren partiellen Ausdruck erlaubt; zum anderen um neurotische Lösungen, die Ordnung und Harmonie herstellen sollen, dabei aber scheitern, auf die jedoch immer wieder zurückgegriffen wird. Therapien können daher auf objektive wie subjektive Besserung zielen: Einige machen mehr die Gefühlswelt des Patienten, andere dagegen mehr seine persönliche Belastbarkeit zum Objekt der Behandlung. Vordergründig scheinen zumindest jene erfolgreicher, die auf gesellschaftli-

che Anpassung zielen, wobei aber die Frage offen bleibt, ob dem Patienten damit wirklich geholfen ist oder vielmehr nur gewisse Verhaltensauffälligkeiten dem Erscheinungsbild des Alltags angepaßt werden. Kovel favorisiert die analytische Richtung mit der Begründung, daß mit dieser noch am ehesten der Begriff 'Therapie' assoziiert werden kann. Er beschreibt die Vor- und Nachteile dieser Richtung, die sich, um den Patienten an die 'abgespaltenen Elemente seines Seelenlebens' heranzuführen, ausschließlich der verbalen Kommunikation bedient. Dieser hinzugerechnet wird ferner der existentielle Ansatz, der aber nur die 'Annäherung an emotionale Störungen' sucht. An zweiter Stelle setzt er die post-analytischen Ansätze und die 'Human Potential'-Bewegung, zu denen er so unterschiedliche Therapieformen wie die nicht-direktive Therapie nach Rogers, die Gestalt-Therapie, die Biogenetik, die Primärtherapie, den mystisch-transzendentalen Ansatz, die Gruppen- und Familientherapie, wie die Verhaltens- und Anweisungstherapie rechnet. Wird der Körper in die Kommunikation aber eingebracht, bleibt die psycho-soziale Dimension ausgespart, gewinnt der Therapeut einen Spielraum, innerhalb dessen er so ziemlich 'jeden' Körperkontakt als Kommunikation zu interpretieren vermag, zumindest weist Kovel auf die mangelnde Überprüfbarkeit solcher Interpretationen hin, die auch mit einer besseren Therapeutenausbildung kaum behoben werden kann. Soll der Patient — wie bei der Primärtherapie — zudem mit massiven Geboren und Verboten zu Gefühlsausbrüchen angeregt werden, so heiligt der Therapiezweck — nämlich Emotionen — die therapeutischen Mittel. Daß Kovel hier den mystisch-transzendentalen Ansatz erwähnt, ist nicht unproblematisch. Geht es dabei doch um den therapeutischen Charakter des Meditierens, dessen bewußtseinsweiternde Funktion mitunter erst dann voll zum Tragen kommt, wenn die Therapie abgeschlossen ist, d.h. die neurotischen Sperrern, welche einer Bewußtseinsweiterung möglicherweise entgegenstehen, beseitigt sind. Dem analytischen Ansatz gänzlich entrückt sieht Kovel vor allem die Verhaltens- und Anweisungstherapie, in gewisser Weise aber auch die Gruppen- und Familientherapie. Beiden gemeinsam ist ihre jeweilige 'Bezogenheit'. Dadurch lassen sich in der Familientherapie die persönlichen Risiken, die bei einer Individualtherapie für den Patienten doch beträchtlich sind, zumindest in Grenzen halten. Deshalb zielt der Gruppenansatz auch weniger auf die Beseitigung der einen oder anderen psychischen Beeinträchtigung als auf das Erfahrbarmachen von Geborgenheit, Lebenssinn und Freude. Dies schließt allerdings die Gefahr mit ein, daß der Patient unter dem Druck der Gruppe seiner ursprünglichen Urteilskraft nicht mehr länger zu vertrauen vermag. Nach Kovel haben alle Therapien irgendwo ihre Berechtigung und ihre speziellen Anwendungsbereiche. Zwar unterscheiden sie sich wesentlich in ihren theoretischen Prämissen, hinsichtlich ihrer Anfälligkeit für Mißbrauch und Trivialisierung, im Hinblick auf ihre Folgen für die Organisation des Gesundheitswesens und natürlich für den Patienten. Trotzdem machen nur 'Therapeuten von Kaliber' sie hinreichend vergleichbar. Da nach Kovel aber weder die Qualität der Ausbildung noch die Aneignung so allgemeiner Tugenden wie Einfühlungsvermögen und Ausgewogenheit im Urteil ausreichen, um dies sicherzustellen, entscheidet der Markt, nicht nur wie das Kaliber des einen oder anderen Therapeuten, sondern auch wie der Wert der einen oder anderen Therapieform einzuschätzen ist. Diese Art Urteilsbildung aber kann weder den wissenschaftlichen Diskurs noch die Selbstkontrolle einer Profession oder gar staatliche Vorsorge ersetzen.

Barbara Seuster (Insel Reichenau)

Lidz, Theodore: Der gefährdete Mensch. Ursprung und Behandlung der Schizophrenie. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1976 (156 S., br., 4,80 DM).

Als einer der Väter der Familientheorie und Familientherapie ist Theodore Lidz

längst bekannt geworden. Hier erscheinen nun in — allerdings etwas verspäteter — deutscher Ausgabe die 1967 gehaltenen Salmon-Vorlesungen, die Lidz nutzt, um den Entwicklungsgang seiner Forschungen rückblickend zu skizzieren.

Das Buch liefert antipsychiatrische Munition, weil es in blendender Weise den Zusammenhang zwischen bestimmten familiären Interaktionsstörungen und den zugehörigen Denkstörungen des schizophrenen Patienten auseinander hervorgehen läßt, so daß auch der Leser über derartige Zusammenhänge bei sich nachzudenken beginnt. Die Rolle der Sprach-Entwicklung wird dabei von Lidz in einem besonderen Blickwinkel untersucht: inwieweit sie für die Ausfaltung kritischer, d.h. selbstreflexiver Ich-Funktionen stützend ist oder im Fall der schizophrenen Familien zerstörerisch wirkt. Lidz führt hier den Begriff der »egozentrischen Überinklusivität« ein, der die gemeinten Verbindungen zwischen Familienstruktur, Sprache und Ich-Entwicklung umfaßt: Der Patient bezieht alles (überinklusiv) auf sich (egozentrisch), und zwar aufgrund ungenügend entwickelter Kategorisierungsprozesse, die nicht nur seine emotionalen, sondern schlimmer noch: auch seine kognitiven Strukturen in verheerender Weise undifferenziert ließen.

Als Nachteil sehe ich an dem Buch, daß Lidz — wie häufig Familientherapeuten — einem ideologischen Familienbegriff huldigt, sodaß ihm spezifisch amerikanische Familienaspekte als »allgemein-menschliche« erscheinen; Kernfamilie über alles. Wenn man bereit ist, dieses häufig anzutreffende Manko zu überlesen, kann man das Buch als eine informative Einführung eines kompetenten Autors empfehlen. Man muß sich dann jedoch Gedanken über die geheimen Verbindungswege von Familienideologie und Familientheorie machen.

Michael B. Buchholz (Frankfurt/M.)

Rogers, Carl R.: Die Kraft des Guten. Kindler-Verlag, München 1978
(330 S., Ln., 29,80 DM).

Der Verfasser, Begründer der klientenzentrierten Therapie, die sich auch im deutschsprachigen Raum als psychotherapeutische Richtung steigender Beliebtheit erfreut, unternimmt in seinem neuesten Buch den Versuch, den gesellschaftlichen und politischen Einfluß seiner Theorie und Methodik darzustellen. Einleitend schreibt Rogers »Unsere Arbeit ist 'zu den Wurzeln' vieler Begriffe und Wertvorstellungen unserer Kultur vorgedrungen und hat einen 'vollständigen oder tiefgreifenden Wandel' vieler Grundüberzeugungen und Verfahren bewirkt. Am nachhaltigsten hat sie die Auffassungen über Macht und Herrschaft in den zwischenmenschlichen Beziehungen beeinflußt.« (8) Rogers verheißt: »... das Bild einer ganz anders gearteten Zukunft, in deren Mittelpunkt der neue, selbstbestimmte Mensch stehen wird, der jetzt in Erscheinung tritt.« (9) Der Autor läßt den Leser an einer Fülle persönlicher Lebenserfahrungen und Begegnungen teilnehmen. Er schildert Menschen, die versuchen in ihren individuellen und kollektiven Beziehungen Gleichberechtigung zu leben unter weitestgehender Vermeidung von Macht- und Besitzansprüchen. Mitmenschen, die gegen die Unterdrückung der Frauen, der Homosexuellen, der Farbigen, der Dissidenten und der Bauern Lateinamerikas protestieren, bekundet er seine Sympathie und bietet dadurch dem Leser Möglichkeiten zur Identifikation.

Sicher formuliert Rogers das Unbehagen vieler — und trotz seiner starken Bezogenheit auf die USA auch das eines bundesdeutschen Bürgers — wenn er sich über die zunehmende Verletzung der Menschenrechte, die Korruption in der Politik, das erstarrte Bildungswesen, die Einengung durch Bürokratismus, die Ausbreitung der Gewaltverbrechen und die steigende Arbeitslosigkeit beklagt. Eine kritische Sichtung der Beispiele seiner fortschrittlichen Politik entdeckt jedoch außer acht gelassene Widersprüche, die Zweifel an seinem Ansatz aufkommen lassen.

Als ein Beispiel sei die Fallstudie in einem Konzern genannt (118-120). Durch die

Einführung eines »personenbezogenen« Führungsstils wurde in diesem Betrieb bei Senkung der Produktionskosten und Einsparung von Personal eine erhebliche Gewinnsteigerung erzielt. Die Vorgesetzten brachten ihren Angestellten vermehrtes Vertrauen entgegen, die Arbeit wurde nicht ständig beaufsichtigt und nachkontrolliert und die gegenseitige Wertschätzung der Mitarbeiter stieg ungewöhnlich hoch (119). Die Profitmaximierung ging Hand in Hand mit der Erfahrung einer Persönlichkeitsentwicklung. Rogers wundert sich, daß nicht mehr Betriebsleiter sein Angebot benutzen, wenn solche Resultate erzielt werden können; er bedauert die Kurzsichtigkeit der Unternehmer, die keinen Blick für eine »pluralistische Führung« haben und sich nicht um eine demokratische Arbeitsatmosphäre bemühen (122). Heute müßten die Unternehmer doch einsehen, daß es den Betrieben nur zugute kommt, wenn sich die Angestellten dort wohlfühlen. Rogers ist der Meinung, eines der wichtigsten Produkte heute sei die Entwicklung des vollen Potentials jedes Arbeiters und Angestellten. Ob die arbeitenden Menschen trotzdem ausgebeutet sind und zur Ausbeutung anderer beitragen, dieser Frage geht er nicht konsequent nach. Auch trägt der Verfasser mehr zur Verschleierung als zur Aufklärung bei, wenn er Konkurrenzsituationen und Interessenkonflikte, die von der Sache her bestehen, leugnet und behauptet, wenn man sich nur offen und ehrlich ausgesprochen habe, stünde alles zum Besten. Was Rogers anbietet ist Hoffnung und Glaube an eine »neue Welt«. Sie wird von denjenigen verwirklicht, die den Mut zur Individualität, zur Selbstbestimmung und zur persönlichen Erfahrung haben. Die Vehemenz, mit der Rogers sich für eine gerechtere und humanere Gesellschaft einsetzt, vernachlässigt jedoch die Schwierigkeiten des Weges dazu.

Dorothee Jüngst (Konstanz)/Norman Elrod (Zürich-Kreuzlingen)

Bense, Alfons: *Erleben in der Gesprächspsychotherapie.* Beltz-Verlag, Weinheim/Basel 1977 (128 S., br., 15,— DM).

Es soll auf ein Defizit in der Theoriediskussion über die Gesprächspsychotherapie aufmerksam gemacht werden: auf die unzureichende Diskussion des »Experiencing«-Ansatzes von Gendlin. Seine Theorie basiert auf zwei zentralen Merkmalen therapeutischer Erfahrung: Persönlichkeitsveränderungen fänden immer in sozialen Kontexten statt, bei den betreffenden Individuen träten während dieses Prozesses intensiv emotionale, »innerlich gefühlte Geschehnisse« (17) ein. Im Anschluß an eine zu kurze Skizzierung der Grundbegriffe der »Experiencing«-Theorie wird die Struktur des individuellen Persönlichkeitsveränderungsprozesses — der Focusing-Prozeß mit seinen vier Phasen — nachgezeichnet. Aus der Perspektive des betreffenden Individuums wird dieser Veränderungsprozeß seinem Wesen nach als Heranarbeiten der intellektuellen Situationseinschätzung an das emotionale Situationsempfinden des Individuums innerhalb seines Interaktionsprozesses mit der sozialen Umwelt angerissen, leider von Bense aber nicht in seinen theoretischen Implikationen entfaltet. Für den unkundigen Leser dürfte es in den ersten Teilen des Buches problematisch sein, die Kernaussagen und relevanten Bezüge der Abschnitte zu entdecken, z.B. das Verständnis des so wichtigen Begriffs des »strukturgebundenen Erlebens« zu gewinnen (37). Dies liegt an der oft zu knappen und unverbindlichen Ausdrucksweise des Autors.

Am klarsten wird die Experiencing-Theorie im 3. Kapitel, in dem die Positionen von Rogers und Gendlin konfrontiert werden. Während Rogers Konzept der Persönlichkeitsveränderung auf die Spannungsreduktion zwischen Real- und Idealselbst des Handelnden zielt, soll für Gendlin als Resultat des Veränderungsprozesses die Fähigkeit des Individuums rekonstituiert werden, emotionale Prozesse von sich aus zu interpretieren und zu verarbeiten lernen. Die Hinwendung des Individuums auf seine innerlich wahrgenommene körperlich gefühlten Vorgänge ist der eigentliche Experiencing-Prozeß. Diese Hinwendung zu sich selbst bedarf der Stimuli der sozialen Umwelt, der Interak-

tion mit anderen Personen, um wieder einsetzen zu können. Diese Argumentation zu präzisieren und zu problematisieren versäumt Bense jedoch. Auch im Folgenden bleibt die Oberflächlichkeit der Rezeption von Gendlins Theorie erhalten. Das gilt sowohl für die Diskussion der psychotherapeutischen Implikationen und Querverbindungen wie für die Rezeption bereits vorliegender Kritiken. So wird lediglich die Diskussion der empirischen Absicherung und Operationalisierung des Experiencing durch die Integration neuester empirischer Verfahren und Resultate interessant. Die sporadischen Hinweise des Autors auf vertiefende Fragestellungen hinsichtlich des sozialen Bedingungskontextes des Experiencing wären in Form einer systematischen Einarbeitung bei der Interpretation von Gendlin sicher sinnvoll gewesen. Bense rezipiert die Experiencing-Theorie nur in der unzureichenden Form einer kaleidoskopischen Katalogisierung von theoretischen Aspekten, deren Systematisierung durch einen kritisch psychologischen Ansatz nicht gelingt. Dies ist um so bedauerlicher, insofern der Gegenstand der Gendlinschen Theorie durchaus Ansatzpunkte für eine kritische Psychologie enthält; etwa in der Rede vom strukturgebundenen Erleben oder der Stimulation der Persönlichkeitsveränderung durch Interaktion.

Klaus Leßmann (Berlin/West)

Wacker, Ali (Hrsg.): Vom Schock zum Fatalismus? Soziale und psychische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit. Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1978 (266 S., br., 26,— DM).

In diesem Sammelband werden in 5 Beiträgen Ergebnisse neuerer Untersuchungen zu den psycho-sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit aus der BRD vorgestellt, in 3 weiteren Artikeln werden die Ergebnisse älterer und ausländischer Untersuchungen zusammengefaßt. Den besten Eindruck über die vielfältigen angesprochenen Probleme vermittelt eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse und Thesen.

Die größte Untersuchung, deren Ergebnisse hier dokumentiert sind, stammt von Brinkmann. Er untersuchte eine repräsentative Gruppe von 5 000 Arbeitslosen. Nur 18 % hatten kaum finanzielle Schwierigkeiten, während 15 % Schulden machten oder einen Kredit aufnehmen mußten, 17 % haben sich oft gefragt, ob sie nicht selbst an ihrer Arbeitslosigkeit Schuld seien. Interessant ist, daß Brinkmann einen Zusammenhang zwischen finanziellen und psycho-sozialen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit fand. Bezüglich der psychischen Auswirkungen konnten Frese und Mohr zeigen, daß Depression eindeutig nicht Ursache der Arbeitslosigkeit, sondern ihre Folge ist. Das Aufrechterhalten von Aktivitäten wirkt dieser Tendenz entgegen. Windolf und Klemm beobachteten bei arbeitslosen Angestellten, daß sie eine um so stärkere Deklassierung empfinden, je stärker sie ihr Konsumverhalten einschränken müssen und daß die psychischen Belastungen in einem engen Zusammenhang mit den sozialen Beziehungen stehen. Alleinstehende sind stärker belastet als jene, die in Beziehungen leben. Hentschel kommt nach einer Untersuchung von 1 400 Arbeitslosen und Beschäftigten zu der Feststellung, daß Fatalismus unter den Arbeitslosen nach einer gewissen Zeit weiter verbreitet ist als unter den Erwerbstätigen. Die meisten Arbeitslosen und Erwerbstätigen halten die Krise für eine 'importierte'. Eine klare Linkswendung im politischen Bewußsein der Arbeitslosen konnte er nicht feststellen. Auch Bahnmüller beschäftigt sich mit dem politischen Bewußsein der Arbeitslosen. Sein wichtigstes Ergebnis sind deutliche Widersprüche im Bewußsein der Arbeitslosen, die sowohl sozialpartnerschaftlichen wie klassenkämpferischen Thesen zustimmen. Anhand seiner Daten muß er festhalten — auch wenn er das gern anders hätte —: Klassenbewußsein entwickelt sich nicht spontan. — Harrison arbeitet englische und amerikanische Literatur auf. Seine zentrale These: für viele Arbeitslose gibt es in ihrer psychischen Reaktion einen charakteristischen zeitlichen Verlauf, in dem Schock, Optimismus, Pessimismus und Fatalismus aufeinander folgen. Wacker beschäftigt sich mit der Verarbeitung aggressiver Impulse.

Er unterscheidet 3 Formen: den psychischen Rückzug, das Richten der aggressiven Strebungen gegen die eigene Person und das Wenden der Aggression nach außen. Thoma setzt sich in seinem sehr informativen Überblicksreferat mit den gesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auseinander. Er zeigt den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Säuglingssterblichkeit, Herzkrankheiten, Ulcuskrankheiten, Alkoholismus, Selbstmordraten und Einweisungsraten in psychiatrische Krankenhäuser. — Über die hier dargestellten Ergebnisse und Thesen hinaus findet der interessierte Leser viele weitere Detailergebnisse, die die Lebenslage der Arbeitslosen verständlich machen. Die verschiedenen Beiträge, die jeweils einzelne Aspekte der Folgen von Arbeitslosigkeit behandeln, werden jedoch leider nicht in eine allgemeine Theorie integriert, in der der komplexe Zusammenhang der unterschiedlichen Folgen und die Wirkung verschiedener Bedingungen herausgearbeitet werden. Wacker betont zwar die Notwendigkeiten, »das Verhältnis von persönlichkeitspezifischen Vorbedingungen und Reaktionsweisen zu den sozialen und situationsspezifischen Faktoren zu erklären« (27), leistet dies jedoch in seinem einleitenden Beitrag selbst nicht. Als weiterer Mangel diverser Beiträge ist anzumerken, daß in ihnen die Bedeutung der Arbeiterbewegung nicht nur für die gesellschaftliche Überwindung der Arbeitslosigkeit, sondern auch für die individuelle Verarbeitung unterschätzt oder ignoriert wird.

Hans Schindler (Bremen)

Geschichte

Engelberg, Ernst, und Wolfgang Küttler (Hrsg.): Formationstheorie und Geschichte. Studien zur historischen Untersuchung von Gesellschaftsformationen im Werk von Marx, Engels und Lenin. Lizenzausgabe des Akademie-Verlages, Berlin (DDR); Topos Verlag AG, Vaduz/Liechtenstein 1978 (747 S., Ln., sFr. 175,—). FuG
Küttler, Wolfgang: Lenins Formationsanalyse der bürgerlichen Gesellschaft in Rußland vor 1905. Ein Beitrag zur Theorie und Methode historischer Untersuchung von Gesellschaftsformationen. Lizenzausgabe des Akademie-Verlages, Berlin (DDR); Topos Verlag AG, Vaduz/Liechtenstein 1978 (331 S., Ln., sFr 90,—). FR

Weltgeschichte bis zur Herausbildung des Feudalismus. Ein Abriß. Verfaßt von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Irmgard Sellnow.

Akademie-Verlag, Berlin (DDR) 1977. (= Veröffentlichungen des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften der DDR,

hrsg. v. J. Herrmann, Bd. 5), (734 S., Ln., 35,— M). WG

Die Diskussion um die Anzahl und Abfolge ökonomischer Gesellschaftsformationen, besonders vorkapitalistischer Geschichtsepochen, die sich seit Beginn der sechziger Jahre entfaltete, verlief von Anbeginn an zweigleisig. Ging es einerseits um die Aufbereitung und Interpretation des neu erschlossenen Quellenmaterials v.a. zur außereuropäischen Geschichte, so verband sich dies andererseits mit der Wiederentdeckung bzw. Neuinterpretation zahlreicher Schriften von Marx, Engels und Lenin. Die vorliegenden Bände ziehen nicht nur eine Art Zwischenbilanz beider Diskussionsstränge, sondern leiten — besonders was die geschichtsmethodologischen Ansätze betrifft — eine neue Phase historisch-materialistischer Geschichtsforschung ein. Für diese Fortschritte, die v.a. in die siebziger Jahre fallen, war die zunehmende theoretische und methodologische Durchdringung des Begriffs der ökonomischen Gesellschaftsformation entscheidend, eines Kernbegriffs, den W.I. Lenin nicht zufällig als »Synonym für Gesellschaftswissenschaft« (LW1, 133) bezeichnete. In dem Maße, wie sich das Niveau der theoretisch-methodologischen Arbeiten erhöhte, Formationstheorie vom Problem der

Anzahl und Abfolge ökonomischer Gesellschaftsformationen in der Geschichte abgekoppelt wurde, wandelten sich auch der Charakter der Analyse der Werke von Marx, Engels und Lenin. An die Stelle kurzatmiger Zitatensammlungen oder eklektischer Bezüge trat zunehmend die Bearbeitung des Gesamtwerkes bzw. von Phasen dieses Werkes (vgl. z.B. Guhr in der DDR, Godelier in Frankreich).

Die beiden erstgenannten Bände sind Musterbeispiele solcher Werkanalyse. Sie folgen dem Prinzip, Kontinuität und Diskontinuität von Theorie und Methode historischer Gesellschaftsanalyse im Werk der Klassiker des Marxismus durch wandelnde Problemsituationen, historisch-politische Konzeptionen und Gegenstandsbezüge hindurch aufzuspüren (FR, 11). Angesichts der bekannten Mehrdeutigkeit konstitutiver Begriffe des Marxismus, die im wechselnden Bedeutungsgehalt der Begriffsverwendung v.a. bei Marx und Engels selbst (weniger bei Lenin) ihre Grundlage hat, und die zu zahllosen, oft unfruchtbaren Kontroversen in der Formationsdebatte führt(e), erlaubt die hier vorgeführte Methode der Werkanalyse, die verschiedenen Begriffsdimensionen je verschiedenen historisch-politischen Erkenntnisinteressen zuzuordnen. Gleichwohl mündet dieser Ansatz nicht im Relativismus, denn wie für die Werkanalyse, so wird auch in geschichtsmethodologischer Verallgemeinerung festgehalten: »Nur der Zusammenhang der verschiedenen Aspekte und Anwendungsmöglichkeiten (historisch-theoretischer Begriffe: KN) ergibt den vollständigen Begriffsinhalt und damit auch das Bezugssystem für die gesonderte Akzentuierung einer bestimmten Seite dieses Inhalts« (FuG, 735).

Die Abhängigkeit der Gegenstandsbezüge, Begriffsaspekte und Erkenntnisfortschritte von historisch-politischen Situationen demonstriert der Sammelband an den prägnanten Schnittpunkten von 1848/49, 1871, 1905/07 und 1914/17. Dabei wird die Erörterung wechselnder Bezüge stets von der Auswertung des allgemein-methodologischen Ertrags abgegrenzt (z. B. FuG, 238). Diesem Prinzip folgend sollen beide Aspekte nun nacheinander abgehandelt werden.

Wie sehr die Erfahrung von 1848/49 Revolutionskonzept und Vergangenheitsbezug gleichermaßen tangierte, erhellen u. a. der weitgefaßte Begriff einer »Revolution in Permanenz« (MEW 7, 254) sowie die Akzentuierungen in Engels' Bauernkriegs-Schrift (FuG, 314ff.). Ersterer zog aus der verkürzten Perspektive eines sich rasch steigierenden Revolutionsverlaufs bürgerliche und sozialistische Phasen zusammen — antizipierte aber gerade aufgrund dieser Verkürzung Problemsituationen und Konzeptionen, die objektiv erst zu Beginn des 20. Jh. unmittelbare Relevanz gewinnen sollten und im Zusammenhang der russischen Revolution von 1905/07 von Lenin aufgegriffen wurden (FuG, 444ff.). Auch die Optik des Vergangenheitsbezuges wurde unter dem Eindruck des erstmals und noch unreichend selbstbewußt auftretenden Proletariats (sowie der Unreife seiner Organisation) bewußt verengt. Engels konzentrierte sich im 'Bauernkrieg' auf jene antizipatorischen Kräfte, Programme und Kampfformen, die dieses Geschehen zum Lehrstück deutscher Gegenwart der Jahrhundertmitte werden lassen konnte. Dieser Akzent wurde später vom alten Engels aufgegeben und — wiederum unter dem Eindruck von Gegenwartserfahrungen: der Zählebigkeit und Entwicklungsfähigkeit kapitalistischer Gesellschaft sowie der epochalen Spanne von Formationswechseln — in den internationalen Bezugsrahmen des frühbürgerlichen Revolutionszyklus eingeordnet (FuG, 329f.). Für die anhaltende Diskussion um die Frühphase der bürgerlichen Revolutionsepoche dürfte diese Interpretation von Interesse sein (FuG, 329).

Reichsgründung und Pariser Kommune von 1871 bildeten einen vergleichbaren Einschnitt für Konzeptionsbildung und Akzentverschiebungen. Diskussion und Kritik dieser Ereignisse (z.B. Begriffsbildung 'Revolution von oben'; FuG, 330ff.), sozialdemokratische Programmdiskussion (Phasen der kommunistischen Gesellschaft; FuG, 239ff.) sowie die zunehmende Perspektive revolutionärer Entwicklung in den Randzo-

nen kapitalistischer Gesellschaftsformation (bes. in Rußland, FR, 27ff.) rückten nun die weltgeschichtliche Dialektik von Privat- und Gemeineigentum — unter wechselnden regionalen und Epochenbezügen — in den Vordergrund (FuG, 238). Mit der Konzentration historischer Analyse auf die welthistorischen Bruchstellen zwischen Privat- und Gemeineigentum traten die Übergangsqualitäten sowohl der 'asiatischen Produktionsweise' (APW) — nun zur 'Ackerbaugemeinde' generalisiert — als auch der kapitalistischen Gesellschaft in eine eigentümliche Beziehung zueinander, die manchen Aufschluß über das 'Verschwinden' des APW-Begriffs (aber nicht der zugrundeliegenden Problematik!) und über die Akzentsetzung in Engels' 'Ursprung der Familie' zuläßt (FuG, 285ff.). — Mit dem Stichwort der 'Randzonen' kann die Kontinuität von Marx und Engels zu Lenin belegt werden. Befand sich die Formationsfrage für erstere noch im Stadium der Hypothese kapitalistischer Entwicklungsrichtung (FR, 63), so beantwortete Lenin sie grundsätzlich mit Hilfe eines speziellen methodischen Instrumentariums, das als klassisches Beispiel historischer Formationsanalyse gelten darf. Die geschichtsmethodologische Bedeutung Lenin'scher Gesellschaftsanalyse wird in der Arbeit von Wolfgang Küttler, in gekürzter Form im Sammelband enthalten, erstmalig und ausführlich vorgestellt.

Konzeptionsbildend wirkten für Lenin v.a. die Zäsuren von 1905/07 sowie 1914/17. Mit der Frage nach der weiteren Perspektive bürgerlicher Revolution und kapitalistischer Evolution in Rußland wurde der Blick auf historische Vergleichsfälle gelenkt. Die hieraus erwachsene Typologie historischer Verlaufsmodelle (z.B. 1789-1848; 'preußischer' - 'amerikanischer' Weg) besitzt für die Geschichtsmethodologie außerordentliche Bedeutung, da sie zwischen allgemeiner Gesetzmäßigkeit und regionaler Vielfalt vermitteln hilft (FuG, 461). Dieser Ansatz ist für die Frage historischer Alternativität ebenso fruchtbar wie für die produktive Auseinandersetzung mit nichtmarxistischen (meist M. Weber entlehnten) Typologien.

Die Ungewißheit der alternativen Wege bürgerlicher Umwälzung in Rußland erweiterte zugleich Lenin's historische Retrospektive um das Problem des »Stammbaums« oder der »Erbfolge« (FuG, 474) bestimmter Entwicklungstypen von Formations- und Revolutionsgeschichte, deren Reichweite die Formationsgrenzen überschreitet. Die dialektische Einheit von Formation und Revolution, die sich hier andeutet, gehört mit zu den perspektivreichsten Passagen des Sammelbandes. Die wechselseitigen Überlagerungen der Begriffsinhalte in der wirklichen Geschichte, die in der Geschichtsforschung methodologisch zu kalkulieren und begrifflich zu differenzieren sind, erfordern ein ganzes System von Methoden und Begriffen, an deren Spitze der Epochenbegriff steht (FuG, 732). Die Spanne von allgemeiner Theorie und empirisch-historischer Forschung, die mit dem hier entworfenen Begriff materialistischer Geschichtsauffassung bezeichnet wird, vereint den allgemein-theoretischen 'Gegenstands-begriff' Gesellschaftsformation mit dem historisch-theoretischen 'Gegenstands-begriff' Epoche.

Eben dieser zweite Begriff trat bei Lenin mit Kriegsausbruch 1914 und vollends mit dem Formationswechsel von 1917 immer stärker in den Vordergrund (FuG, 478ff., 531ff.). Imperialismus-Analyse strand immer schon unter der Dominante des herannahenden Epochenbruchs. Nach 1917 wurden dann auch die Akzente retrospektiver Periodisierung der welthistorisch nun abgeschlossenen kapitalistischen Epoche erneut verschoben — ein Problem, das in dem Beitrag von Barthel leider zuwenig Beachtung gefunden hat.

Der allgemeine theoretische und methodologische Ertrag beider Bände kann an den Dimensionen des Formationsbegriffs und an der Methodik historischer Formationsanalyse schlaglichtartig aufgewiesen werden. Neben dem heute vorherrschenden ('engen') Formationsbegriff, der die Einheit von Produktionsweise und Überbau systematisiert, und der zugleich den Bezugspunkt aller anderen über- oder nachgeordneten Begriffs-

aspekte abgibt, können zwei weitere Begriffsdimensionen unterschieden werden (FuG, 196ff., 205, 260ff., 268ff.).

Formation im 'weiten' Sinne bezeichnet den Formbildungsprozeß von Gesellschaft überhaupt im Unterschied zur (und Austausch mit der) Natur (FuG, 77ff., 216ff.). Hieran schließt sich eine interessante Gruppierung des Formationsprozesses an, die bislang noch zu geringe Aufmerksamkeit gefunden hat (für die BRD: Brokmeier, Tjaden): Die von Pasemann (FuG, 198ff., 205) im Anschluß an die 'Einleitung' von 1859 (Grundrisse, S.27) vorgenommene Unterscheidung zwischen den »Formen, worin das Grundeigentum« und jenen, worin das »gesellschaftlich, historisch geschaffene Element« herrscht. Diese Differenzierung aktualisiert den 'rationalen Kern' der Industriegesellschaftstheorie (FuG, 198), taugt aber als *eine* Bezugsgröße unter anderen gleichwohl nicht als Beleg für eine einheitliche vorkapitalistische Klassenformation.

Gleiches gilt auch für die Dreiteilung der Zasulič-Briefentwürfe von 1881 (FuG, 254ff.), die den Formationsprozeß nach übergeordneten Kriterien — Eigentumsgrundtypen — systematisiert. Aus diesem Aspekt abgeleitet ist eine nachgeordnete Feingliederung von Typenbildungen und Evolutionsstufen innerhalb gegebener Formationen (FuG, 271ff., 409ff.). Beide letztgenannten Bezüge ergeben einen Formationsbegriff als Einheit von (sich ggf. überlagernden Typen und Phasen, die ebenso Perioden der formationsbestimmenden Dominanz einschließen wie solche keimhafter oder residuärer Existenz in formationsfremden »historischen Milieus« (FuG, 276). Für die problem- und theoriegeschichtliche Kontinuität ist bezeichnend, daß diese Feingliederung des Formationsprozesses gegebener Gesellschaften bei Lenin weitere Ausarbeitung erfährt (uklad-Problematik; FuG, 268ff., 409ff.). Erst auf dieser Konkretionsebene ist die Erfassung wirklicher Formationsgeschichte als »Einheit von Totalität und Heterogenität« (FR, 238, 260ff.) möglich.

Die Lenin'sche Methodik historischer Formationsanalyse schließt an den gebräuchlichen Formationsbegriff an, ohne auf den Rückgriff auf abgeleitete Bezüge zu verzichten. Aus der Gesamtheit von strukturellen, stadialen und genetischen Analyseformen sowie Synthese und Typologie (v. a. FuG, 439ff., 735; FR, 88ff.) lassen sich drei Hauptwege historischer Gesellschaftsanalyse zusammenfassen: synchrone (»stadial-strukturelle«), und diachrone (»stadial-genetische«) Analyseschritte sowie »strukturell-genetische Synthese«. Theoriegeschichtlich weist der Sammelband einen engen Zusammenhang dieser Methodengliederung mit der von Marx thematisierten »Einheit des Nebeneinander und Nacheinander« im Formationsprozeß auf (v. a. in der Analyse des Zirkulationsprozesses des Kapitals; FuG, 181ff.). Dieses Begriffspaar sollte seinem Inhalt nach jedoch nicht auf die raum-zeitlichen Determinanten eingeschränkt werden, wie Pasemann es getan hat (FuG, 181 u. passim). Weder gesellschaftliche (synchrone) »Querschnittsanalysen« noch (diachrone) »Längsschnittanalysen« lassen sich eindimensional räumlich-funktionalen bzw. zeitlich-genetischen Bestimmungen zuordnen (FuG, 185).

Die grundlegende Bedeutung der hier angezeigten geschichtsmethodologischen Arbeiten wird durch einige Schwächen nicht geschmälert. Beispielsweise halten nicht alle Beiträge mit den von Küttler, Engelberg und Jaeck gesetzten methodologischen Standards Schritt. Dies gilt leider für die Beiträge zur Lenin'schen Imperialismustheorie und Revolutionskonzeption nach 1914/17, die durch eine stärkere Bezugnahme auf die vorhergehenden Kapitel in manchem gewonnen hätten. Wer etwa die hiesige Diskussion über philosophisch-methodologische Probleme der Politischen Ökonomie verfolgt hat, wird ferner in dem entsprechenden Beitrag des Sammelbandes einiges vermissen, andererseits aber durch eine Reihe origineller Ausführungen (wie der oben erwähnten Zweiergruppierung des Formationsprozesses) entschädigt werden. Auch hätte man sich eine werkgerechtere Einordnung des vieldiskutierten 'Formen'-Kapitels der Grundris-

se, S. 375ff. wünschen können, das konzeptionell auf dem Schnittpunkt zwischen einem weitgefaßten Begriff welthistorischer 'Vorgeschichte' des Kapitals und einem eng gefaßten Begriff 'wirklicher' ursprünglicher Akkumulation (MEW 23, Kap. 24) steht. Vor diesem Hintergrund wäre etwa zu fragen, ob der am 'Formen'-Kapitel geführte Streit um die zeitlich-räumlichen Bestimmungen vorkapitalistischer Gesellschaftsformen, den Pasemann auf gleicher Ebene zu vermitteln sucht (FuG, 183), überhaupt die eigentliche Problemlage und den spezifischen Gegenstandsbezug dieses Kapitels erreicht.

Die erste, von DDR-Autoren vorgelegte 'Weltgeschichte' hält mit den hier dargebotenen Ansprüchen marxistischer Geschichtstheorie und -methodologie in der Grundkonzeption Schritt (vgl. FuG, 732). Es gelingt, das Gefälle zwischen dem allgemeinen Begriff von Formationsfolge, besonderen welthistorischen Durchbrüchen und 'Zentren' sowie der Vielzahl einzelner regionaler Entwicklungsstränge zu verarbeiten. Stärker als früher wird die Ungleichmäßigkeit welthistorischer Entwicklung mit den Begriffen 'Zentrum' und 'Randzone' erfaßt (vgl. meinen Aufsatz in: Argument Sonderband 32, 7ff.). Das Zusammenspiel 'innerer' und 'äußerer' Bedingungen wird gerade für die welthistorischen Formationsübergänge deutlich herausgearbeitet (WG, 278ff., 503, 681). Bemerkenswert ist die Behandlung der 'altorientalischen Klassengesellschaft' als eigene und erste antagonistische Formation, die als Beitrag zur internationalen Diskussion verstanden werden soll (WG, 21f.). Ambivalent bleiben dagegen die Ausführungen zur Antike, die unter wechselnden Bezeichnungen firmiert (»auf Sklaverei beruhende« bzw. »antike« Gesellschaftsformation). Dies ist Ausdruck der anhaltenden Diskussion über die Grundzüge und Entwicklungsstadien der Klassengesellschaft, deren Formationsrang jedoch nicht mehr umstritten ist. Zu diesem Problemkreis könnte eine präzise Anwendung der o.a. Methodik historischer Formationsanalyse sicherlich manchen klärenden Beitrag leisten. Die Eingrenzung der 'Weltgeschichte' auf die Zeit bis zur Herausbildung des Feudalismus ist durch die exzeptionelle Stellung dieser Formation gerechtfertigt: Produktivkraftentwicklung, gesellschaftliche und betriebliche Arbeitsteilungen, Entfaltung der individuellen Produzenten, der Städte und des Klassenkampfes insgesamt verwiesen frühzeitig auf die 'Keime' der folgenden, bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsformation.

Die Darstellung ist auf die sozialökonomische und politische Seite des Geschichtsprozesses konzentriert, andere Seiten sind dagegen bewußt knapp gehalten (WG, 25). Neben seinem populärwissenschaftlichen Pendant (J. Herrmann, Spuren des Prometheus, Köln 1977) ist dieser Band eine der nützlichsten Handreichungen zum Stand marxistischer Weltgeschichtsschreibung.

Mit den vorliegenden drei Bänden ist ein (erneuter) Beweis erbracht, daß marxistische Formationstheorie und historisch-empirische Geschichtsforschung einander nicht ausschließen, sondern wechselseitig voraussetzen. Die Bedeutung der geschichtsmethodologischen Arbeiten geht allerdings weit über die Grenzen der Geschichtswissenschaft hinaus — zumal deshalb, weil sie sich auch konzeptionell gegen die — auch in der DDR noch immer zu beobachtende — Abkapselung der Einzelwissenschaften richten (vgl. FuG, 724). So steht der breiten Rezeption, die diesen Arbeiten zu wünschen ist (was die erstgenannten Arbeiten betrifft) nur eines im Wege — der unverhältnismäßig hohe Preis!

Klaus Naumann (Schwalmstadt)

Soziale Bewegung und Politik

Anderson, Perry: Antonio Gramsci. Eine kritische Würdigung. Olle & Wolter, Berlin/West 1979 (112 S., br., 12,— DM).

Es handelt sich um die Übersetzung der »Antinomies of Antonio Gramsci« (London

1977). Der Autor versucht, die »genauen Formen und Funktionen« von *Gramscis Hegemoniebegriff* mit philologischer Strenge herauszuarbeiten und zugleich ihren »realen theoretischen Kontext« in den Strategiedebatten der Arbeiterbewegung seiner Zeit freizulegen (9). Dabei wird die Frage nach *der* theoretischen Konzeption Gramscis gar nicht erst aufgeworfen: sie ist unangebracht angesichts des wissenschaftslogischen Status der »Gefängnishefte«, quasi dem Protokoll von Etappen einer wissenschaftlichen Revolution, die man entweder vollenden oder als Sackgasse erweisen, aber nicht schon axiomatisieren und in diesem Sinne auch noch nicht interpretieren kann. Interpretation ist aber so möglich, wie A. es vorführt: man kann das *praktische Problem* rekonstruieren, auf das Gramsci reagierte; nachvollziehen, wie Gramsci das praktische Problem *in ein theoretisches verwandelte*; Gramscis Herangehen an die Lösung als eine *Kette von Problemverschiebungen* auffassen und so die Andeutungen auf mögliche Resultate einigermaßen exakt beschreiben.

Als praktisches Problem bestimmt A. die Bedingungen der Konsolidierung der Bourgeoisie in den entwickelten Ländern des »Westens«, insbesondere die »Legitimation der parlamentarischen Institutionen ... qua Konsens« der Unterworfenen (61); wobei diese sogar erstmals in der Geschichte von Klassengesellschaften glauben, sie selbst würden herrschen (40). Gramscis theoretische Problemformulierung besteht in der Übertragung des Begriffs Hegemonie (= Herrschaft durch Konsens, nicht durch Zwang) aus der russischen sozialdemokratischen Diskussion, wo er die Beziehung von Proletariat und Bauernschaft in der bürgerlichen Revolution definiert, auf die Beziehung zwischen Bourgeoisie und Proletariat im »Westen« (61). In der *Ausarbeitung* des Begriffs kam es darauf an, das Verhältnis von Konsens und Zwang genauer zu bestimmen, d.h. es »in der Machtstruktur des fortgeschrittenen Kapitalismus definitiv und präzise zu lokalisieren« (62). Gramscis Elementarlösung, den Staat als Bereich des Zwangs, die Zivilgesellschaft als Bereich des Konsenses zu bestimmen und diese im »Westen« als Herrschaftsgrundlage auszuzeichnen, war noch zu kurz gegriffen, da bei solcher Fragestellung schnell deutlich wird, daß der Staat selbst eine »juristisch-politische Konsens-Komponente« einschließt (38): die repräsentative Demokratie »beraubt« die Arbeiterklasse »der Idee des Sozialismus als eines anderen Staatstypus« (37). In zwei Problemverschiebungen geht Gramsci daher dazu über, die Konsenskomponente des Staates, nicht aber auch eine Zwangskomponente in der Zivilgesellschaft mitzudenken (42), was schließlich zu einer Art Gleichsetzung von Staat und Zivilgesellschaft führt (46).

A. hält diese Problemverschiebungen für degenerativ. Mit der dritten Version sei Gramsci der Idee der »unendlichen Ausdehnung« des Staates erlegen (52), einem spekulativen, antiwissenschaftlichen Erbeil Croceschen Denkens (53). Tendenziell werde mit ihr das reale Problem der ersten Lösungsversuche verschüttet (54). Freilich kritisiert A. diese noch schärfer. Politische Theorie müsse vor allem betonen, daß Gewalt die letzte Grundlage der Bourgeoisie sei. Die Elementarlösung Gramscis verführe aber zur Illusion des gewaltlosen parlamentarischen Wegs (35ff.), und seine Zwischenvariante verstelle den Blick dafür, daß Gewalt nur dem Staat gehöre, nicht auch der Zivilgesellschaft (43f.). Nach dieser Kritik ist es nur konsequent, wenn A. zuletzt für die *Zurücknahme des Hegemoniebegriffs* auf die Bedeutung, die er in der russischen Diskussion hatte, plädiert (63f.). Dafür wird Trotzki's Bemerkung, im Westen leiste die Zivilgesellschaft vor, im Osten nach »dem Angriff« Widerstand, als überlegene Problemformulierung präsentiert (97f.). Überhaupt sei die »einzige entwickelte Theorie des modernen kapitalistischen Staates im klassischen Marxismus« von Trotzki (in dessen Schriften über Nazi-Deutschland) hervorgebracht worden (105). — Für Gramsci bleibt so im Grunde nur das Trostwort übrig, Trotzki habe die Fragen der Strategie im Westen »nicht so drängend« gestellt wie er (ebd.).

Meines Erachtens ist A.s Kritik in keinem Punkt plausibel. Sein eigener Grundfehler besteht darin, daß er sich nicht mit Gramsci auf die *Logik der Verwissenschaftlichung* strategischen Denkens einläßt. Wenn A. gegen die Illusion von der Gewaltabstinez der Bourgeoisie ankämpft, so ist das an sich begrüßenswert. Wenn er aber meint, diesen Kampf *auf theoretischem Gebiet* dadurch weiterführen zu können, daß er für die Gewalt sozusagen ein Superministerium im Theoriegebäude fordert, z. B. ihre Kennzeichnung als allgemeines Gesetz, dann macht er sich selbst Illusionen. Er verwickelt sich auf diese Weise nur in Widersprüche. Z. B. merkt er nicht, daß sein Hauptargument gegen Gramsci in Wahrheit der Beweis für die konsensuale Grundlage aller Herrschaft ist: Der revolutionäre Kampf habe nur Erfolg, wenn der Repressionsapparat sich halte; *deshalb müsse der Konsens gebrochen werden*, »der die Zwangsgewalten zusammenhält« (108). An anderer Stelle versucht er eine Analogie zur Marxschen Werttheorie: genauso wie das Gold die Grundlage des Papiergelds, so sei die Gewalt Grundlage des Konsenses; er rekurriert hierbei auf Althussers Terminologie und bezeichnet Gold bzw. Gewalt als »Determinanten«, Papiergeld bzw. Konsens als »Dominanten«. Dieser Versuch endet wiederum in dem Eingeständnis, daß die Gewalt dem Gold auch darin gleicht, daß beide *ihrerseits* »auf den Konsens ... angewiesen sind« (59). Die Marxsche Werttheorie läßt sich sinnvoller als Paradigma verwenden. A. ist soweit zuzustimmen, daß die Gewalt eine weit größere Rolle spielt, als sich dies an den normalerweise »dominanten« Geschehnissen und Tendenzen auf der gesellschaftlichen Oberfläche ablesen läßt. Dasselbe kann man, konnte man zumindest zu Marx' Zeiten von der *ökonomischen Krise* sagen. Dennoch steht die Krise nicht am Anfang der ökonomischen Theorie, sondern am Ende. Die Krise ist ein »Skandal« und ein unvermeidliches Geschehen. Aber deshalb ist sie keine Determinante. Im Anfang der Theorie ist sie nur erst als *abstrakte Möglichkeit* angelegt (Auseinanderfall von Ware und Geld). — Auch Gramscis Gleichsetzungen und »unendliche Begriffsausdehnungen« erscheinen in anderem Licht, wenn man nach der Logik der Verwissenschaftlichung fragt. Die Theorie hat nicht die Scheidelinien zu beschreiben, die jedermann sichtbar zwischen empirisch Unterschiedenes, z. B. Zivilgesellschaft und Staatsgewalt fallen, und das Unterschiedene in politischer Bekenntnisform zu »gewichten«. Sie hat vielmehr die *unsichtbaren* Unterschiede auseinanderzuhalten, die an der Oberfläche des Geschehens ineinander verschwimmen. Nur auf diesem Wege lassen sich *Gesetzesaussagen* finden. Gramscis letzte Problemverschiebung ist wertvoll, weil sie den Intellektuellen der Arbeiterbewegung die Naivität im Hinblick auf die Schwere ihrer Aufgabe raubt.

Auch wenn A.s Gramsci-Bild in den genannten Punkten problematisch scheint, ist sein Buch unbedingt lesenswert. Nicht nur wegen der philologischen Leistung, sondern auch, weil er das Versprechen einlöst, den »theoretischen Kontext« Gramscis zu erhalten. So fällt seine Darstellung der russischen Hegemonie-Diskussion weit differenzierter aus als diejenige Luciano Gruppi's. Für die Darstellung von Kautskis »Ermattungsstrategie« im Zusammenhang mit der zeitgenössischen bürgerlichen Militärtheorie gibt es überhaupt keinen Ersatz.

Michael Jäger (Berlin/West)

Abendroth, Wolfgang u.a.: Der Kampf um das Grundgesetz. Über die politische Bedeutung der Verfassungsinterpretation. Syndikat, Frankfurt/M. 1977 (265 S., br., 20,— DM).

Der Titel deutet es an: Das zu rezensierende Buch handelt von der aktuellen Lage und Perspektive der Bundesrepublik, in der sich unter der Dominanz juristischer Ideologien die Klassenauseinandersetzungen primär unter Berufung der verschiedenen politischen und ökonomischen Kräfte auf das Grundgesetz entwickeln. Das Buch umfaßt erstens Referate der zum Kolloquium aus Anlaß des 70. Geburtstages von Wolfgang Abendroth 1976 in Marburg erschienenen Wissenschaftler, die sich verschiedenen The-

men unter dem o.a. Dach widmen, zweitens die notwendig etwas gekürzte Mitschrift der um diese Referate geführten Diskussionen. Thomas Blanke sieht in seinem Referat über »Repression und Verfassung« zwischen der Bedeutung der Verfassungsdiskussion in der Bundesrepublik und der Defensivposition der Linken einen Zusammenhang (17) und befürchtet, daß das Postulat der Verteidigung des Grundgesetzes die Erarbeitung einer politischen Gegenstrategie ersetze. Er übersieht allerdings, daß auch die »Verteidigung des Grundgesetzes« bereits das Programm einer »politischen Gegenstrategie« gegen Berufsverbote und Repression im weiteren Sinne ist. Bedenkenswert scheint mir dagegen die von ihm zumindest in einem präzisierenden Nachwort zu seinem Beitrag (27ff.) aufgeworfene Frage, ob dies unter dem Postulat »der Verteidigung des Grundgesetzes« firmierende Programm sozusagen noch zeitgemäß ist: d.h. ob der vom Grundgesetz skizzierte bürgerliche Normalzustand angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung noch rekonstruierbar ist oder ob — wie er unter Berufung auf U.K. Preuß formuliert — »jegliche Forderung zur Rückkehr zur rechtsstaatlichen Legalität als illusionär angesehen werden muß« (30). In diesem Sinne hat beispielsweise N. Poulantzas vom »unwiderruflichen Verfall der Institutionen der politischen Demokratie« gesprochen (in: *Alternative*, 119, S. 101). Sollte dies zutreffen, würde allerdings eine Umformulierung der Verfassungsfrage in Betracht zu ziehen sein.

Im Referat von W. Däubler über »Einige Überlegungen zur alternativen Rechtsinterpretation« gerät dann die Frage der juristischen Methode im »Alltagsgeschäft der Justiz« in den Vordergrund. Der Verfasser versteht unter »alternative(r) Interpretation« die »Ausnutzung« vom geltenden Recht vorgegebener Auslegungsspielräume zugunsten der abhängig Beschäftigten und ihrer Organisationen. Däubler hebt hervor, daß die Träger der heutigen Alternativpositionen zu einem beträchtlichen Teil aus den Gewerkschaftsapparaten kommen. Insofern versteht er »alternative Interpretation« als Umsetzung politischer Programmatik in juristische Materie. Angesichts der Bedenken gegen dieses Vorgehen, die dahin zielen, eine so verstandene »alternative Interpretation« sitze der herrschenden juristischen Ideologie auf, da sie methodisch mit deren Prinzipien(-losigkeit) verfare, differenziert Däubler zwischen dem Arbeitsrecht einerseits, dem Verfassungsrecht andererseits. Hier plädiert er — wenn auch mit Einschränkung — für einen gewissen Verfassungspositivismus (46), da andernfalls »mit der Öffnung der Verfassungsinterpretation für jedes vertretbare Argument (...) eine Kompetenzverschiebung vom demokratisch gewählten Parlament (...) hin zum Bundesverfassungsgericht verbunden« ist (45). Diese Gefahr sieht er im Bereich des Arbeitsrechts nicht in vergleichbarer Weise.

Zum gleichen Komplex äußern sich mit unterschiedlichen Tendenzen auch die Referate von P. Römer, »Kleine Bitte um ein wenig Positivismus. Thesen zur neueren Methodendiskussion« sowie von H. Wagner, »Probleme der Rechts-, insbesondere der Verfassungsauslegung.« Römer hält Däubler vor, »der Verzicht auf eine grundsätzliche radikale Kritik der herrschenden Methodenlehre (sei) nicht nur ein Verzicht auf Wissenschaftlichkeit, sondern (zähle) sich auch rechtspolitisch nicht aus.« (93) Denn — so fragt Römer — wenn es schon nicht gelinge, »die Interessen der lohnabhängig Arbeitenden im Gesetz selbst festzuschreiben, ist es dann nicht illusionär zu glauben, sie im Wege »alternativer Interpretation« durchsetzen zu können, obwohl doch der Einfluß der lohnabhängig Arbeitenden auf Justiz und Verwaltung viel geringer ist als auf das Parlament?« Gegenüber dieser strikten Kritik an Däubler bezieht Wagner sozusagen die vermittelnde Position, wenn er zum einen feststellt, »die Auslegung- und Methodendiskussion (lasse) sich nicht abstrakt führen«. (137) Auch er hält »alternative Rechtsauslegung« allerdings »nicht für unbedenklich«, sondern kommt zu dem Ergebnis, »progressive Kräfte (sollten) sich weniger auf das Richterecht fixieren«. (137)

In einem weiteren Komplex von Referaten steht dann die Kategorie der freiheitli-

chen demokratischen Grundordnung (fdGO) zur Diskussion. Zugleich damit ist auch die Frage nach der Einschätzung des Bundesverfassungsgerichts aufgeworfen. Der Beitrag von H. Ridder, »Das Bundesverfassungsgericht. Bemerkungen über Aufstieg und Verfall einer antirevolutionären Einrichtung« (70ff.) ist im besonderen Maß geeignet, die in jüngster Zeit sich verstärkende Kritik am Bundesverfassungsgericht und die damit einhergehenden Vorschläge zur Beschränkung seiner Kompetenzen argumentativ zu fundieren. Seine an den Anfang gestellte These, daß die Verfassungsgerichtsbarkeit sich »auf dem absteigenden Ast« befinde (71), ihre legitimatorische Kraft gebrochen sei (83), erläutert er an Beispielen aus der neueren Judikatur. Von besonderer Wichtigkeit für die grundsätzliche politische Einschätzung des Bundesverfassungsgerichts sind die Ausführungen zur Entstehung und Entwicklung des Gerichts, die häufig auch in marxistischen Kreisen nicht bekannt sind; Ridder zeigt auf, daß das Bundesverfassungsgericht nur auf der Basis der »völligen Destruktion des politischen Bewußtseins der Gesellschaft« möglich wurde (81), daß seine Entstehung sich einem lediglich »emotional-moralischen, unpolitischen und nicht theoretisch untermauerten, antirevolutionären 'Antifaschismus'« verdankt (75). In diesem Kontext weist er auf die Rechtsgläubigkeit der SPD hin, die in besonderem Maße für die Entstehung einer solchen Institution eingetreten ist. Die Prognose, die Ridder dem Bundesverfassungsgericht stellt, ist für diesedenkbar ungünstig. Mit zunehmenden Klassenauseinandersetzungen sieht er das Gericht einen »rapiden Funktionsverlust« erleiden (83).

Eine weniger grundsätzlich kritische Einschätzung des Bundesverfassungsgerichts als »antirevolutionäre« Einrichtung wird demgegenüber in dem Beitrag von G. Stuby, »Bemerkungen zum verfassungsrechtlichen Begriff 'Freiheitliche Demokratische Grundordnung'« deutlich. Er zählt die Funktion des Bundesverfassungsgerichts im Rahmen beispielsweise des »Parteiverbots« (Art. 21 Abs. 2 GG) zu einer von mehreren »antifaschistischen« Normenschichten des Grundgesetzes (123); nachdem er zuvor allerdings hervorgehoben hat, daß die »antifaschistische Stoßrichtung des Grundgesetzes« ein Parteiverbot gegen Kommunisten nicht zuließ. Die Kompetenzzuweisung im Falle des Art. 21 Abs. 2 GG an das Bundesverfassungsgericht beruht seiner Ansicht nach darauf, daß es, »da faschistisches Gedankengut auch in seinen Auswüchsen nicht durch eine chinesische Mauer von der bürgerlichen Ideologie getrennt (sei), in manchen Fällen eines konkreten, richterlich ausgestalteten Überprüfungsverfahrens (bedürfe), bevor administrativ eingegriffen werden kann« (123).

Der Beitrag von J. Seifert über »Das Auslegungsmonopol des Bundesverfassungsgerichts bei der Verwirkung von Grundrechten« (98ff.) betont unter dem Gesichtspunkt der Bedeutung institutioneller Sicherungen ebenfalls den positiven Stellenwert der Kompetenz des Bundesverfassungsgerichts im Verfahren des Parteiverbots und der Verwirkung von Grundrechten. Er hebt hervor, daß sich inzwischen (beispielsweise in der Praxis der Berufsverbote) die Befürchtung Thomas Dehlers als richtig erwiesen hat, der zufolge der Verzicht auf das Monopol des Bundesverfassungsgerichts zur Feststellung der Verwirkung von Grundrechten bedeute, daß die Grundrechte durch jede polizeiliche Maßnahme außer Kraft gesetzt werden könnten (100f.). Anhand verschiedener Beispiele zeigt er auf, daß die Unterlaufung des Verwirkungsmonopols des Bundesverfassungsgerichts weit zurückgeht. Gleichwohl sieht er die Möglichkeit, die »Statuierung des Polizeistaats« aufzuhalten, »wenn in Zukunft durchgesetzt wird, daß nur das Bundesverfassungsgericht darüber entscheidet, ob jemand im Rahmen einer gewaltlosen politischen Betätigung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung kämpft« (110).

Im Unterschied zu den bisher skizzierten Beiträgen, die sich mit Problemen der Verfassungsfrage und ihrer Konsequenzen für die politische Praxis der demokratischen Bewegung in der Bundesrepublik befaßten, sind drei weitere Referate der Analyse be-

stimmter justizieller Argumentationstopoi in Justiz und Politik und ihrer Konsequenz gewidmet. Während H. Dux («Probleme der Interpretation von Art. 16 Abs. 2, Satz 2, 26 Abs. 1 und 20 Abs. 4 Grundgesetz») am Beispiel des Asylrechts gem. Art. 16 Abs. 2, Satz 2 GG sowie des Art. 26 Abs. 1 GG, in dem Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, für verfassungswidrig erklärt sind, die Diskrepanz von Verfassungsanspruch und -wirklichkeit konturiert (51ff.), steuert R. Wahsner »Bemerkungen zu Arr. 15 Grundgesetz« bei (139ff.). Er zeigt die bisherige verfassungsrechtliche Diskussion zum »Sozialisierungsartikel« 15 GG auf, diagnostiziert eine zunehmende Bedeutung der Sozialisierungsproblematik und systematisiert die Argumentationsversuche, Art. 15 GG auszuhöheln (149ff.). Einem zeitgenössischen Dokument konservativer Rechtsideologie rückt J. Perels mit seinem analytischen Bericht über den ersten rechtspolitischen Kongreß der CDU/CSU aus dem Jahre 1975 zu Leibe. »Die rechtspolitische Strategie der CDU/CSU« kulminiert Perels zufolge in dem Ziel, »die volle und unmittelbare Direktionsgewalt des Bürgertums über den Staatsapparat und die Rechtsordnung wieder herzustellen« (60). Perels arbeitet heraus, daß der hier auftauchende Begriffshaushalt dem Standardrepertoire schon der Konservativen der Weimarer Republik entnommen ist. Immer noch die »Trennung von Staat und Gesellschaft« (62), immer noch die »Überparteilichkeit des Staates als Programm« (63), aber auch Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Verfassung mit dem bekannten Ergebnis, daß, wer die eine nicht mag, den Schutz der anderen nicht in Anspruch nehmen dürfe.

Im Schlußbeitrag befaßt sich R. Wiethölter unter dem eher unpräzisen Titel »Thesen zum Wirtschaftsverfassungsrecht« (158ff.) mit höchst interessanten grundsätzlichen Fragen der »wissenschaftstheoretischen Lokalisierung juristischer Arbeit« (158). Er räumt mit der im juristischen Sektor immer noch weit verbreiteten Ideologie der »vorurteilsfreien logischen Deduktionen« auf und stellt die Frage nach den »heimlichen Voraussetzungen« juristischer Theorien. Im Anschluß an einen Überblick über Tendenzen der sich wandelnden Juristenmethodologie fordert er, bezugnehmend auf die sozialwissenschaftliche Diskussion, auch in der Juristerei grundlegende Frageveränderungen. Als Beispiel für die Entwicklung solcher »Metatheorien« nennt er die Frage nach der »Verfassung von Verfassung« (160), die er im folgenden ansatzweise am Beispiel des Wirtschaftsverfassungsrechts zu konkretisieren sucht.

Im Mittelpunkt der Diskussion (173ff.), die von längeren Interventionen W. Abendroths befruchtet wurde (wichtig insbesondere 188ff., 241ff.), standen anknüpfend an den Beitrag von Blanke die Probleme der »Verfassungsfrage innerhalb der demokratischen Bewegung« sowie Fragen der »alternativen Interpretation«. Aus Raumgründen kann hier die Diskussion nicht genauer dargestellt werden. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß dieses Buch einen Querschnitt durch die Diskussion über den Stellenwert des juristischen Kampfs im Gesamtsystem des politisch/ideologischen Kampfes gibt.

H.-A. Lennartz (Kassel)

Seifert, Jürgen: Grundgesetz und Restauration. Verfassungsrechtliche Analyse und dokumentarische Darstellung des Textes des Grundgesetzes mit sämtlichen Änderungen. 3. veränderte und erweiterte Auflage, Luchterhand, Neuwied 1977 (236 S., br., 16,80 DM).

Die vom Ende des Jahres 1977 datierende 3. Auflage seines Buches rechtfertigt der Verfasser zutreffend mit der »veränderten verfassungspolitischen Situation.« Die selbstgestellte Aufgabe, den Text des Grundgesetzes mit sämtlichen Änderungen zu dokumentieren, verlangt unter den bundesrepublikanischen Vorzeichen einer Hochkonjunktur der Verfassungsänderungen notwendigerweise ein häufiges Tätigwerden des Dokumentaristen. »Seit der Verkündung des Grundgesetzes sind 47 Artikel geändert

bzw. mehrmals geändert, 33 Artikel neueingefügt und 7 Artikel gestrichen, insgesamt sind zwischen 300 - 400 Sätze hinzugefügt, neu verfaßt oder gestrichen worden.« (12) Durch die Verwendung unterschiedlicher Drucktypen im Dokumentarteil wird dies dem Leser auch graphisch vor Augen geführt. Seifert liefert eine im Vergleich zu den Voraufgaben wesentlich veränderte Analyse des hier zum Ausdruck kommenden Restaurationsprozesses, eine prägnante und wohl auch für Nicht-Juristen jederzeit verständliche »Kurzgeschichte« von Entstehung und Veränderung des Grundgesetzes und seinem Stellenwert in den bundesrepublikanischen Klassenauseinandersetzungen.

Am Beginn wendet sich Seifert gegen Auffassungen, die die Verfassung entweder *ausschließlich* »unter dem Aspekt der Kräftekonstellation« oder »unter *ausschließlicher* Berücksichtigung der Verwertungsinteressen des Kapitals« interpretieren. Er insistiert demgegenüber auf der politisch wichtigen Erkenntnis, »daß das Grundgesetz mit seinen rechtsstaatlichen Legalitätszwängen immer noch eine Schutzfunktion ausübt.« (18) Und das, obwohl die vor 11 Jahren (im Juni 1968) verabschiedeten Notstandsgesetze eine entscheidende Strukturveränderung des Grundgesetzes herbeigeführt zu haben scheinen. Denn damit ist, nachdem der parlamentarische Rat aus den Erfahrungen mit dem Notverordnungsrecht des Präsidenten der Weimarer Republik gem. Art. 48 WRV darauf verzichtet hatte, ein gleiches oder ähnliches Institut zu schaffen, der Notstandsfall wieder in das Grundgesetz eingeführt. — Nach dem Zustandekommen der Notstandsverfassung und der Änderung der auf die Rezession von 1966/67 reagierenden Normen der Finanzverfassung und des Artikel 109 Grundgesetz, der die Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern unter dem Motto des »gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts« zu homogenisieren beansprucht, hat sich der Prozeß der expliziten Verfassungsänderungen abgeschwächt. Zwar wurde noch im Oktober 1970 eine Enquete-Kommission zur Verfassungsreform eingesetzt, die die »Anpassung« des Grundgesetzes an die sogenannte Verfassungswirklichkeit unter »Wahrung seiner Grundprinzipien« prüfen sollte. Der erst 1976 vorgelegte Schlußbericht dieser Kommission hat jedoch nur geringe Änderungsvorschläge, die im Wesentlichen auf eine Parlamentsreform zielen, unterbreitet (48ff.). Dies dürfte damit zusammenhängen, daß in den 70er Jahren Verfassungsänderungen nach einem in der Verfassung selbst vorgeschriebenen formellen Verfahren gegenüber der sogenannten Verfassungsumwandlung an Bedeutung verlieren. Darunter ist eine schleichende Unterwanderung des Norminhalts unter Beibehaltung des Normtextes zu verstehen. Dieser Prozeß läßt sich an der Praxis der Berufsverbote aufzeigen, die ja im Wesentlichen juristisch begründet werden und vom Bundesverfassungsgericht legitimiert wurden. — In diesem Kontext ist der Begriff der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu einem Vehikel einer neuen »Superlegalität« geworden, die die »einfache« Legalität der Grundrechte und ihrer Schranken als Gesamtvorbehalt überlagert.

Aufgrund der im Vergleich zu 1949 veränderten politischen Kräftekonstellation hat sich der im Grundgesetz mit der Kategorie der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Art. 18 und Art. 21 Abs. II GG intendierte Abgrenzungsmechanismus allein gegen faschistische Bestrebungen zu einem angeblich gegen Extremisten jedweder Richtung gezielten Instrumentarium umwandeln lassen. Geht man allein von juristischen Auslegungskriterien aus, so hätte ein Parteiverbot unter Bezugnahme auf die Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gegen die KPD 1956 schon deshalb nicht zustande kommen können, weil die Kommunisten, deren Positionen sich zwischen 1949 und 1956 nicht grundlegend gewandelt hatten, an der Ausarbeitung des Grundgesetzes beteiligt waren. Sie gehörten und gehören also zum »Verfassungsbogen« von 1949, der demgemäß den Mindeststrahlen zulässiger politischer Strömungen und Kräfte bezeichnet. Mit Hilfe des schon von daher verfassungsrechtswidrigen KPD-Verbotsurteils, welches im SRP-Urteil vorbereitet war, war der Prozeß der

schleichenden Unterwanderung des Verfassungsinhalts in Gang gesetzt.

Im letzten Kapitel seiner Analyse befaßt Seifert sich mit der neueren und neuesten Entwicklung der »Herausbildung einer Nebenverfassung« (69ff.). Dieses Kapitel sei der Lektüre besonders empfohlen. Ob der vom Verfasser zur Kennzeichnung dieser Entwicklung verwendete Begriff des »Rechtsstaats mit Grauzonen« sinnvoll ist, erscheint fraglich. Denn die von Seifert beschriebenen Verfassungsverstöße bilden meines Erachtens keine Grauzonen, sondern sie konstituieren Zonen der Illegalität, d.h. der Rechtswidrigkeit. Gegen diese Entwicklung postuliert Seifert »die strikte Einhaltung von Normen, d.h. Rechtspositivismus auf der Grundlage der vom Parlament verabschiedeten Rechtsvorschriften« (76). Dies sei notwendigerweise das Programm der politischen Kräfte, die berufen sind, die demokratische Republik zu verteidigen. Mit diesem Postulat ist zugleich ein wichtiger Diskussionspunkt innerhalb der Linken gestreift, der hier nicht weiter ausgeführt werden kann. Es geht um die Frage, ob — wie Seifert es sagt — gegen die Gefahr der Durchsetzung eines »neuen Normalzustandes«, der unter Vorbehalt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ein Feindbild gegen links impliziert, die Rekonstruktion des »traditionellen Normalzustands« d.h. die Legalität — gleiches Recht für alle — auf der Tagesordnung steht, oder ob gegen das in den Berufsverböten paradigmatisch zum Ausdruck kommende Feindbild ein anderes Feindbild geschaffen werden und juristisch »verwertet« werden muß.

Hans-Albert Lennartz (Kassel)

Haseloff, Wolfgang und Herbert Schramm: *Kybernetik und Politik*. Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt/M., Berlin, München 1976 (186 S., br., 12,80 DM).

Die Autoren wollen »im weiten Bereich der Datenverarbeitung die *naturwissenschaftlich-sachlich-technische Entwicklung* und deren *Einwirkung auf Gesellschaft und Politik*« beschreiben (Vorwort). Dementsprechend besteht das Buch aus zwei Teilen. Im ersten vermittelt Schramm das naturwissenschaftlich-mathematische Basiswissen. Es werden Grundbegriffe und Elementarzusammenhänge der Informationstheorie, der Nachrichtenverarbeitung, der Regelungs- und Systemtheorie eingeführt, die durch Blockdiagramme veranschaulicht und in Lehrsätzen zusammengefaßt werden. Es gelingt ihm, komplizierte Sachverhalte so darzustellen, daß sie für den Nicht-Naturwissenschaftler verständlich werden, z.B. die Darstellung des Problems der Entropie und die Bedeutung der Booleschen Funktionen für die Nachrichtenverarbeitung.

Im zweiten Teil wendet Haseloff das zuvor erarbeitete Basiswissen auf die Analyse von Gesellschaft und Politik an. Dabei wird von der überragenden Bedeutung der »*naturwissenschaftlich-technischen Revolution*« (90) ausgegangen, die durch drei Wesenszüge bestimmt wird: a) durch die »*Explosion der Naturwissenschaften*«, b) durch die »*Automatisierung der Produktion*« und c) durch die »*elektronische Datenverarbeitung*« (90f.). Der elektronischen Datenverarbeitung kommt ein besonderer Stellenwert zu, da erst sie die Bewältigung der neuzeitlichen Informationsflut ermöglicht. Sie gilt Haseloff als unbedingte Voraussetzung, um über eine »*Anpassungsplanung*« (95) hinaus zu einer »*vorausschauenden Planung*« (100) zu gelangen. Nach seiner Auffassung bietet sich die »*Anwendung der Kybernetik ... im soziologischen und politologischen Bereich an*«, um Strukturen und Funktionen in komplexen Systemen zu untersuchen.« (104) Konkret bedeutet dies für Haseloff, daß von einer Gesellschaft auszugehen ist, die »sich in ständiger Auseinandersetzung mit Einflüssen aus ihrer Umwelt« befindet und eine »*systeminterne Stabilisierung*« zu erreichen sucht (105). Diesem Ziel der Systemstabilisierung dient die »kybernetische Gesellschaftsanalyse«, indem sie »*mögliche Konfliktsituationen*« untersucht, um »*eventuell gewaltsame Störungen — Revolutionen oder Kriege* —« zu vermeiden (105). »*Sozialkybernetik* ist also nicht nur die Analyse bloßer Steuerungsvorgänge, sondern sie *ermöglicht Konfliktregulierungen.*« (105)

Deutlicher kann man nicht mehr werden. So gerät sozialwissenschaftliche Analyse zur bloßen »Sozialtechnologie«. Indem man Herrschaftsverhältnisse ausklammert, die Frage nach den Produktionsverhältnissen eines gesellschaftlichen Systems gar nicht erst stellt, das System als Ganzes legitimiert und als richtig voraussetzt, stellt sich die Frage nach den »Konfliktursachen« folgerichtig nur als Frage nach Störungen im System. Ob das System selbst durch immanente Widersprüche Konflikte und Störungen produziert, bleibt unreflektiert. Wie dies in der sozialwissenschaftlichen Praxis aussieht, verdeutlichen die vom Autor ausgewählten Beispiele. Da wird z.B. auf die MIT-Studie über die »Zukunft der Menschheit« (109) und auf Blockdiagramme und Rückkopplungssysteme politischer Entscheidungs- und Regelungsprozesse zurückgegriffen (123ff.). Diese Beispiele verdeutlichen die Grenzen einer kybernetisch-systemtheoretisch orientierten Gesellschaftsanalyse. Sie bewegt sich immer in den Grenzen des Systems, das sie zu analysieren anstrebt. Ihr Ziel ist die Optimierung der Funktionsfähigkeit des Systems, das nicht in Frage gestellt wird, in der MIT-Studie ist es das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem, bei den anderen Beispielen die jeweilige Grundstruktur gesellschaftlicher Teilbereiche, die nicht hinterfragt wird. Ein weiterer Mangel des zweiten Teils besteht darin, daß auf das Problem, wie ein System zu definieren sei, nicht eingegangen wird.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß dieses Buch in der Fülle kybernetisch-systemtheoretisch orientierter Literatur sich durch sein didaktisches Konzept (Trennung in einen naturwissenschaftlich-mathematischen und sozialwissenschaftlichen Teil, Kontrollfragen am Ende jeden Kapitels) für den Leser eignet, der einen ersten Blick in diesen sozialwissenschaftlichen Ansatz bekommen will. Dies kann ihn jedoch nicht von weiterführender, kritischer Lektüre befreien.

Rolf Gawrich (Bonn)

Deutsch, Karl. W. und Rudolf Wildenmann (Hrsg.): Mathematical Political Analysis: From Methods to Substance (Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik/Social Science Yearbook for Politics Bd. 5). Günter Olzog Verlag München/Wien 1976 (484 S., br., 110. — DM).

Seit den sechziger Jahren ist eine auffallende Zunahme quantitativer und mathematischer Studien in der Politikwissenschaft zu verzeichnen. Dies Wachstum wird auch durch den vorliegenden Sammelband dokumentiert, der Protokolle eines Seminars enthält, das vor einigen Jahren in Mannheim durchgeführt wurde. In der Verlagswerbung heißt es, die Konferenz habe die Mehrzahl der auf diesem Gebiet damals tätigen Forscher in der Welt vereinigt. Wenn das wahr ist, dann besteht die Welt überwiegend aus den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland — andere Länder sind sowohl unter Referenten wie Diskutanten nur in sehr geringer Zahl vertreten. Richtiger ist wohl, daß die Zusammensetzung der Tagung ein Spezifikum des westeuropäischen Wissenschaftsbetriebes widerspiegelt: nicht innerhalb Europas wird kooperiert, sondern jedes westeuropäische Forschungsgebiet korrespondiert mit dem entsprechenden in Nordamerika.

Die 12 Papiere sind fünf Schwerpunkten zugeordnet: (1) Konzepte, Problemdefinitionen und Methoden; (2) multimethodische Vorgehensweisen und Multi-Daten-Systeme; (3) Wahl- und Legitimationsprozesse bzw. Elite-Masse-Interaktionen; (4) Probleme der sozialen Stratifikation; (5) internationale Konflikte. Der Titel des Bandes ist angesichts dieser Gliederung schwer verständlich; während nämlich im ersten und zweiten Schwerpunkt methodische Fragen erörtert werden, ist nicht ersichtlich, inwiefern man sich in den übrigen Teilen der Substanz mathematisch-politischer Analysen nähert, es sei denn, man verstünde etwa Untersuchungen des Wählerverhaltens als solche schon als »substantive problems«, wie es der Titel des dritten Schwerpunkts nahelegt (217). Gerade in diesem Abschnitt finden sich aber Resultate, die sich trotz großen

Formelreichtums kaum von Gemeinplätzen unterscheiden. So untersuchte John E. Jackson von der Harvard-Universität Wahlverhalten und Finanzpolitik in Cleveland, Ohio nach 1945 unter dem anspruchsvollen Titel »Politics and the Budgetary Process«. Er kommt zu dem Schluß, daß bestimmte Schichten entsprechend ihren sich unmittelbar darstellenden Interessen wählen. »For example, if a mayor's apparent policy had been to keep the public sector small and a low tax rate, he should get substantial support from individuals who are hypothesized to have preferences for restricted government activity« (349). Freilich zeigen andere Untersuchungen in diesem Buch, daß durchaus Problembewußtsein vorhanden ist — bezogen auf die Konstruktion kybernetischer Modelle oder auf empirische Daten. So kann z. B. Max Kaase zu Recht feststellen, daß die Analysen politischer Eliten bisher mit viel zu groben Rastern vorgegangen sind (263). Ein vergleichbares Problembewußtsein bezogen auf die politische Relevanz politikwissenschaftlicher Erkenntnis ist dagegen kaum vorhanden. So entfährt zwar Hayward R. Alker vom berühmten Massachusetts Institute of Technology folgender Stoßseufzer: »Personally, I have become saddened by the realization that the only practical application by governmental agencies I have seen to date of my own work is in Rand Corporation, causal modelling studies of how to prosecute the Vietnam war« (67). Wissenschaftlich hat er aus dieser Erfahrung nichts gelernt; in seinem Vortrag über »Research Paradigms and Mathematical Politics« diskutiert er zwar Paradigmen, die der mathematischen Politik-Analyse nahestehen, wie »Reason analysis of consumer decisions«, »Affective belief system processing«, »Artificial intelligence« und »Organizational process research« (36), muß sich aber von Dieter Senghaas vorhalten lassen, was er ausgelassen hat: »The paradigm of repression, the paradigm of poverty, hunger, violence, and militarism. The word 'class' does not appear« (91). Dem Hinweis ist im weiteren Verlauf der Konferenz nicht nachgegangen worden. Volker Gransow (Bielefeld)

Mickel, Wolfgang (Hrsg.): Arbeitsbuch Politik (7.-10. Schuljahr, Sekundarstufe I), August Bagel-Verlag, Düsseldorf 1976 (240 S., br., 13,80 DM).

Dieses Schulbuch ist mehrfach in die politische Schullinie geraten, weil es in der Problemauswahl unterdrückte Themen parteilich aufgreift und Betroffenheit und Ich-Nähe herstellen will. Daher ragt es positiv trotz einiger Einschränkungen aus der Schulbuchlandschaft heraus.

Der Zugang zum politischen Problemverständnis der Schüler wird mit der Thematisierung von Alltagssituationen in der Schule eröffnet. Im folgenden werden analysiert: a) die offizielle Politik der Institutionen und formale Regelungen; b) die Politik aus der Sicht der Betroffenen, seien es Schüler, Frauen, Gastarbeiter, politische Opponenten, Arbeitnehmer, Arme, Kriessopfer und die Dritte Welt. Behandelt werden mit heterogenem Materialreichtum: schulische Alltagssituationen, geschlechtsspezifische Sozialisation, Massenmedien, Freizeitverhalten, politisches Verhalten, Arbeitsbedingungen, Entlohnung und Vermögensverteilung, internationale Ungleichheiten und Beziehungen. Bürgerinitiativen, Bürgerproteste, Berufsverbote, Lehrzeit und Jugendarbeitslosigkeit, Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmung sind aktuelle kritische und abwechslungsreich untergliederte politische Themen. Relativ anspruchsvoll, aber klar strukturiert sind die Kapitel über die ökonomischen Zusammenhänge. Personalistischen Interpretationen von Interessenvertretungen wird mit einer erklärenden Begrifflichkeit, Fallbeispielen, simulierten Gesprächen u. a. m. entgegengetreten. Unbeschadet der zentralen Stellung der Automobilindustrie für die Konjunktur wird über die zerstörerischen Folgen des Autos für die Umwelt informiert. Es gibt ein vorbildliches Kapitel über die Dritte Welt, in dem die Schüler darüber aufgeklärt werden, daß von der Entwicklungshilfe nachweislich die Industrienationen profitieren.

Schule, Freizeit, Massenmedien, Verfassung und Rechtsstaatlichkeit werden mit ho-

hem Aufforderungscharakter an die Schüler vermittelt: Sie sollen sich an Kritik und Verbesserungen beteiligen und eine andere Politik mitentwickeln helfen. Darüber will das Buch sie kognitiv informieren. Emotional aber laufen die Schüler ins Leere. Damit hat das Buch auch Teil an der Passivität, die es kritisiert. Besonders deutlich fällt dies bei dem Kapitel auf: »Das geht alle Mädchen an und alle Jungen, die sich für Mädchen interessieren.« Abgesehen von der schiefen Überschrift kommen in diesem Abschnitt fast nur Frauen als beschränkte Hausfrauen zu Wort oder als ungelernete Arbeiterinnen. Bei der didaktischen Aufbereitung werden ausschließlich Vorurteile reproduziert, indem Leserbriefe, Zeitungsmeldungen, Befragungsergebnisse herangezogen werden, die Diskriminierungen ausdrücken und bestätigen. Ein positives, alternatives Rollenbild oder gar die Problematik der Widersprüche zwischen Produktions- und Reproduktionsleistungen der Frauen geraten gar nicht ins Blickfeld. Es ist noch ein weiter Weg, bis die Schulbücher von ihren direkten und indirekten sexistischen Inhalten befreit sein werden. Am Beispiel der Diskussion über die Geschlechterrollen wird der grundlegende Nachteil deutlich. Ein informeller Lernzuwachs wird bei den Schülern nicht über eine emotionale Gegenidentifizierung angestrebt, sondern über eine Konfrontation mit Informationen, die Emotionen korrigieren sollen. Es ist dies die wesentliche Schwäche des Buches, daß es zu sehr »vom Kopf« aus argumentiert und die affektiven Bedürfnisse, die beim alternativen Lernen eine so große Rolle spielen, außer Acht läßt.

Das Buch ist politisch, indem es konkret Veränderungsinteressen benennt: als immanente Kritik am Rechtsstaat, als Analyse der Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit vieler gesellschaftlicher Teilbereiche, z.B. des Strafvollzugs, der Ausnutzung der Gastarbeiter und der Länder der Dritten Welt.

Das Private ist politisch, die öffentliche Politik oft privat, so könnte man die polirische Philosophie des Aufbaus dieses Schulbuches charakterisieren. In diesem Rahmen erscheint die Themenauswahl schlüssig und bedacht parteilich. Der politische Unterricht müßte auch die unterdrückte Wirklichkeit, die Sprachlosigkeit der Tabus und Verletzungen, die Leiden der Unterdrückten, Armen und Verfolgten zur Sprache bringen. Dies kann nicht leicht gelingen, wie auch dieses Buch zeigt.

Sigrid Metz-Göckel (Dortmund)

Eppler, Erhard: Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit. Gespräche über ein Politikerleben mit Freimut Duwe. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbeck bei Hamburg 1978 (190 S., br., 5,80 DM)

Epplers Biographie, in Interviewform und ergänzt durch einige programmatische Reden, will einen Einblick in ein Politikerleben der bundesdeutschen Nachkriegszeit vermitteln. Neben biographischen Informationen, daß beispielsweise Eppler als Schwabe ein Verhältnis zum Geld hat, leidenschaftlicher Gärtner ist, eine Neigung zum Zorn und zum Grübeln besitzt, erfährt der Leser Interpretationen politischer Ereignisse in der BRD vom Standpunkt eines führenden christlich-liberalen SPD-Politikers.

Eppler folgte im November 1952 der Aufforderung Gustav Heinemanns, im Bundesvorstand der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) mitzuarbeiten. Die Ziele jener Partei waren in Kurzformeln ausgedrückt: *Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus* und *die Wiedervereinigung Deutschlands*. Zugleich wandte sich die GVP gegen die »skrupellose Mobilisierung des Antikommunismus« der CDU (16). Als »Realpolitiker« verließ Eppler jedoch bereits Ende 1955 die GVP (deren Selbstauflösung 1957 erfolgte), da seiner Meinung nach die Teilung Deutschlands vollzogen sowie die Demokratie in der BRD ausreichend stabilisiert war. Seine Hinwendung zur SPD und die aktive Mitarbeit am Godesberger Programm 1959 wertet Eppler als einen wichtigen Schritt seiner politischen Entwicklung (21). In diesem Zusammenhang betont er, daß die Durchsetzung des Godesberger Programmes innerhalb der SPD (d.h. die Absage an die marxistische

Tradition in der Sozialdemokratie) ihn mit Stolz erfüllt habe (21). Trotz seiner antimarxistischen Haltung gehört Eppler jedoch zu jenen Politikern in der Sozialdemokratie, die seit Anfang der 60er Jahre die neue Konzeption sozialdemokratischer Ostpolitik mit vorbereitet haben. Nach Epplers Auffassung sind zwei gesellschaftliche Institutionen in der BRD politisch-ideologische Vorbereiter dieser neuen Konzeption: die *evangelische Kirche* und die *Gewerkschaften*; Epplers politisch-ideologisches Praxisfeld lag im Bereich der evangelischen Kirchen, wo er u. a. mit Heinemann und Gollwitzer zusammentraf. Zur Zeit der Durchsetzung der Konzeption der neuen Ostpolitik wurde Heinemann Bundespräsident und Eppler Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der »Dritten Welt« (von 1966 bis 1974, also in drei Regierungen).

In der Reformphase fungierte Eppler, Protagonist des Begriffes »Lebensqualität«, als Karalysaror zur Bindung des in dieser Phase entstandenen reformerischen und systemtranszendierenden Potentials. Seit der Tendenzwende nach »rechts« und nach dem Bruch Epplers mit der Schmidtregierung (1974) versucht er als Mitglied der »Grundwertekommission der SPD« durch eine Entwicklung politischer Neuorientierungen dieser Rechtsentwicklung entgegen zu arbeiten. Dies geschieht im wesentlichen in der Auseinandersetzung mit der CDU-Formel: Freiheit statt Sozialismus. Eppler konstatiert eine Wandlung im Verhalten der CDU nach 1965, das seiner Meinung nach mehr und mehr den Verhaltensmustern der »klassischen deutschen Rechten« in der Weimarer Zeit ähnelt. Die CDU betreibe mit dem Slogan »Freiheit oder Sozialismus« eine ideologische Polarisierung durch eine Mobilisierung alter Ressentiments der Vergangenheit, insbesondere in Ermangelung von Sachalternativen. Eppler sieht in der CDU Systemveränderer von »rechts«, die Mitte der 70er Jahre, ähnlich wie die Rechte in der Weimarer Zeit, die Bürger in »Freiheitsliebende« und »potentielle Verfassungsfeinde« zu polarisieren versucht.

Im Gegensatz zur politisch-ideologischen Strategie der CDU verlangt Eppler angesichts der andauernden und seiner Ansicht nach auch in Zukunft nicht zu beseitigenden Wirtschaftskrise der westlichen Welt, die Konservierung der Grundwerte: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Praktisch-politisch fordert er ein Krisenmanagement *durch* Reformen. Strukturreformen sind seiner Meinung nach aufgrund der Exportstärke der BRD möglich und notwendig. Dies fordert er jedoch, ohne die Bedingungen des Scheiterns der Reformpolitik Mitte der 70er Jahre analysiert zu haben. Gegen die Hoffnungslosigkeit der jungen Generation schlägt er vor, ein plausibles Bild von der zukünftigen Gesellschaft zu entwerfen. Ebenfalls müsse der jungen Generation gesagt werden, welches Wachstum man in der Zukunft wolle und was man gegen die »Mächte der Vergangenheit« zu tun gedenke. *Glaubwürdigkeit* in der Politik, kann seiner Meinung nach nur durch ein Übereinstimmen von Reden und Handeln der Politiker erzielt werden.

Insgesamt ein interessantes Buch für eine politisch-ideologische Analyse einer christlich-liberalen Strömung innerhalb der bundesdeutschen Sozialdemokratie. Zu kritisieren sind fehlende Erklärungen zu bestimmten historischen Daten, zu einzelnen erwähnten Personen sowie fehlende Literaturverweise. Eberhard Göbel (Berlin/West)



BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

9 '79

I. Ljubetić: Chile — Grenzperiode des Widerstands

K. Wetzel: Chile-Boom in der Bundesrepublik

Demokratische Volksunion Boliviens:

Politische Erklärung

G. Giesenfeld: Vietnam — Warum der Flüchtlingsstrom?

J. Büscher: Israels »freier Libanon«

Y. Arafat: Auch die USA boykottieren!

Baseler Palästina-Konferenz: Appell und Abschlusserklärung

Programm der neuen Regierung Nikaraguas

J. Ostrowsky: Radikalisierung im Kongo unter Oberst Nguesso

R. Falk: Offergelds Variante

10 '79

W. Brönner: »Volksaufstand« in Afghanistan

Gespräch mit Hafizullah Amin

T. Borge/F. Castro: Perspektiven der Revolution in Nikaragua

Enrique Semo: Risse im System der institutionalisierten Revolution Mexikos

Erklärung der mexikanischen Linksparteien

M. Kamel: Ketten für die ägyptische Opposition

J. Ostrowsky: Neue Lage im Westsaharakonflikt

Patriotische Front Zimbabwes und Londoner Verfassungskonferenz

A. Nzo: Imperialistische Strategie im Südlichen Afrika

D. Kramer: Auswärtige Kulturpolitik der BRD

10. Jg. 1979

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, J. v. Freyberg, W. Gehrcke, M. Jansen, G. Kwiatowski, B. Landefeld, H. Lederer, E. Rudolf, P. Tanzmeister, F. Werkmeister, E. Wülff. — Erscheint monatlich, Einzelheft 2,— DM; Doppelheft 3,50 DM; Jahresabo 20,— DM. — AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

5 '79

Kommentare

Strauß und die Linke / Metallerrinnen in der Offensive / Flüchtlinge / Offensive gegen Frankreichs Lohnabhängige / Herbert Marcuse / Franz Marek

Was macht die Linke?

Das Junker-Scherf-Papier

Otto Bauer und der gegenwärtige Linkssozialismus

Sozialistische Politik und Sozialdemokratie

Johanno Strasser und die Solidarität

Gewerkschaften

Gewerkschaftlicher Strategiewandel — Alternativen zur sozialen Marktwirtschaft?

E. Maire: Die neue Politik der CFDT

Bildungsarbeit in der Einheitsgewerkschaft (I)

J.P. Royo: Krise des Marxismus?

Politisch-ökonomische Reviews

Krisenherd Türkei

Literatur

»Hutra wir leben noch« von J.M. Simmel

»Versuchte Nähe« von H.J. Schädlich

»Die Gärten im März« von Piwitt

Zeitschriften / Bücher / Notizen

5. Jg. 1979

Redaktion: J. Bischoff, W. Breum, A. Zieher — Erscheint zweimonatlich — Einzelheft DM 9,—, Jahresabo DM 44,—, VSA Verlag, Postfach 260 230, 2000 Hamburg 26

Blätter für deutsche und internationale Politik

8 '79

Kommentare und Berichte

B. Greiner: Von der Ölkrise zum Ölkrieg?
G. Giesenfeld: Indochina-Flüchtlinge und
Genfer UNO-Konferenz

Glosse

L. Götz: Orientierungshilfe für »Kluge
Köpfe«

Hauptaufsätze

K.D. Bredthauer: Was die Nominierung
von F.J. Strauß bedeutet
G. Kade: Abrüstung. Eine Übersicht der
laufenden Verhandlungen
L. Knorr: Krieg oder Frieden — für Europa
keine Frage mehr?
R. Wurms: Frauen ins Militär — ein befrei-
ender Schritt?
K. Wolde-Giorgis: 5 Jahre Revolution in
Äthiopien

Medienkritik

G. Giesenfeld: Norma Rae

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Zur Politik der Bundesbank

Dokumente zum Zeitgeschehen

Stellungnahmen zur Nominierung von
F.J. Strauß

Dokumente zur Gewerkschaftspolitik der
CSU

24. Jg. 1979

9 '79

Kommentare und Berichte

G. Kade: Entspannung am Ende?
R. Albrecht: Datenschutz und Bürgerrech-
te

Hauptaufsätze

F. Deppe/H. Jung: Zwischen Integration
und Repression. Herrschaftssicherung in
der Bundesrepublik 1945-1979
K. Deschner: F.J. Strauß, der Architekt
Europas
R. Schäfer: F.J. Strauß und die CSU in der
neofaschistischen Presse
G. Stuby: Der »Hitler-Stalin-Pakt« als Ur-
sache des 2. Weltkrieges?
G. Leithäuser: Frankreich in der Krise
H. Mayer: Neokolonialistische Lösungsver-
suche in Rhodesien/Zimbabwe

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Die wirtschaftliche Entwick-
lung in der BRD im 2. Vierteljahr 1979

Bücher

A. Spitzner: Verfolgung und Verjährung
von NS-Verbrechen

Dokumente zum Zeitgeschehen

Gutachten von N. Paech zur Rechtmäßig-
keit des Verfassungsschutzberichtes
Erklärung des DGB zum Antikriegstag

24. Jg. 1979

Hg.: Ehrh. v. Bredow, H. Deppe-Woltinger, J. Hufschmidt, U. Jaeggli, G. Kade, R. Kubel, J. Menschik, R. Opitz,
M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H. Ridder, F. Straußmann, G. Stuby. - Red.: K. Bayerl, K. D. Bredthauer, P. Neu-
hoffer, J. Wendenheim. - Erscheint monatlich. - Einzelheft 3,32 DM, im Jahresabo 3,82 DM, für Studenten 3,32 DM. -
Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

The Canadian Journal of Sociology
 Cahiers canadiens de sociologie



1 '79

A.G. Darroch: Another look at ethnicity, stratification and social mobility in Canada
 G. Knight: Work orientation and mobility ideology in the working-class

D. Ellis: A critical review of the MacGuigan Report on the penitentiary system in Canada

H. Rich: The American Ideology as the dominant paradigm in sociological theory

Book Reviews — Books Received

2 '79

N. Lindquist/G. Hirabayashi: Coping with marginal situations: the case of gay males

M.D. Smith: Towards an explanation of hockey violence: a reference other approach

H.H. Hiller: The Canadian sociology movement: analysis and assessment

E.D. Boldt/L.W. Robert: Mennonite continuity and change

M.R. Smith: A comment on Knight's »Work orientation and mobility ideology in the working-class«

P. Knight: Reply to Smith

R.L. Henshel: Will police disruptive tactics leave only the facade of democracy?

Book Reviews — Review Notes

4. Jg. 1979

Editorial Board: S. D. Clark; G. Fortin; E. Gross; S. Lieberman; M. Schwartz; D. Wrong. — Erscheint vierteljährlich. Einzelheft Can. \$ 6.00, Jahresabo Can. \$ 18.00. — Bestellungen: Department of Sociology, The University of Alberta, Edmonton, Alberta, Canada T6G 2E1

7/8 '79

Thema: Irrwege. Neue Zusatzstudiengänge für Lehrer

E. Schmitz: Alternativen zum Lehrerberuf

H.-J. Lissmann: Berufsmöglichkeiten von Geisteswissenschaftlern außerhalb des öffentlichen Dienstes

Interview mit Peter Glotz

Grundschulreport des Max-Planck-Instituts (V)

L. van Dick: Praxislose Theorie der Kritiker. Kritik an Rangs Alternativschulkritik
 b:e - Gespräch: Angst in der Schule

Rezensionen

Medien — Informationen

9 '79

Thema: Sozialpädagogik heute — Wissenschaft oder Beruf?

L. Böhnisch: Sozialarbeit hat viele Gesichter

Berufsalltag einer Sozialarbeiterin

Gespräch mit Hans Thiersch

W. Stascheit: Berufswahlunterricht — Desorientierung in der Arbeitswelt

Pabst/Schütte: Arbeitslehre in Niedersachsen — Beschneidung der Erkenntnismöglichkeiten

M. Mollenhauer: Jugend und Terrorismus
 China erzieht. Reportage von T. Berger

Rezensionen

Medien — Informationen

12. Jg. 1979

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1125, 6942 Weinheim. Einzelheft DM 5.-; Jahresabo DM 48.-; Studentenabo DM 38.-; Probeabo (4 Hefte) DM 12.-

Demokratische Erziehung

4 '79

Verhaltensstörungen

J. Menschick/W. Penkert: Narziß — Etikettierung statt Erziehung

H. Ebel: Kinder entwickeln sich nicht von selbst

K.-H. Bönner: Praxisschock — ein Ausbildungsprodukt?

D. Gers: UE: Der Hilfsschüler im Faschismus

L. Doormann: Kinderfrage und Frauenemanzipation

Interview mit Paolo Freire

D. Dankwerts: Anmerkungen zum 4. Jugendbericht

Kommentare und Berichte

Rezensionen — Dokumentationen

5 '79

Studienreform

J. Wildt: Fronten in der staatlichen Studienreform klären sich

Martin/Schultes: VDS und Studienreform

R. Sorg: Was heißt arbeitnehmerorientierte Wissenschaft?

I. Pieper-Seier: Einphasige Lehrerbildung in Oldenburg

A. Rang: Wie beliebig sind schulische Ziele und Inhalte?

H. v. Barga: Situation und Perspektive beruflicher Bildung

G. Auernheimer: Selbstgesteuertes Lernen

K.H. Braun: Kapitalistische Lohnarbeit, Krise und Persönlichkeitsentwicklung

Kommentare und Berichte

Rezensionen — Dokumentation

5 Jg. 1979

Redaktion: K.-H. Heinemann, W. Rügemeier. — Alle zwei Monate. — Einzelheft 5,- DM, im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten 3,- DM. — Pabl-Rugenstein-Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion

22

Wen sollen wir wählen?

E. Altvater: Die Wahlfrage nach der Kandidatur des Wunschgegners

O.K. Flechtheim: Strauß ante portas?

C. Strässer: Noch einmal das »kleinere Übel« unterstützen?!

J. Reents: Strauß niemals (aber auch nicht Schmidt)

J. Moneta: Schafft Strauß neuen Kredit für Helmut Schmidt?

Gewerkschaftsdiskussion

Brock/Mückenberger/Negt: »Die Jugend-
schule wird erwachsen«. 25jähriges Jubiläum der DGB-Schule Oberursel

A. Papp: Wider die Ansichten von Volkard Brandes

Forum internationale Gewerkschaftspolitik

R.M. Stocker: Der italienische Metallarbeiterstreik von 1979

P. Jansen: Aufnahme der CGT in den Europäischen Gewerkschaftsbund. Gespräch mit Georges Croese

P. Jansen: In Frankreich gehen die Hochöfen aus.

F. Füllgraf: Die Tagung des VW-Weltkonzernausschusses. Juni 1979

Internationales

K. Helf: Geburtstag der DDR — 30 Jahre und kein bißchen weise

W. Wolf: Europäisches Währungssystem, Weltwährungskrise und kommende Rezession

In memoriam Herbert Marcuse

7. Jg. 1979

Herausgeber: Ullt Wolter, Redaktionsbeirat: Fernando Claudin, Rudi Dutschke, Ossip K. Flechtheim, Helmut Fleischer, Robert Jungk, Ekkehart Knippendorff, Ernest Mandel, Klaus Meschkat, Lutz Mez, Jacob Moneta, Arno Münster, Oskar Negt, Theo Pirker, Bernd Rabehl, Lucio Lombardo Radice, Jochen Steffen. — 4 Nummern im Jahr. — Einzelheft 7,- DM, im Abo 6,- DM. — Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30.

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRT-
SCHAFT UND POLITIK

5 '79

30 Jahre DDR

G. Deumlich: Zwei Wege — zwei Staaten

H. Boege: Wie die DDR entstand?

M. Charlier: Wer hat Deutschland gespalten?

A. Engelhardt: Zur Herausbildung und Entwicklung der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft

H. Steininger: Herausbildung des sozialistischen Bewußtseins im Prozeß des Aufbaues des Sozialismus in der DDR

K.-H. Schröder: Zur Entwicklung der Beziehungen BRD—DDR

F. Noll: Was verbindet uns mit der DDR?

E. Simons: Aktuelle Entwicklungsprobleme der Kunst in der DDR

F. Hervé: Der unterschiedliche Bevölkerungszuwachs in der DDR / BRD und seine Ursachen

K. Faller: Die Darstellung der DDR in bundesdeutschen Schulbüchern

G. Simon: Gewerkschaften in der DDR

W. Heinke: Vor 40 Jahren — Entfesselung des Zweiten Weltkrieges

R. Steigerwald: Zum Tode von Herbert Marcuse

Ä. Detels: Emanzipation der Frau und Strukturwandel der Familie im Kapitalismus

Diskussion

Thesen zur Ökologie

17. Jg. 1979

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Orczykowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner. — Red.: F. Krause — Alle zwei Monate. — Einzelpreis 4,— DM, Jahresabo 18,— DM, Studenten 20% Ermäßigung. — Vig. Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 67 a, 6000 Frankfurt/M. 50.

MATERIALES

Revista de Información y crítica cultural

12

A. Domènech: Reconsideración del peor lado de la historia

V. Stolcke: Las mujeres Y el trabajo

J. Gálvez: El terror de la crisis y la crisis del terror

L. Krader: Marx y los primitivos

J.M. Oroval / A. Pascual: Sobre inmigración e integración en Cataluña

Controversias

J. Cardelús / J.M. Oroval / M.S. Luzón: Cartas sobre la violencia en Italia

Bibliografía

M. Sacristán Luzón: En la edición castellana del libro de Wolfgang Harich »Comunismo sin crecimiento?«

J. Delgado: Ambigüedad de Gramsci?

Documentos

S. Tutino: Lenin es grande, no le recortemos

3 Jg. 1978

Redaktion: R. Argullol, M.-J. Aubert, J. Clavera, A. Domènech, P. F. Bues, R. Garrabou, J. Muñoz, M. Sacristán. — Sechsmal im Jahr. — Einzelheft 180 Pts., Jahresabo: 1000 Pts. — Materiales, Escipcion 21 atico, Barcelona 6, Spanien. Auslieferung für BRD und Westberlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65. Einzelheft: 9,80 DM, Studenten 8,50 DM.

NEUES FORVM

**INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN**

309 / 310

Nina Hagen: ... hier anfassen. Club 2 im Wortlaut

M. Siegert: Punctum puncti. Große Scham, große Koalition

G. Geyrhofer: Frechheit siegt. Strauß und das Atom

H. Mabry: Beleidigung der Schweine. Zum Kampf zwischen Feministinnen und Feministen

Pifradet / Synek / Goritschnig: Gründung einer Grauen Hilfe Österreich

U. Trostowitsch: Koran und Coca-Cola

M. A. Macciocchi: Reise durch die persische Revolution

G. Nennung: Kopfarbeiter aller Länder, vereinigt euch! Zum Tod von Herbert Marcuse

G. Nennung: Eurokommunist Nr. 1. Zum Tod von Franz Marek

Stern / Radosh: Rosenberg war doch Spion

I. Illich: UNO-Rede

Harich / Herbig / Illich / Weish: Klapp off, Rom! Diskussion bei der Anti-UNO

M. Siegert: Effektiv auf Luft. Der Wiener Kassiberschwindel

Mutter Pitsch: Der Schmerz, der uns zugefügt wird

Literatur — Rezensionen

26. Jg. 1979

Herausgeber: Günther Nennung. — Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki. — 12 Hefte im Jahr. — Einzelheft 6,50 DM, 44 ÖS, Jahresabo 48,- DM, 320 ÖS, Studenten-Abo 36,- DM, 240 ÖS. — Neues Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien

PROBLEMI DEL SOCIALISMO

12

Lelio Basso — Teorico marxista e militante politico

E. Collotti: Lelio Basso: la tensione ideale, l'elaborazione teorica, l'impegno politico

O. Negt: La concezione di Lelio Basso della trasformazione rivoluzionaria

L. Basso: Marx e i problemi della transizione al socialismo

L. Basso: Sviluppo capitalistico e rivoluzione socialista

L. Basso: Società e Stato nella dottrina di Marx

L. Basso: Socialismo e rivoluzione in Rosa Luxemburg

L. Basso: Cecoslovacchia: una sconfitta del movimento operaio

Bibliografia di Lelio Basso

13

L'Europa tra integrazione economica ed egemonia politica

I. Basso: Le prospettive della sinistra europea

R. Rossanda: Troppe sinistre, nessuna sinistra per l'Europa

E. Collotti: Repubblica federale tedesca e area mediterranea

A. Tridente: Il sindacato di fronte all'Europa

A. Verde: L'Italia e il Sistema monetario europeo

W. Abendroth: L'Europae la funzione della SPD nella politica interna ed etera della Rft

19. Jg. 1978/20. Jg. 1979

Herausgeber: Lelio Basso. — Vierteljahresschrift. — Einzelheft 3.500 L., Jahresabo 15.600 L. — Via della Dogana Vecchia 5, I-00186 Roma

psychologie
heute

rote blätter

10 '79

C. Benard/E. Schlaffer: Geschlechter — Die Gewalt und der große Unterschied
M. Pines: Altruismus und Entwicklung — Hilfreich und gut schon in den Windeln? Gespräch mit K. Pribram: Hologramme im Gehirn
G. Jervis: Kritik der permissiven Psychiatrie
H.J. Schneider: Viktimologie — Der doppelte Schaden der Opfer
J. Mander: Schafft das Fernsehen ab!
M.D. Mazor: Unfruchtbar
Das Gerangel um das Psychotherapeutengesetz

11 '79

Wenn das Gedächtnis zur Kartei wird
Die Trittbrettfahrer: Warum Gemeinsinn so schwer ist
Der Deutsche und sein Auto — Psychologie des Gaspedals
Psychischer Verschleiß Was Frauen so krank macht
Untersuchung: Sprache und Bewußtsein

6. Jg. 1979

9 '79

F. Sommerfeld: Ich mag die DDR
Gespräche im Wohnheim von Magdeburg
O. Cernavin: DDR-Faktor des Friedens
M. Opperskalski: Reportage aus dem Iran
rb-Diskussion: Hochschulpolitik unter HRG-Bedingungen
U. Knickrehm: Stoppt Strauß
Streit über die Kindererziehung
CSU-Kulturpolitik: Skandal um das »Münchener Filmfestival«

10 '79

Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation
rb-Diskussion: Hochschulpolitik unter HRG-Bedingungen
Ergebnisse der Stupa-Wahlen
F. Seidel: Lehrerstudenten diskutieren über Streik- und Aktionstage
Lehreraktionen für kürzere Arbeitszeit
DDR-Serie: Ein Veteran erzählt
Exklusiv-Interview aus Nicaragua
M. Opperskalski: Rechtsruck im Iran?
I. Hannover: Reggae: Der Rhythmus ist nicht alles
Diskussion: Kindererziehung
D. Bongartz: Neue Tendenzen im »Massen«-Film
Sonderteil: Erstsemestermagazin

7. Jg. 1979

Redaktion: S. Brockert, H. Ernst, M. Moebius, B. Nitzschke, A. Roethe. — Monatlich. — Einzelheft 5,- DM. Jahresabo 45,- DM. — Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

Hrsg.: Bundesvorstand des MSB Spartakus. — Redaktion: F. Sommerfeld, K. Deiritz, H. Ferber, D. Riecher. — Erscheint monatlich. Einzelheft 1,50 DM. Jahresabo 14,80 DM. — Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Bruderweg 16, 4600 Dortmund

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

TEXT+KRITIK

126 / 127

F. Kröll: Bauhaus 1919-1933. Ein Abriß
 H. Hirdina: Ökonomie und Ästhetik am Bauhaus
 G. Cordes: Designer über das Bauhaus
 H.H. Holz: Zum ideologischen Charakter der Bauhaus-Konzeption
 G. Dünkler: Paul Klee, Maler und Kunstpädagogie
 C. Schnaidt: Gesellschaft und Architektur: Hannes Meyer
 K. Niederstadt: Demokratische und sozialistische Architekturkonzeptionen der Weimarer Republik
 C. Borngräber: Vom Bauhaus in Dessau an die Akademie für Architektur in Moskau
 J. Haspel/J. Zänker: 2 Bauausstellungen und Wohnsiedlungen in Stuttgart — damals und heute
 S. Mayer: Tradition und Erfindung
 H. Platschek: Carlo Schellemann in Eggenfelden
 A. Achenhach: Dieter Süverkrüp — Graphiker
 Gespräche mit Michael Haussmann
 U. Jenni: Georg Eisler
 B. Lehmann: Warum wurde das Rijksmuseum besetzt?
 G. Sprigath: Die Düsseldorfer Malerschule
 B. Klein/H. Volkmann: Berufsverbot für eine demokratische Kunstpädagogenausbildung oder alternative Kultur à la CDU
Buchbesprechungen — Chronik — Leserbriefe

20. Jg. 1979

63

Italienischer Neorealismus
 Cesare Pavese: Rückkehr zum Menschen
 Thomas Bremer: Den Menschen neuschaffen. Neorealismus und italienische Literatur
 Carmine Chiellino: Der neorealistische Film
 Roberto Rossellini: »Paisà«, Episode II. Einstellung 110-136
 Dorothea Zeisel: Variation über die Zurückweisung der Welt. Der besondere Realismus Alberto Moravias
 Ferdinando Camon: Gespräch mit Alberto Moravia
 Wolfgang Eitel: Neorealismus-Rezeption. Vom Schweigen, Schwätzen und Nachdenken über italienische Literatur in Deutschland
 Hans-Günter Schulten: Der Versuch einer Hoffnung: die Gruppe '63. Zu Selbstverständnis und Literaturtheorie der italienischen Neoavantgarde
 Thomas Bremer: Auswahlbibliographie
Notizen

Redaktion: H. v. Damnitz, H. Erhardt, R. Hiepe, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schellemann, J. Scherkamp, G. Sprigath, G. Zingerl. — Erscheint alle zwei Monate. — Einzelheft 6,50 DM. Jahresabo 35,- DM. (Stud. 27,- DM) — Damnitz Verlag, Hohenzollernstraße 144, 8000 München 40

Herausgeber: H. L. Arnold; redaktionelle Mitarbeit: I. Laurien, U. Voskamp. — Erscheint jährlich in 4 Heften. — Preis 6,50 DM. — edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

ARGUMENT-STUDIENHEFTE SH

Die kleine Argument-Bibliothek

SH 1	Alt Vater/Haug/Herkommer/ Holzkamp/Kofler/Wagner	Wozu „Kapital“- Studium? 3,50
SH 2	Tomberg	Was heißt bürgerliche Wissenschaft? 2,50
SH 3	v. Brentano	Philosophie, Theoriestreit, Pluralismus. 3,50
SH 4	W.F. Haug	Kampagnen-Analysen (1). 5,00
SH 5	Abendroth	Faschismus und Antikommunismus. 2,50
SH 6	Mason/Czichon/Eich- holtz/Gossweiler	Faschismus-Diskussion. 4,50
SH 7	Jung	Strukturveränderungen der westdeutschen Arbeiterklasse. 3,50
SH 8	Haug/Völker/Zobl	Der Streit um Hanns Eislers „Faustus“. 3,50
SH 9	Metscher	Kritik d. literaturwissenschaftl. Idealismus. 2,50
SH 10	Dreitzel/Furth/Frigga Haug	Diskussion über die Rollentheorien. 4,00
SH 11	Wulff	Der Arzt und das Geld. 2,50
SH 12	Sigusch	Medizinische Experimente am Menschen. 2,50
SH 13	Fürstenau	Zur Psychoanalyse d. Schule als Institution. 2,50
SH 14	Heydorn/Konneffke	Bildungswesen im Spätkapitalismus. 4,50
SH 15	Frigga Haug	Für eine sozialistische Frauenbewegung. 3,50
SH 16	Tomberg	Basis und Überbau im historischen Materialis- mus. 4,50
SH 17	Metscher	Ästhetik als Abbildtheorie. 4,00
SH 18	Nerlich	Romanistik und Antikommunismus. 3,50
SH 19	Warneken/Lenzen	Zur Theorie literarischer Produktion. 3,50
SH 20	Haug	Die Einübung bürgerlicher Verkehrsformen bei Eulenspiegel. 2,50
SH 21	Hauff	Die Katastrophen des Karl Valentin. 4,50
SH 22	BdWi/Marvin/Theißen/ Voigt/Uherek	Die NoF U - Arbeitsweise der Rechtskräfte an der Uni. 5,00
SH 23	Wulff	Transkulturelle Psychiatrie. 4,50
SH 24	Gleiss/Heintel/Henkel/ Jaeggi/Maiers/Ohm/Roer	Kritische Psychologie (I). 8,00
SH 25	Opitz	Der Sozialliberalismus. 5,00
SH 26	Schnädelbach/Krause	Ideologie-Diskussion. 4,00
SH 27	Eisenberg/Haberland	Linguistik. 3,00
SH 28	Werner Krauss	Literaturgeschichte als geschichtlicher Auftrag. 4,50
SH 29	Tjaden/Griepenburg/ Kühnl/Opitz	Faschismus-Diskussion (II). 5,00
SH 30	Marcuse/Abendroth/Goll- witzer/Stolle/Kievenheim/ Gerken	Studentenbewegung - und was danach? 5,00
SH 31	BdWi u.a.	Reform und Gegenreform an der Uni. 4,00
SH 32	Helmut Ridder	Zur Ideologie der „Streitbaren Demokratie“ 4,50
SH 33	W.F. Haug	Ideologie/Warenästhetik/Massenkultur 4,00
SH 34	Erich Wulff	Psychiatrie und Herrschaft 4,00
SH 35	Abholz/Böker/ Frießem/Jenss	Arbeitsmedizin 6,00

Die Tageszeitung

Portugiesische Revol
in 5 Teilen: heute
daß bei de
Interview
Betriebsrat mit einem

Bomben mit Zeitzünde
Bundesdeutsche Politik gegen ausl
sche Jugendliche.

Drupa-Jugend zur
AVAK-A Tarifrunde
Jugendgruppe der
den Tar

17 Stunden auf Achse
Wie sich Expressfahrer für Geld ihr L
ben kaputt machen lassen - Bericht

Wattenmeer in Gefahr
Auch ein Thema im Kieler Wahlkampf, in
Geplante Eindeichung Watt-USA
Gebieten würde das
Gleichgewicht zerstören

Anatomie des Unfalls von
Harrisburg
Wie der Unfall in Harrisburg ab
warum deutsche AK We

Entlassungen bei
hat un
an die Studie
ehen, sonde
chaft in s
hen ke

Wie sich Expressfahrer für Geld ihr L
ben kaputt machen lassen - Bericht

Wie baut frau die Bewe
Watt-USA
nische

Wie baut frau die Bewe
Internationalen Kampagne für c
auf Abtreibung"

Prüfung
Prüfungsthema
RCDS haben diese
ionellen bei der A
Stabilität
An lieg
keinerge

SS-Traditionspflege
Proteste gegen das Traditi
es SS-Totenkopfdi
gege
es ehema
informatio
die eindeuti
Seite 5) mit Ken

Probexemplare anfordern bei:
die Tageszeitung, Wattstr. 11-12,
1000 Berlin 65

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort _____

Hermann Zeltner Sozialphilosophie Die Kategorien der menschlichen Sozialität

Zeltner untersucht Sozialkategorien. Damit sind Strukturen gemeint, die vor aller Ideologisierung bzw. Idealisierung von Werten liegen. Sie eignen der menschlichen Sozialität als solcher. »Sprache«, »Arbeit« oder »Besitz« z. B. sind demnach Sozialkategorien, während »Recht« oder »Demokratie« Ideen darstellen. Das eine findet sich immer vor, das andere muß erst hergestellt werden.

Zeltner geht - unter Berufung auf Tinbergen, Plessner und Lorenz - von der Pflanzen- und Tiersozialität aus, wo ja Sozialkategorien wie Gruppen- und Paarbildung, Führung und Sozialprestige, Freund-Feind-Beziehung bereits vorliegen.

In den Kategorien »Milieuunabhängigkeit«, »Wahlfreiheit«, »Institution und Tradition« u. a. werden dann die Spezifika der menschlichen Sozialität behandelt.

Die Sprache dieses Buches ist lebendig, sein Aufbau klar, die Beispiele anschaulich. Es dokumentiert sich darin ein ursprüngliches Philosophieren, in engem denkerischen Dialog mit den Primärtexten - statt in einer Fülle von Sekundärliteratur die Themen nur äußerlich hin- und herzuschieben.

150 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, 28,- DM, ISBN 3-12-912070-X
Nachwort von Ludwig Kröner

Klett-Cotta 

Über die Autoren

Albrecht, Richard, geb. 1945, Gesellschaftswissenschaftler. Wichtigste Veröffentlichungen: *Marxismus — bürgerliche Ideologie — Linksradikalismus* (1975), *Buch und Leser in der BRD* (1977). Mitglied in VS, DGS und DKP.

Alfs, Günter, vgl. Argument 113

Auernheimer, Georg, Prof. Dr. phil., geb. 1939; Professor für Erziehungswissenschaften an der Univ. Marburg. Wichtigste Veröffentlichungen: *Mitbestimmung in der Schule* (1972), Aufsätze über Professionalisierungsprozesse in der Erziehung und Reproduktionsqualifikation (u.a. in: *AS 38. 30 Jahre Bildungspolitik*). Mitglied in GEW und BdWi.

Axt, Heinz-Jürgen, vgl. Argument 110

Bayertz, Kurt, vgl. Argument 110

Beiersdorf, Günter, vgl. Argument 109

Bindsel, Ilse, vgl. Argument 115

Buchholz, Michael B., geb. 1950; Dipl. Psychologe, Leiter einer Beratungsstelle. Wichtigste Veröffentlichungen: *Zur Geschichte der Individualitätsformen* (zus. mit U. Buchholz, 1977), Aufsätze zu Familientherapie und Problemen der Beratungsarbeit.

Czeskeba-Dupont, Rolf, vgl. Argument 111

Elrod, Norman, vgl. Argument 113

Enderwitz, Ulrich, vgl. Argument 109

Gauer, Karin, geb. 1950; Wiss. Assistentin am Institut für Landschaftsökonomie der TU Berlin. Arbeitsschwerpunkt: Umweltpolitik. Mitglied in ÖTV und BdWi.

Gawrich, Rolf, vgl. Argument 114

Göbel, Eberhard, vgl. Argument 110

Götze, Karl-Heinz, vgl. Argument 114

Gransow, Volker, vgl. Argument 110

Grimm, Jürgen, geb. 1945; Studium der Germanistik und Politik in Mannheim, Mitarbeiter in einem Forschungsprojekt über Gesamtschulentwicklung, Doktorand über empirische Rezeptionsanalyse am Beispiel der Leser von Massnliteratur.

Guthke, Beate, vgl. Argument 111

Hirschfeld, Dieter, Dr. phil., geb. 1936; Assistenzprofessor und Lehrbeauftragter am FB Philosophie und Sozialwissenschaften der FU Berlin; Redakteur des »Argument« 1967-1970, Veröffentlichung: *Konstitution und Kommunikation* (1979).

Jäger, Michael, vgl. Argument 108

Kadritzke, Ulf, Prof. Dr. rer. pol., geb. 1943; Dipl. Soziologe, Professor für Industrie- und Betriebssoziologie an der FHW Berlin/West. Wichtigste Veröffentlichungen: *Angestellte — Die geduldeten Arbeiter* (1975), *Produktion und Qualifikation* (zus. mit O. Mickler, W. Mohr, 1977). Mitglied in GEW und BdWi.

Kleiß, Peter, vgl. Argument 113

Kohl, Karl-Heinz, geb. 1948; MA, wiss. Mitarbeiter am Religionswissenschaftlichen Institut der FU Berlin. Veröffentlichung: *Exotik als Beruf* (1979). Arbeitsgebiete: Religionsethnologie, Geschichte der Ethnologie, Kolonialismus.

Kolberg, Alfred, geb. 1949; technischer Zeichner, 2. Bildungsweg, Studium der Pädagogik und Philosophie in Marburg. Arbeitsgebiet: Wissenschaftskritik.

Krätke, Michael, geb. 1949; Dipl.-Politologe, wiss. Assistent. Veröffentlichungen: *Krise und Kapitalismus bei Marx* (mit V. Bader, J. Berger, 1975); *Viktor Agartz-Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik* (mit V. Gransow, 1978). Arbeitsgebiete: Finanzpolitik, Gewerkschaften, Sozialpolitik. Mitglied in SPD und ÖTV.

Krusewitz, Knut, Dr. rer. pol., geb. 1941; 2. Bildungsweg, wiss. Assistent am Institut für Landschaftsplanung der TU Berlin. Veröffentlichungen: *Anti-Enzensberger* (zus. mit G. Kade, 1974), *Entstehung und Entwicklung der deutschen Elektrizitätswirtschaft* (1978). Arbeitsgebiet: Umwelt-, Energie- und Rohstoffprobleme. Mitglied in: SPD, ÖTV, BdWi, Öko-Institut Freiburg.

Kunstmann, Wilfried, vgl. Argument 110

Lennartz, Hans-Albert, geb. 1949; MA, Rechtsreferendar und Lehrbeauftragter an der GHS Kassel. Aufsätze zu verfassungsrechtlichen Themen.

Massarati, M., Dr. rer. pol., geb. 1942; wiss. Assistent an der Univ. Osnabrück. Wichtigste Veröffentlichungen: *Hauptentwicklungstadien der kapitalistischen Weltwirtschaft* (1976). *Iran — von der ökonomischen Krise zur sozialen Revolution* (1979). Aufsätze. Arbeitsgebiete: Weltmarktentwicklung, Energie- und Rohstoffprobleme, Unterentwicklung, Iran.

Metz Göckel, Sigrid, vgl. Argument 112

Naumann, Klaus, geb. 1951; Studienreferendar in Hamburg. Veröffentlichungen: *Geschichte und Ideologie* (Mitautor, 1978); Sammlung — *Jahrbuch für antifaschistische Literatur und Kunst* (Hg., erscheint seit 1978); *Zehn Jahre Werkkreis Literatur der Arbeitswelt* (Mitherausgeber, 1979); *Faschismus als Grotteske* (1979); Aufsätze. Mitglied der GEW und des DKBD, Koop-Mitglied des Werkkreises.

Peitsch, Helmut, Dr. phil., geb. 1948; Wiss. Assistent an der FU Berlin. Veröffentlichungen: *Westberliner Projekt. 18. Jahrhundert* (zus. mit anderen, 1974), *Georg Forsters »Ansichten vom Niederrhein«* (1978). Arbeitsgebiet: Literaturgeschichte 18. und 20. Jahrhundert.

Petsch, Joachim, Dr. phil., geb. 1939; Akad. Oberrat am Kunstbistorischen Institut der Ruhruniversität Bochum. Wichtigste Veröffentlichung: *Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich* (1976). Arbeitsgebiet: Architektur. Mitglied in GEW und BdWi.

Piper, Ernst, vgl. Argument 110

Richter, Ulrich, Dr. phil., geb. 1942; Mentor an der Fernuniv. Hagen. Veröffentlichungen: *Der unbegreifbare Mythos — Musik als Praxis Negativer Dialektik* (1974). Arbeitsgebiet: Kritische Theorie; Deutscher Idealismus von Kant bis Marx. Mitglied der SPD.

Rügemer, Werner, Dr. phil., geb. 1941; Redakteur der Zeitschrift »Demokratische Erziehung«. Wichtigste Veröffentlichungen: *Philosophische Anthropologie und Epochenkrise* (1979). Aufsätze. Arbeitsgebiete: Bürgerliche und marxistische Philosophie und Pädagogik im Imperialismus.

Schindler, Hans, vgl. Argument 116

Schmitz, Ulrich, vgl. Argument 111

Schöfthaler, Traugott, vgl. Argument 110

Schönleiter, Wolf, geb. 1953; Sozialarbeiter grad., Mitarbeiter beim Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt, z.Zt. Studium der Soziologie in Bielefeld. Aufsätze zu Theorie und Praxis der Sozialarbeit.

Schöttker, Detlev, vgl. Argument 109

Treack, Werner van, vgl. Argument 116

Wir bitten, im **Argument Sonderband AS 40: Theorie über Ideologie** auf Seite 165 im 1. Absatz vor der 1. Zeile einzufügen:
 der Gesellschaft und stellt die These auf: „daß auch eigentliche Existenz nur *in* der Gesellschaft möglich ist“ (ebd. 163).

Wir wollen abschließend prüfen, welche Art von gesellschaftlicher

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Berens, Franz Josef, u.a.</i> : Projekt Dialogstrukturen (<i>G. Beiersdorf/D. Schöttker</i>)	886
<i>Wegner, Dirk</i> (Hrsg.): Gesprächsanalysen (<i>G. Beiersdorf/D. Schöttker</i>)	886
<i>Henne, Helmut, und Helmut Rehbock</i> : Einführung in die Gesprächsanalyse (<i>G. Beiersdorf/D. Schöttker</i>)	886
<i>Ramge, Hans</i> : Alltagsgespräche (<i>G. Beiersdorf/D. Schöttker</i>)	886
<i>Weydt, Harald</i> : Noam Chomskys Werk (<i>U. Schmitz</i>)	889
<i>Spencer, Hanna</i> : Dichter, Denker, Journalist. Studien zum Werk Heinrich Heines (<i>K.H. Götze</i>)	890
<i>Woessler, Winfried</i> : Heines Tanzbär (<i>K.H. Götze</i>)	890
<i>Kattenkeuler, Wolfgang</i> (Hrsg.): Heinrich Heine: Ästhetik und Engagement (<i>K.H. Götze</i>)	890
<i>Wülfing, Wulf</i> : Junges Deutschland (<i>P. Kleiß</i>)	893

Kunst- und Kulturwissenschaften

<i>Pasolini, Pier Paolo</i> : Freihefterschriften (<i>I. Bindseil</i>)	894
<i>Rotermund, Hermann</i> : Ästhetische Bedürfnisse (<i>J. Grimm</i>)	895
<i>Warnke, Martin</i> : Bau und Überbau (<i>J. Petsch</i>)	897
<i>Baxandall, Michael</i> : Die Wirklichkeit der Bilder (<i>E. Piper</i>)	898

Soziologie

<i>Braverman, Harry</i> : Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß (<i>U. Kadritzke</i>)	899
<i>Braverman, Harry</i> : Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß (<i>W. van Treeck</i>)	901
<i>Morgan, Lewis H.</i> : Die Urgesellschaft (<i>K.-H. Kohl</i>)	903
<i>Kohl, Karl-Heinz</i> : Exotik als Beruf (<i>U. Enderwitz</i>)	904

Erziehungswissenschaften

<i>Bergmann, Klaus, und Günter Frank</i> (Hrsg.): Bildungsarbeit mit Erwachsenen (<i>W. Kunstmann</i>)	905
<i>Hüffel, Angelika</i> : Schülerbewegung 1967-1977 (<i>G. Auernbeimer</i>)	906
<i>Häsing, Helga, Herbert Stubenrauch und Thomas Ziehe</i> (Hrsg.): Narziß, ein neuer Sozialisationstypus? (<i>T. Schöffthaler</i>)	907
<i>Essinger, Helmut</i> : Soziale Rand- und Problemgruppen (<i>J. Hallerbach</i>)	908
<i>Klee, Ernst</i> : Pennbrüder und Stadtreicher (<i>W. Schönleiter</i>)	909
<i>George, Siegfried</i> : Sozialwissenschaftliches Fachpraktikum (<i>G. Alfs</i>)	910
<i>Böhm, Wolfgang</i> (Red.): Handbuch der Medieninstitute (<i>R. Albrecht</i>)	912
<i>Heidtmann, Frank</i> : Wie finde ich bibliothekarische Literatur? (<i>R. Albrecht</i>)	912
<i>Heidtmann, Frank</i> : Wie finde ich sozialwissenschaftliche Literatur? (<i>R. Albrecht</i>)	912
<i>Heidtmann, Frank</i> : Wie finde ich pädagogische Literatur? (<i>R. Albrecht</i>)	912
<i>Landwehr, Jürgen, Matthias Mitzschke und Rolf Paulus</i> : Praxis der Informationsermittlung: »Deutsche Literatur« (<i>R. Albrecht</i>)	912

Psychologie

<i>Dörner, Klaus, und Ursula Plog</i> : Irren ist menschlich (<i>I. Gleiss</i>)	913
<i>Kovel, Joel</i> : Kritischer Leitfaden der Psychotherapie (<i>B. Seuster</i>)	916
<i>Lidz, Th.</i> : Der gefährdete Mensch (<i>M.B. Buchholz</i>)	917
<i>Rogers, Carl R.</i> : Die Kraft des Guten (<i>D. Jüngst/N. Elrod</i>)	918

<i>Benise, Alfons: Erleben in der Gesprächspsychotherapie (K. Leßmann)</i>	919
<i>Wacker, A. (Hrsg.): Vom Schock zum Fatalismus? (H. Schindler)</i>	920

Geschichte

<i>Engelberg, Ernst, und Wolfgang Küttler (Hrsg.): Formationstheorie und Geschichte (K. Naumann)</i>	921
<i>Küttler, Wolfgang: Lenins Formationsanalyse der bürgerlichen Gesellschaft in Rußland vor 1905 (K. Naumann)</i>	921
<i>Weltgeschichte bis zur Herausbildung des Feudalismus (K. Naumann)</i>	921

Soziale Bewegung und Politik

<i>Carson, Rachel L.: Der stumme Frühling (R. Czeskleba-Dupont)</i>	830
<i>Taylor, Gordon R.: Das Selbstmordprogramm. Zukunft oder Untergang der Menschheit (R. Czeskleba-Dupont)</i>	830
<i>Meadows, Dennis, u.a.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit (R. Czeskleba-Dupont)</i>	830
<i>Enzensberger, Hans M., und K.H. Michel (Hrsg.): Ökologie und Politik oder Die Zukunft der Industrialisierung (R. Czeskleba-Dupont)</i>	830
<i>d'Eaubonne, Françoise: Feminismus oder Tod. Thesen zur Ökologiedebatte (R. Czeskleba-Dupont)</i>	830
<i>Mesarović, Mihailo, und Eduard Pestel: Menschheit am Wendepunkt. 2. Bericht an den Club of Rome zur Weltlage (R. Czeskleba-Dupont)</i>	830
<i>Herbig, Jost: Das Ende der bürgerlichen Vernunft. Wirtschaftliche, technische und gesellschaftliche Zukunft (R. Czeskleba-Dupont)</i>	830
<i>Harich, Wolfgang: Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der Club of Rome (R. Czeskleba-Dupont)</i>	830
<i>Eppler, Erhard: Ende oder Wende? Von der Machbarkeit des Notwendigen (R. Czeskleba-Dupont)</i>	830
<i>Gruhl, Herbert: Ein Planet wird geplündert (R. Czeskleba-Dupont)</i>	830
<i>Amery, Carl: Natur als Politik. Die ökologische Chance des Menschen (R. Czeskleba-Dupont)</i>	830
<i>Gizycki, Horst von, und Hubert Habicht (Hrsg.): Oasen der Freiheit (E. Göbel/B. Guthke)</i>	865
<i>Bossel, Hartmut: Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft (E. Göbel/B. Guthke)</i>	865
<i>Bran, Rudolf (Red.): Die tägliche Revolution (E. Göbel/B. Guthke)</i>	865
<i>Bran, Rudolf (Red.): Bioenergie (E. Göbel/B. Guthke)</i>	865
<i>Bahr, Hans-Eckehard, und Reimer Gronemeyer (Hrsg.): Anders leben — überleben (E. Göbel/B. Guthke)</i>	865
<i>Anderson, Perry: Antonio Gramsci (M. Jäger)</i>	925
<i>Abendroth, Wolfgang, u.a.: Der Kampf um das Grundgesetz (H.-A. Lennartz)</i>	927
<i>Seifert, Jürgen: Grundgesetz und Restauration (H.-A. Lennartz)</i>	930
<i>Haseloff, Wolfgang, und Herbert Schramm: Kybernetik und Politik (R. Gawrich)</i>	930
<i>Deutsch, Karl W., und Rudolf Wüdenmann (Hrsg.): Mathematical Political Analysis (V. Gransow)</i>	933
<i>Mickel, Wolfgang (Hrsg.): Arbeitsbuch Politik (S. Metz-Göckel)</i>	934
<i>Eppler, Erhard: Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit (E. Göbel)</i>	935